

Dieses Dokument begründet ein Registrierungsformular (das „**Registrierungsformular**“) gemäß § 12 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz (das „**WpPG**“), in Verbindung mit Art. 14 und Anhang XI der Verordnung (EG) 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004, in der zum Datum des Registrierungsformulars gültigen Fassung (die „**Verordnung**“).



UniCredit Bank AG

München, Bundesrepublik Deutschland

17. April 2018

INHALTSVERZEICHNIS

Risikofaktoren	- 3 -
Risiken bezogen auf die Geschäftstätigkeit der HVB Group	- 3 -
Verantwortlichkeitserklärung	- 18 -
Wirtschaftsprüfer	- 18 -
UniCredit Bank AG	- 19 -
Informationen über die HVB, die Muttergesellschaft der HVB Group	- 19 -
Programm Transform 2019	- 19 -
Geschäftsüberblick	- 19 -
Haupttätigkeitsbereiche	- 19 -
Geschäftsbereiche der HVB Group	- 19 -
Wichtigste Märkte	- 22 -
Management- und Aufsichtsgremien	- 22 -
Hauptaktionäre	- 24 -
Jahresabschlüsse der HVB	- 24 -
Wirtschaftsprüfer	- 24 -
Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren	- 24 -
Verfahren in Zusammenhang mit Handlungen der Aufsichtsbehörden	- 26 -
Allgemeine Informationen	- 26 -
Einsehbare Dokumente	- 26 -
Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der HVB Group und Trendinformationen	- 27 -
Einbezogene Informationen	- 27 -
Geprüfte konsolidierte Finanzangaben für das am 31. Dezember 2017 endende Geschäftsjahr	F-1
Konzern Gewinn- und Verlustrechnung	F-1
Konzern Bilanz	F-3
Entwicklung des Konzern Eigenkapitals	F-5
Konzern Kapitalflussrechnung	F-7
Konzernabschluss - Anhangangaben	F-9
Erklärung des Vorstands	F-142
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F-143
Geprüfte nicht konsolidierte Finanzangaben nach HGB für das am 31. Dezember 2017 endende Geschäftsjahr	F-149
Gewinn- und Verlustrechnung	F-149
Bilanz	F-151
Anhang	F-157
Erklärung des Vorstands	F-215
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F-216

RISIKOFAKTOREN

Nachfolgend werden die Risikofaktoren aufgeführt, die in Bezug auf die Möglichkeit der UniCredit Bank AG („HVB“ und gemeinsam mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften „HVB Group“) zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den von ihr begebenen Wertpapieren wesentlich sind.

Potenzielle Anleger sollten diese Risikofaktoren vor einer Entscheidung zum Kauf von Wertpapieren, die von der HVB begeben werden, sorgfältig prüfen, insbesondere deshalb, da Investoren in bestimmten Fällen einen vollständigen Verlust oder den Verlust von (wesentlichen) Teilen ihrer Anlage erleiden könnten.

Potenzielle Anleger sollten alle Informationen beachten, die in diesem Registrierungsformular enthalten sind und ihre eigenen professionellen Berater (einschließlich in Angelegenheiten der Finanz-, Rechnungslegungs-, Rechts- und Steuerberatung) konsultieren, sofern sie das für erforderlich halten. Darüber hinaus sollten sich potenzielle Anleger des Umstandes bewusst sein, dass die nachstehend beschriebenen Risiken einzeln oder kumuliert mit anderen Risiken auftreten können und sich damit in ihren Auswirkungen möglicherweise wechselseitig verstärken.

Risiken bezogen auf die Geschäftstätigkeit der HVB Group

1. Gesamtwirtschaftliche Risiken

Basierend auf der Ausrichtung der HVB Group mit den Geschäftsbereichen Commercial Banking und Corporate & Investment Banking (CIB) mit ihrem Angebot an Produkten und der Konzentration auf das Heimatland Deutschland und weiteren Kernländern, sind insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sowie die Entwicklung der internationalen Finanz- und Kapitalmärkte von großer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage der HVB Group.

Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich im Jahr 2018 gemäß Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in etwa bei 3,9% einpendeln, wobei die Aussichten für die einzelnen Volkswirtschaften uneinheitlich ausfallen. Während sich das Wachstum in den USA insgesamt beschleunigen dürfte, wird Europa vermutlich weitgehend unverändert wachsen. Das Umfeld und die Wachstumsaussichten für viele Schwellen- und Entwicklungsländer haben sich weiter aufgeheitert. Erste Anzeichen eines anziehenden Welthandels sowie sich erholende Rohstoffpreise sollten diese Entwicklung stützen. Insbesondere die zuletzt wieder gestiegenen Ölpreise dürften die Situation für ölexportierende Länder, wie Russland, entspannen. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in China belastet jedoch die globalen Wachstumsaussichten. Zwar dürften fiskalische Stimuli, insbesondere durch weitere Infrastruktur-Projekte, das BIP-Wachstum in China auch im Jahr 2018 stützen, dagegen wird der Wandel der Wirtschaftsstruktur hin zu mehr privatem Konsum und Dienstleistungen dazu führen, dass die Produktion weiter an Schwung verliert. Darüber hinaus ergeben sich Unsicherheiten aus noch nicht abzuschätzenden Folgen des Brexit-Entscheids und der Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten für den globalen Handel und die Weltwirtschaft.

Für die deutsche Wirtschaft dürfte auch im Jahr 2018 der Binnenkonsum den maßgebenden Wachstumsmotor darstellen. Zusätzliche Impulse sollten von der anhaltenden Expansion des Welthandels kommen. Insbesondere die deutsche Industrie wird dabei voraussichtlich von der Erholung der Exporte profitieren. Daher ist zu erwarten, dass die Investitionen der Unternehmen in den nächsten Quartalen weiter anziehen. Die wirtschaftliche Aktivität im Bausektor sollte weiterhin rege bleiben.

Im Jahr 2018 werden politische Unsicherheiten nach wie vor im Vordergrund stehen. Diese sind geprägt von der US-amerikanischen Außenpolitik, der Steuerreform in den USA, den Wahlen in Italien sowie den laufenden Brexit-Verhandlungen. Neben den anhaltenden Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise ergeben sich verstärkt politische und wirtschaftliche Unsicherheiten im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Europäischen Union insgesamt. Bestehende Spannungen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Türkei und auch mit Russland, sowie fortdauernde geopolitische Konflikte, insbesondere in Syrien und vermehrt auftretende terroristische Anschläge bergen weitere Risiken bezüglich der sicherheits-, geld- und wirtschaftspolitischen Situation in ganz Europa.

Das extrem niedrige Zinsumfeld wird weiterhin eine der wesentlichen Herausforderungen für die Finanzbranche darstellen. Die getroffenen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) haben bislang zu einer Beruhigung der Märkte beigetragen. Es ist weiterhin nicht absehbar, inwieweit und in welcher Intensität die Finanzmärkte auf die gesamten Entwicklungen reagieren werden.

Sollten beispielsweise die stabilisierenden Maßnahmen im Euroraum nicht greifen, sich das Wirtschaftswachstum verlangsamen oder weitere Turbulenzen auf den Finanz- und Kapitalmärkten auftreten, könnte dies auch negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HVB Group haben. Aufgrund der nach wie vor hohen Unsicherheit innerhalb des makropolitischen Umfeldes und der strukturell daraus resultierenden hohen Volatilität der Finanz- und Kapitalmärkte sind in die Zukunft gerichtete Aussagen zur Entwicklung des Geschäftsergebnisses mit hoher Unsicherheit belastet.

2. Systemimmanente Risiken

Die HVB Group wickelt routinemäßig hohe Transaktionsvolumina mit zahlreichen Kontrahenten im Finanzdienstleistungssektor ab, einschließlich Geschäfte mit Brokern und Händlern, Geschäftsbanken, Investmentbanken und anderen institutionellen Kunden. Finanzdienstleistungsinstitute, die Transaktionen mit solchen Institutionen durchführen, sind unter anderem durch Handels-, Investitions-, Clearing-, Gegenparteien- und andere Beziehungen miteinander verbunden. Befürchtungen bezüglich der Stabilität einer oder mehrerer dieser Institutionen und/oder der Länder, in denen sie tätig sind, könnten zu erheblichen Einschränkungen der Verfügbarkeit von Liquidität (einschließlich eines vollständig eingefrorenen Interbankengeschäfts), zu Verlusten und/oder zu sonstigen institutionellen Ausfällen führen.

Die oben genannten Risiken, die häufig als „systemimmanente Risiken“ bezeichnet werden, könnten nachteilige Auswirkungen auf Finanzintermediäre wie Clearingstellen, Clearinghäuser, Banken, Wertpapierhäuser und Börsen haben, mit denen die HVB Group auf täglicher Basis interagiert. Dies könnte wiederum negative Auswirkungen auf die Fähigkeit der HVB Group haben, neue Geldmittel zu beschaffen.

3. Kreditrisiko

Die HVB Group unterliegt einem Kreditrisiko. Kreditrisiko bezeichnet das Risiko, dass eine Bonitätsveränderung einer Adresse (Kreditnehmer, Kontrahent, Emittent oder Land) eine Wertveränderung der entsprechenden Forderungen nach sich zieht. Diese Wertveränderung kann durch einen Ausfall der Adresse induziert sein, welche somit nicht mehr in der Lage ist, ihren vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen. Das Kreditrisiko setzt sich aus folgenden Kategorien zusammen:

- Kreditausfallrisiko (inklusive Kontrahentenrisiko und Emittentenrisiko)
- Länderrisiko

(i) Kreditausfallrisiko

Ein Kreditausfallrisiko wird bezüglich einer spezifischen Adresse schlagend, wenn eines oder beide der folgenden Kriterien erfüllt sind:

- Die Bank geht davon aus, dass die Adresse wahrscheinlich nicht in der Lage ist, ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der HVB Group in Gänze zu erfüllen, ohne dass auf Maßnahmen wie den Verkauf von Sicherheiten (sofern vorhanden) zurückgegriffen werden muss.
- Die Adresse ist mehr als 90 Tage in Verzug in Bezug auf eine materielle Kreditforderung der HVB Group.

Das Kreditausfallrisiko umfasst auch das Kontrahentenrisiko und das Emittentenrisiko.

Das Kontrahentenrisiko ergibt sich als möglicher Wertverlust durch Ausfall der Gegenpartei bei Handelsgeschäften. Es lässt sich in folgende Komponenten unterteilen: Erfüllungsrisiko, Wiedereindeckungs- oder Kursrisiko, Geldhandelsrisiko.

Das Emittentenrisiko ist definiert als Kreditausfallrisiko aus dem Wertpapiereigenbestand, welches aus einer Bonitätsverschlechterung bzw. dem Ausfall eines Emittenten resultiert und zu einem Wertverlust bis hin zum Totalverlust führen kann. Emittentenrisiken entstehen durch den Kauf von Wertpapieren in Eigenhandel, bei Wertpapier-Emissionsgeschäften, bei Kreditderivaten sowie bei der Platzierung von Wertpapieren.

(ii) Länderrisiko

Das Länderrisiko ist das Risiko von Verlusten, verursacht durch Ereignisse, welche auf Handlungen der jeweiligen Regierung zurückzuführen sind. Dies beinhaltet, dass die Rückzahlung von Kapital in einem speziellen Land durch Eingriffe der Regierung verhindert wird, woraus diverse Risiken (zum Beispiel Transferrisiko, Enteignungsrisiko, Rechtsrisiko, steuerliches Risiko, Sicherheitsrisiko) resultieren. Es beinhaltet auch, dass die Rückzahlung von Kapital durch Verschlechterung des wirtschaftlichen und/oder politischen Umfelds (zum Beispiel Rezession, Währungs- und/oder Banken Krisen, Katastrophen, Krieg, Bürgerkrieg, soziale Unruhen) verhindert wird. Das Länderrisiko enthält das Sovereign Risk (Souverän als Kontrahent) und das Transfer- und Konvertierungsrisiko.

3.1 Risiken aus einer Verschlechterung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds

Der Bank- und Finanzdienstleistungsmarkt, in dem die HVB Group tätig ist, steht unter dem Einfluss nicht vorhersehbarer Faktoren, darunter allgemeine wirtschaftliche Entwicklungen, Steuer- und Geldpolitik, Gesetzesänderungen bzw. Veränderung der regulatorischen Anforderungen, Liquidität und Erwartungen der Kapitalmärkte und das Konsumentenverhalten im Hinblick auf Investitionen und Sparen. Vor allem die Nachfrage nach Finanzprodukten im Bereich der traditionellen Kreditaktivitäten könnte sich in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs abschwächen. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung könnte weitere negative Auswirkungen auf die Solvenz von Hypothekenschuldnern und anderen Kreditnehmern der HVB Group haben.

Jede Verschlechterung der Kreditwürdigkeit wichtiger einzelner Kunden oder Gegenparteien oder der Performance von Krediten und anderen Forderungen sowie falsche Beurteilungen der Kreditwürdigkeit oder der Länderrisiken können die finanzielle Lage und die operativen Ergebnisse der HVB Group erheblich beeinträchtigen.

3.2 Risiken aus einem Wertverfall von Kreditbesicherungen

Ein erheblicher Anteil der Kredite der HVB Group an Unternehmens- und Einzelschuldner wird unter anderem durch Immobilien, Wertpapiere, Schiffe, Termineinlagen und Forderungen besichert. Hypothekendarlehen gehören zu den wichtigsten Posten der HVB Group. Diese sind stark den Entwicklungen an den Immobilienmärkten ausgesetzt.

Im Handelsgeschäft erfolgt die Besicherung von außerbörslich gehandelten Derivaten, Wertpapier-Repo- und Wertpapier-Leihe-Geschäften und börsengehandelten Derivaten auf Basis der jeweiligen vertraglichen Grundlagen mit den Kontrahenten.

Ein wirtschaftlicher Abschwung in den Ländern, in denen die HVB Group tätig ist, eine allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen in den Branchen, in denen ihre Kreditnehmer tätig sind, oder in den Märkten, in denen sie Sicherheiten hält, kann dazu führen, dass der Wert der Kreditbesicherungen unter das Niveau der für solche Kredite ausstehenden Kapitalsumme sinkt. Das Absinken des Wertes der Sicherheiten für diese Kredite oder die Unfähigkeit, weitere Sicherheiten zu beschaffen, könnte die HVB Group dazu zwingen, die betreffenden Kredite einer Neubewertung zu unterziehen und/oder zusätzliche Kreditrisikovorsorgen und höhere Rücklagen zu bilden. Darüber hinaus könnte die Tatsache, dass die HVB Group den erwarteten Wert der Sicherheit im Fall einer Zwangsvollstreckung nicht realisieren kann, zu erheblichen Verlusten für die HVB Group führen.

3.3 Risiken aus Derivate-/Handelsgeschäften

Neben dem traditionellen Bankgeschäft wie dem Kredit- und Einlagengeschäft betätigt sich die HVB Group auch in Bankgeschäftsfeldern, die sie zusätzlichen Ausfall- und/oder Kontrahentenrisiken aussetzen. Solche zusätzlichen Risiken können beispielsweise aus der Durchführung von Wertpapier-, Derivate-, Währungs-, Rohstoff- oder Wertpapierpensions-/Wertpapierleihegeschäften resultieren.

Entstehen können diese sowohl aus der nicht bzw. nicht zeitgerecht erfolgenden Abwicklung oder Gegenleistung seitens des Kontrahenten als auch durch Systemausfälle bei Clearingstellen/-häusern, Börsen oder anderen Finanzintermediären (einschließlich der HVB Group).

Kontrahenten im Handelsgeschäft oder Gegenparteien, die Wertpapiere begeben, die von Einheiten der HVB Group gehalten werden, könnten ihren Verpflichtungen aufgrund von Insolvenz, politischen und wirtschaftlichen Ereignissen, mangelnder Liquidität, operativen Verlusten oder anderen Gründen eventuell nicht mehr nachkommen.

Kontrahentenausfälle in signifikantem Ausmaß könnten sich erheblich negativ auf das operative Ergebnis der HVB Group und damit auf ihre geschäftliche und finanzielle Lage auswirken.

3.4 Risiken aus konzerninternen Kredit-Exposures

Ein Teil der Risiken in der Branche Finanzinstitutionen (inklusive ausländische Staaten) resultiert aus Kredit-Exposures gegenüber der Muttergesellschaft der HVB Group, der UniCredit (UniCredit S.p.A. zusammen mit deren konsolidierten Beteiligungen). Dies resultiert aus der strategischen Ausrichtung der HVB Group als gruppenweites Kompetenzzentrum für das Markets- und Investment-Banking-Geschäft der UniCredit sowie anderen Geschäftsaktivitäten. Bedingt durch die Natur dieses Geschäfts ist das konzerninterne Kreditengagement der HVB Group volatil und kann sich von Tag zu Tag erheblich ändern.

Zudem könnten Änderungen der nationalen und internationalen gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Höhe und Anrechnung konzerninterner Exposures beträchtliche negative Auswirkungen auf die interne Finanzierung der HVB Group, die Kosten dieser Finanzierung (insbesondere wenn sie extern beschafft werden muss) sowie auf das operative Ergebnis und auf die geschäftliche und finanzielle Lage der HVB Group haben.

3.5 Risiken aus Forderungen gegenüber Staaten / öffentlichen Sektor

Im Zuge ihrer Aktivitäten ist die HVB Group unter anderem stark in Staatsanleihen der großen europäischen Länder, aber auch in anderen Ländern außerhalb der Eurozone engagiert. Neben diesem Engagement der HVB Group ist sie auch über Kredite an Zentralregierungen, Zentralbanken und andere Regierungsstellen in Staatsschulden engagiert (sogenanntes „Sovereign Exposure“).

Ein weltweiter wirtschaftlicher Abschwung oder eine Wirtschaftskrise einzelner Länder hätte erhebliche Auswirkungen unter anderem auf Qualität und Rückzahlbarkeit der von der HVB Group gehaltenen Staatsanleihen sowie auf die finanziellen Ressourcen ihrer Kunden, die ähnliche Wertpapiere halten.

4. Marktrisiko

Die HVB Group definiert Marktrisiken als potenziellen Verlust von bilanziellen sowie außerbilanziellen Geschäftspositionen im Handels- und Bankbuch, der aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen (Zinsen, Aktien, Credit Spreads, Devisen und Rohwaren), sonstiger preisbeeinflussender Parameter (Volatilitäten, Korrelationen) oder durch handelsbezogene Ereignisse in Form von Ausfall oder Bonitätsveränderung von Wertpapieren (besonderes Kursrisiko für Zinsnettopositionen) entstehen kann.

Das Marktrisiko umfasst Zinsänderungsrisiko, Fremdwährungsrisiko, Aktien- bzw. Rohwarenrisiko, Credit-Spread-Risiko und Optionsrisiko.

4.1 Risiken für Handels- und Anlagebücher aus einer Verschlechterung der Marktbedingungen

Obwohl die marktrisikotragenden Geschäfte der HVB Group unter normalen Marktbedingungen profitabel sind, ist dieses Geschäft in schwierigen Marktsituationen erhöhten Risiken ausgesetzt. Die Erträge sind relativ volatil und hängen von zahlreichen Faktoren ab, die sich dem Einflussbereich der HVB Group entziehen. Dazu zählen das allgemeine Marktumfeld, die allgemeinen Handelsaktivitäten, Aktienkurse, das Zins- und Credit-Spread-Niveau, Wechselkursschwankungen und die allgemeine Marktvolatilität.

4.2 Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiko

Zinsschwankungen in Europa und in den anderen Märkten, in denen die HVB Group tätig ist, könnten ihre Finanz- und Ertragslage beeinträchtigen. So führt das derzeit niedrige Zinsniveau insbesondere im Einlagenbereich zu sinkenden Margen, die sich unmittelbar negativ auf die Ertragslage auswirken. Es kann nicht gewährleistet werden, dass langfristig keine schwerwiegenden Ertragsverluste eintreten, die den Marktwert der HVB Group verringern würden.

Die HVB Group erwirtschaftet Erträge außerhalb der Eurozone und ist aufgrund dessen Währungsrisiken ausgesetzt. Zudem wird ein Teil der Transaktionen der HVB Group in anderen Währungen als Euro durchgeführt. Das bedeutet, dass die HVB Group Wechselkursrisiken und Risiken in Bezug auf Fremdwährungstransaktionen ausgesetzt ist. Ungünstige Wechselkursveränderungen könnten daher die Geschäftstätigkeit der HVB Group sowie ihre finanzielle Lage nachteilig beeinträchtigen.

5. Liquiditätsrisiko

Die HVB Group unterliegt Liquiditätsrisiken. Die HVB Group definiert Liquiditätsrisiko als die Gefahr, dass die Bank ihren anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht oder nicht in vollem Umfang nachkommen kann. Es definiert sich jedoch auch aus dem Risiko, dass bei Bedarf nicht ausreichend Liquidität oder Liquidität nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden kann, sowie aus der Gefahr, dass Vermögenswerte nur mit Abschlägen am Markt veräußert werden können.

5.1 Risiken der Liquiditätsbeschaffung

Eine Finanzmarktkrise könnte zu finanzieller Instabilität und zu einer Abnahme des Volumens und der Verfügbarkeit des kurz-, mittel- und langfristigen Liquiditätsangebotes am Markt führen. In einer solchen Situation könnte eine zunehmende Abhängigkeit von Zentralbankliquidität entstehen. Zusätzlich könnte das Kontrahentenrisiko insbesondere zwischen Banken substanziell ansteigen, was zu einer Reduzierung des Interbankengeschäftes sowie zu einer Abnahme des Kundenvertrauens führen könnte. Das gesunkene Vertrauen könnte in diesem Zusammenhang zu einem starken Abfluss von Kundeneinlagen der HVB Group führen, wodurch in Folge Liquiditätsprobleme für die HVB Group entstehen könnten. Dies könnte die Fähigkeit der HVB Group, sich entsprechend ihrer Aktivitäten zu refinanzieren und die Mindestanforderungen bezüglich der Liquiditätsausstattung einzuhalten, begrenzen.

Zusätzlich könnte der Zugang der HVB Group zu Liquidität durch mangelnden Zugang zu Anleihemärkten bzw. durch die Unfähigkeit, Wertpapiere zu begeben oder andere Formen von Interbankenkrediten zu besichern, behindert werden.

Darüber hinaus könnten die Mittelbeschaffungskosten zwischen Banken ansteigen sowie eine reduzierte Verfügbarkeit und/oder höhere Refinanzierungskosten, kombiniert mit einem reduzierten Zugang zu ähnlichen oder anderen Refinanzierungsformen und/oder die Unfähigkeit der HVB Group, ihre Vermögenswerte zu veräußern oder ihre Anlagen zu liquidieren, die Geschäftsaktivitäten, die operativen Ergebnisse und die finanzielle Lage der HVB Group erheblich beeinträchtigen.

5.2 Konzerninterner Liquiditätstransfer

Der Liquiditätstransfer zwischen Einheiten der HVB Group wird von den Aufsichtsbehörden überwacht, so dass die HVB und ihre Tochtergesellschaften gezwungen werden könnten, ihre Kreditvergabe bzw. -aufnahme an/von Konzerngesellschaften innerhalb der UniCredit zu reduzieren. Dies könnte die Fähigkeit der HVB Group beeinflussen, die Liquiditätsvorschriften ihrer Tochterunternehmen mittels eines konzerninternen

Kapitaltransfers zu erfüllen, was wiederum erheblich negative Einflüsse auf die operativen Ergebnisse der HVB Group sowie auf ihre geschäftliche und finanzielle Situation haben könnte.

5.3 Marktliquiditätsrisiko

Das Marktliquiditätsrisiko bezieht sich auf die Gefahr, dass die Bank Verluste aufgrund der Veräußerung von Vermögenswerten erleidet, die nur mit Abschlägen am Markt liquidiert werden können. Im Extremfall könnte die Bank nicht in der Lage sein, einen solchen Wert zu veräußern, da nicht ausreichend Liquidität am Markt angeboten wird oder die Bank eine Position hält, welche gemessen am Marktumsatz zu groß ist.

Eine verstärkte Volatilität der Finanzmärkte könnte zudem dazu führen, dass es für die HVB Group schwieriger wird, einige ihrer Vermögenswerte und Engagements zu bewerten. Eine weitere Folge könnten signifikante Änderungen der Zeitwerte solcher Vermögenswerte und Engagements sein, die sich als erheblich niedriger erweisen könnten als die aktuellen oder geschätzten Zeitwerte. Sämtliche dieser Faktoren könnten die HVB Group zwingen, Wertberichtigungen oder Abschreibungen vorzunehmen, was sich negativ auf die finanzielle Lage und das operative Ergebnis auswirken würde.

6. Operationelles Risiko

Die HVB Group ist unter anderem operationellen Risiken ausgesetzt, also der Möglichkeit von Verlusten durch unzureichende oder fehlerhafte interne Prozesse, Systeme, menschliche Fehler oder externe Ereignisse. Diese Definition schließt Rechtsrisiken mit ein, nicht jedoch strategische Risiken oder Reputationsrisiken.

Die HVB Group verfügt über eine konzernweite Organisationsstruktur für operationelle Risiken. Die Identifikation, Analyse und das Management des operationellen Risikos liegen in der Verantwortung der jeweiligen Geschäftsbereiche der HVB bzw. jeder Tochtergesellschaft der HVB Group.

Obwohl die HVB Group aktive Verfahren implementiert hat, um das operationelle Risiko und die mit diesem verbundenen negativen Effekte einzudämmen und zu mildern, kann der Eintritt unvorhersehbarer Ereignisse, die sich der Kontrolle der HVB Group zur Gänze oder teilweise entziehen, nicht ausgeschlossen werden. Folglich kann nicht gewährleistet werden, dass der HVB Group trotz der eingesetzten Verfahren in der Zukunft keine erheblichen materiellen Verluste aus operationellen Risiken entstehen.

6.1 IT-Risiken

Die IT-Services für die HVB werden hauptsächlich durch die Konzerngesellschaft UniCredit Business Integrated Solutions S.C.p.A. (UBIS) erbracht. Die Information-and-Communication-Technology (ICT)-Management-Prozesse der HVB erfordern weiterhin Anpassungen im internen Kontrollsystem für die IT, um unter anderem alle wesentlichen IT-Risiken innerhalb der ICT Management Prozesse angemessen überwachen und steuern zu können. Durch regelmäßige Identifizierung von Verbesserungspotenzialen und Erkenntnissen aus Prüfungen wird das Kontrollsystem laufend angepasst.

Dennoch können sich in der Zukunft Komplikationen und/oder unerwartete Probleme ergeben, die die erfolgreiche Nutzung der IT-Systeme verzögern oder verhindern könnten.

6.2 Rechtliche Risiken

Zum Datum dieses Registrierungsformulars sind verschiedene rechtliche Verfahren gegen die HVB und andere zur HVB Group gehörende Gesellschaften anhängig.

Die HVB und andere zur HVB Group gehörende Gesellschaften sind verpflichtet, eine Vielzahl von rechtlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu beachten. Die Nichteinhaltung dieser Vorgaben kann zu gerichtlichen und behördlichen Verfahren oder Untersuchungen sowie zu Schadensersatzansprüchen, Bußgeldern oder anderen Geldstrafen zu Lasten der HVB und anderer zur HVB Group gehörender Gesellschaften führen.

In vielen Fällen sind der Ausgang der Verfahren und die Höhe eines potenziellen Schadens mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Zu diesen Fällen gehören auch Strafverfahren und behördliche Verfahren sowie die Geltendmachung von Ansprüchen, bei denen die Anspruchshöhe von dem jeweiligen Anspruchsteller nicht beziffert wird. Die HVB Group verfügt dahingehend über etablierte Prozesse, dass Verfahren und Risiken von ihr hinreichend analysiert werden, um zu entscheiden, ob im Einzelfall Rückstellungen für Rechtsrisiken erhöht werden müssen oder ob sie unter den derzeitigen Umständen angemessen sind. Für laufende Verfahren hat die HVB Group angemessene Rückstellungen für Rechtsrisiken gebildet. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die bestehenden Rückstellungen nicht ausreichend sind.

Per 31. Dezember 2017 belaufen sich die Sonstigen Rückstellungen (enthalten im Geschäftsbericht 2017) auf 1.277 Mio €. Von den hierin enthaltenen Anderen Rückstellungen in Höhe von 728 Mio € entfallen 623 Mio € auf Rückstellungen für Rechtsrisiken, Prozesskosten und Schadensersatzleistungen.

6.3 Steuerliche Risiken

Zum Datum des Registrierungsformulars laufen bei der HVB und anderen Unternehmen der HVB Group steuerliche Außenprüfungen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die steuerlichen Außenprüfungen bei der HVB Group zu Steuer- und Zinsnachzahlungen führen werden. Solche Steuer- und Zinsnachzahlungen könnten nachteilige Auswirkungen auf die operativen Ergebnisse der HVB Group und/oder auf ihre geschäftliche und finanzielle Lage haben.

Sollte ein Unternehmen der HVB Group darüber hinaus tatsächlich oder angeblich Steuergesetze eines oder mehrerer der Länder verletzen, in denen die HVB Group tätig ist, könnte die HVB Group zusätzlichen Steuerrisiken und weiteren Risiken ausgesetzt sein. Dies würde wiederum die Wahrscheinlichkeit zusätzlicher steuerlicher sowie anderer behördlicher Verfahren erhöhen und könnte zu einer Schädigung der Reputation der HVB Group führen.

6.4 Compliance Risiko

Compliance-Risiko ist definiert als bestehendes oder künftiges Ertrags- oder Kapitalrisiko infolge von Verletzungen oder der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Rechtsvorschriften, Vereinbarungen, vorgeschriebenen Praktiken oder ethischen Standards. Es kann zu Geldstrafen, Schadenersatz und/oder zur Nichtigkeit von Verträgen führen und den Ruf eines Instituts schädigen.

Dies schließt das Risiko ein, zur Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen missbraucht zu werden. In der HVB Group unterstützt die Compliance-Funktion das Management sowie die Überwachung von Compliance-Risiken mit Schwerpunkt auf dem Verstoß gegen Gesetze, Rechtsnormen und Verordnungen. Die Compliance-Funktion identifiziert das Compliance-Risiko unter Berücksichtigung der äußeren Gegebenheiten und der potenziellen Auswirkungen auf die HVB sowie ihrer Geschäftstätigkeit. Dabei arbeitet sie auf die Umsetzung wirksamer interner Verfahren und geeigneter Maßnahmen (inklusive Kontrollen) hin, um die Einhaltung der wesentlichen gesetzlichen Bestimmungen und Anforderungen an das Institut sicherzustellen. Hierfür werden regelmäßig geeignete Risikoanalysen durchgeführt, welche die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), des Kreditwesengesetzes (KWG), des Geldwäschegesetzes (GwG) sowie der Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion (MaComp) erfüllen.

Neben der regelmäßigen Aktualisierung der Compliance-Risikoeergebnisse werden auch Ad-hoc Risikobewertungen durchgeführt, um neu auftretende Risiken widerzuspiegeln. Auslöser für eine Risiko-Neubewertung können beispielsweise ein neues Geschäftsfeld und/oder strukturelle Veränderungen in der HVB sein. Die Risikoeergebnisse werden vierteljährlich dem Vorstand der HVB berichtet. Basierend auf den Risikoeergebnissen werden die Aktivitäten in Compliance gesteuert, unter anderem second-level controls, Beratungsaktivitäten, fachspezifische Schulungen usw. Dennoch können in der Zukunft Fälle von Non-Compliance (zum Beispiel Betrug) auftreten und finanzielle Schäden sowie eine negative öffentliche Außenwirkung der HVB Group verursachen.

6.5 Risiken in Zusammenhang mit Business Continuity Management

Das Business Continuity-, IT Service Continuity- und Krisenmanagement hat über erfolgreich bewältigte kritische Störungen die Effektivität und Angemessenheit nachgewiesen, so dass Auswirkungen für die HVB minimiert werden konnten. Mehrere erfolgreich durchgeführte Notfalltests zeigten, dass die Ausführung der kritischen Geschäftsprozesse auch im Notfall funktioniert. Darüber hinaus wird die Absicherung gegen Notfälle fortlaufend an neue Bedrohungslagen angepasst. Dennoch können Komplikationen und/oder unerwartete Probleme nicht ausgeschlossen werden, die eine negative Auswirkung auf das Aufrechterhalten des operativen Geschäfts der HVB Group haben könnten.

7. Geschäftsrisiko

Die HVB Group definiert Geschäftsrisiko als potentielle Verluste aus unerwarteten negativen Veränderungen des Geschäftsvolumens und/oder der Margen, die nicht auf andere Risikoarten zurückzuführen sind. Als Folge könnten nachhaltige Ergebnisrückgänge mit entsprechender Auswirkung auf den Zeitwert des Unternehmens auftreten. Geschäftsrisiken können vor allem aus deutlich verschlechterten Marktbedingungen, Veränderungen der Wettbewerbsposition oder des Kundenverhaltens, Veränderungen in der Kostenstruktur, aber auch aus Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen resultieren.

8. Immobilienrisiko

Unter dem Immobilienrisiko werden potenzielle Verluste erfasst, die aus Marktwertschwankungen des Immobilienbestands der HVB Group resultieren. Neben den eigenen Immobilien der HVB erweitert sich für die HVB Group das Portfolio um den Immobilienbestand der Immobilienbesitzgesellschaften, den der Tochtergesellschaften (laut International Financial Reporting Standards (IFRS)-Konsolidierungskreis) sowie der Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicles – SPVs). Es werden keine Immobilien und Grundstücke berücksichtigt, die als Sicherheiten im Kreditgeschäft dienen.

Das Hauptrisiko beim Eigenbestand begründet sich hauptsächlich aus der Marktwert-Entwicklung, die immer auch im Vergleich zum Buchwert gesehen wird. Die Risikotreiber sind die künftige Nutzung durch die Bank, Mieten der Objekte/Bankmiete, Marktmieten, der Vermietungsstand, Mietvertragslaufzeiten sowie der Investitionsbedarf.

Die Situation auf den Immobilienmärkten ist von den wirtschaftlichen Trends abhängig. Sollte sich das Wachstum verlangsamen, wird auch die Nachfrage nach Mietobjekten sinken. Dies könnte negative Folgen für die operativen Ergebnisse und die finanzielle Lage der HVB Group haben.

9. Beteiligungsrisiko

Unter dem Beteiligungsrisiko erfassen wir potenzielle Verluste, die aus Wertschwankungen des Anteilsbesitzes der HVB Group resultieren. Das Beteiligungsrisiko der HVB Group entsteht durch Eigenkapital, welches an Unternehmen gehalten wird, die nicht in der HVB Group IFRS-konsolidiert oder nicht im Marktrisiko enthalten sind. Das Beteiligungsportfolio beinhaltet hauptsächlich börsennotierte und nicht börsennotierte Unternehmensanteile, Private Equity Investments (Co- und Direktbeteiligungen), Aktien-Derivate sowie andere Fondsanteile (Spezialfälle, Immobilienfonds).

Aufgrund der in den letzten Jahren kontinuierlich fortschreitenden Reduzierung der Anzahl und der Komplexität im strategischen und nicht-strategischen Beteiligungsportfolio der HVB Group haben sich die Beteiligungsrisiken signifikant verringert, so dass sie nur noch eine geringe Bedeutung für das operative Ergebnis, den Geschäftsverlauf und das Finanzergebnis der HVB Group aufweisen. Dennoch könnten operative oder finanzielle Verluste oder Risiken, denen die Beteiligungsgesellschaften ausgesetzt sind, zu Wertverlusten dieser Beteiligungen führen und damit negative Auswirkungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HVB Group haben.

10. Reputationsrisiko

Reputationsrisiko wird definiert als das Risiko negativer Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung, hervorgerufen durch unerwünschte Reaktionen von Interessengruppen (Stakeholdern) aufgrund einer veränderten Wahrnehmung der Bank. Diese veränderte Wahrnehmung kann ausgelöst sein durch ein Primärrisiko wie Kreditrisiko, Marktrisiko, operationelles Risiko, Liquiditätsrisiko, Geschäftsrisiko, strategisches Risiko oder andere Primärrisiken. Als wesentliche Stakeholder sind Kunden, Mitarbeiter, Aufsichtsbehörden, Ratingagenturen und Gläubiger festgelegt. Die Auswirkung eines Reputationsrisikoevents könnte sich im Geschäftsrisiko oder im Liquiditätsrisiko zeigen.

11. Strategisches Risiko

Das strategische Risiko resultiert daraus, dass das Management wesentliche Entwicklungen oder Trends im eigenen unternehmerischen Umfeld entweder nicht rechtzeitig erkennt oder falsch einschätzt. Infolgedessen kann es zu Grundsatzentscheidungen kommen, die sich hinsichtlich der Erreichung der langfristigen Unternehmensziele im Nachhinein als unvorteilhaft erweisen und zudem teilweise schwer oder nicht unmittelbar reversibel sind. Im schlimmsten Fall kann dies negative Auswirkungen auf die Ertragskraft und das Risikoprofil der HVB Group haben.

11.1 Risiken aus der strategischen Ausrichtung des Geschäftsmodells der HVB Group

Die HVB Group ist als Universalbank einerseits fokussiert auf die regionale Bearbeitung des deutschen Marktes, andererseits stellt sie das Kompetenzzentrum für die Investment-Banking-Aktivitäten der gesamten UniCredit dar.

Das Commercial Banking ist in seiner Größe und Bedeutung für die Erlöscomposition und den Ergebnisbeitrag der HVB Group sehr wichtig. Der Geschäftsbereich Commercial Banking betreut in Deutschland in den Geschäftsfeldern Privatkunden Bank und Unternehmer Bank alle Kunden mit standardisiertem oder individuellem Service- und Beratungsbedarf in vielfältigen Bankdienstleistungen. Das Marktumfeld im Commercial Banking ist geprägt von einem anhaltend niedrigen Zinsniveau, einer fragmentierten Wettbewerbssituation und steigenden Regulierungskosten. Neben einer weiterhin verhaltenen Kundennachfrage führt die zunehmende Digitalisierung zu einem nachhaltig veränderten Kundenbedarf. Diesen äußeren Rahmenbedingungen im Commercial Banking begegnet die HVB Group unter anderem mit einem Maßnahmenbündel von Wachstums- und Effizienzaktivitäten, die auch klar definierte Digitalisierungsinitiativen umfassen.

Nach Abschluss der Modernisierung des Privatkundengeschäfts stehen nun vor allem Wachstum und Kundenbindung im Fokus, gestützt durch die Positionierung als Qualitätsanbieter. Im Private Banking strebt die HVB Group mittelfristig eine Positionierung unter den führenden Private-Banking-Anbietern in Deutschland durch eine nachhaltige Begleitung der Kunden mit einem umfassenden Beratungsansatz, an.

Das Geschäftsfeld Unternehmer Bank verfolgt eine Wachstumsstrategie, die darauf ausgerichtet ist, sich im Kundenkontakt als strategischer Businesspartner und Anbieter von Premiümlösungen zu positionieren. Dies wird

auch durch das Joint Venture zwischen der Unternehmer Bank und dem Corporate & Investment Banking (CIB) untermauert. Darüber hinaus forciert die Unternehmer Bank den Ausbau der digitalen Betreuung von Firmenkunden.

Die strategische Ausrichtung des Geschäftsbereichs CIB zielt darauf ab, dem Kunden zusätzlichen Wert über spezifische Betreuungsmodelle und vielfältige Produkte, die am jeweiligen Bedürfnis des Kunden ausgerichtet sind, zu geben. Auch wenn die Investment-Banking-Aktivitäten auf den Kunden ausgerichtet sind, bleiben die Erträge naturgemäß volatil und beeinflusst durch das Marktumfeld. Während in einem normalen Marktumfeld das Investment-Banking-Geschäft sehr profitabel ist, bestehen in schwierigen Marktsituationen erhöhte Risiken.

Daraus ergibt sich ein Geschäftsmodell, das auf mehreren Säulen ruht. Dennoch kann in Abhängigkeit von der externen Marktentwicklung nicht immer ausgeschlossen werden, dass es zu Ungleichgewichten bei den Ertragsbeiträgen kommt. So beeinträchtigt das bereits seit langem anhaltende Niedrigzinsumfeld die Erträge der Geschäftsbereiche in unterschiedlichem Maß.

11.2 Branchenspezifisches Risiko

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise (2007 und in den folgenden Jahren) sieht sich der Bankensektor gravierenden Herausforderungen gegenüber sowie der Notwendigkeit, sich fortlaufend und schneller als bisher anzupassen. Wesentliche Einflussfaktoren für die gesamte Bankbranche und damit auch für die HVB Group sind:

- Anhaltend niedriges Marktzinsniveau mit negativem Einlagenzinssatz bei der EZB.
- Verhaltene Kundennachfrage verbunden mit einem geschwächten Vertrauen der Kunden.
- Eine hohe Wettbewerbsintensität, auch bedingt durch den Fortbestand des Drei-Säulen-Systems (öffentlich-rechtliche Sparkassen und Landesbanken, Genossenschaftsbanken, private Banken) mit überdurchschnittlichen Marktanteilen des öffentlichen sowie des genossenschaftlichen Sektors.
- Konsolidierung des deutschen und internationalen Banken- und Finanzmarktes.
- Umfassender und gesellschaftsweiter Trend zur Digitalisierung, der auch im Bereich Bank-/Finanzdienstleistung massive Veränderungen mit sich bringt, sowohl in Bezug auf die Kundeninteraktion (Produkte, Kundenbedürfnisse und Kundenwahrnehmung) als auch der Möglichkeiten zur Effizienzerhöhung interner Prozesse.
- Eintritt neuer Marktteilnehmer, sogenannter Fintechs, die mit Hilfe von modernen Technologien finanzielle Dienstleistungen, wie zum Beispiel eCommerce, Mobile Payment, Crowdlending oder Crowdinvesting, bereitstellen oder ermöglichen.

Die HVB Group stellt sich diesen externen Markteinflüssen und richtet ihre strategischen Maßnahmen entsprechend aus. Die Ergebnis- und Kapitalstärke sowie der Veränderungswille sind ein solides Fundament, um auch in Zukunft als stabiler Marktakteur zu agieren.

Sollten sich jedoch beispielsweise die Wettbewerbsbedingungen im Finanzsektor weiter verschärfen oder die stabilisierenden Maßnahmen in der Eurozone zur Überwindung der Finanzkrise nicht greifen, könnte dies auch negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HVB Group haben.

11.3 Risiken aus einer Veränderung der Ratingeinstufung der HVB

Die HVB verfügt über ein Investment Grade Rating durch die externen Ratingagenturen Standard & Poor's (S&P), Moody's und Fitch. Die Ratings sind Gegenstand einer kontinuierlichen Überwachung durch diese Ratinggesellschaften.

Eine Veränderung der Ratingeinstufung nach unten (downgrade) könnte die Refinanzierungskosten der HVB verteuern oder die Geschäftsmöglichkeiten der HVB als Counterpart im Interbankenmarkt bzw. mit rating-sensitiven Kunden negativ beeinflussen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich das Chancen-Risiko-Profil von betroffenen Geschäftsaktivitäten so wesentlich ändert, dass es zu Anpassungen von Geschäftsfeldern kommt, mit möglicherweise negativen Folgen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HVB Group. Die möglichen negativen Effekte aus diesem Risiko werden insbesondere davon abhängen, ob das Rating der HVB sich im Vergleich zu ihren Mitbewerbern weniger stark, gleich stark oder stärker verändert.

12. Regulatorische Risiken

12.1 Risiken aus Veränderungen des regulatorischen und gesetzlichen Umfelds der HVB Group

Die Aktivitäten der HVB Group werden von der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie von den Zentralbanken und Aufsichtsbehörden der Länder/Regionen, in denen die HVB Group geschäftlich tätig ist, reguliert und beaufsichtigt.

Im Rahmen der Bewältigung der Finanz- und Staatsschuldenkrise ist in Europa eine Bankenunion geschaffen worden, basierend auf den zentralen Eckpfeilern „**Einheitlicher Bankenaufsichtsmechanismus**“, „**Einheitlicher Bankenabwicklungsmechanismus**“ und „**Harmonisierte Einlagensicherung**“:

- **Einheitlicher Bankenaufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM)**
Im Rahmenwerk des SSM unterliegt die HVB Group der Aufsicht der EZB. Die Bestrebungen der EZB nach einer konsistenten, proaktiven Aufsicht machen sich klar in der Kooperation mit der EZB bemerkbar.

- **Einheitlicher Bankenabwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM)**
Der SRM besteht aus den nationalen Abwicklungsbehörden und dem Single Resolution Board (SRB), welches unter anderem Abwicklungsentscheidungen für Banken unter direkter Aufsicht der EZB trifft, sowie dem einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF). Mit dem SRF wurden ab dem 1. Januar 2016 zum größten Teil die nationalen Abwicklungsfonds in allen am SSM und SRM teilnehmenden Mitgliedstaaten ersetzt. Das Ziel des SRM ist die Schaffung eines Rahmens für die geordnete Abwicklung einer ausfallenden europäischen Bank unter Vermeidung bzw. Limitierung möglicher Belastungen und negativer Auswirkungen auf Steuerzahler und Wirtschaft.

Informationen zu dem Beitrag, der seitens der HVB in den Bankenrestrukturierungsfond in Verbindung mit dem SRF eingezahlt wird, sind in dem Geschäftsbericht vom 31. Dezember 2017 enthalten. Demnach hat die HVB von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, einen Teil des Jahresbetrags zum Restrukturierungsfond in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen (sogenannte unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen) einzubringen. Die hierfür gestellten Barsicherheiten belaufen sich zum 31. Dezember 2017 auf insgesamt 48 Mio € (31. Dezember 2016: 34 Mio €).

- **Harmonisierte Einlagensicherung (Deposit Guarantee Scheme, DGS)**
Mit dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG), welches am 3. Juli 2015 in Kraft getreten ist (geändert am 6. November 2015 durch das Abwicklungsmechanismusgesetz sowie zum 3. Januar 2018 durch das Zweite Finanzmarktnovellierungsgesetz) und welches die Einlagensicherungsrichtlinie zur Harmonisierung der Einlagensicherung für Anleger (Deposit Guarantee Schemes Directive) in deutsches Recht umsetzt, wurde der Schutz der Einleger erweitert.

Die deutsche Einlagensicherungseinrichtung der HVB ist die „Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH“ (EdB). Die Edb darf Sonderbeiträge erheben, um Ausgleichsansprüche zu begleichen in Fällen, in denen die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichend sind, um die Ausgleichsansprüche abzudecken. Die Edb kann mehrere solcher Sonderbeiträge und/oder Sonderzahlungen pro Jahr erheben, allerdings nur in Ausnahmefällen über eine Höhe von 0,5 % der gedeckten Einlagen der der Edb zugeordneten CRR-Kreditinstitute hinaus. Ergänzend wird der „Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e. V.“, welcher eine zusätzliche freiwillige Einlagensicherungseinrichtung deutscher Privatbanken ist und an dem die HVB ebenfalls teilnimmt, durch Jahres- und Sonderbeiträge ihrer teilnehmenden Institute finanziert.

Die gesetzlichen Grundlagen der europäischen Bankenunion sind im sogenannten Single Rule Book zusammengefasst, welches das europäische Bankenaufsichtsrecht harmonisiert und damit für einen einheitlichen Rechtsrahmen unter den teilnehmenden Ländern sorgt. Wesentliche Elemente dieses Regelwerks sind:

- **Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirement Directive, CRD IV, Richtlinie 2013/36/EU vom 26. Juni 2013) und die Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation, CRR, Verordnung (EU) Nr. 575/2013 vom 26. Juni 2013), in der jeweils gültigen Fassung, zur Umsetzung der Basel III Eigenkapitalanforderungen**

Die Phase einer starken und kontinuierlichen Finanzkrise führte zu einem strengeren Regime der internationalen Aufsichtsbehörden. Seit 1. Januar 2014 wurde das regulatorische Rahmenwerk angepasst, um die Empfehlungen aus Basel III zu implementieren, überwiegend mit dem Ziel, die Kapitalanforderungen zu stärken, die Nutzung des Fremdkapitalhebels zu überdenken und mit Richtlinien und Vorschriften dem Liquiditätsrisiko in Kreditinstituten entgegenzusteuern.

Insbesondere hinsichtlich der höheren Kapitalanforderungen verlangt Basel III eine Übergangsphase mit einer Mindesteigenkapitalausstattung, die schrittweise erhöht wird. Ab 2019 ist für Banken eine harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 (CET1) ratio) von mindestens 7% der risikogewichteten Aktiva (CET1 Mindestanforderung von 4,5%, zuzüglich 2,5% Kapitalerhaltungspuffer (Capital Conservation Buffer, CCB), eine Kernkapitalquote (Tier 1 Capital ratio) von mindestens 8,5% (davon max. 1,5% zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1 capital)) und eine Gesamtkapitalquote (Total Capital ratio) von mindestens 10,5% (davon max. 2% Ergänzungskapital (Tier 2 capital)) gefordert.

Im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Überwachungsprozesses (SREP) hat die EZB der UniCredit S.p.A. und weiteren zugehörigen Tochtergesellschaften, unter anderem der HVB, im

Dezember 2017 die Kapitalanforderungen für 2018 mitgeteilt. Die Kapitalanforderungen für die HVB Group aus SREP 2017 wurden in Deutschland nicht veröffentlicht.

Gemäß einer Pressemitteilung der UniCredit S.p.A. vom 11. Dezember 2017 hat die EZB innerhalb von SREP die Kapitalanforderungen aus Säule 2 (Pillar 2 Requirement, P2R) um 50 Basispunkte auf 200 Basispunkte gesenkt.

UniCredit ist verpflichtet, die folgenden übergangsweisen Kapitalanforderungen auf konsolidierter Basis von 2018 an zu erfüllen:

- 9,20 Prozent CET1 ratio,
- 10,70 Prozent Tier 1 ratio,
- 12,70 Prozent Total Capital ratio.

Alle übergangsweisen Kapitalquoten sind inklusive 2,00 Prozent P2R, 1,88 Prozent Kapitalerhaltungspuffer (CCB), 0,75 Prozent G-SIB Puffer (Puffer für global systemrelevante Banken) und eines geschätzten Antizyklischen Kapitalpuffers (Countercyclical Capital Buffer, CCyB) von 0,07 Prozent. Die CCB und G-SIB Puffer, wie durch CRD IV gefordert, werden 2,50 Prozent bzw. 1,00 Prozent auf der Basis *fully loaded* in 2019 erreichen, während der CCyB von Exposures der UniCredit gegenüber Ländern abhängt, in denen Antizyklische Pufferquoten festgelegt sind oder zukünftig festgelegt werden und daher quartalsweise variieren kann.

Der SRB wird eine institutsspezifische Quote für Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, die direkt von der EZB überwachte Institute mindestens vorhalten müssen, festsetzen (Minimum Requirements on Eligible Liabilities, MREL). Risiken in Zusammenhang mit der Nichteinhaltung der MREL-Anforderung ergeben sich aufgrund andauernder Verhandlungen der europäischen Aufsichtsbehörden im Hinblick auf qualitative Kriterien zur Bestimmung bail-in-fähiger Verbindlichkeiten sowie bezüglich der Kalibrierung und Definition von MREL.

In Hinblick auf die Liquidität, sorgt Basel III unter anderem für die Einführung einer kurzfristigen Liquiditätskennzahl (Liquidity Coverage Ratio, LCR), deren Ziel es ist, einen Liquiditätspuffer zu schaffen und zu erhalten, der das Überleben der Bank für einen Zeitraum von mindestens 30 Tagen auch unter extremen Stressereignissen sicherstellt, und für die Einführung einer strukturellen Liquiditätskennzahl (Net Stable Funding Ratio, NSFR) mit einem zeitlichen Rahmen von einem Jahr und darüber hinaus, um sicher zu stellen, dass Vermögenswerte und Verbindlichkeiten eine nachhaltige Laufzeit haben. Schließlich umfasst das CRD IV/CRR-Paket noch eine nicht-risikobasierte maximale Verschuldungsquote (Leverage Ratio). Während die CRR nicht erfordert, dass Banken sofort eine bestimmte maximale Verschuldungsquote erfüllen, sind Banken verpflichtet, ihre Verschuldungsquoten zum Zwecke künftiger Bewertungen und Kalibrierung zu melden und zu veröffentlichen. Es ist zu erwarten, dass Banken in naher Zukunft die Verschuldungsquote vollständig erfüllen müssen. In Bezug auf die Kennzahlen ist Folgendes anzumerken:

- Für die LCR ist seit 1. Januar 2017 die Mindestanforderung von 80% einzuhalten, bis zum 1. Januar 2018 wurde die Mindestanforderung sukzessive auf 100% erhöht, basierend auf der delegierten Verordnung (EU) Nr. 61/2015 (welche die CRR integriert).
- Für die NSFR, obwohl der Vorschlag des Baseler Ausschusses eine Mindestschwelle von 100% vorsieht, die vom 1. Januar 2018 zu erfüllen ist, sieht die CRR für die strukturelle Liquiditätskennzahl derzeit noch kein regulatorisches Limit vor.
- **Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie (BRRD, Richtlinie 2014/59/EU vom 15. Mai 2014)** zur Regelung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (Details siehe Kapitel „12.3 Risiken in Verbindung mit möglichen Abwicklungsmaßnahmen und einem Reorganisationsverfahren“). Die BRRD wurde am 18. Dezember 2014 durch das BRRD-Umsetzungsgesetz umgesetzt und auf EU-Ebene ergänzt durch die Vorschriften der sogenannten SRM-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 806/2014 vom 15. Juli 2014).
- **NPL Regulierung:** Die EZB hat am 20. März 2017 den „Leitfaden für Banken zu notleidenden Krediten“ (Leitfaden NPL) veröffentlicht im Anschluss an eine Konsultationsphase vom 12. September bis 15. November 2016. Aufbauend darauf hat die EZB am 4. Oktober 2017 eine Ergänzung dieses Leitfadens und eine entsprechende Konsultation veröffentlicht zur Einführung des „Aufsichtlichen Risikovorsorge-Backstop für notleidende Risikopositionen“. Die Konsultationsphase lief bis zum 8. Dezember 2017. Diese Guidelines adressieren die Hauptaspekte des Managements von notleidenden Krediten, einschließlich der Definition der Strategie zu notleidenden Krediten und des operativen Plans zu NPL Governance und Operations und beinhalten verschiedene Empfehlungen, basierend auf Best Practices, die in Zukunft die Erwartungen der EZB im Rahmen des SSM darstellen werden. Parallel hierzu beschäftigt sich u.a. auch die Europäische Kommission seit 2017 vermehrt mit notleidenden

Kredit (NPLs). Diese hatte am 10. November 2017 eine Konsultation zu notleidenden Krediten veröffentlicht, wobei die Konsultationsphase insofern bis zum 30. November 2017 lief. Neben den Initiativen der EZB ist auch seitens anderer Institutionen (insbesondere seitens der Europäischen Kommission) im Jahr 2018 mit einer intensiven Beschäftigung mit notleidenden Krediten (NPLs) und deren regulatorischer Behandlung zu rechnen. Insofern sind unter anderem die Mitte März 2018 seitens der EBA veröffentlichte Konsultation zu den NPL Leitlinien, die nach derzeitigem Stand am 1. Januar 2019 in Kraft treten sollen, das von der Kommission am gleichen Tag vorgelegte Maßnahmenpaket zu NPLs sowie die am 15. März durch die EZB veröffentlichte Ergänzung zum Leitfaden für Banken zu notleidenden Krediten zu nennen.

- **Einlagensicherungsrichtlinie zur Harmonisierung der Einlagensicherung für Anleger (Deposit Guarantee Schemes Directive, DGSD, Richtlinie 2014/49/EU vom 16. April 2014)**, die bereits in Deutschland durch das deutsche Einlagensicherungsgesetz umgesetzt ist (Details siehe „Harmonisierte Einlagensicherung (Deposit Guarantee Scheme, DGS)“). Zusätzlich wurde im November 2015 ein Paket mit Vorschlägen der Europäischen Kommission zur Schaffung eines einheitlichen und europaweit harmonisierten Einlagensicherungssystems für Bankeinlagen (auch als European Deposit Insurance System, EDIS, bezeichnet) veröffentlicht. Am 11. Oktober 2017 hat die EU Kommission eine Kommunikation („Communication to the European Parliament, the Council, the European Central Bank, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions on completing the banking union“) veröffentlicht mit der beabsichtigt ist, die Vervollständigung der fehlenden Teile der Bankenunion (einschließlich der Schaffung eines einheitlichen EDIS) zu beschleunigen, indem ein Fortschritt in den laufenden Verhandlungen unterstützt wird und indem mögliche Schritte zu den Phasen und dem Zeitplan des EDIS vorgeschlagen werden. Ob, wann und wie dieses eingeführt wird, wird auf EU-Ebene stark diskutiert und ist noch ungewiss, würde aber in jedem Fall Auswirkungen auf das derzeitige nationale Einlagensicherungssystem in Deutschland haben.
- **Technische Regulierungs-/Durchführungsstandards**, die auf Grundlage der vorgenannten Richtlinien und Verordnungen von der Europäischen Kommission (aktuell und künftig) erlassen wurden.
- **Leitlinien und Empfehlungen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA)**
EBA veröffentlichte die finalen Leitlinien für den aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Guidelines for common procedures and methodologies for the supervisory review and evaluation process, SREP) im Dezember 2014. Diese Leitlinien formen das gemeinsame Rahmenwerk für die europäischen Aufsichtsbehörden zur Bewertung von Risiken in dem Geschäftsmodell der Banken, ihrer Kapital- und Liquiditätsausstattung unter einer gemeinsamen europäischen Bankenaufsicht.

Am 23. November 2016 hat die Europäische Kommission ein Paket mit Vorschlägen zur Änderung von CRD IV, CRR, BRRD und der SRM Verordnung verabschiedet (sog. Banking Reform Package), dessen vollständige Anwendbarkeit für Anfang 2019 erwartet wird. Diese Vorschläge sehen unter anderem vor, einige neue Basel Standards einzuführen (wie zum Beispiel Leverage Ratio, Net Stable Funding Ratio, Regelungen zum Marktrisiko, Anforderungen zu Eigenmitteln und zu berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten (MREL)) und das Total Loss Absorbing Capacity Principles (TLAC) Term Sheet des Financial Stability Board (FSB) in Europäisches Recht umzusetzen. Sobald diese Vorschläge finalisiert sind, werden Änderungen der CRR (dann CRR II) direkt anwendbar für die UniCredit. Die CRD IV Änderungen und die Änderungen der BRRD werden vor Wirksamwerden erst in nationales Recht umgesetzt werden müssen.

Um zumindest in einigen Bereichen bereits vorher zu einer Einigung auf europäischer Ebene zu gelangen, wurden Einzelaspekte, die in der BRRD geregelt sind, im Zuge eines „fast track“-Verfahrens bereits im Jahr 2017 vermehrt diskutiert. Im Zuge dessen ist die EU Richtlinie 2017/2399, die die BRRD in Bezug auf den Rang unbesicherter Schuldtitel in der Insolvenz ändert, vom Europäischen Parlament und vom Europäischen Rat am 12. Dezember 2017 angenommen worden als ein Element der Umsetzung des Banking Reform Package. Die EU Richtlinie 2017/2399 muss von den Mitgliedstaaten bis zum 29. Dezember 2018 umgesetzt werden. In Folge dessen wird § 46f KWG, der zuletzt mit Wirkung zum 1. Januar 2017 durch das Abwicklungsmechanismusgesetz vom 2. November 2015 geändert worden ist, erneut anzupassen sein.

Unterschiede in den regulatorischen Vorschriften, gesetzlichen oder steuerlichen Bestimmungen sowie Rechnungslegungsstandards zwischen den einzelnen Ländern/Regionen können zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen führen. Generell können Änderungen der regulatorischen Vorschriften, gesetzlichen und/oder steuerlichen Bestimmungen sowie Rechnungslegungsstandards weitere Verpflichtungen für die Unternehmen der HVB Group mit sich bringen (zusätzlich zu den bereits aufgeführten Anforderungen sind beispielhaft die weltweit anhaltenden und wiederkehrenden Diskussionen bzgl. Trennbankenbestrebungen bzw. -maßnahmen oder die Einführung einer Europäischen Finanztransaktionssteuer (EUFTT) zu nennen).

Neben einem möglichen Einfluss auf das Geschäftsmodell, der Notwendigkeit zusätzlichen Kapitals zwecks Erfüllung der Aufsichtsanforderungen sowie Anforderungen an Eigenmittel und anderes Kapital oder der Notwendigkeit anderer Finanzierungsquellen zur Erfüllung der Liquiditätsanforderungen, könnten auch Anpassungen der IT-Systeme auf die HVB Group zukommen. Dies könnte nachteilige Auswirkungen auf die Vermögenswerte, die Liquiditätssituation, die Profitabilität und die finanzielle Lage der HVB Group, aber auch auf die von ihr angebotenen Produkte und Dienstleistungen haben. Es ist zu erwarten, dass der Trend hin zu verstärkten Vorschriften weiter anhält.

Sollte die HVB oder eines ihrer verbundenen Unternehmens die regulatorischen Anforderungen der Aufsichtsbehörden nicht vollständig erfüllen, könnte dies zu Sanktionen oder sogar zum Erlaubnisentzug durch die zuständige Aufsicht führen. Darüber hinaus kann dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die Ertragslage und die finanzielle Situation der HVB haben, wie beispielsweise Einschränkungen der Geschäftsaktivitäten der HVB oder ihrer Tochtergesellschaften.

12.2. Risiken in Verbindung mit den International Financial Reporting Standards 9 (IFRS 9)

Im Juli 2014 hat der International Accounting Standards Board (IASB) die endgültige Fassung von IFRS 9 „Financial Instruments“ veröffentlicht, der den derzeitigen Standard zur Bilanzierung von Finanzinstrumenten IAS 39 ablöst. In IFRS 9 sind die wesentlichen Regelungsbereiche zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, zur Bilanzierung von Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte und zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen grundlegend überarbeitet worden. Der von der EU im November 2016 in europäisches Recht übernommene IFRS 9 ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Erstanwendung hat grundsätzlich retrospektiv zu erfolgen.

Im Rahmen der Erstanwendung des IFRS 9 werden die Effekte, die sich aus der retrospektiven Anwendung des IFRS 9 ergeben, im Eigenkapital erfasst. Der größte Effekt wird hierbei die Umstellung der Methodik zur Ermittlung der portfoliobasierten Wertberichtigung für nicht leistungsgestörte Fremdkapitalinstrumente sein. Für nicht leistungsgestörte Fremdkapitalinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, ist die Wertberichtigung künftig auf Basis des innerhalb eines Jahres erwarteten Ausfalls (Stufe 1) bzw. bei signifikanter Bonitätsverschlechterung seit Kreditvergabe mit dem über die Laufzeit des Fremdkapitalinstruments erwarteten Ausfalls (Stufe 2) zu bestimmen. Hieraus wird sich ein Anstieg der Portfoliowertberichtigung für nicht leistungsgestörte Fremdkapitalinstrumente ergeben.

Für die Bestimmung, ob eine signifikante Bonitätsverschlechterung vorliegt, wird die Ausfallwahrscheinlichkeit bei Kreditvergabe der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit zum Bilanzstichtag gegenübergestellt. Wird hier ein bestimmter Schwellenwert in Bezug auf die Bonitätsverschlechterung überschritten, erfolgt eine Zuordnung in Stufe 2. Das heißt, es wird zur Bewertung auf Basis des über die Laufzeit des Fremdkapitalinstruments erwarteten Ausfalls übergegangen. Hierzu hat die UniCredit Gruppe ein entsprechendes Modell entwickelt. Im Rahmen der Expected Loss Ermittlung werden neben belastbaren Informationen über vergangene Ereignisse auch gegenwärtige Bedingungen und Prognosen zukünftiger wirtschaftlicher Bedingungen berücksichtigt. Sofern die Gründe für die signifikante Bonitätsverschlechterung entfallen, erfolgt ein Rücktransfer in Stufe 1. Von dem Wahlrecht, dass keine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos vorliegt, wenn das Finanzinstrument zum Abschlussstichtag ein niedriges Kreditausfallrisiko (zum Beispiel externes Investment Grade Rating) besitzt, wird für Wertpapiere Gebrauch gemacht werden.

Eine Zuordnung in Stufe 3 erfolgt im Falle des Ausfalls eines Kreditnehmers. Ein Ausfall liegt wie bisher dann vor, wenn eine wesentliche Verbindlichkeit des Kreditnehmers mehr als 90 Tage überfällig ist oder wenn die HVB annimmt, dass der Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe nachkommen kann, ohne dass Verwertungsmaßnahmen ergriffen werden. In diesen Fällen wird eine Wertberichtigung gebildet, die sich aus der Differenz der barwertig erwarteten künftigen Cashflows und dem Buchwert ergibt. Aufgrund der künftig hierbei geforderten Berücksichtigung von verschiedenen Szenarien ergeben sich Effekte in Bezug auf die Höhe der Risikovorsorge. Diese entspricht somit dem mit der Eintrittswahrscheinlichkeit gewichteten Ergebnis der erfassten Szenarien.

Der kumulierte Effekt aus der Erstanwendung des IFRS 9 im Eigenkapital wird sich voraussichtlich auf einen Betrag von weniger als 0,1 Mrd € belaufen.

12.3. Risiken in Verbindung mit möglichen Abwicklungsmaßnahmen und einem Reorganisationsverfahren

Im Rahmen der Umsetzung des EU-Rahmenwerks zur Regelung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (BRRD, Richtlinie 2014/59/EU vom 15. Mai 2014), am 18. Dezember 2014 durch das BRRD-Umsetzungsgesetz in Deutschland umgesetzt und auf EU-Ebene ergänzt durch die Vorschriften der sogenannten SRM-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 806/2014 vom 15. Juli 2014), haben sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Restrukturierung und Abwicklung von Instituten auch in Deutschland geändert. Die BRRD sieht insbesondere ein sogenanntes Bail-in-Instrument vor, aufgrund dessen Ansprüche auf Zahlung von Kapital, Zinsen oder sonstigen Beträgen im Rahmen der Schuldverschreibungen durch Intervention der zuständigen Abwicklungsbehörden (sogar bis auf null) reduziert, die Anleihebedingungen in anderer

Hinsicht geändert oder in eines oder mehrere Instrumente umgewandelt werden können, die Instrumente des harten Kernkapitals darstellen (Bail-in-Instrument). Auf Anordnung der zuständigen Abwicklungsbehörden können Ansprüche auf Zahlung von Kapital-, Zins- oder sonstigen Beträgen aus von der HVB begebenen Eigen- und Fremdkapitalinstrumenten - nachfolgend als Kapitalinstrumente bezeichnet - bzw. der Nennwert der Kapitalinstrumente dauerhaft sowie vollständig oder teilweise herabgeschrieben werden oder in Common Equity Tier 1 (CET1)-Kapitalinstrumente (zum Beispiel Stammaktien sowie sonstige Anteile des harten Kernkapitals) umgewandelt werden (Befugnis zur Herabschreibung und Umwandlung). Die zuständige Abwicklungsbehörde hat die Befugnis zu einer solchen Anordnung, wenn sie oder die zuständige Aufsichtsbehörde feststellt, dass sich aus dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) und anderen anwendbaren Gesetzen ergebende Bedingungen vorliegen, unter anderem die HVB oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen ausfällt oder wahrscheinlich ausfällt (oder ein solche Ausfall anzunehmen ist) oder Staatshilfen oder eine ähnliche außerordentliche öffentliche Finanzunterstützung benötigt (nachfolgend als Abwicklungsbedingungen bezeichnet).

Die zuständigen Abwicklungsbehörden können über die im vorstehenden Absatz genannten Maßnahmen hinaus bei Vorliegen der Abwicklungsbedingungen auch sonstige weitere Abwicklungsmaßnahmen ergreifen, unter anderem die Übertragung der Kapitalinstrumente an einen anderen Rechtsträger, die Änderung der Bedingungen (zum Beispiel durch Verlängerung der Laufzeit eines Schuldtitels) oder die Löschung bzw. Entwertung der Kapitalinstrumente. Sämtliche dieser vorgenannten Maßnahmen, einschließlich des Instruments der Gläubigerbeteiligung werden nachfolgend als Abwicklungsmaßnahmen bezeichnet. Abwicklungsmaßnahmen sind für Inhaber von Kapitalinstrumenten bindend. Aus den Abwicklungsmaßnahmen erwachsen den Inhabern von Kapitalinstrumenten keine Ansprüche oder sonstige Rechte gegenüber der HVB und Verpflichtungen der HVB zur Leistung von Zahlungen aus den Kapitalinstrumenten gelten je nach Abwicklungsmaßnahme gegebenenfalls als erfüllt. Nichtsdestotrotz, wenn eine Abwicklungsmaßnahme dazu führt, dass ein Halter eines Kapitalinstruments in einer schlechteren Position ist als er dies im Rahmen eines regulären Insolvenzverfahrens der Bank wäre, gibt ihm dies einen Ausgleichanspruch als Halter eines Kapitalinstruments gegen den einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF).

Die zuständige Abwicklungsbehörde ist die auf europäischer und/oder nationaler Ebene jeweils zuständige Instanz, die basierend auf den Regelungen des SAG bzw. der SRM-Verordnung die Anordnung von Abwicklungsmaßnahmen bzw. die Abwicklung eines in einem Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) niedergelassenen Instituts durchführen würde. Seit 1. Januar 2016 ist die Befugnis zur Initiierung von Abwicklungsmaßnahmen unter anderem für von der EZB beaufsichtigte Institute, wie die HVB, auf den SRB übertragen worden. Nach der SRB-Verordnung agiert der SRB in enger Abstimmung mit den nationalen Abwicklungsbehörden. Von 2015 bis 2017 hatte die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) die Funktion der nationalen Abwicklungsbehörde inne. Seit dem 1. Januar 2018 ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Nationale Abwicklungsbehörde (NAB) in Deutschland (die FSMA ist seitdem ein eigenständig agierender Geschäftsbereich der BaFin). Rechtsgrundlage ist das SAG.

Die Abwicklungsbehörden müssen ihre Befugnisse im Rahmen der Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung grundsätzlich so ausüben, dass (i) zunächst CET-1-Kapitalinstrumente (Instrumente des harten Kernkapital, zum Beispiel Stammaktien der HVB) proportional zu den entstandenen Verlusten herabgeschrieben werden, (ii) anschließend die dauerhafte Herabschreibung des Kapitalbetrags anderer nachrangiger Kapitalinstrumente (Additional Tier 1-Kapitalinstrumente, Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals) und Tier 2-Kapitalinstrumente (Ergänzungskapital)) oder deren Umwandlung in CET-1-Kapitalinstrumente entsprechend ihrer Rangigkeit erfolgt und (iii) schließlich berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (beispielsweise Ansprüche aus und im Zusammenhang mit Kapitalinstrumenten, welche keine nachrangigen Schuldverschreibungen sind) nach Maßgabe der für den Fall einer Insolvenz festgelegten Rangfolge der Forderungen dauerhaft im Wert herabgeschrieben oder in Common Equity Tier 1-Kapitalinstrumente umgewandelt werden. Im Einzelfall können die Abwicklungsbehörden unter gewissen Voraussetzungen geeignete Verbindlichkeiten von der Herabschreibung bzw. Umwandlung ausnehmen (insbesondere im Fall der faktischen Undurchführbarkeit), was zu einer stärkeren Verlustbeteiligung der Gläubiger übriger geeigneter Verbindlichkeiten führen kann. In Bezug auf das Risiko für die HVB ist insofern zu erwähnen, dass sich die Rangfolge der Gläubigeransprüche weiterhin ändern kann. Wie oben unter „12.1 Risiken aus Veränderungen des regulatorischen und gesetzlichen Umfelds der HVB Group“ erwähnt, hat das vorgeschlagene Banking Reform Package dazu geführt, dass am 12. Dezember 2017 EU Richtlinie 2017/2399 angenommen wurde, die die BRRD hinsichtlich des Rangs unbesicherter Schuldtitel in der Insolvenz ändert. Die EU Richtlinie 2017/2399 muss von den Mitgliedstaaten bis zum 29. Dezember 2018 umgesetzt werden.

Die Änderung durch EU Richtlinie 2017/2399 umfasst die Änderung von Artikel 108 der BRRD, der darauf abzielt, die Hierarchie der Bankengläubiger hinsichtlich der Rangfolge von unbesicherten Schuldtiteln in Abwicklung und Insolvenz weiter zu harmonisieren. Eine neue Kategorie sogenannter „nicht bevorrechtigter“ vorrangiger Schuldtitel (sog. senior non-preferred Schuldtitel), die berücksichtigungsfähig unter TLAC und MREL Anforderungen sind, wird hinzugefügt. Diese neue Kategorie ist vorrangig gegenüber allen nachrangigen Verbindlichkeiten aber nachrangig gegenüber einfachen unbesicherten vorrangigen Forderungen. Die

Änderungen an der BRRD und deren Umsetzung in nationales deutsches Recht sollten die dann bestehenden Schuldtitel und deren gesetzlichen Rang in der Insolvenz gemäß der relevanten Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten, in denen die Bank registriert ist, nicht berühren. Da die Umsetzung der genannten europäischen Regelungen erst im Laufe des Jahres 2018 stattfindet, kann zum Zeitpunkt dieses Registrierungsdokuments noch nicht abschließend beurteilt werden, wie der finale Wortlaut des (neuen) § 46f KWG aussehen wird.

Ob und gegebenenfalls in welchem Umfang die Kapitalinstrumente Abwicklungsmaßnahmen unterliegen oder sich auf die Zahlungsverpflichtungen der HVB aus Kapitalinstrumenten auswirken, ist von verschiedenen Faktoren abhängig, einschließlich solcher, welche außerhalb des Einflussbereiches der HVB liegen. Daher ist es schwer vorhersehbar, ob überhaupt, wann und gegebenenfalls in welchem Umfang Abwicklungsmaßnahmen durch eine zuständige Abwicklungsbehörde eingeleitet werden und ob und gegebenenfalls in welchem Umfang sich Abwicklungsmaßnahmen auf die Zahlungsverpflichtungen der HVB in Bezug auf Kapitalinstrumente auswirken. Insbesondere begründet die Durchführung von Abwicklungsmaßnahmen kein Recht auf eine Beendigung oder Kündigung der Kapitalinstrumente.

Potentielle Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass eine etwaige außerordentliche öffentliche Finanzunterstützung für angeschlagene Banken wenn überhaupt nur als letztes Mittel herangezogen wird, nachdem Abwicklungsmaßnahmen, einschließlich des Instruments der Gläubigerbeteiligung, geprüft und soweit wie möglich genutzt worden sind. Weiterhin sollten potenzielle Anleger Risiken, die aus Abwicklungsmaßnahmen resultieren können, bedenken, insbesondere, dass sie bei Einleitung von Abwicklungsmaßnahmen (und damit bereits vor einer Insolvenz) ihren gesamten Anlagebetrag, einschließlich des Kapitalbetrags zuzüglich aufgelaufener Zinsen, verlieren können. Ferner besteht das Risiko, dass die Bedingungen der Kapitalinstrumente Änderungen unterliegen, diese an einen anderen Rechtsträger übertragen werden oder sonstigen Abwicklungsmaßnahmen unterliegen.

Daneben kann bei Vorliegen einer sogenannten Bestandsgefährdung auch ein im Rahmen eines Reorganisationsverfahrens nach dem Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz aufgestellter Reorganisationsplan Maßnahmen vorsehen, die die Rechte der Gläubiger des Kreditinstituts und damit der Inhaber der Kapitalinstrumente ähnlich beeinträchtigen, einschließlich einer Minderung der bestehenden Ansprüche oder einer Zahlungsaussetzung.

13. Pensionsrisiko

Die HVB Group hat aktiven und früheren Mitarbeitern eine Reihe von unterschiedlichen Pensionsplänen zugesagt, die zu einem großen Teil in diversen, zum Teil externen Vermögensanlageformen ausfinanziert wurden. Im Zusammenhang mit den Pensionsplänen können Pensionsrisiken sowohl bei den Vermögenswerten der Aktivseite als auch auf der Passivseite (Pensionsverpflichtungen) schlagend werden. Dies ist zum einen über Zeitwertrückgänge des Planvermögens auf der Aktivseite durch unvorteilhafte Marktpreisveränderungen aber auch über eine Zunahme der Verpflichtungen auf der Passivseite, zum Beispiel durch einen Rückgang des Rechnungszinses möglich. Auf der Verpflichtungsseite können zudem versicherungstechnische Risiken, wie das Langlebkeitsrisiko, auftreten (Änderungen der Sterbetafeln). In diesem Zusammenhang wird das Pensionsrisiko als dasjenige Risiko angesehen, dass das Trägerunternehmen zur Bedienung der zugesagten Rentenverpflichtungen Nachschüsse leisten muss.

Das niedrige Zinsniveau wird nach wie vor als Hauptbelastungsfaktor sowohl für die Höhe der ausgewiesenen Pensionsverpflichtungen als auch für die Höhe der mit vertretbarem Risiko erzielbaren Erträge aus der Kapitalanlage betrachtet. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass, sollte das niedrige Zinsniveau für einen längeren Zeitraum anhalten, der Rechnungszins weiter reduziert werden muss und somit die Pensionsverpflichtungen weiter ansteigen.

Auch Veränderungen der versicherungsmathematischen Annahmen (zum Beispiel Rentensteigerung, Gehaltssteigerung, Karrieretrends und Langlebigkeit) können die Höhe der Pensionsverpflichtungen beeinflussen und eine deutliche Erhöhung der Verpflichtungsseite bewirken. Des Weiteren könnten Verwerfungen auf den Kapitalmärkten und das bestehende Niedrigzinsumfeld zu Verlusten bei den Planvermögen der unterschiedlichen Pensionspläne bzw. zu einer Nichterreichung der jeweils notwendigen Ertragsziele führen. Als Folge kann der Ausfinanzierungsgrad der einzelnen Pensionspläne erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden. Alle genannten Belastungsfaktoren können sich negativ auf die Ergebnisse bzw. auf das Kapital der HVB Group und somit auf ihre finanzielle Lage auswirken.

14. Risiken aus Outsourcing

Risiko aus Outsourcing (Auslagerung) bildet in der HVB Group keine eigene Risikoart, sondern wird als risikoartenübergreifendes Risiko betrachtet. Insbesondere die Risikoarten operationelles Risiko, Reputationsrisiko, strategisches Risiko, Geschäftsrisiko, Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiko sind von Outsourcing-Aktivitäten betroffen. Innerhalb der jeweiligen Risikoart werden diejenigen Risiken gesteuert, die in einer vertiefenden Risikoanalyse identifiziert und bewertet werden. Spezifische Risiken, die sich aus

Auslagerungen ergeben und nicht direkt zu einer Risikoart zugeordnet werden können, werden durch die für das Outsourcing verantwortliche Einheit gemanagt.

Durch Outsourcing werden Tätigkeiten und Prozesse zu externen Dienstleistern verlagert. Dabei wird auch ein Teil der Haftung für operationelle Risiken transferiert, während vertragliche Risiken aus dem Outsourcing-Verhältnis selbst in der HVB oder einem Unternehmen der HVB Group verbleiben.

Fehler bei der Risikobewertung oder bei der Festlegung von risikomindernden Maßnahmen könnten sich negativ auf die operativen Ergebnisse der HVB Group und/oder auf ihre geschäftliche und finanzielle Lage auswirken.

15. Risiken aus Risiko- und Ertragskonzentrationen

Konzentrationen stellen Anhäufungen von Risikopositionen dar, die bei bestimmten Entwicklungen oder Ereignissen gleichartig reagieren. Konzentrationen können sich innerhalb einer Risikoart sowie risikoartenübergreifend auswirken. Sie zeigen erhöhte Verlustpotenziale auf, welche aus einer Unausgewogenheit von Risikopositionen resultieren, die an Kunden und Produkten bzw. in bestimmten Branchen und Ländern gehalten werden. Zusätzlich stellen Konzentrationen von Erträgen bei einzelnen Kunden, in Geschäftsbereichen, Produkten, Branchen oder Regionen ein geschäftsstrategisches Risiko für die HVB Group dar.

16. Risiken aus beauftragten Stresstestmaßnahmen der EZB

Die HVB und die HVB Group unterliegen Stresstestmaßnahmen, die von den deutschen Finanzaufsichtsbehörden, der BaFin und der Deutschen Bundesbank, der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) und/oder der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie von den Aufsichtsbehörden in den Ländern, in denen die HVB und die HVB Group tätig sind, eingeleitet werden.

Aufgrund der Tatsache, dass die EZB die UniCredit S.p.A. als systemrelevante Bank eingestuft hat, unterlagen die HVB und die HVB Group als Teil der UniCredit im Jahr 2014 dem sogenannten „Comprehensive Assessment“ der EZB, welcher sich aus einer Prüfung der Asset Qualität (Asset Quality Review – AQR) und dem entsprechenden Stresstest zusammensetzte. Im Jahr 2016 nahm die UniCredit am EU-weiten Stresstest teil, den die EBA in Zusammenarbeit mit dem Einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (SSM), der EZB, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB) durchgeführt hat. Da dieser Stresstest auf der höchsten Konsolidierungsebene durchgeführt wurde, waren die HVB und die HVB Group nur als Teil der UniCredit, jedoch nicht eigenständig am EU-weiten Stresstest in 2016 beteiligt.

Auch in der Zukunft können die HVB und die HVB Group als Teil der UniCredit von ähnlichen Maßnahmen betroffen sein. In diesem Zusammenhang hat die EBA für 2018 einen neuen EU-weiten Stresstest angekündigt: Am 17. November 2017 wurde die zugehörige finale Methodik veröffentlicht, am 31. Januar 2018 wurde der Stresstest formell gestartet und am 2. November 2018 sollen die Ergebnisse bekannt gegeben werden. Da auch dieser Stresstest auf der höchsten Konsolidierungsebene durchgeführt wird, werden die HVB und die HVB Group am EU-weiten Stresstest 2018 nur als Teil der UniCredit, nicht jedoch eigenständig beteiligt sein.

Neben der Teilnahme an EBA-Stresstests sind die HVB und die HVB Group verpflichtet, regelmäßig auf der Basis von makroökonomischen Szenarien oder anlassbezogenen Stresstests durchzuführen. Die Ergebnisse dieser Stresstests werden neben dem Top-Management der HVB und der relevanten Tochtergesellschaften der HVB Group auch der Deutschen Bundesbank zur Verfügung gestellt.

Wenn die HVB, die HVB Group, die UniCredit oder eines der Finanzinstitute, mit denen diese Institute Geschäfte tätigen, bei Stresstests negative Ergebnisse verzeichnen oder im Rahmen der Stresstest-Maßnahmen Defizite nachgewiesen werden, könnte dies nachteilige Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit der HVB und der HVB Group haben. Zudem könnte in einem solchen Fall die Aufsicht verlangen, weitere Anforderungen zu erfüllen oder Sanierungsmaßnahmen (wie die Aufnahme von Eigenmitteln) einzuleiten.

17. Risiken aus ungenügenden Modellen zur Risikomessung

Die HVB und die HVB Group verfügen über die für die Entwicklung von Risikomanagement-Richtlinien, -verfahren und -bewertungsmethoden im Bereich ihrer Aktivitäten notwendigen Strukturen, Prozesse und Personalressourcen. Sie stehen im Einklang mit den bewährten, vom Markt angewendeten Methoden der Branche. Die zugrunde liegenden Modelle unterliegen einer ständigen Weiterentwicklung, deren Adäquanz unter anderem durch die regelmäßige Validierung sichergestellt wird.

Nichtsdestotrotz könnte es sein, dass die internen Modelle der HVB und der HVB Group nach der Untersuchung oder Verifizierung durch die Aufsichtsbehörden als nicht adäquat eingestuft werden bzw. vorhandene Risiken unterschätzen. Dies könnte negative Auswirkungen auf die HVB und auf die HVB Group insbesondere in Bezug auf die Berechnung ihrer Kapitalanforderungen haben.

18. Nicht identifizierte/unerwartete Risiken

Nach einer Basisanalyse der eingegangenen Risiken führen die HVB und die HVB Group seit dem Jahr 2013 im jährlichen Turnus eine Risikoinventur zur Identifizierung zuvor noch unerkannter Risiken durch. In diesem Zusammenhang wurden Methoden und Modelle entwickelt, um Risiken zu identifizieren und risikomindernde Maßnahmen zu implementieren.

Diese Methoden und Strategien reichen jedoch möglicherweise nicht aus, um bestimmte Risiken wie zum Beispiel das Risiko von Finanzprodukten, die auf nicht geregelten Märkten gehandelt werden (zum Beispiel Over-the-Counter (OTC) Derivate) zu überwachen und zu steuern. In der Folge könnten der HVB und der HVB Group Verluste entstehen, die höher ausfallen als mit den derzeitigen Methoden errechnet wurde oder die bisher gänzlich unberücksichtigt blieben. Zudem könnte der Eintritt unvorhergesehener Ereignisse, die die Performance der Märkte, in denen die HVB und die HVB Group tätig sind, beeinträchtigen und die vom Risikomanagement bislang nicht berücksichtigt wurden, negative Auswirkungen auf die operativen Ergebnisse der HVB und der HVB Group sowie auf ihre geschäftliche und finanzielle Lage haben. Diese Risiken und ihre Auswirkungen könnten durch die Komplexität der Aufgabenstellung, Risikomanagementrichtlinien in die Konzerngesellschaften der HVB Group zu integrieren, zusätzlich verstärkt werden.

VERANTWORTLICHKEITSERKLÄRUNG

Die UniCredit Bank AG mit eingetragenem Geschäftssitz in der Arabellastraße 12, 81925 München (handelnd durch ihre Hauptniederlassung oder eine ihrer ausländischen Zweigniederlassungen) übernimmt die Verantwortung für die in diesem Registrierungsformular enthaltenen Informationen. Die UniCredit Bank AG erklärt, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Registrierungsformular richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen wurden.

WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der unabhängige Wirtschaftsprüfer der UniCredit Bank AG für die Geschäftsjahre 2017 und 2016 war Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit Gesellschaftssitz in München (Deloitte), Rosenheimer Platz 4, 81669 München. Deloitte ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Rauchstraße 26, 10787 Berlin.

UNICREDIT BANK AG

Informationen über die HVB, die Muttergesellschaft der HVB Group

UniCredit Bank AG, ehemals Bayerische Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft („HVB“ und zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften, die „HVB Group“) entstand 1998 durch die Fusion der Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft mit der Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft und ist die Muttergesellschaft der HVB Group mit Sitz in München, Bundesrepublik Deutschland. Seit November 2005 ist die HVB ein verbundenes Unternehmen der UniCredit S.p.A. Mailand, Italien („UniCredit S.p.A.“, und zusammen mit ihren konsolidierten Beteiligungen die „UniCredit“) und damit seitdem als Teilkonzern ein wesentlicher Bestandteil der UniCredit. Die UniCredit S.p.A. hält direkt 100% des Grundkapitals der HVB.

Die Bank führt die Firma UniCredit Bank AG und der kommerzielle Name lautet HypoVereinsbank.

Die HVB hat ihren Sitz in der Arabellastr. 12, 81925 München und ist im Handelsregister des Amtsgerichts München unter der Nr. HRB 42148 als Aktiengesellschaft nach deutschem Recht eingetragen. Sie ist erreichbar unter der Telefonnummer +49-89-378-0 oder unter www.hvb.de.

Programm Transform 2019

Die weiterhin herausfordernden Rahmenbedingungen für die Bankenbranche und ein damit einhergehender massiver Ertrags- und Kostendruck machen eine weitere Anpassung von Bankstrukturen und -prozessen erforderlich. Daher hat die HVB zur Sicherstellung der erfolgreichen Weiterentwicklung der Bank im zweiten Halbjahr 2016 den Mehrjahresplan 2017-19 aufgestellt. Die damit aktualisierte strategische Planung ist eingebettet in das gruppenweite Programm Transform 2019. Das Programm basiert auf proaktiven Aktionen, die neben der stärkeren Realisierung von Cross-Selling Potenzialen auch die weitere Optimierung der Kostenstruktur durch eine Verschlinkung der Organisation und Straffung von Prozessen im Fokus hat. Gleichzeitig wird eine nochmalige Anpassung der Personalstärke durchgeführt. Dabei entfallen bis zum Jahr 2019 weitere Stellen in der HVB. Der Personalabbau betrifft alle Bereiche der Bank. Durch Ausnutzen der natürlichen Fluktuation und der Fortführung bestehender Programme zur Schaffung von neuen Beschäftigungsperspektiven wird ein sozialverträglicher Stellenabbau ermöglicht.

GESCHÄFTSÜBERBLICK

Haupttätigkeitsbereiche

Die HVB ist als Universalbank mit ihren Tochtergesellschaften einer der führenden Anbieter von Bank- und Finanzdienstleistungen in Deutschland. Sie bietet Privat- und Firmenkunden, öffentlichen Einrichtungen und international operierenden Unternehmen und institutionellen Kunden eine umfassende Auswahl an Bank- und Finanzprodukten sowie -dienstleistungen an. Diese reichen von Hypothekendarlehen, Konsumentenkrediten, Bauspar- und Versicherungsprodukten und Bankdienstleistungen für Privatkunden, über Geschäftskredite und Außenhandelsfinanzierungen bis hin zu Investment-Banking-Produkten für Firmenkunden.

In den Kundensegmenten Private Banking und Wealth Management bietet die HVB eine umfassende Finanz- und Vermögensplanung mit bedarfsorientierter Beratungsleistung durch Generalisten und Spezialisten an.

Die HVB Group ist das Kompetenzzentrum für das internationale Markets und Investment Banking der gesamten UniCredit. Darüber hinaus fungiert der Geschäftsbereich Corporate & Investment Banking („CIB“) als Produktfabrik für die Kunden im Geschäftsbereich Commercial Banking.

Geschäftsbereiche der HVB Group

Die HVB Group wird in die folgenden Segmente/Geschäftsbereiche eingeteilt:

- Commercial Banking
- Corporate & Investment Banking
- Sonstige /Konsolidierung

Basis der Segmentberichterstattung bildet die interne Organisations- und Managementstruktur sowie die interne Finanzberichterstattung.

Commercial Banking

Der Geschäftsbereich Commercial Banking betreut in Deutschland in den Geschäftsfeldern Privatkunden Bank und Unternehmer Bank Kunden mit standardisiertem oder individuellem Service- und Beratungsbedarf in vielfältigen Bankdienstleistungen unter Anwendung von Betreuungsmodellen, die sich an den Bedürfnissen der

unterschiedlichen Kundengruppen orientieren, z. B. Privatkunden, Private Banking Kunden, Wealth Management Kunden, Geschäfts-/Firmenkunden und gewerblichen Immobilienkunden.

Unternehmer Bank

Die Unternehmer Bank betreut die gesamte Bandbreite an deutschen und in Deutschland tätigen Unternehmen ohne Umsatzbegrenzung sowie Privatpersonen mit gesellschaftsrechtlicher Verbindung zum Unternehmen. Mit Ausnahme der im Bereich Multinational Corporates (MNC) betreuten Unternehmen und Töchter, die aufgrund ihrer regelmäßigen Nachfrage nach Kapitalmarktprodukten im Geschäftsbereich CIB verankert sind, ist die Betreuung des gesamten deutschen Mittelstands- und gewerblichen Immobiliengeschäfts in der Unternehmer Bank gebündelt.

Die Kunden der Unternehmer Bank sind in die folgenden strategische Segmente unterteilt: Key Account (größere Unternehmen), Mid Cap (mittlere Unternehmen), Small Cap (kleine Unternehmen, sowohl dezentral in den Regionen als auch zentral über den Remote-Kanal „Business Easy“) und Commercial Real Estate (Gewerbliche Immobilienkunden). Weiterhin deckt das Wealth Management wohlhabende deutsche Privatkunden mit Total Financial Assets >€5 mn ab.

Die Unternehmer Bank verfolgt eine Wachstumsstrategie mit dem Ziel, sich bei ihren Kunden als strategischer Geschäftspartner und Anbieter von Premiümlösungen zu positionieren. Das bedeutet, dass die UBK den Ansprüchen der Kunden folgt und individuelle Lösungen für deren Bedürfnisse entwickelt. Wichtig strategische Entwicklungen für Firmenkunden beziehen sich auf Nachfolgeplanung, Außenhandel, Internationalisierung und Digitalisierung.

Als Spezialisten für das Asset-Based-Financing ist die UniCredit Leasing Gruppe (UCLG) als Produktspezialist für den deutschen Markt zuständig. Sie umfasst UniCredit Leasing GmbH (100 % Tochter der UniCredit Bank AG) und ihrer 100% Töchter UniCredit Leasing Finance GmbH und UniCredit Aviation GmbH. UCLG bietet die gesamte Bankbreite an Mobiliienfinanzierung und ist eine der führenden deutschen, herstellerunabhängigen Leasinganbietern. Als Teil der Unternehmer Bank konzentriert sich die UCLG auf dieselben Kunden wie die Unternehmer Bank. Die Wachstumsstrategie zielt darauf, in einem wachsenden Leasingmarkt Marktanteile zu gewinnen.

Privatkunden Bank

Die Privatkunden Bank betreut in den Bereichen 'Privatkunden' und 'Private Banking' private Kunden in allen Bedarfsfeldern. Dabei wird durch spezifische Vertriebswege und -verantwortungen den teils unterschiedlichen und individuellen Bedürfnissen dieser Kundengruppe Rechnung getragen und gleichzeitig die Weiterentwicklung vermögenger Anlagekunden in das Private Banking gefördert. Gemeinsame Spezialisten-, Stabs- und Supportbereiche werden genutzt.

Die zwei Tochterunternehmen WealthCap und UniCredit Direct Services unterstützen diese Strategie: WealthCap ist eine Produktfabrik für Sachwertanlagen, die ihren Schwerpunkt in Immobilien- und Private-Equity-Fonds hat. UniCredit Direct Services ist das Kunden Call- und Service Center der HVB Group. Der Schwerpunkt der Service- und Vertriebsleistungen liegt im Management von Kundenbeziehungen per Telefon, E-Mail und Internet.

Der mit der Modernisierung des Privatkundengeschäfts eingeschlagene Weg wird fortgesetzt mit konsequenter Digitalisierung und Positionierung als Qualitätsanbieter für beratungssuchende Kunden. In dieser Zielgruppe soll der Marktanteil aktiv erweitert werden um somit die Profitabilität des Privatkundengeschäfts zu optimieren. Erreicht werden soll dies durch individuelle Beratungskompetenz, ein modernes Multikanalangebot, ein Loyalitätsprogramm und durch ein Netzwerk von 341 Filialen.

Private Banking verfolgt eine klare Wachstumsstrategie mit einem ganzheitlichen Beratungsansatz, einem flächendeckenden Standortnetz sowie einem umfassenden Spektrum an Investment- und Finanzierungsprodukten. Ziel ist es, das Kundenvermögen nachhaltig zu steigern und damit für eine langfristige und vertrauensvolle Geschäftsbeziehung zu sorgen.

Corporate & Investment Banking (CIB)

CIB ist ein globaler Geschäftsbereich der UniCredit Group. Sie ist in einer Matrixstruktur organisiert und hat Geschäftsaktivitäten in den drei wichtigen Konzernunternehmen: UniCredit Bank AG, UniCredit Bank Austria AG und UniCredit S.p.A.

Der Geschäftserfolg von CIB basiert sowohl auf der Zusammenarbeit und dem Zusammenwirken zwischen Kundenbetreuung und Produkteinheiten, als auch der Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Geschäftsbereichen der UniCredit Group sowie den verantwortlichen Credit Risk Management-Einheiten.

Die UniCredit Bank AG bietet Beratung und Lösungen im Firmenkundengeschäft sowie im Investment Banking an mit dem Ziel, stabile strategische Partnerschaften aufzubauen.

Die CIB ist das Kompetenzzentrum in der UniCredit Bank AG für internationale Märkte und Investment Banking. Die lokale CIB-Strategie ist eng mit der globalen CIB-Strategie abgestimmt, um Kunden eine einheitliche Betreuung anbieten zu können.

Die UniCredit Bank AG bedient ihre lokalen und internationalen Kunden über ihr extensives Vertriebsnetz. Der Geschäftsbereich CIB ist aktiv im europäischen Markt sowie in den wichtigsten Finanzzentren der Welt einschließlich New York, Hongkong, Singapur und Tokio vertreten.

HVB Capital Partners AG, eine 100% Tochter der UniCredit Bank AG, ist dem Geschäftsbereich Corporate & Investment Banking zugeordnet. Die Aktivitäten dieser Tochtergesellschaft, die ursprünglich als Investment-Vehikel für direkte und indirekte Beteiligungen an Unternehmen aller Art gegründet wurde, beschränken sich auf das Management und die Abwicklung des Bestandsportfolios.

Im Einklang mit dem gruppenweiten strategischen Plan „Transform 2019“ wurde entschieden, die UniCredit Luxembourg S.A. zum Ende des Jahre 2018 zu schließen. Es ist beabsichtigt, die Firmenkundenaktivitäten im Bereich strukturierte Finanzierungen in der zweiten Jahreshälfte 2018 von Luxemburg in die UniCredit Bank AG nach Deutschland zu verlagern. Das verbleibende Geschäft soll in der neu zu errichtenden UniCredit Bank AG Luxemburg-Niederlassung fortgeführt werden.

CIB Produktlinien

Neben der Betreuung von Firmen- und institutionellen Kunden sind im Geschäftsbereich Corporate & Investment Banking drei Produktlinien vertreten: Global Transaction Banking (GTB), Financing & Advisory (F&A) und Markets. Dank der engen Zusammenarbeit zwischen den CIB-Produktspezialisten und den Vertriebseinheiten von CIB und Unternehmer Bank werden die CIB-Produkte einem breiten Kundenstamm angeboten, der von kleinen und mittelgroßen Unternehmen über große und multinationale Firmenkunden bis hin zu institutionellen Kunden und Finanzsponsoren reicht.

Der Vertrieb ist horizontal aufgebaut: Financial Institutions Group (FIG), Multinational Corporates (MNC) und Family Offices & Investment Holdings (GFO), CIB Americas und CIB Asia Pacific. Vertikal bestehen drei Produktlinien:

Global Transaction Banking (GTB): GTB bietet traditionelle und innovative Produkte in den Bereichen Cash Management und Trade Finance an. Damit kommt GTB dem transaktionsorientierten Kundenbedarf in den Bereichen Zahlungsverkehr, Kontoinformation, Cashflow- und Working Capital-Optimierung, Liquiditätssteuerung und überwiegend kurzfristige Im- und Exportfinanzierung nach.

Wesentliche Produktfelder im Cash Management sind Clearing und FX, Client Access über elektronische Zugangskanäle, Payment Products mit Zahlungsverkehr und Kontoinformation, Liquidity-Management mit Cash Pooling und anderen Optimierungsverfahren, Cash Innovations mit Firmenkundenkarten und Händlerlösungen sowie das Geschäft mit Sichteinlagen.

Im Trade Finance werden entlang der gesamten Wertschöpfungskette des Kunden Working-Capital-Lösungen und traditionelle Außenhandelsprodukte wie Garantien, Akkreditive, Inkassi, etc. angeboten. Im Rahmen einer divisionsübergreifenden Trade Finance-Initiative sind gemeinsame Ziele zwischen Produktspezialisten und Kundenbetreuern definiert.

Financing & Advisory (F&A) unterstützt weltweit die Kunden in den Bereichen Financial Sponsors Solutions (FSS), Infrastructure & Power Project Finance (IPPF), Natural Resources (NR), Commodity Trade Finance (CTF) sowie Structured Trade and Export Finance (STEF). Weitere globale Business Lines sind Global Syndicate & Capital Markets (GSCM) und Corporate Finance Advisory (CFA). Die lokalen Geschäftseinheiten Corporate Structured Finance (CSF) und Real Estate Structured Finance (RESF) arbeiten eng mit dem Geschäftsbereich Commercial Banking zusammen. Die lokale Einheit Global Shipping (GLOS) verfolgt Transaktionen weltweit. Portfolio & Pricing Management (PPM) ist für das Management aller LP (Leveraged and Project Finance, abgedeckt durch die Business Lines Financial Sponsor Solutions, Infrastructure & Power Project Finance sowie Natural Resources) Portfoliotransaktionen innerhalb der UniCredit-Gruppe verantwortlich. Portfolios der Bereiche RESF und CSF Portfolios werden auf Ebene der UniCredit Bank AG durch PPM in Verbindung mit Vertretern der Vertriebskanäle gemanagt. Darüber hinaus erfolgt die Betreuung des Tochterunternehmens Ocean Breeze Energy GmbH & Co KG.

Markets ist ein kundenorientierter Produktbereich, der das Corporate und Institutional Business der UniCredit-Gruppe als integralen Bestandteil der CIB-Wertschöpfungskette unterstützt. Der Produktbereich erstreckt sich über alle Assetklassen: Zins, Währungen, Rohstoffe und Aktienderivate. Er bietet institutionellen Kunden, Firmenkunden und privaten Investoren über eigene oder fremde Netzwerke Risikomanagement-Lösungen und Investmentprodukte an.

Sonstige/Konsolidierung

Im Geschäftsbereich Sonstige/Konsolidierung sind das Geschäftsfeld Global Banking Services, die Group Corporate Center Aktivitäten sowie Konsolidierungseffekte zusammengefasst.

Global Banking Services

Das Geschäftsfeld Global Banking Services versteht sich als zentraler interner Dienstleister für Kunden und Mitarbeiter und umfasst vor allem Einkauf, Organisation, Konzernsicherheit, Logistik & Facility Management, Kostenmanagement, Produktionsfunktionen für Kredit, Konto, Foreign Exchange, Money Market und Derivate sowie Inhouse Consulting, Zahlungsverkehr, Wertpapierabwicklung, IT-Anwendungsentwicklung und -Betrieb werden als Fremdleistungen zugekauft. Das strategische Immobilienmanagement der HVB obliegt ebenfalls Global Banking Services und wird von der HVB Immobilien AG und ihren Tochterunternehmen wahrgenommen. 2016 wurde der Bereich Data Governance neu installiert, dessen Auftrag die Weiterentwicklung und der Betrieb eines Data Warehouses für Finanz- und Risikozahlen ist.

Group Corporate Centre

Im Group Corporate Center sind die Competence Lines der HVB Group zusammengefasst. Sie beinhalten die Organisationen des Chief Executive Officers (**CEO**), des Chief Financial Officers (**CFO**), des Chief Risk Officers (**CRO**) und Chief Operating Officers (**COO**) einschließlich Human Resources Management (**HR**). Im Group Corporate Center sind Ergebnisbeiträge abgebildet, die nicht in den Verantwortungsbereich der Geschäftsbereiche Commercial Banking oder CIB fallen. Dazu zählen unter anderem die Ergebnisse von konsolidierten Tochterunternehmen und nicht konsolidiertem Anteilsbesitz, soweit sie nicht den anderen Geschäftsbereichen zugerechnet werden. Des Weiteren werden in diesem Segment Ergebnisbestandteile ausgewiesen, die im Rahmen der Steuerung der gesamten HVB Group anfallen.

Wichtigste Märkte

Ihrer Ansicht nach verfügt die HVB Group über ein gut ausgebautes Filialnetz in Deutschland mit Schwerpunkten in Bayern und im Großraum Hamburg, das an das sich ändernde Kundenverhalten angepasst wurde. Zum 31. Dezember 2017 verfügte die HVB Group weltweit über 553 Geschäftsstellen - davon 350 Geschäftsstellen in der HVB in Deutschland - und 13.405 Mitarbeiter (auf Vollzeitkräfte umgerechnet) (2016: 14.748).

MANAGEMENT- UND AUFSICHTSGREMIEN

Wie alle deutschen Aktiengesellschaften verfügt auch die UniCredit Bank AG über ein dualistisches Leitungssystem: Der Vorstand ist für die Geschäftsführung und die Vertretung der HVB gegenüber Dritten zuständig, während der Aufsichtsrat für die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands sowie für die Beaufsichtigung seiner Aktivitäten verantwortlich ist.

Gemäß § 24 Abs. 1 Satz 2 des deutschen Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung (MgVG) in Verbindung mit § 95 Satz 1 und 3 sowie § 96 des deutschen Aktiengesetzes (AktG) und § 8 der Satzung besteht der Aufsichtsrat aus 12 Mitgliedern, die sich wie vom Mitbestimmungsgesetz vorgesehen aus einer gleich hohen Zahl von Anteilseigner- und Arbeitnehmervertretern zusammensetzen. Bei der Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder wird darauf geachtet, dass diese die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen und keine Organfunktionen und Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben. Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind verpflichtet, im Interesse des Unternehmens zu handeln. Laut der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates müssen diesem alle Interessenkonflikte offengelegt werden.

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung und arbeitet mit den übrigen Organen der Gesellschaft und den Arbeitnehmervertretungen zum Wohle des Unternehmens vertrauensvoll zusammen. Er entwickelt die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt sie mit dem Aufsichtsrat ab und verantwortet ihre Umsetzung.

Die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates der HVB sind unter ihrer Geschäftsadresse (UniCredit Bank AG, Arabellastraße 12, 81925 München, Deutschland) erreichbar.

Zum Datum dieses Registrierungsformulars setzen sich der Vorstand und der Aufsichtsrat der HVB wie nachstehend beschrieben zusammen, und die Funktionen der Mitglieder des Vorstands außerhalb der HVB der Mitglieder ihres Aufsichtsrates stellen sich wie folgt dar:

Vorstand

Name	Verantwortungsbereich	Hauptfunktionen außerhalb der HVB Group
Sandra Betocchi Drwenski	Chief Operating Officer	UniCredit Business Integrated Solutions S.C.p.A., Mailand (Mitglied des Verwaltungsrats)
Dr. Emanuele Buttà seit 1. März 2018	Commercial Banking – Privatkunden Bank	-
Ljiljana Čortan seit 1. Januar 2018	Chief Risk Officer	AO UniCredit Bank, Moskau (Mitglied des Aufsichtsrats)
Dr. Michael Diederich	Sprecher des Vorstands Human Capital/Arbeit und Soziales seit 1. Januar 2018	PORR AG, Wien (Mitglied des Aufsichtsrats)
		Bayerische Börse Aktiengesellschaft, München, (stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats), ESMT European School of Management and Technology GmbH, Berlin (Mitglied des Aufsichtsrats)
Jan Kupfer seit 1. März 2018	Corporate & Investment Banking	
Robert Schindler	Commercial Banking - Unternehmer Bank	-
Guglielmo Zadra	Chief Financial Officer	-

Aufsichtsrat

Name	Ausgeübter Beruf
Gianni Franco Papa, Wien, Vorsitzender	General Manager der UniCredit S.p.A., Mailand
Florian Schwarz, München ⁽¹⁾ , stellvertretender Vorsitzender	Mitarbeiter der UniCredit Bank AG
Dr. Wolfgang Sprißler, Sauerlach, stellvertretender Vorsitzender	Ehemaliger Sprecher des Vorstands der UniCredit Bank AG
Paolo Cornetta, Mailand	Head of Group Human Capital der UniCredit S.p.A.
Beate Dura-Kempf, Litzendorf ⁽¹⁾	Mitarbeiterin der UniCredit Bank AG
Francesco Giordano, Mailand	Co-Chief Operating Officer der UniCredit S.p.A., Mailand
Klaus Grünewald, Gröbenzell ⁽¹⁾	Fachbereichsleiter FB1, Landesbezirk Bayern der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, München
Prof. Dr. Annette G. Köhler, Düsseldorf	Universitätsprofessorin und Inhaberin des Lehrstuhls für Rechnungswesen, Wirtschaftsprüfung und Controlling, Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Betriebswirtschaftslehre - Mercator School of Management, Duisburg
Dr. Marita Kraemer, Frankfurt am Main	Ehemaliges Mitglied des Vorstands der Zurich GI Management Aktiengesellschaft (Deutschland), Frankfurt am Main, und ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung der Zurich Service GmbH, Bonn
Klaus-Peter Prinz, Trier ⁽¹⁾	Mitarbeiter der UniCredit Luxembourg S.A., Luxemburg

Name**Ausgeübter Beruf**

Christian Staack, Hamburg

Mitarbeiter der UniCredit Bank AG

Oliver Skrbot, Buttenwiesen

Mitarbeiter der UniCredit Bank AG

⁽¹⁾ Arbeitnehmervertreter

Zum Datum dieses Registrierungsformulars bestehen keine potenziellen Interessenkonflikte zwischen den Pflichten der oben genannten Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der HVB gegenüber der HVB und deren privaten Interessen und/oder anderen Pflichten.

HAUPTAKTIONÄRE

Die UniCredit S.p.A. hält direkt 100% des Grundkapitals der HVB.

JAHRESABSCHLÜSSE DER HVB

Der geprüfte Konzernabschluss der HVB Group für das Geschäftsjahr endend am 31. Dezember 2016 und der geprüfte Einzelabschluss der HVB für das Geschäftsjahr endend am 31. Dezember 2016 (HGB) sind per Verweis in dieses Registrierungsformular einbezogen (siehe nachstehend „Allgemeine Informationen - Einbezogene Informationen“). Der geprüfte Konzernabschluss der HVB Group für das Geschäftsjahr endend am 31. Dezember 2017, und der geprüfte Einzelabschluss der HVB für das Geschäftsjahr endend am 31. Dezember 2017 (HGB) sind als F-Seiten diesem Registrierungsformular angefügt.

WIRTSCHAFTSPRÜFER

Deloitte, der unabhängige Wirtschaftsprüfer der HVB für die Geschäftsjahre 2017 und 2016 hat die Konzernabschlüsse der HVB Group sowie die Einzelabschlüsse der HVB für die zum 31. Dezember 2017 und zum 31. Dezember 2016 endenden Geschäftsjahre geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

GERICHTS- UND SCHIEDSGERICHTSVERFAHREN**Rechtliche Risiken**

Die HVB ist an diversen rechtlichen Verfahren beteiligt. Nachfolgend werden Verfahren gegen die HVB, die einzeln oder in den jeweiligen Themengebieten gemeinsam, einen Streitwert von mehr als 50 Mio € haben oder aus anderen Gründen für die HVB von wesentlicher Bedeutung sind, zusammenfassend dargestellt.

Die Nichteinhaltung von in Vielzahl vorhandener rechtlicher und aufsichtsrechtlicher Vorgaben, kann zu gerichtlichen und behördlichen Verfahren oder Untersuchungen sowie zu Schadensersatzansprüchen, Bußgeldern oder anderen Geldstrafen zu Lasten der HVB führen.

In vielen Fällen, insbesondere in Strafverfahren und behördlichen Verfahren sowie bei der Geltendmachung von unbezifferten Ansprüchen, sind der Ausgang der Verfahren und die Höhe potenzieller Belastungen der Bank mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Für alle Verfahren, bei denen die Höhe eines potenziellen Verlusts verlässlich geschätzt werden kann und ein solcher Verlust als wahrscheinlich angesehen wird, sind unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände angemessene Rückstellungen gebildet worden, die die jeweiligen Umstände berücksichtigen und mit den bei der HVB angewandten Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie anderer angewandten Rechnungslegungsvorschriften nach IFRS übereinstimmen.

VIP 4 Medienfonds

Zahlreiche Anleger des Medienfonds VIP 4 GmbH & Co. KG, denen die Bank Darlehen zur Finanzierung ihrer Beteiligung ausgereicht hat, haben Klage gegen die HVB erhoben. Die Kläger machten geltend, dass sie im Rahmen des Abschlusses der Darlehensverträge von der HVB nur unzureichend über die Fondsstruktur und damit zusammenhängende steuerliche Folgen beraten wurden. Mit der überwiegenden Zahl der Kläger wurde eine vergleichsweise Einigung erzielt. Die Frage, ob die Bank im Rahmen der Prospekthaftung haftet, ist Gegenstand eines Verfahrens nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG), das am Oberlandesgericht München anhängig ist, und betrifft nur noch wenige Streitfälle.

Geschlossene Fonds

Anleger haben Klagen gegen die Bank erhoben und machen geltend, im Rahmen der Kapitalanlage in geschlossene Fonds von der Bank nur unzureichend beraten worden zu sein. Insbesondere wurde seitens der Kläger aufgeführt, nicht oder nicht ausreichend über der Bank zugeflossene Rückvergütungen aufgeklärt bzw. anhand eines fehlerhaften Prospekts beraten worden zu sein. Die Fragen der korrekten und ausreichenden Aufklärung eines Kunden sowie Fragen der Verjährung und damit die Erfolgsaussichten in einem Prozess hängen von individuellen Umständen des Einzelfalls ab und können daher regelmäßig nur schwer prognostiziert werden. Soweit solche Verfahren streitig entschieden wurden, haben die damit befassten Gerichte in der Vergangenheit überwiegend zu Gunsten der HVB entschieden.

Bezogen auf einen Publikumsfonds, welcher in Heizkraftwerke investiert hat, ist vor dem Oberlandesgericht München ein Verfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG) anhängig. Das Gericht hat mehrere Sachverständigengutachten zur Frage der Prospektverantwortung in Auftrag gegeben. Nachdem erwartet werden kann, dass Zeichner dieses Fonds ihr eingesetztes Kapital überwiegend durch Fondsausschüttungen zurückerhalten, beschränken sich die Folgen einer eventuell negativen Entscheidung des Oberlandesgerichts im Wesentlichen auf den Ersatz von nicht erzielter Rendite und Prozesszinsen. Mittlerweile wurden annähernd alle anhängigen Verfahren durch einen Vergleich beendet.

Finanzierungen zum Erwerb von Immobilien

Eine Reihe von Kunden bestreitet eine Zahlungsverpflichtung aus von ihnen aufgenommen Immobilienfinanzierungen, weil sie der Ansicht sind, bei Abschluss der Finanzierung von der Bank nur unzureichend über die Werthaltigkeit des von ihnen erworbenen Objekts und/oder die zu erwartende Miete aufgeklärt worden zu sein. In den letzten Jahren wurden nur noch vereinzelt neue Klagen erhoben. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen geht die Bank davon aus, dass nennenswerte Risiken hieraus nicht zu erwarten sind.

Derivatgeschäfte

Die Zahl von Kunden, die sich über unzureichende Aufklärung beim Abschluss von Derivatgeschäften beschwerten oder diesbezügliche Klagen gegen die Bank erheben, ist rückläufig. In den erhobenen Beschwerden und den anhängigen Klagen wird im Wesentlichen geltend gemacht, dass die Bank nicht ausreichend über die mit dem Geschäft einhergehenden Risiken aufgeklärt und insbesondere nicht auf einen eventuell vorhandenen anfänglich negativen Marktwert des Derivatprodukts hingewiesen habe. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass für die Bewertung der Risiken die Charakteristika des individuellen Produkts und die Umstände des jeweiligen Einzelfalls entscheidend sind. Dabei spielt die Frage der Verjährung, die wirtschaftliche Erfahrung und Risikobereitschaft des Kunden sowie der Inhalt der konkreten Anlageberatung eine entscheidende Rolle.

Verfahren mit Bezug zu Kapitalertragsteuer-Guthaben

Am 31. Juli 2014 hat der Aufsichtsrat der HVB seine internen Untersuchungen zu den sogenannten „cum-ex“-Geschäften (Wertpapiergeschäfte in zeitlicher Nähe zum Dividendenstichtag und Kapitalertragssteuer-Anrechnungen auf Dividenden deutscher Aktien) abgeschlossen. Die Ergebnisse der Untersuchung des Aufsichtsrats wiesen darauf hin, dass die von der Bank erlittenen Verluste auf ein Fehlverhalten einzelner in der Vergangenheit zurückzuführen sind. Auf Veranlassung des Aufsichtsrats wurde gegen einzelne ehemalige Vorstandsmitglieder Schadensersatzklagen erhoben, während der Aufsichtsrat für ein Vorgehen gegen amtierende Vorstandsmitglieder keinen Anlass sieht. Die Klageverfahren sind noch anhängig.

Darüber hinaus wurden durch die Staatsanwaltschaften Frankfurt/Main, Köln und München Ermittlungsverfahren gegen derzeitige oder frühere Mitarbeiter der HVB eingeleitet mit dem Ziel die gegen diese erhobenen Vorwürfe wegen angeblicher Steuerhinterziehungsdelikte zu überprüfen. Die HVB kooperierte – und kooperiert weiterhin – mit den genannten Staatsanwaltschaften, die Straftaten im Hinblick auf mögliche Steuerhinterziehungen im Zusammenhang mit cum-ex Geschäften der HVB untersuchen, welche die HVB selbst als auch einen früheren Kunden der HVB betreffen. Die Verfahren in Köln gegen die HVB und ihre früheren Mitarbeiter wurden im November 2015 beendet, unter anderem durch die Zahlung einer Geldbuße von 9,8 Mio €. Die gegen die HVB eingeleiteten Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt/Main wurden gemäß § 30 des Ordnungswidrigkeitengesetzes im Februar 2016 durch Zahlung einer Geldbuße von 5 Mio € beendet. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft München gegen die HVB wurden ebenfalls im April 2017 mit einer Verfallsentscheidung in Höhe von 5 Mio € rechtskräftig abgeschlossen. Gegenwärtig sind alle Strafverfahren gegen die HVB beendet.

Die derzeit von Münchner Steuerbehörden durchgeführte reguläre Betriebsprüfung umfasst auch weitere Geschäfte in Dividendenwerten rund um den Dividendenstichtag im Zeitraum von 2009 bis 2012. Die Bank hat in diesem Zeitraum unter anderem Wertpapierleihegeschäfte mit verschiedenen inländischen Gegenparteien abgeschlossen, die auch Aktientransaktionen um den Dividendenstichtag umfasst haben. Ob und unter welchen Umständen aus den Geschäften um den Dividendenstichtag Steuern angerechnet oder erstattet werden können und welche Folgen sich für die HVB bei Ablehnung einer steuerlichen Anerkennung ergeben könnten, ist derzeit offen. Dies gilt auch für die nach der derzeitigen regulären Betriebsprüfung liegenden Jahre 2013 bis 2015. Es ist

nicht auszuschließen, dass die HVB in diesem Zusammenhang Steuerforderungen der zuständigen Steuerbehörden oder zivilrechtlichen Ansprüchen Dritter ausgesetzt sein könnte. Die HVB ist in diesen Angelegenheiten in ständigem Austausch mit den zuständigen Aufsichts- und Steuerbehörden. Die HVB hat angemessene Rückstellungen gebildet.

Einzelverfahren Schadensersatz

Ein Kunde klagt gegen die HVB vor dem Landgericht (LG) Frankfurt auf Schadensersatz in Höhe von 195 Mio € aus den folgenden Gründen: Im Jahr 2010 wurde die HVB vom Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt wegen fehlerhafter Handhabung eines Wechsels verurteilt, einem Kunden Schadensersatz in Höhe von 4,8 Mio € zu leisten und zusätzlich weitere Schäden des Kunden aus diesem Schadensfall zu ersetzen. Im Jahr 2011 erhob der Kunde Klage vor dem Landgericht Frankfurt gegen die HVB auf Ersatz von Folgeschäden aus entgangenem Gewinn in Höhe von 33,7 Mio € und hat diese Klage zunächst erweitert auf 51,54 Mio € und zuletzt auf 195 Mio €. Mit Urteil vom 31. August 2017 hat das LG Frankfurt die Klage zurückgewiesen und ist der Meinung der HVB gefolgt, dass die Klage unbegründet und die vom Kläger aufgeführten Begründungen nicht nachvollziehbar sind. Zwischenzeitlich hat der Kläger gegen das Urteil Berufung zum OLG Frankfurt eingelegt.

Vorgänge im Zusammenhang mit finanziellen Sanktionen

In der Vergangenheit haben Verletzungen von US-Sanktionen dazu geführt, dass bestimmte Finanzinstitute, abhängig von den konkreten Umständen des Einzelfalls, Vergleiche abgeschlossen und beträchtliche Zahlungen von Bußgeldern und Strafen an verschiedene US-Behörden geleistet haben, unter ihnen das Amt zur Kontrolle von Auslandsvermögen des US-Finanzministeriums (US Treasury Department's Office of Foreign Assets Control, OFAC), das US-Justizministerium (US Department of Justice, DOJ), der Bezirksstaatsanwalt von New York (New York State District Attorney, NYDA), die US-Notenbank (US Federal Reserve, Fed) und das New York Department of Financial Services (DFS).

Im März 2011 erhielt die HVB einen Vorladungs- und Beweismittelvorlagebeschluss (subpoena) des NYDA in Bezug auf frühere Transaktionen unter Beteiligung bestimmter iranischer Rechtsträger, die von der OFAC auf Sanktionslisten benannt sind, und diesen nahestehenden Unternehmen. Im Juni 2012 hat das DOJ eine Untersuchung eingeleitet, die im Zusammenhang mit OFAC-Regeln die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen durch die HVB und ihrer Tochtergesellschaften im Allgemeinen zum Gegenstand hat. In diesem Zusammenhang führt die HVB eine freiwillige Untersuchung ihres US-Dollar Zahlungsverkehrs hinsichtlich der Einhaltung anwendbarer US-Sanktionsregeln in der Vergangenheit durch. Im Zuge dieser Untersuchung wurden bestimmte nicht-transparente Praktiken identifiziert. Die HVB Group kooperiert mit verschiedenen US-Behörden und hält andere zuständige Nicht-US-Aufsichtsbehörden in angemessener Weise über den Stand der Untersuchung informiert. Auch wenn es derzeit nicht möglich ist, die Form, das Ausmaß und den Umfang sowie den Zeitpunkt einer verfahrensabschließenden Entscheidung der maßgeblichen Behörden vorherzusagen, können anfallende Kosten der internen Untersuchung, erforderliche Abhilfemaßnahmen und/oder Zahlungen oder andere rechtliche Verpflichtungen zu Liquiditätsabflüssen führen sowie gegebenenfalls wesentliche negative Auswirkungen auf Vermögen sowie operative Erträge der HVB haben.

VERFAHREN IN ZUSAMMENHANG MIT HANDLUNGEN DER AUFSICHTSBEHÖRDEN

Die Handlungen der HVB werden von verschiedenen Aufsichtsbehörden überwacht. Die hauptsächlich zuständigen Behörden insofern sind die BaFin und die Bundesbank in Deutschland, zudem wurde seit 4. November 2014 Verantwortung für die Bankenaufsicht von der BaFin an die EZB übertragen im Anwendungsbereich des SSM. Ferner unterfallen die ausländischen Niederlassungen der HVB den Aufsichtskompetenzen der jeweiligen örtlich zuständigen Aufsichtsbehörden.

Wenn die oben genannten Aufsichtsbehörden während ihrer Überprüfungen gewisse Anhaltspunkte ausmachen, wird die HVB Korrekturmaßnahmen umsetzen, die in Einklang mit den Risikominderungsplänen und den mit den Aufsichtsbehörden vereinbarten Zeitvorgaben stehen und diesen Aufsichtsbehörden vierteljährlich oder auf Nachfrage Informationen in Bezug auf den Status der Umsetzung der Korrekturmaßnahmen zur Verfügung stellen.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Einsehbare Dokumente

Abschriften der Satzung der HVB, der Konzernjahresberichte für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016 der HVB, der gemäß dem Handelsgesetzbuch aufgestellten Einzelabschlüsse der HVB für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016 sind während der üblichen Geschäftszeiten an Werktagen (ausgenommen Samstage und gesetzliche Feiertage) in den Geschäftsräumen der HVB (Arabellastraße 12, 81925 München) erhältlich. Während der Gültigkeit dieses Registrierungsformulars

sind sämtliche Dokumente, aus denen Informationen durch Verweis in dieses Registrierungsformular einbezogen sind, kostenfrei in deutscher Sprache in den Geschäftsräumen der HVB (Arabellastraße 12, 81925 München) erhältlich.

Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der HVB Group und Trendinformationen

Die geschäftliche Entwicklung der HVB Group wird 2018 von der künftigen Situation an den Finanzmärkten und in der Realwirtschaft sowie von den nach wie vor bestehenden Unwägbarkeiten abhängig bleiben. In diesem Umfeld wird die HVB Group ihre Geschäftsstrategie laufend an sich verändernde Marktgegebenheiten anpassen und die daraus abgeleiteten Steuerungsimpulse besonders sorgfältig laufend überprüfen.

Es ist (i) seit dem 31. Dezember 2016 zu keiner wesentlichen Veränderung der Finanzlage der HVB Group und (ii) seit dem 31. Dezember 2016, dem Datum ihres zuletzt veröffentlichten geprüften Jahresabschlusses (Geschäftsbericht 2016), zu keinen wesentlichen negativen Veränderungen der Aussichten der HVB Group gekommen.

Einbezogene Informationen

Die nachfolgend bezeichneten Informationen, die unter "Geprüfte konsolidierte Finanzangaben für das am 31. Dezember 2016 endende Geschäftsjahr" auf den Seiten F-1 bis F-146 des Registrierungsformulars der UniCredit Bank AG vom 21. April 2017 und unter "Geprüfte nicht konsolidierte Finanzangaben nach HGB für das am 31. Dezember 2016 endende Geschäftsjahr" auf den Seiten F-147 bis F-212 des Registrierungsformulars der UniCredit Bank AG vom 21. April 2017 enthalten sind, werden gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 WpPG in dieses Registrierungsformular einbezogen und sind Bestandteil dieses Registrierungsformulars. Die Abschnitte der Dokumente, welche nicht durch eine ausdrückliche Bezugnahme einbezogen werden, sind für potenzielle Anleger nicht relevant.

Geprüfte konsolidierte Finanzangaben für das am 31. Dezember 2016 endende Geschäftsjahr	Aus dem Registrierungsformular der UniCredit Bank AG vom 21. April 2017 übernommen	Eingefügt in dieses Registrierungsformular auf den folgenden Seiten:
- Konzern Gewinn- und Verlustrechnung	- S. F-1 bis F-2	- S. -28-
- Konzern Bilanz	- S. F-3 bis F-4	- S. -28-
- Entwicklung des Konzern Eigenkapitals	- S. F-5 bis F-6	- S. -28-
- Konzern Kapitalflussrechnung	- S. F-7 bis F-8	- S. -28-
- Erläuterungen (Notes) zum Konzernabschluss	- S. F-9 bis F-144	- S. -28-
- Erklärung des Vorstands	- S. F-145	- S. -28-
- Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	- S. F-146	- S. -28-
Geprüfte nicht konsolidierte Finanzangaben nach HGB für das am 31. Dezember 2016 endende Geschäftsjahr	Aus dem Registrierungsformular der UniCredit Bank AG vom 21. April 2017 übernommen	Eingefügt in dieses Registrierungsformular auf den folgenden Seiten:
- Gewinn- und Verlustrechnung	- S. F-147 bis F-148	- S. -28-
- Bilanz	- S. F- 149 bis F-154	- S. -28-
- Anhang	- S. F-155 bis F-210	- S. -28-
- Erklärung des Vorstands	- S. F-211	- S. -28-
- Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	- S. F-212	- S. -28-

Kopien aller Dokumente, aus denen Informationen durch Verweis einbezogen werden, sind kostenfrei in den Geschäftsräumen der HVB (Arabellastraße 12, 81925 München) erhältlich.

Konzern Gewinn- und Verlustrechnung

Erträge/Aufwendungen	NOTES	1.1.–31.12.2017	1.1.–31.12.2016	VERÄNDERUNG	
		in Mio €	in Mio €	in Mio €	in %
Zinserträge		3.681	4.083	– 402	– 9,8
Zinsaufwendungen		– 1.140	– 1.565	+ 425	– 27,2
Zinsüberschuss	33	2.541	2.518	+ 23	+ 0,9
Dividenden und ähnliche Erträge aus Kapitalinvestitionen	34	11	57	– 46	– 80,7
Provisionsüberschuss	35	1.103	1.066	+ 37	+ 3,5
Handelsergebnis	36	928	903	+ 25	+ 2,8
Saldo sonstige Aufwendungen/Erträge	37	399	354	+ 45	+ 12,7
Personalaufwand		– 1.600	– 1.668	+ 68	– 4,1
Andere Verwaltungsaufwendungen		– 1.443	– 1.536	+ 93	– 6,1
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen		– 227	– 257	+ 30	– 11,7
Verwaltungsaufwand	38	– 3.270	– 3.461	+ 191	– 5,5
Kreditrisikovorsorge	39	– 195	– 341	+ 146	– 42,8
Zuführungen zu Rückstellungen	40	– 25	– 193	+ 168	– 87,0
Aufwendungen für Restrukturierungen	41	– 7	– 645	+ 638	– 98,9
Finanzanlageergebnis	42	112	39	+ 73	>+ 100,0
ERGEBNIS VOR STEUERN		1.597	297	+ 1.300	>+ 100,0
Ertragsteuern	43	– 261	– 140	– 121	+ 86,4
ERGEBNIS NACH STEUERN		1.336	157	+ 1.179	>+ 100,0
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte		—	—	—	—
KONZERNÜBERSCHUSS		1.336	157	+ 1.179	>+ 100,0
auf den Anteilseigner der UniCredit Bank AG entfallend		1.332	153	+ 1.179	>+ 100,0
auf nicht beherrschende Gesellschafter entfallend		4	4	—	—

Ergebnis je Aktie

(in €)

	NOTES	2017	2016
Ergebnis je Aktie (unverwässert und verwässert)	44	1,66	0,19

Konzern Gesamtergebnisrechnung

(in Mio €)

	2017	2016
In der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesener Konzernjahresüberschuss	1.336	157
Bestandteile der im sonstigen Ergebnis („Other comprehensive income“)		
erfassten Ertrags- und Aufwandspositionen		
Bestandteile, die nicht in künftigen Perioden in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus leistungsorientierten Plänen (Versorgungszusagen)	218	– 281
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	—	– 2
Sonstige Veränderungen	—	—
Steuern auf Bestandteile, die nicht in künftigen Perioden in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden	– 68	89
Bestandteile, die in künftigen Perioden in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		
Veränderungen aus Währungseinfluss	– 8	– 7
Veränderungen aus at-Equity bewerteten Unternehmen	—	—
Bewertungsänderungen von Finanzinstrumenten (AfS-Rücklage)	– 19	78
Unrealisierte Gewinne/Verluste	89	93
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	– 108	– 15
Bewertungsänderungen von Finanzinstrumenten (Hedge-Rücklage)	– 3	—
Unrealisierte Gewinne/Verluste	1	7
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	– 4	– 7
Sonstige Veränderungen	—	34
Steuern auf Bestandteile, die in künftigen Perioden in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden	– 2	– 24
Summe der über das sonstige Ergebnis im Eigenkapital erfassten Ertrags- und Aufwandspositionen („Other comprehensive income“)	118	– 113
Summe der erfassten Ertrags- und Aufwandspositionen („Gesamtergebnis“)	1.454	44
darunter:		
auf den Anteilseigner der UniCredit Bank AG entfallend	1.450	40
auf nicht beherrschende Gesellschafter entfallend	4	4

Konzern Bilanz

Aktiva

	NOTES	31.12.2017	31.12.2016	VERÄNDERUNG	
		in Mio €	in Mio €	in Mio €	in %
Barreserve	45	36.414	9.770	+ 26.644	>+ 100,0
Handelsaktiva	46	75.493	94.087	– 18.594	– 19,8
aFVtPL-Finanzinstrumente	47	21.456	28.512	– 7.056	– 24,7
AfS-Finanzinstrumente	48	6.816	5.929	+ 887	+ 15,0
At-Equity bewertete Anteile an assoziierten Unternehmen					
und at-Equity bewertete Joint Ventures	49	34	44	– 10	– 22,7
HtM-Finanzinstrumente	50	23	36	– 13	– 36,1
Forderungen an Kreditinstitute	51	30.330	33.043	– 2.713	– 8,2
Forderungen an Kunden	52	121.178	121.474	– 296	– 0,2
Hedging Derivate	55	390	384	+ 6	+ 1,6
Hedgeanpassungsbetrag von gesicherten Grundgeschäften					
im Portfolio Fair Value Hedge		72	51	+ 21	+ 41,2
Sachanlagen	56	2.599	2.869	– 270	– 9,4
Investment Properties	57	808	1.028	– 220	– 21,4
Immaterielle Vermögenswerte	58	445	455	– 10	– 2,2
darunter: Geschäfts- oder Firmenwerte		418	418	—	—
Ertragsteueransprüche		1.363	1.696	– 333	– 19,6
Tatsächliche Steuern		113	333	– 220	– 66,1
Latente Steuern		1.250	1.363	– 113	– 8,3
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte					
oder Veräußerungsgruppen	59	511	1.077	– 566	– 52,6
Sonstige Aktiva	60	1.128	1.635	– 507	– 31,0
Summe der Aktiva		299.060	302.090	– 3.030	– 1,0

Passiva

	NOTES	31.12.2017	31.12.2016	VERÄNDERUNG	
		in Mio €	in Mio €	in Mio €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	62	67.354	57.584	+ 9.770	+ 17,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	63	124.284	117.204	+ 7.080	+ 6,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	64	25.552	24.214	+ 1.338	+ 5,5
Handelsspassiva	65	56.217	72.834	- 16.617	- 22,8
Hedging Derivate	66	469	997	- 528	- 53,0
Hedgeanpassungsbetrag von gesicherten Grundgeschäften im Portfolio Fair Value Hedge	67	1.215	1.785	- 570	- 31,9
Ertragsteuerverpflichtungen		693	723	- 30	- 4,1
Tatsächliche Steuern		604	642	- 38	- 5,9
Latente Steuern		89	81	+ 8	+ 9,9
Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen	68	102	1.162	- 1.060	- 91,2
Sonstige Passiva	69	1.699	2.145	- 446	- 20,8
Rückstellungen	70	2.601	3.022	- 421	- 13,9
Eigenkapital	71	18.874	20.420	- 1.546	- 7,6
Auf den Anteilseigner der UniCredit Bank AG entfallendes Eigenkapital		18.867	20.414	- 1.547	- 7,6
Gezeichnetes Kapital		2.407	2.407	—	—
Kapitalrücklage		9.791	9.791	—	—
Andere Rücklagen		5.289	5.107	+ 182	+ 3,6
Bewertungsänderungen von Finanzinstrumenten		80	104	- 24	- 23,1
AfS-Rücklage		52	74	- 22	- 29,7
Hedge-Rücklage		28	30	- 2	- 6,7
Bilanzgewinn		1.300	3.005	- 1.705	- 56,7
Anteile in Fremdbesitz		7	6	+ 1	+ 16,7
Summe der Passiva		299.060	302.090	- 3.030	- 1,0

Der für die Gewinnverwendung maßgebende Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2017 im Einzelabschluss der UniCredit Bank AG (entspricht dem Bilanzgewinn der HVB Group) beläuft sich auf 1.300 Mio €. Der Hauptversammlung schlagen wir vor zu beschließen, insgesamt eine Dividende in Höhe von 1.300 Mio € an die UniCredit S.p.A. (UniCredit), Mailand, Italien, auszuschütten. Dies entspricht einer Dividende von rund 1,62 € pro Aktie nach rund 3,75 € für das Geschäftsjahr 2016. Der im Vorjahr ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 3.005 Mio € (bestehend aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 5 Mio € und einer Entnahme aus den Anderen Gewinnrücklagen in Höhe von 3.000 Mio €) wurde gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 22. Mai 2017 an die UniCredit ausgeschüttet.

Entwicklung des Konzern Eigenkapitals

	GEZEICHNETES KAPITAL	KAPITAL- RÜCKLAGE	ANDERE RÜCKLAGEN	
			ANDERE RÜCKLAGEN INSGESAMT	DARUNTER: PENSIONSÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN IAS 19
Eigenkapital zum 1.1.2016	2.407	9.791	8.125	– 1.135
In der Konzern Gewinn- und Verlustrechnung				
ausgewiesener Konzernjahresüberschuss	—	—	—	—
Über das sonstige Ergebnis im Eigenkapital erfasste				
Ertrags- und Aufwandspositionen³	—	—	– 176	– 194
Unrealisierte Gewinne/Verluste aufgrund Bewertungsänderungen von				
Finanzinstrumenten	—	—	—	—
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	—	—	—	—
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste				
bei leistungsorientierten Plänen	—	—	– 194	– 194
Veränderungen aus Währungseinfluss	—	—	– 7	—
Sonstige Veränderungen	—	—	25	—
Restliche im Eigenkapital erfasste Veränderungen	—	—	– 2.842	13
Ausschüttungen	—	—	—	—
Einstellungen aus dem Bilanzgewinn	—	—	– 2.852	—
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	10	13
Kapitalherabsetzungen	—	—	—	—
Eigenkapital zum 31.12.2016	2.407	9.791	5.107	– 1.316
Eigenkapital zum 1.1.2017	2.407	9.791	5.107	– 1.316
In der Konzern Gewinn- und Verlustrechnung				
ausgewiesener Konzernjahresüberschuss	—	—	—	—
Über das sonstige Ergebnis im Eigenkapital erfasste				
Ertrags- und Aufwandspositionen³	—	—	142	150
Unrealisierte Gewinne/Verluste aufgrund Bewertungsänderungen von				
Finanzinstrumenten	—	—	—	—
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	—	—	—	—
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste				
bei leistungsorientierten Plänen	—	—	150	150
Veränderungen aus Währungseinfluss	—	—	– 8	—
Sonstige Veränderungen	—	—	—	—
Restliche im Eigenkapital erfasste Veränderungen	—	—	40	5
Ausschüttungen	—	—	—	—
Einstellungen aus dem Bilanzgewinn	—	—	32	—
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	8	5
Kapitalherabsetzungen	—	—	—	—
Eigenkapital zum 31.12.2017	2.407	9.791	5.289	– 1.161

¹ Die Hauptversammlung hat am 10. Mai 2016 beschlossen, den Bilanzgewinn 2015 in Höhe von 398 Mio € an unseren alleinigen Aktionär, die UniCredit S.p.A. (UniCredit), Rom, Italien, auszuschütten. Dies entspricht einer Dividende von rund 0,50 € je Stammaktie. Die Hauptversammlung hat am 22. Mai 2017 beschlossen, den Bilanzgewinn 2016 in Höhe von 3.005 Mio € an unseren alleinigen Aktionär, die UniCredit S.p.A. (UniCredit), Rom, Italien, auszuschütten. Dies entspricht einer Dividende von rund 3,75 € je Stammaktie.

² UniCredit Bank AG (HVB).

³ Über Gesamtergebnisrechnung erfasst.

(in Mio €)

BEWERTUNGSÄNDERUNGEN VON FINANZINSTRUMENTEN		BILANZGEWINN¹	AUF DEN ANTEILS- EIGNER DER HVB² ENTFALLENDEN EIGENKAPITAL INSGESAMT	ANTEILE IN FREMDBESITZ	EIGENKAPITAL INSGESAMT
AFS-RÜCKLAGE	HEDGE-RÜCKLAGE				
11	30	398	20.762	4	20.766
—	—	153	153	4	157
63	—	—	– 113	—	– 113
76	5	—	81	—	81
– 13	– 5	—	– 18	—	– 18
—	—	—	– 194	—	– 194
—	—	—	– 7	—	– 7
—	—	—	25	—	25
—	—	2.454	– 388	– 2	– 390
—	—	– 398	– 398	– 3	– 401
—	—	2.852	—	—	—
—	—	—	10	1	11
—	—	—	—	—	—
74	30	3.005	20.414	6	20.420
74	30	3.005	20.414	6	20.420
—	—	1.332	1.332	4	1.336
– 22	– 2	—	118	—	118
62	1	—	63	—	63
– 84	– 3	—	– 87	—	– 87
—	—	—	150	—	150
—	—	—	– 8	—	– 8
—	—	—	—	—	—
—	—	– 3.037	– 2.997	– 3	– 3.000
—	—	– 3.005	– 3.005	– 3	– 3.008
—	—	– 32	—	—	—
—	—	—	8	—	8
—	—	—	—	—	—
52	28	1.300	18.867	7	18.874

Konzern Kapitalflussrechnung

(in Mio €)

	2017	2016
Konzernjahresüberschuss	1.336	157
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	241	398
Abschreibungen abzüglich Zuschreibungen auf Anlagevermögen	292	317
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	– 796	– 2.321
Gewinne aus der Veräußerung von Anlagevermögen	– 146	– 63
Sonstige Anpassungen (Zinsergebnis und Dividendenergebnis aus GuV, gezahlte Ertragsteuer)	– 2.758	– 2.700
Zwischensumme	– 1.831	– 4.212
Veränderung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Vorgänge		
Zugänge Vermögenswerte/Abgänge Verbindlichkeiten (–)		
Abgänge Vermögenswerte/Zugänge Verbindlichkeiten (+)		
Handelsaktiva	10.673	7.270
Forderungen an Kreditinstitute	2.634	– 223
Forderungen an Kunden	– 211	– 8.491
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	– 1.218	– 1.609
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.852	– 858
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.594	9.601
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.636	– 1.690
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	– 2.552	950
Ertragsteuern	19	– 151
Erhaltene Zinsen	3.705	4.156
Gezahlte Zinsen	– 1.212	– 1.639
Erhaltene Dividenden	268	318
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	30.357	3.422
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	2.120	925
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	90	102
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	– 2.926	– 5.246
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen	– 193	– 246
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises	68	30
Effekt aus dem Verkauf der aufgegebenen Geschäftsbereiche	—	—
Cashflow aus Investitionstätigkeit	– 841	– 4.435

(in Mio €)

	2017	2016
Veränderungen der Kapitalrücklagen	—	—
Dividendenzahlungen	– 3.005	– 398
Emission von nachrangigem und hybridem Kapital	—	2
Rückzahlung/Rückkauf von nachrangigem und hybridem Kapital	– 45	– 100
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit		
(Fremdkapital, Fonds für Bankrisiken) (+)	178	—
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit		
(Fremdkapital, Fonds für Bankrisiken) (–)	—	– 164
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	– 2.872	– 660
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	9.770	11.443
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	30.357	3.422
Cashflow aus Investitionstätigkeit	– 841	– 4.435
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	– 2.872	– 660
Effekte aus Wechselkursänderungen	—	—
Abzüglich zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	—	—
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	36.414	9.770

Rechtsgrundlagen

Die UniCredit Bank AG (HVB) ist eine Universalbank mit Sitz in München, Arabellastraße 12, und im Handelsregister B des Amtsgerichts München unter der Nummer HRB 42148 eingetragen. Die UniCredit Bank AG ist ein verbundenes Unternehmen der UniCredit S.p.A., Mailand, Italien (oberstes Mutterunternehmen), in dessen Konzernabschluss die HVB Group einbezogen wird. Dieser wird im Internet der UniCredit Gruppe unter folgender Adresse publiziert: <https://www.unicreditgroup.eu/en/investors/financial-reports.html>.

Die HVB ist als Universalbank mit ihren Tochtergesellschaften einer der führenden Anbieter von Bank- und Finanzdienstleistungen in Deutschland. Sie bietet Privat- und Firmenkunden, öffentlichen Einrichtungen und international operierenden Unternehmen und institutionellen Kunden eine umfassende Auswahl an Bank- und Finanzprodukten sowie -dienstleistungen an. In diesem Konzernanhang sind in der Note Methodik und Inhalte der Segmentberichterstattung nach Geschäftsbereichen weitere Angaben zu den Produkten und Dienstleistungen der Bank enthalten.

Die HVB bilanziert als kapitalmarktorientiertes Unternehmen nach den Anforderungen des International Accounting Standards Board (IASB) in der von der EU übernommenen Fassung. Damit steht eine verlässliche und international vergleichbare Grundlage für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HVB Group zur Verfügung. Unsere wertorientierte Unternehmenssteuerung baut ebenfalls auf dieser Rechnungslegung auf.

Den Konzernabschluss haben wir nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) gemäß EG-Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-VO) sowie weiteren Verordnungen zur Übernahme bestimmter IFRS im Rahmen des EU-Endorsements in Verbindung mit § 315e Absatz 1 HGB als verpflichtenden Konzernabschluss gemäß Artikel 4 der IAS-VO erstellt. Der vorliegende Konzernabschluss wurde vom Vorstand der HVB am 27. Februar 2018 aufgestellt und vom Aufsichtsrat am 15. März 2018 gebilligt. Die IFRS umfassen neben den als IFRS bezeichneten Standards auch die International Accounting Standards (IAS), sowie die als IFRIC und SIC bezeichneten Interpretationen des IFRS Interpretations Committee (IFRS IC) und dessen Vorgängerorganisation. Alle für das Geschäftsjahr 2017 in der EU verpflichtend anzuwendenden Standards und Interpretationen wurden berücksichtigt. § 315e HGB enthält die neben den IFRS weiterhin anzuwendenden nationalen Vorschriften für kapitalmarkt-orientierte Unternehmen.

Unsere börsennotierte Tochtergesellschaft AGROB Immobilien AG hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung auf ihrer Internetseite veröffentlicht.

Der Konzernlagebericht erfüllt die Anforderungen des § 315 Absatz 1, 2 und 4 HGB. Er enthält auch den Risk Report nach § 315 HGB.

Die nachfolgend aufgeführten Personengesellschaften sind gemäß § 264b HGB von der Verpflichtung befreit, einen eigenen Lagebericht aufzustellen und den Jahresabschluss offenzulegen:

- A & T-Projektentwicklungs GmbH & Co. Potsdamer Platz Berlin KG, München
- Acis Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co. Oberbaum City KG, Grünwald
- Acis Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co. Parkkolonnaden KG, Grünwald
- Acis Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co. Stuttgart Kronprinzstraße KG, Grünwald
- BV Grundstücksentwicklungs-GmbH & Co. Verwaltungs KG, München
- Delpha Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co. Großkugel Bauabschnitt Alpha Management KG, München
- Delpha Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co. Großkugel Bauabschnitt Beta Management KG, München
- Delpha Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co. Großkugel Bauabschnitt Gamma Management KG, München
- Grundstücksgesellschaft Simon beschränkt haftende Kommanditgesellschaft, München
- H & B Immobilien GmbH & Co. Objekte KG, München
- HAWA Grundstücks GmbH & Co. oHG Hotelverwaltung, München
- HAWA Grundstücks GmbH & Co. OHG Immobilienverwaltung, München
- HVB Gesellschaft für Gebäude mbH & Co. KG, München
- HVZ GmbH & Co. Objekt KG, München

- Hypo-Bank Verwaltungszentrum GmbH & Co. KG Objekt Arabellastraße, München
- HYPO-REAL Haus- und Grundbesitz Gesellschaft mbH & Co. Immobilien-Vermietungs KG, München
- Ocean Breeze Energy GmbH & Co. KG, Bremen
- Omnia Grundstücks-GmbH & Co. Objekt Eggenfeldener Straße KG, München
- Omnia Grundstücks-GmbH & Co. Objekt Haidenauplatz KG, München
- Omnia Grundstücks-GmbH & Co. Objekt Perlach KG, München
- Othmarschen Park Hamburg GmbH & Co. Centerpark KG, München
- Othmarschen Park Hamburg GmbH & Co. Gewerbepark KG, München
- Portia Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt KG, München
- Salvatorplatz-Grundstücksgesellschaft mbH & Co. oHG Saarland, München
- Salvatorplatz-Grundstücksgesellschaft mbH & Co. OHG Verwaltungszentrum, München
- Solos Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co. Sirius Beteiligungs KG, München
- TERENO Grundstücksverwaltung GmbH & Co. Entwicklungs- und Finanzierungsvermittlungs KG, München
- TRICASA Grundbesitz Gesellschaft mbH & Co. 1. Vermietungs KG, München
- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt MOC KG, München

Die nachfolgend aufgeführten Kapitalgesellschaften sind gemäß § 264 Abs. 3 HGB von der Verpflichtung befreit, einen eigenen Lagebericht aufzustellen und den Jahresabschluss offenzulegen:

- Argentaurus Immobilien-Vermietungs- und Verwaltungs GmbH, München
- BV Grundstücksentwicklungs-GmbH, München
- CUMTERRA Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH, München
- Food & more GmbH, München
- HJS 12 Beteiligungsgesellschaft mbH, München
- HVB Capital Partners AG, München
- HVB Immobilien AG, München
- HVB Profil Gesellschaft für Personalmanagement mbH, München
- HVB Projekt GmbH, München
- HVB Secur GmbH, München
- HVB Tecta GmbH, München
- HVB Verwa 4 GmbH, München
- HVB Verwa 4.4 GmbH, München
- Interra Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH, München
- MERKURHOF Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, München
- MILLETERRA Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH, München
- NF Objekt FFM GmbH, München
- NF Objekt München GmbH, München
- NF Objekte Berlin GmbH, München
- Orestos Immobilien-Verwaltungs GmbH, München
- RHOTERRA Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH, München
- Selfoss Beteiligungsgesellschaft mbH, Grünwald
- Spree Galerie Hotelbetriebsgesellschaft mbH, München
- Transterra Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH, München
- UniCredit Direct Services GmbH, München
- Verwaltungsgesellschaft Katharinenhof m.b.H., München

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1 Stichtagsbetrachtung

Bei nachfolgenden in den Tabellen und Texten aufgeführten Beträgen handelt es sich bei Angaben zu Bilanzposten bzw. Beständen um Stichtagswerte zum 31. Dezember und bei Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung um den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

2 Konzerneinheitliche Bilanzierung

Die Einzelabschlüsse der einbezogenen in- und ausländischen Unternehmen gehen unter Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze in den Konzernabschluss der HVB ein. Die Ausübung von Wahlrechten wird im Einzelnen bei den jeweiligen Bilanzposten erläutert.

3 Stetigkeit

Die Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden wenden wir dem Rahmenkonzept der IFRS sowie den IAS 1 und IAS 8 folgend stetig an. Sollten wesentliche Ansatz- und Bewertungsfehler aus früheren Perioden zu korrigieren sein, wird grundsätzlich eine rückwirkende Anpassung vorgenommen. Sollte im Ausnahmefall eine rückwirkende Anpassung nicht möglich sein, verrechnen wir die Auswirkungen mit den Gewinnrücklagen. Sofern es geboten ist, die Ansatz- und Bewertungsmethoden zu ändern, erfassen wir die daraus resultierenden Auswirkungen retrospektiv.

Im Rahmen unserer Teilnahme am langfristigen Refinanzierungsgeschäft (TLTRO II) der Europäischen Zentralbank (EZB) bei unserer Tochterbank UniCredit Luxembourg S.A. wurde die Absicherung der geplanten Geldaufnahme vorab mit einem Forward-Zinsswap in Form eines Mikro-Cashflow-Hedge im März 2017 für künftige Transaktionen abgebildet. Mit dem Erhalt der Geldaufnahme von der EZB Ende März 2017 wurde diese Sicherungsbeziehung beendet. Die bei Hedgeende bestehende Cashflow-Hedge-Rücklage und der konträr gleich hohe Anfangs-Fair-Value des Zinsswaps werden periodisch über die Laufzeit der abgesicherten Geldaufnahme über die Gewinn- und Verlustrechnung kompensierend aufgelöst. Die Ende März 2017 ausgeführte Geldaufnahme und der Sicherungs-Zinsswap werden in den allgemeinen Portfolio Fair Value Hedge für Zinsrisiken einbezogen.

Änderungen von Schätzungen werden erfolgswirksam in der Periode, auf die sich die Änderung des Schätzverfahrens auswirkt, erfasst. Sofern sich die Änderung des Schätzverfahrens nicht auf die Gewinn- und Verlustrechnung auswirkt, wird der Buchwert des betroffenen Vermögenswertes, der Verbindlichkeit oder der Eigenkapitalposition angepasst.

Der Konzernabschluss basiert auf der Annahme der Unternehmensfortführung „Going Concern“. Die Bilanzierung und Bewertung nach IFRS enthält Werte, die zulässigerweise unter Verwendung von Schätzungen und Annahmen ermittelt worden sind. Die verwendeten Schätzungen und Annahmen basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und Erwartungen bzw. Prognosen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen angemessen erscheinen. Hiervon betroffen sind im Wesentlichen die Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, die latenten Steuern und die Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen. Die tatsächlichen Werte können von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Insbesondere sind folgende Sachverhalte von Schätzungen, Annahmen und Ermessensentscheidungen betroffen:

- Bewertung des Geschäfts- oder Firmenwertes: Wesentliche Basis des Impairmenttests für den Geschäfts- oder Firmenwert ist die von der Bank aufgestellte Mehrjahresplanung. Die Mehrjahresplanung enthält Prognosen zukünftiger Verläufe, und zwar sowohl in Bezug auf die jeweiligen Unternehmensbereiche der Bank als auch in Bezug auf makroökonomische Entwicklungen. Damit unterliegt auch der Impairmenttest für den Geschäfts- oder Firmenwert Schätzungen, Annahmen und Ermessensentscheidungen.
- Ermittlung der Risikovorsorge:
 - Einzelwertberichtigung (EWB): Diese stellt die Differenz zwischen den geschätzten, abdiskontierten Verwertungserlösen und dem Buchwert dar. Somit sind zur Ermittlung der Risikovorsorge Annahmen und Prognosen bezüglich der noch zu erzielenden Zahlungseingänge vom Kreditnehmer bzw. aus der Verwertung der Sicherheiten zu treffen.
 - Portfoliowertberichtigung: Die Ermittlung der Portfoliowertberichtigung basiert auf dem im Risk Report im Konzernlagebericht beschriebenen Kreditportfoliomodell der Bank. Diesem internen Modell liegen ebenfalls Prognosen und Annahmen zugrunde, die somit relevant sind für die Bemessung der Portfoliowertberichtigung.
- Bestimmung des Fair Value: Die Bank setzt interne Bewertungsverfahren ein, um den Fair Value von Finanzinstrumenten zu bestimmen, für die keine Notierung an einem aktiven Markt vorliegt. Die Anwendung dieser internen Bewertungsmodelle setzt unter anderem Annahmen und Prognosen voraus, deren Umfang von der Komplexität der Finanzinstrumente und den teilweise aus Marktdaten ableitbaren Bewertungsparametern abhängt.

- Rückstellungen werden für gegenwärtige oder zukünftige Verpflichtungen gebildet und decken die Ausgaben ab, die notwendig sind, um diese Verpflichtungen zu erfüllen. Hierbei ist es zum einen nötig, die Höhe dieser Ausgaben bzw. Kosten zu schätzen und zum anderen den Zeitpunkt, zu dem die Verpflichtungen erwartungsgemäß zu erfüllen sind. Dabei sind Annahmen bezüglich der tatsächlichen Höhe der anfallenden Kosten zu treffen bzw. bei längerfristigen Rückstellungen auch mögliche Kostensteigerungen bis zum Erfüllungszeitpunkt zu schätzen. Falls der Erfüllungszeitpunkt länger als ein Jahr in der Zukunft liegt, werden die prognostizierten Ausgaben bzw. Kosten über den Zeitraum bis zur Erfüllung der Verpflichtung abdiskontiert. Sofern Rückstellungen für zukünftige Überprüfungen der Steuererklärungen durch die Finanzbehörden gebildet werden, erfolgt keine Abdiskontierung der erwarteten Steuernachzahlungen, sondern es werden die von Finanzbehörden in Rechnung gestellten Zinsen für die nachzuzahlenden Beträge addiert. Hier sind die Schätzunsicherheiten höher, da die Auslegung zu Steuersachverhalten sich fortentwickelt und auch rückwirkend zum Zug kommt.
- Latente Steuern: Aktive und passive latente Steuern werden bis auf wenige im Standard festgelegte Ausnahmen für alle temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen nach IFRS und den Steuerbilanzwerten gebildet (Liability-Methode). Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt gemäß IAS 12 auf Basis der lokalen Steuervorschriften, die erwartet werden, wenn ein Vermögenswert realisiert bzw. eine Schuld erfüllt wird. Dabei werden die Vorschriften und die jeweils gültigen lokalen Steuersätze zugrunde gelegt, die zum Stichtag gültig oder bereits verabschiedet sind. Latente Steueransprüche werden in dem Umfang nicht bilanziert, in dem es unwahrscheinlich erscheint, dass ausreichend zu versteuerndes Ergebnis in zukünftigen Perioden zur Verfügung steht.
Es sind außerdem aktive latente Steuern für noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge und noch nicht genutzte Steuergutschriften angesetzt, soweit die Werthaltigkeit begründet ist. Dies erfolgt auf Basis einer Fünfjahresplanung für die HVB Group, der segmentspezifische und makroökonomische Annahmen zugrunde liegen und die lokale Steuervorschriften berücksichtigt. In der Mehrjahresplanung werden angemessene Bewertungsabschläge vorgenommen. Schätzunsicherheiten sind inhärent.
- Aktienbasierte Vergütung: Zur Ermittlung der Kosten für die Programme der aktienbasierten Vergütung müssen ebenfalls Annahmen getroffen werden. So werden die Kosten für die zu übertragenden Instrumente über den Erdienungszeitraum amortisiert bzw. die Ansprüche der Begünstigten verfallen, wenn diese vorher die Gruppe verlassen. Entsprechend ist zu prognostizieren, wie hoch der Anteil der begünstigten Mitarbeiter ist, die während des Erdienungszeitraums die Gruppe verlassen werden. Daneben sind die gewährten Aktien zum Fair Value am Zusage datum zu bewerten. Hier gilt das oben zur Bestimmung des Fair Value Ausgeführte analog.
- Sachanlagevermögen: Abnutzbare Sachanlagen sind über die Nutzungsdauer abzuschreiben. Da die Nutzungsdauer nicht unabhängig von der jeweiligen Nutzung des Vermögenswertes ist, ist diese vor dem Hintergrund der jeweiligen Verhältnisse zu schätzen.
- Immaterielle Vermögenswerte: Diese werden mit Ausnahme des Geschäfts- oder Firmenwertes über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Auch hier gilt es, die Nutzungsdauer durch geeignete Annahmen zu schätzen.
- Investment Properties: Diese werden über die Nutzungsdauer der Immobilie (exklusive Anteil Grundstück) abgeschrieben, so dass auch hier eine Prognose notwendig ist, um diese zu bestimmen.

Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2017, mit Ausnahme der in der Note Erstanwendung neuer IFRS-Rechnungslegungsvorschriften dargestellten neu anzuwendenden IFRS-Vorschriften, die gleichen Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden wie im Konzernabschluss 2016 angewandt.

4 Erstanwendung neuer IFRS-Rechnungslegungsvorschriften

Im Geschäftsjahr 2017 waren in der EU die Änderungen der folgenden vom IASB neu herausgegebenen oder überarbeiteten Standards erstmalig verpflichtend anzuwenden:

- Änderungen zu IAS 7 – „Disclosure Initiative“
- Änderungen zu IAS 12 „Recognition of Deferred Tax Assets for Unrealised Losses“

Die im Rahmen der Disclosure Initiative vom IASB herausgegebenen Änderungen des Standards IAS 7 (Kapitalflussrechnungen) ergänzen die Kapitalflussrechnung um zusätzliche Angaben zur Finanzierungstätigkeit eines Unternehmens. Dabei sind die Veränderungen der Finanzierungsverbindlichkeiten anzugeben, die in der Kapitalflussrechnung im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden. Die Angaben wurden entsprechend erweitert.

In den Änderungen zu IAS 12 (Ertragsteuern) wird u. a. klargestellt, dass aktive latente Steuern auch auf abzugsfähige temporäre Differenzen anzusetzen sind, die sich aus unrealisierten Verlusten bei zum Fair Value bewerteten Available for Sale-Schuldinstrumenten ergeben. Die Klarstellungen zu IAS 12 wurden im Konzernabschluss beachtet.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (FORTSETZUNG)

5 Herausgegebene, noch nicht verpflichtend anzuwendende IFRS, die nicht vorgezogen angewendet wurden

Von der vorzeitigen freiwilligen Anwendung der vom IASB neu herausgegebenen oder überarbeiteten Standards und Interpretationen, die erst ab dem Geschäftsjahr 2018 oder später verpflichtend anzuwenden sind, haben wir abgesehen. Die Bank wird diese Standards und Interpretationen in dem Geschäftsjahr anwenden, in dem die Neuregelungen für EU-Unternehmen erstmalig verpflichtend anzuwenden sind.

Hiervon wurden von der EU in europäisches Recht übernommen:

- IFRS 9 „Financial Instruments (Juli 2014)“. Die Bestimmungen sind erstmalig verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.
- IFRS 15 „Revenue from Contracts with Customers including amendments to IFRS 15: Effective Date of IFRS 15“. Die Bestimmungen sind erstmalig verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.
- IFRS 16 „Leases“. Die Bestimmungen sind erstmalig verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen.
- Änderungen zu IFRS 4 – „Applying IFRS 9 Financial Instruments with IFRS 4 Insurance Contracts“. Die Bestimmungen sind erstmalig verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.
- Klarstellungen zu IFRS 15 „Revenue from Contracts with Customers“. Die Bestimmungen sind erstmalig verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.

Hiervon wurden von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen:

- IFRS 17 „Insurance Contracts“. Die Bestimmungen sind erstmalig verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2021 beginnen.
- IFRIC Interpretation 22 „Foreign Currency Transactions and Advance Consideration“. Die Bestimmungen sind erstmalig verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.
- IFRIC Interpretation 23 „Uncertainty over Income Tax Treatments“. Die Bestimmungen sind erstmalig verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen.
- Änderungen zu IFRS 2 – „Classification and Measurement of Share-based Payment Transactions“. Die Bestimmungen sind erstmalig verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.
- Änderungen zu IFRS 9 – „Prepayment Features with Negative Compensation“. Die Bestimmungen sind erstmalig verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen.
- Änderungen zu IAS 28 – „Long-term interests in Associates and Joint Ventures“. Die Bestimmungen sind erstmalig verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen.
- Änderungen zu IAS 40 – „Transfers of Investment Property“. Die Bestimmungen sind erstmalig verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.
- Annual Improvements to IFRS Standards 2015–2017 Cycle. Die Bestimmungen sind erstmalig verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen.
- Annual Improvements to IFRS Standards 2014–2016 Cycle. Die Bestimmungen sind erstmalig verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 (IAS 28) beginnen.

Nachfolgend werden die künftig anzuwendenden neuen IFRS-Standards erläutert, die für die HVB Group von Bedeutung sind:

Im Juli 2014 hat der IASB die endgültige Fassung von IFRS 9 „Financial Instruments“ veröffentlicht, der den derzeitigen Standard zur Bilanzierung von Finanzinstrumenten IAS 39 ablöst. In IFRS 9 sind die wesentlichen Regelungsbereiche zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, zur Bilanzierung von Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte und zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen grundlegend überarbeitet worden. Der von der EU im November 2016 in europäisches Recht übernommene IFRS 9 ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Erstanwendung hat grundsätzlich retrospektiv zu erfolgen.

Für Fremdkapitalinstrumente führt der IFRS 9 restriktive Bedingungen ein, die künftig für eine Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt sein müssen. Dies betrifft zum einen das Geschäftsmodell (Halteabsicht) und zum anderen die individuellen Konditionen des Fremdkapitalinstruments. Nur solche, deren Zahlungsströme im Wesentlichen aus Zinsen und Tilgung bestehen, dürfen zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden. Vor dem Hintergrund, dass das Geschäftsmodell der Bank die Pflege der Kundenbeziehung in den Vordergrund stellt, besteht generell eine Halteabsicht in Bezug auf die von der Bank vergebenen Kredite. Entsprechend werden Verkäufe aus diesem Portfolio, das dem Geschäftsmodell „Halten“ zugeordnet wurde, nur im Ausnahmefall vorgenommen werden, wenn diese unbedeutend bzw. selten sind oder aufgrund eines Anstiegs des Kreditausfallrisikos erfolgen. Die Analyse des Kreditportfolios hat ergeben, dass nur in wenigen Ausnahmefällen die Zahlungsstrombedingungen (Cashflows stellen ausschließlich Zinsen und Tilgungen des ausstehenden Kapitals dar) nicht erfüllt werden. Darüber hinaus enthält das Kreditportfolio der Bank generell keine Instrumente, die im Falle der Ausübung von Kündigungsrechten die Zahlung einer Vorfälligkeitsentschädigung bzw. Kompensation durch die Bank an den Schuldner vorsehen. Da sich die Bank entschieden hat, Finanzinstrumente, die zum Fair Value zu bilanzieren sind, auch zum Fair Value zu steuern, werden diese Kredite dem Geschäftsmodell „Andere“ zugeordnet, so dass diese künftig zum Fair Value mit entsprechender Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung zu bewerten sind. Der Bestand an Handelsaktiva wird ebenfalls unverändert fortgeführt. In Bezug auf den Bestand an Wertpapieren sind ebenfalls keine wesentlichen Änderungen in Bezug auf das Geschäftsmodell geplant. Die Wertpapierportfolios, die unter IAS 39 der Fair-Value-Option zugeordnet wurden, werden auch weiterhin zum Fair Value gesteuert, so dass diese Wertpapierportfolios dem Geschäftsmodell „Andere“ zugeordnet werden. Darüber hinaus wird ein Wertpapierportfolio, das bisher als Available for Sale klassifiziert war, dem Geschäftsmodell „Halten und Verkaufen“ zugeordnet. Die verbleibenden Wertpapiere, die als Available for Sale, Loans and Receivables oder Held to Maturity klassifiziert waren, werden dem Geschäftsmodell „Halten“ zugeordnet, bis auf wenige Ausnahmen, die die Zahlungsstrombedingungen nicht erfüllen und – analog zu den Krediten – dem Geschäftsmodell „Andere“ zugeordnet werden. Damit ist der Bestand an Fremdkapitalinstrumenten, die künftig statt zu fortgeführten Anschaffungskosten zum Fair Value bewertet werden bzw. umgekehrt, sehr gering. Hierunter fallen nur solche Instrumente, die bisher zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wurden und künftig – aufgrund der Nichteinhaltung der Zahlungsstrombedingungen – erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden. Relevante Umbewertungseffekte von Fremdkapitalinstrumenten (z.B. aufgrund von Modifikationen), die weiterhin zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, sind derzeit nicht erkennbar.

Eigenkapitalinstrumente sind künftig gemäß IFRS 9.4.1.4 erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten. Auf die Inanspruchnahme des Wahlrechts, Änderungen des Fair Values im sonstigen Ergebnis zu erfassen, wird verzichtet. Damit sind die Eigenkapitalinstrumente, die bisher nach IAS 39.46 (c) als Available for Sale klassifiziert werden und zu Anschaffungskosten bewertet werden, künftig erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten.

Die HVB beabsichtigt, von dem in IFRS 9 vorgegebenen Wahlrecht Gebrauch zu machen und die Vorschriften des IAS 39 zum Hedge Accounting weiterhin anzuwenden. Insofern ist nicht mit wesentlichen Änderungen in Bezug auf die Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen aufgrund der Anwendung des IFRS 9 zu rechnen.

Im Rahmen der Erstanwendung des IFRS 9 werden die Effekte, die sich aus der retrospektiven Anwendung des IFRS 9 ergeben, im Eigenkapital erfasst. Der größte Effekt wird hierbei die Umstellung der Methodik zur Ermittlung der portfoliobasierten Wertberichtigung für nicht leistungsgestörte Fremdkapitalinstrumente sein. Für nicht leistungsgestörte Fremdkapitalinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, ist die Wertberichtigung künftig auf Basis des innerhalb eines Jahres erwarteten Ausfalls (Stufe 1) bzw. bei signifikanter Bonitätsverschlechterung seit Kreditvergabe mit dem über die Laufzeit des Fremdkapitalinstruments erwarteten Ausfalls (Stufe 2) zu bestimmen. Hieraus wird sich ein Anstieg der Portfoliowertberichtigung für nicht leistungsgestörte Fremdkapitalinstrumente ergeben.

Für die Bestimmung, ob eine signifikante Bonitätsverschlechterung vorliegt, wird die Ausfallwahrscheinlichkeit bei Kreditvergabe der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit zum Bilanzstichtag gegenübergestellt. Wird hier ein bestimmter Schwellenwert in Bezug auf die Bonitätsverschlechterung überschritten, erfolgt eine Zuordnung in Stufe 2. Das heißt, es wird zur Bewertung auf Basis des über die Laufzeit des Fremdkapitalinstruments erwarteten Ausfalls übergegangen. Hierzu hat die UniCredit Gruppe ein entsprechendes Modell entwickelt. Im Rahmen der Expected Loss Ermittlung werden neben belastbaren Informationen über vergangene Ereignisse auch gegenwärtige Bedingungen und Prognosen zukünftiger wirtschaftlicher Bedingungen berücksichtigt. Sofern die Gründe für die signifikante Bonitätsverschlechterung entfallen, erfolgt ein Rücktransfer in Stufe 1. Von dem Wahlrecht, dass keine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos vorliegt, wenn das Finanzinstrument zum Abschlussstichtag ein niedriges Kreditausfallrisiko (zum Beispiel externes Investment Grade Rating) besitzt, wird für Wertpapiere Gebrauch gemacht werden.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (FORTSETZUNG)

Eine Zuordnung in Stufe 3 erfolgt im Falle des Ausfalls eines Kreditnehmers. Ein Ausfall liegt wie bisher dann vor, wenn eine wesentliche Verbindlichkeit des Kreditnehmers mehr als 90 Tage überfällig ist oder wenn die HVB annimmt, dass der Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe nachkommen kann, ohne dass Verwertungsmaßnahmen ergriffen werden. In diesen Fällen wird eine Wertberichtigung gebildet, die sich aus der Differenz der barwertig erwarteten künftigen Cashflows und dem Buchwert ergibt. Aufgrund der künftig hierbei geforderten Berücksichtigung von verschiedenen Szenarien ergeben sich Effekte in Bezug auf die Höhe der Risikovorsorge. Diese entspricht somit dem mit der Eintrittswahrscheinlichkeit gewichteten Ergebnis der erfassten Szenarien.

Der kumulierte Effekt aus der Erstanwendung des IFRS 9 im Eigenkapital wird sich auf einen Betrag von weniger als 0,1 Mrd € belaufen. Wesentliche Treiber sind hierbei die Umstellung auf das neue Expected Loss Modell inklusive der Einführung des 3-Stufen Modells und die ausnahmslose Fair Value Bewertung von Eigenkapitalinstrumenten durch den IFRS 9. Keine der oben aufgeführten Aspekte übersteigt einen Betrag von 0,1 Mrd €, größtenteils handelt es sich um einstellige Millionenbeträge oder niedrige zweistellige Millionenbeträge.

Der IASB hat im Mai 2014 einen neuen Standard zur Umsatzrealisierung des IFRS 15 „Revenue from Contracts with Customers“ veröffentlicht, der zum 1. Januar 2018 anzuwenden ist und von der EU im September 2016 in europäisches Recht übernommen wurde. Der IFRS 15 ersetzt den IAS 18. In IFRS 15 wird nach einem einheitlichen Prinzipienmodell bestimmt, wie und wann Erträge vereinnahmt werden. Erträge, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten entstehen, sind hiervon nicht betroffen. Ansonsten fallen im Wesentlichen Provisionserträge bzw. -aufwendungen einer Bank in den Anwendungsbereich des IFRS 15. Auch hier ergeben sich keine relevanten Auswirkungen im Hinblick auf die Zuordnung von Erträgen zu den einzelnen Perioden bzw. Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung. Somit erwarten wir für die HVB Group aus IFRS 15 nur geringfügige Auswirkungen.

Im Januar 2016 hat der IASB den neuen Leasing-Standard IFRS 16 „Leases“ veröffentlicht, der den bisherigen Standard zur Leasingbilanzierung IAS 17 sowie die Interpretationen IFRIC 4, SIC-15 und SIC-27 zum 1. Januar 2019 ablösen wird. Die wesentlichen Neuerungen betreffen die Bilanzierung beim Leasingnehmer, der künftig alle Leasingverhältnisse in der Bilanz zu erfassen hat, auch das bisher beim Leasingnehmer nicht in der Bilanz auszuweisende Operating Lease. Die Auswirkungen des neuen Standards werden untersucht.

Aus den anderen künftig anzuwendenden Standardänderungen erwarten wir keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

6 Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis der HVB Group umfasst 187 beherrschte Unternehmen (Vorjahr: 197) von denen 42 (Vorjahr: 44) als strukturierte Einheiten im Sinne des IFRS 12 gelten.

	2017	2016
Beherrschte Unternehmen insgesamt	321	335
Konsolidierte Unternehmen	187	197
darunter: Strukturierte Einheiten nach IFRS 12	42	44
Nicht konsolidierte Unternehmen	134	138
darunter: Strukturierte Einheiten nach IFRS 12	—	6
Gemeinschaftsunternehmen	4	4
darunter: At-Equity bewertete Unternehmen	—	—
Assoziierte Unternehmen	7	10
darunter: At-Equity bewertete Unternehmen	5	6

Zum Jahresende 2017 haben wir in der HVB Group insgesamt 140 (Vorjahr: 146) beherrschte Unternehmen sowie assoziierte und Gemeinschaftsunternehmen wegen untergeordneter Bedeutung für den Konzern weder vollkonsolidiert noch at-Equity bewertet.

Unter den strukturierten Einheiten sind vier (Vorjahr: 16) Kreditnehmer enthalten, über die die HVB im Rahmen der Restrukturierung oder Abwicklung Beherrschung erlangt hat. Die Kreditnehmer gelten als strukturierte Einheiten im Sinne des IFRS 12, da sie aufgrund ihrer finanziellen Schwierigkeiten nicht mehr über Stimmrechte, sondern wirtschaftlich über die Kreditbeziehung zur HVB gesteuert werden. Ein Ausweis der Kreditnehmer in der Note Aufstellung Beteiligungsbesitz erfolgt aus Datenschutzgründen nicht in jedem Fall. Vier dieser Kreditnehmer (Vorjahr: zehn) wurden konsolidiert; kein Kreditnehmer (Vorjahr: sechs) wurde aus Wesentlichkeitsgründen nicht konsolidiert.

Die bilanziellen Auswirkungen der vertraglichen Beziehungen der Konzerngesellschaften zu diesen nicht einbezogenen Unternehmen sind im Konzernabschluss enthalten. Die zusammengefassten Jahresergebnisse der wegen untergeordneter Bedeutung nicht konsolidierten Unternehmen betragen 0,48% (Vorjahr: 1,34%) des Konzernjahresüberschusses der HVB Group, ihr Anteil an der Bilanzsumme des Konzerns liegt bei 0,33% (Vorjahr: 0,14%). Gehaltene Eigenkapitalanteile an diesen Unternehmen sind als AfS-Finanzinstrumente und ausgereichte Kredite unter Forderungen an Kunden bilanziert.

Beherrschte Unternehmen

Den Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen haben wir nach Wesentlichkeitskriterien festgelegt. Darüber hinaus werden aufgrund der Vorschriften der Bankenaufsichtsbehörden in der UniCredit Gruppe auch kleinere Gesellschaften unterhalb der Wesentlichkeitsgrenzen konsolidiert. Die vollkonsolidierten Unternehmen haben ihren Jahresabschluss grundsätzlich zum 31. Dezember 2017 aufgestellt.

Als strukturierte Einheiten nach IFRS 12 gelten 42 (Vorjahr: 44) vollkonsolidierte beherrschte Unternehmen. Weitere Informationen zu strukturierten Einheiten sind in der Note Angaben zu strukturierten Einheiten dargestellt.

Wesentliche Beschränkungen hinsichtlich der Möglichkeit der HVB Group, auf Vermögenswerte der beherrschten Unternehmen zuzugreifen, bestehen wie folgt:

- Tochterunternehmen, die aufsichtsrechtlich als Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitute gelten, sind den Vorschriften des KWG bzw. der CRR und der MaRisk/ICAAP zur Eigenkapitalausstattung unterworfen. Das nach diesen Vorschriften vorzuhaltende Eigenkapital beschränkt die Möglichkeit der HVB Group, Ausschüttungen zu beschließen.
- Vollkonsolidierte strukturierte Einheiten werden in der Regel nicht aufgrund einer Gesellschafterstellung der HVB Group in den Konzernabschluss einbezogen. Insofern hat die HVB Group keine Möglichkeit über Gewinnausschüttungen zu verfügen, sondern ist an die vertraglichen Regelungen (zum Beispiel Kredit- oder Derivateverträge) gebunden.

Die Anteile in Fremdbesitz zum 31. Dezember 2017 haben sowohl einzeln als auch insgesamt keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss der HVB Group. Zum 31. Dezember 2017 halten Dritte Anteile an 58 (Vorjahr: 61) vollkonsolidierten Unternehmen. Die Anteile in Fremdbesitz sind in der Konzernbilanz gesondert ausgewiesen und partizipieren in der Regel am Gewinn/Verlust der Gesellschaften und halten Stimmrechte an den Gesellschaften, ohne jedoch den beherrschenden Einfluss der HVB Group zu brechen.

In den Konsolidierungskreis der HVB Group wurden 2017 folgende Gesellschaften neu aufgenommen:

- Elektra Purchase No. 32 S.A. – Compartment 2, Luxembourg
- Elektra Purchase No. 44 DAC, Dublin
- Elektra Purchase No. 54 DAC, Dublin
- Elektra Purchase No. 55 DAC, Dublin
- Elektra Purchase No. 57 DAC, Dublin
- Elektra Purchase No. 58 DAC, Dublin
- Elektra Purchase No. 718 DAC, Dublin
- H.F.S. Leasingfonds GmbH, Ebersberg
- WealthCap Immobilienfonds Deutschland 36 Komplementär GmbH, Grünwald
- WealthCap Immobilienfonds Deutschland 38 Komplementär GmbH, Grünwald
- WealthCap Objekt-Vorrat 21 GmbH & Co. KG, München

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (FORTSETZUNG)

Bei den strukturierten Einheiten (Elektra Purchase No. 32 S.A. – Compartment 2, Luxembourg, Elektra Purchase No. 44 DAC, Dublin, Elektra Purchase No. 54 DAC, Dublin, Elektra Purchase No. 55 DAC, Dublin, Elektra Purchase No. 57 DAC, Dublin, Elektra Purchase No. 58 DAC, Dublin, Elektra Purchase 718 DAC, Dublin) handelt es sich um Neugründungen, die ihre Vermögenswerte (Forderungen) und Verbindlichkeiten (emittierte Notes) zu marktüblichen Konditionen eingegangen sind. Somit entsprechen die Buchwerte dem Fair Value bei Zugang bzw. zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung, so dass keine Neubewertung vor dem Hintergrund der Anwendung des IFRS 3 notwendig ist.

Aus dem Konsolidierungskreis der HVB Group sind 2017 folgende Unternehmen wegen Verschmelzung, Verkauf, bevorstehender oder vollzogener Liquidation ausgeschieden:

- BaLea Soft GmbH & Co. KG, Hamburg
- BaLea Soft Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg
- Bankhaus Neelmeyer AG, Bremen
- Bulkmax Holding Ltd., Valletta
- Elektra Purchase No. 17 S.A. – Compartment 2, Luxembourg
- Grand Central Funding Corporation, New York
- HVB Asset Management Holding GmbH, München
- HVB Life Science GmbH & Co. Beteiligungs-KG, München
- HVB Verwa 1 GmbH, München
- HypoVereinsFinance N.V., Amsterdam
- Newstone Mortgage Securities No. 1 Plc., London
- OSI Off-shore Service Invest GmbH, Hamburg
- OWS Natalia Bekker GmbH & Co. KG, Emden
- OWS Logistik GmbH, Emden
- OWS Ocean Zephyr GmbH & Co. KG, Emden
- OWS Off-shore Wind Solutions GmbH, Emden
- OWS Windlift 1 Charter GmbH & Co. KG, Emden
- Redstone Mortgages Limited, London
- Structured Lease GmbH, Hamburg
- Verba Verwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, München
- WealthCap Spezial-AIF 5 GmbH & Co. geschlossene Investment KG, München
- WMC Aircraft 27 Leasing Limited, Dublin

Aufgrund der Entkonsolidierung der oben genannten Unternehmen hat die HVB Group ein Entkonsolidierungsergebnis gemäß IFRS 10.25 in der Gewinn- und Verlustrechnung von 8 Mio € im Posten Saldo sonstige Aufwendungen/Erträge und –8 Mio € im Finanzanlageergebnis realisiert.

Assoziierte Unternehmen

Für die unten genannten at-Equity bewerteten assoziierten Unternehmen lagen zum Zeitpunkt der Konzernabschlusserstellung keine Abschlüsse zum 31. Dezember 2017 vor. Für die at-Equity-Bewertung wurden folgende Abschlüsse verwendet:

- | | |
|--------------------------------------|--------------------|
| – Adler Funding LLC, Dover | 30. September 2017 |
| – Comtrade Group B.V., Rotterdam | 31. Oktober 2017 |
| – Nautilus Tankers Limited, Valletta | 30. September 2017 |
| – SwanCap Partners GmbH, München | 30. September 2017 |

Im Zeitraum zwischen Erstellung der oben genannten Abschlüsse und dem 31. Dezember 2017 haben sich bei diesen Gesellschaften keine Vorgänge besonderer Bedeutung ereignet, die Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage genommen hätten.

Quotal konsolidierte Unternehmen sind im Konsolidierungskreis nicht enthalten.

7 Konsolidierungsgrundsätze

Ein Unternehmen (oder eine wirtschaftlich abgeschlossene Einheit) wird vollkonsolidiert, wenn es von der HVB Group beherrscht wird. Beherrschung liegt vor, wenn die folgenden drei Kriterien des IFRS 10 erfüllt sind: Die HVB Group muss Verfügungsgewalt über die relevanten Aktivitäten des Unternehmens haben und variablen Erträgen aus dem Unternehmen ausgesetzt sein. Darüber hinaus muss die HVB Group ihre Verfügungsmacht dazu nutzen können, ihre variablen Erträge aus dem Unternehmen zu beeinflussen.

Beherrschung ist unabhängig von der Art der finanziellen Beziehung zwischen Mutter- und Tochterunternehmen und setzt keine Eigenkapitalbeteiligung voraus. Beherrschung kann auch auf vertraglichen Vereinbarungen oder gesetzlichen Bestimmungen beruhen.

Die Einschätzung, ob ein Unternehmen von der HVB Group beherrscht wird, erfordert eine ausführliche Analyse des Geschäftszwecks, der relevanten Aktivitäten des Unternehmens, der beteiligten Parteien und der Verteilung der variablen Erträge aus dem Unternehmen. Die Analyse beinhaltet eine Einschätzung, ob die HVB Group als Prinzipal gilt und sich die Verfügungsgewalt einer dritten Partei (Agent) über das Unternehmen zurechnen lassen muss. Dies kann der Fall sein, wenn der Entscheidungsträger, der über Verfügungsmacht über das Unternehmen verfügt, keine eigenen wirtschaftlichen Interessen aus dem Unternehmen verfolgt oder diese von untergeordneter Bedeutung sind und der Entscheidungsträger lediglich delegierte Entscheidungsrechte für die HVB Group ausübt.

Ein Unternehmen wird erstkonsolidiert, sobald die HVB Group Beherrschung über das Unternehmen erlangt. Im Rahmen der Erstkonsolidierung werden die Vermögenswerte und Schulden des Unternehmens, bewertet mit ihren beizulegenden Zeitwerten zum Stichtag, einbezogen. Im Folgenden werden dann die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt. Ab dem Stichtag der Erstkonsolidierung werden Aufwendungen und Erträge der jeweiligen Gesellschaft in die Konzern Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommen. Eigenkapitalanteile, die von Konzernfremden an einer konsolidierten Gesellschaft gehalten werden, werden unter Anteilen in Fremdbesitz ausgewiesen, sofern die Kriterien für den Ausweis als Eigenkapital erfüllt werden. Andernfalls werden sie als Fremdkapital bilanziert.

Bei der Kapitalkonsolidierung verrechnen wir die Anschaffungskosten eines Tochterunternehmens mit dem Konzernanteil am vollständig neu bewerteten Eigenkapital zum Zeitpunkt des Erwerbs, sofern es sich nicht um UniCredit-gruppeninterne Transaktionen handelt. Dieses Eigenkapital stellt den Unterschied zwischen den Vermögenswerten und Schulden des erworbenen Unternehmens dar, bewertet mit ihren beizulegenden Zeitwerten zum Erstkonsolidierungszeitpunkt. Den Unterschiedsbetrag zwischen den höheren Anschaffungskosten und dem neubewerteten Saldo aus Vermögenswerten und Schulden weisen wir anteilig als Geschäfts- oder Firmenwert in der Bilanz unter den immateriellen Vermögenswerten aus. Ein Geschäfts- oder Firmenwert aus at-Equity bewerteten Unternehmen ist unter „At-Equity bewertete Anteile an assoziierten Unternehmen und at-Equity bewertete Joint Ventures“ auszuweisen. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird gemäß IAS 36 nicht planmäßig abgeschrieben. Die Geschäfts- oder Firmenwerte werden den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (CGU) zugeordnet, die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen. Diese CGU stellen bei uns die Geschäftsbereiche dar. Sofern sich die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens auf mehrere Geschäftsbereiche erstreckt, werden die Geschäfts- oder Firmenwerte nach den erwarteten Ergebnisbeiträgen zum Erwerbszeitpunkt verteilt. Auf CGU-Ebene prüfen wir den Geschäfts- oder Firmenwert mindestens einmal jährlich auf Werthaltigkeit. Dazu vergleichen wir den Buchwert der CGU mit dem erzielbaren Betrag als Maximum aus Nutzungswert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten.

Die Grundlage für die Überprüfung der Werthaltigkeit bildet der jeweils aktuellste vom Vorstand verabschiedete Mehrjahresplan, der grundsätzlich für diesen Zweck einen Zeitraum von fünf Jahren umfasst und auf Segmentebene erstellt wird. Ergebnistreiber sind dabei neben dem Handelsergebnis der Zins- und Provisionsüberschuss, der Verwaltungsaufwand sowie die zu erwartende Risikovorsorge. Um die Ergebniskomponenten planen zu können, umfasst der Mehrjahresplan neben einer Ergebnisplanung unter anderem auch die Planung der Risikoaktiva sowie die der Forderungen an Kunden und Einlagen von Kunden. Die Planungen basieren auf den Prognosen der volkswirtschaftlichen Abteilung der UniCredit Gruppe, dabei spielen vor allem die Prognosen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (Bruttoinlandsprodukt), das Zins- und das Inflationsniveau eine entscheidende Rolle. Darüber hinaus reflektiert der Mehrjahresplan auch die Erfahrungen des Managements aus der Vergangenheit sowie eine Bewertung der ökonomischen Rahmenbedingungen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (FORTSETZUNG)

Wir haben anhand der Mehrjahresplanung für die CGU, denen Geschäfts- oder Firmenwerte zugeordnet werden, entsprechende Nutzungswerte ermittelt. Die Ermittlung der Nutzungswerte wurde mit Hilfe der „Discounted Cash Flow Methode“ bestimmt. Als Zahlungsströme gehen die Jahresergebnisse vor Steuern aus der Mehrjahresplanung der Segmente ein. Für den darüber hinausgehenden Zeitraum werden die durchschnittlichen Zahlungsströme der Mehrjahresplanung angenommen. Die zur Diskontierung verwendeten, geschäftsbereichsspezifischen Kapitalkostensätze betragen für den Geschäftsbereich Corporate & Investment Banking im Durchschnitt 12,7% (Vorjahr: 12,5%) und für den Geschäftsbereich Commercial Banking im Durchschnitt 12,4% (Vorjahr: 12,2%). Für die ewige Rente haben wir keinen Wachstumsfaktor angenommen. Diese Nutzungswerte werden als erzielbare Beträge herangezogen und übersteigen den Buchwert und den Geschäfts- oder Firmenwert der CGU. Die Schätzung eines Verkaufspreises ist nur erforderlich, wenn der Nutzungswert unter dem Buchwert liegt.

Für Unternehmenszusammenschlüsse unter gemeinsamer Beherrschung ist der IFRS 3 nicht anwendbar (IFRS 3.2c). Entsprechend ist gemäß IAS 8.10 für solche Fälle eine sachgerechte Bilanzierungs- und Bewertungsmethode zu entwickeln. Vor dem Hintergrund, dass wir die HVB Group als Teil der UniCredit Gruppe auffassen, werden bei UniCredit-gruppeninternen Unternehmenserwerben die Buchwerte des Mutterunternehmens fortgeführt. Ein Unterschied zwischen dem gezahlten Kaufpreis und dem Nettobuchwert des erworbenen Unternehmens wird in den Rücklagen im Eigenkapital ausgewiesen.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden gemäß IAS 28 nach der Equity-Methode bzw. Kapitalanteilmethode bilanziert und bilanziell als solche ausgewiesen. Auf assoziierte Unternehmen kann seitens der HVB maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden, ohne diese Unternehmen jedoch beherrschen zu können. Maßgeblicher Einfluss wird vermutet, wenn an einem Beteiligungsunternehmen 20% oder mehr und weniger als 50% der Stimmrechte gehalten werden. Diese Assoziierungsvermutung ist widerlegbar, sofern eine qualitative Analyse ergibt, dass eine maßgebliche Mitwirkung an den finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen des Beteiligungsunternehmens nicht möglich ist. Bei erstmaliger Einbeziehung in den Konzernabschluss werden Anteile an assoziierten Unternehmen zu Anschaffungskosten angesetzt. Für Zwecke der Folgebewertung erhöht oder verringert sich der Buchwert entsprechend dem Anteil der HVB am Gewinn oder Verlust des Beteiligungsunternehmens. Dieser der HVB zuzurechnende Anteil am Gewinn oder Verlust des Beteiligungsunternehmens bemisst sich auf Basis der bei Erwerb der Anteile ermittelten Zeitwerte der Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten des Beteiligungsunternehmens. Im Rahmen der Folgebewertung werden dabei die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze der HVB Group angewandt.

Geschäftsbeziehungen innerhalb des Konsolidierungskreises werden aufgerechnet. Zwischenergebnisse aus konzerninternen Geschäften werden eliminiert.

8 Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswerts und bei dem anderen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt.

Die im IFRS 7.6 geforderten Klassen werden wie folgt definiert:

- Barreserve
- Handelsaktiva und -passiva
- aFVtPL-Finanzinstrumente
- AfS-Finanzinstrumente (zu Anschaffungskosten (at cost) bewertet)
- AfS-Finanzinstrumente (zum Zeitwert (at Fair Value) bewertet)
- HtM-Finanzinstrumente
- Forderungen an Kreditinstitute (Kategorie Loans and Receivables)
- Forderungen an Kunden (Kategorie Loans and Receivables)
- Forderungen aus Finanzierungsleasing (Kategorie Loans and Receivables)
- Hedging Derivate
- Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
- Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
- Sonstige Verbriefte Verbindlichkeiten
- Finanzgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen

Dabei sind unter anderem die Bilanzangaben und Erfolgsbeiträge der Finanzinstrumente nach den IAS 39-Bewertungskategorien getrennt darzustellen. Diese werden im vorliegenden Konzernabschluss in den erläuternden Notesangaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Angaben nach IFRS 7 zu Risiken im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten werden in den Notes sowie auch teilweise im Risk Report des Lageberichts abgebildet. Das maximale Ausfallrisiko gemäß IFRS 7.36 (a) entspricht dem Buchwert der risikobehafteten Finanzinstrumente sowie im Fall von Finanzgarantien und Kreditzusagen dem in der Note Fair Values der Finanzinstrumente gemäß IFRS 7 angegebenen Nominalbetrag der Garantie bzw. dem Betrag der noch nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen.

Gemäß IAS 39 sind alle Finanzinstrumente bilanziell zu erfassen, in die vorgegebenen Bestandskategorien zu klassifizieren und in Abhängigkeit von dieser Klassifizierung zu bewerten.

Der erstmalige Bilanzansatz von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen erfolgt ab dem Zeitpunkt, ab dem der Konzern Vertragspartei des Finanzinstruments wird. Markttübliche Käufe und Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten (sogenannte Regular Way Contracts) werden in der HVB Group grundsätzlich zum Erfüllungstag bilanziert. Derivate werden zum Handelstag bilanziert.

Die Vorschriften des IAS 39 bezüglich Umwidmungen wurden beachtet. Die in den Jahren 2008 und 2009 erfolgten Umklassifizierungen werden in der Note Reklassifizierung von Finanzinstrumenten gemäß IAS 39.50 ff. und IFRS 7 dargestellt.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die Kategorie erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten untergliedert sich in zwei Kategorien:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Held for Trading).

Bei den zum Zeitpunkt der Ersterfassung als zu Handelszwecken gehaltenen klassifizierten Vermögenswerten und Verbindlichkeiten (Held for Trading) handelt es sich um Finanzinstrumente, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne eingegangen wurden. Im Handelsbestand werden auch alle Derivate erfasst, mit Ausnahme von Hedging Derivaten, die sich für das Hedge Accounting qualifizieren. Der Ausweis erfolgt in den Posten Handelsaktiva und Handelspassiva.

Den Vorschriften des IAS 32 folgend (IAS 32.42 in Verbindung mit IAS 32.48) wurde für OTC-Derivate, die mit demselben Zentralkontrahenten (sogenannte Central Counterparty (CCP)) abgeschlossen wurden, eine Verrechnung der sich auf Währungsebene ausgleichenden positiven und negativen Zeitwerte dieser OTC-Derivate durchgeführt.

- Alle Finanzinstrumente, die beim erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewertende Finanzinstrumente designiert werden (Fair-Value-Option).

Die aFVtPL-Finanzinstrumente (Fair-Value-Option) wenden wir nur für bestimmte finanzielle Vermögenswerte an, die beim erstmaligen Ansatz als „erfolgswirksam zum Fair Value bewertet“ designiert wurden. In diesem Zusammenhang wird für die Mehrzahl der vorliegenden Fälle die Designation auf Grundlage eines „Accounting Mismatch“ ausgeübt, mit der bei ökonomischen Sicherungsbeziehungen, für die das Hedge Accounting nicht angewandt wird, Bewertungs- oder Ergebniserfassungsinkongruenzen vermieden oder erheblich reduziert werden. Lediglich für einen speziellen kleineren Bestand beruht die Designation auf einer Fair Value-basierten Risikosteuerung oder auf Basis trennungspflichtiger strukturierter Produkte.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden beim erstmaligen Ansatz mit ihrem beizulegenden Zeitwert ohne Berücksichtigung von Transaktionskosten erfasst.

Sowohl Held-for-Trading-Bestände als auch Finanzinstrumente der Fair-Value-Option werden zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet; die Wertschwankungen werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (FORTSETZUNG)

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables)

Unter die Kategorie Kredite und Forderungen (Loans and Receivables) fallen selbstbegebene und erworbene, nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet oder als Available for Sale (AfS) klassifiziert. Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und in den Posten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden aktiviert. Agien und Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt. Die Zinsvereinnahmung erfolgt unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Kredite und Forderungen werden beim erstmaligen Ansatz mit ihrem beizulegenden Zeitwert inklusive Berücksichtigung von Transaktionskosten erfasst.

HtM-Finanzinstrumente

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity = HtM) sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen und fester Laufzeit, bei denen die Absicht und die Fähigkeit zum Halten bis zur Endfälligkeit besteht, es sei denn, sie werden in die Kategorie aFvTPL, Kredite und Forderungen oder AfS klassifiziert. Im Rahmen der Beurteilung, ob die Halteabsicht bis zur Endfälligkeit gegeben ist und ein vorheriger Wiederverkauf ausgeschlossen werden kann, gehen wir sehr restriktiv vor, so dass nur im Ausnahmefall eine Klassifizierung als HtM vorgenommen wird. Im Rahmen der Klassifizierung als HtM-Finanzinstrumente stellen wir sicher, dass die Instrumente vor dem Hintergrund von Liquiditätsüberlegungen bis zur Endfälligkeit gehalten werden können. HtM-Finanzinstrumente werden beim erstmaligen Ansatz mit ihrem beizulegenden Zeitwert inklusive Berücksichtigung von Transaktionskosten erfasst und im Folgenden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, Agio- und Disagiobeträge werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt. Die Zinsvereinnahmung erfolgt unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

AfS-Finanzinstrumente

Alle übrigen nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte fallen unter die Kategorie der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere und Forderungen (Available for Sale = AfS). Innerhalb dieser Kategorie wird zwischen einer Bewertung zum beizulegenden Zeitwert und einer Bewertung zu Anschaffungskosten unterschieden:

- Fremdkapitalinstrumente sowie Eigenkapitalinstrumente, deren beizulegender Zeitwert verlässlich ermittelt werden kann, werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem beizulegenden Zeitwert und fortgeführten Anschaffungskosten wird so lange erfolgsneutral in einer gesonderten Position des Eigenkapitals ausgewiesen (AfS-Rücklage), bis der Vermögenswert veräußert wird oder eine erfolgswirksame Wertminderung eintritt. Für Fremdkapitalinstrumente werden Agien und Disagien über die Laufzeit erfolgswirksam im Zinsergebnis abgegrenzt.
- Eigenkapitalinstrumente, für welche kein auf einem aktiven Markt notierter Preis existiert und deren beizulegender Zeitwert nicht zuverlässig ermittelt werden kann, werden zu ihren Anschaffungskosten bewertet. Dies betrifft neben nicht börsennotierten Unternehmensanteilen vor allem Investments in Private Equity Funds, die wir zu Anschaffungskosten bewerten. Für diese Eigenkapitalinstrumente ist ein beizulegender Zeitwert nicht zuverlässig ermittelbar, da kein aktiver Handel in diesen Instrumenten erfolgt und insbesondere im Bezug auf Investments in Private Equity Funds die Bank als Anteilseigner mit einer niedrigen Anteilsquote nicht ausreichend Einfluss besitzt, um die für eine modellbasierte Fair-Value-Ermittlung notwendigen Daten zeitnah zu erhalten. Entsprechend entfällt ein Ausweis in der AfS-Rücklage.

Erfolgswirksame Ergebnisse aus AfS-Finanzinstrumenten werden mit Ausnahme des Ergebniseffektes aus der Währungsumrechnung von monetären AfS-Instrumenten im Finanzanlageergebnis (siehe Note Finanzanlageergebnis) erfasst.

Ermittlung des Fair Value

Für Finanzinstrumente, die zum Fair Value zu bewerten sind, können wir den Fair Value grundsätzlich verlässlich ermitteln. Eine Ausnahme hiervon stellen bestimmte Eigenkapitalinstrumente, welche der AfS-Kategorie zugeordnet sind, dar. Diese werden wie oben beschrieben zu ihren Anschaffungskosten bewertet. Der Fair Value ist nach IFRS 13 definiert als der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall (kein Zwangsverkauf oder Notabwicklung) zwischen unabhängigen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen oder für die Übertragung einer Verbindlichkeit gezahlt würde. Der auf einer Transferfiktio basierende Fair Value entspricht somit einem Veräußerungspreis bzw. bei einer Verbindlichkeit dem Übertragungspreis einer Schuld (exit price).

Die Ermittlung des Fair Value erfolgt für die Bewertung nach der dreistufigen Fair-Value-Hierarchie des IFRS 13, die auch für die Anhangangaben zur Fair-Value-Hierarchie anzuwenden ist (siehe Note Fair-Value-Hierarchie):

- Level 1: Finanzinstrumente, die mit notierten (nicht berichtigten) Preisen auf aktiven, für das Unternehmen am Bewertungsstichtag zugänglichen Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten bewertet sind
- Level 2: Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, für die kein Preis auf einem aktiven Markt beobachtbar ist, deren Bewertung aus direkt (als Preise) oder indirekt (von Preisen abgeleitete) beobachtbaren Bewertungsparametern abgeleitet wird
- Level 3: Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, deren Fair Value nicht ausschließlich auf Grundlage beobachtbarer Marktdaten ermittelt wird, sondern auch auf Modellannahmen basierende Bewertungsparameter enthält (nicht beobachtbare Bewertungsparameter)

Auf den so ermittelten Fair Value werden angemessene Bewertungsanpassungen vorgenommen, um weiteren Einflussgrößen auf den Fair Value (wie zum Beispiel die Liquidität des Finanzinstruments oder Modellrisiken bei der Fair-Value-Ermittlung mittels eines Bewertungsmodells) Rechnung zu tragen. Für die Ermittlung dieser Bewertungsanpassungen haben wir das nach IFRS 13 unter bestimmten Voraussetzungen mögliche Wahlrecht einer portfolio-bezogenen Fair-Value-Ermittlung ausgeübt.

Bei Derivaten werden die Ausfallrisiken von Kontrahenten durch sogenannte Credit Valuation Adjustments (CVA) berücksichtigt. Ebenso werden refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassungen, sogenannte Funding Valuation Adjustments (FVA) für Derivate gebildet, die nicht vollständig durch entsprechende Besicherungen (Collaterals) gedeckt sind.

Bei den Verbindlichkeiten der Handelspassiva wird in die zugrunde liegenden Bewertungsparameter auch der Own Credit Spread einbezogen.

Weitere Angaben zu den Fair Values bzw. zur Fair-Value-Hierarchie werden in den Notes Fair-Value-Hierarchie und Fair Values der Finanzinstrumente gemäß IFRS 7 ausgewiesen.

Finanzgarantien

Eine Finanzgarantie ist gemäß IAS 39 ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigen, der ihm entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgerecht nachkommt.

Insgesamt betrachtet ist der Fair Value einer Finanzgarantie bei Vertragsabschluss null, denn der Wert der vereinnahmten Prämie wird bei marktgerechten Verträgen regelmäßig dem Wert der Garantieverpflichtung entsprechen. Die Garantieprämie wird zeitanteilig vereinnahmt. Im Rahmen der Folgebewertung wird geprüft, ob eine Wertminderung vorliegt.

Kreditderivate, insbesondere standardisierte Credit Default Swaps (CDS), werden nicht als Finanzgarantien behandelt, sondern werden als Derivate des Handelsbestands erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.

Eingebettete Derivate

Trennungspflichtige eingebettete derivative Finanzinstrumente innerhalb eines strukturierten Produkts werden – außerhalb der Kategorien Held for Trading und designiert als aFVtPL – vom Basiskontrakt getrennt und als eigenständiges derivatives Finanzinstrument erfasst. Der Basiskontrakt wird anschließend in Abhängigkeit von der getroffenen Kategorisierung bilanziert. Die Wertänderung aus den abgetrennten und zum Fair Value bewerteten Derivaten wird erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

Absicherungswirkungen zwischen Finanzinstrumenten bilden wir fast ausschließlich nach den in IAS 39 vorgesehenen Formen des Fair Value Hedge ab. In den Jahren 2008 und 2009 hat die HVB Group im Aktiv-Passiv-Zinsrisikomanagement eine Umstellung des vorher angewandten Makro-Cashflow-Hedge auf den nach IAS 39 ebenfalls möglichen Portfolio Fair Value Hedge für Zinsrisiken vorgenommen, der im Folgenden neben den Regelungen des allgemeinen Fair Value Hedge zusätzlich beschrieben wird. Im Geschäftsjahr 2017 haben wir für einen speziellen Absicherungsfall einen Mikro-Cashflow-Hedge für künftige Transaktionen neu gebildet.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (FORTSETZUNG)

Allgemein wird beim Mikro-Fair-Value-Hedge das Risiko einer Änderung des beizulegenden Zeitwerts eines bilanzierten Vermögenswerts oder einer bilanzierten Verbindlichkeit oder einer bilanzunwirksamen festen Verpflichtung (oder Teile davon), das auf eine bestimmte Risikoart zurückzuführen ist und Auswirkungen auf das Periodenergebnis haben könnte, abgesichert. Dabei ist eine hohe Sicherungseffektivität erforderlich, bei der sich die Änderungen der Fair Values von gesichertem Grundgeschäft mit Bezug auf das gesicherte Risiko und Sicherungsderivat in einer Bandbreite von 80% bis 125% ausgleichen. Wir setzen vor allem Zinsderivate im Fair Value Hedge Accounting zur Absicherung von Wertänderungen des beizulegenden Zeitwerts bilanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ein. Beim Fair Value Hedge Accounting wird das Sicherungsinstrument erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Buchwerte der Grundgeschäfte werden erfolgswirksam um die Bewertungsergebnisse angepasst, die sich auf das abgesicherte Risiko zurückführen lassen.

In unserer Bank haben wir Mikro-Fair-Value-Hedges für Zinsrisiken designed. Für im Available-for-Sale-Bestand vorgenommene Käufe festverzinslicher, europäischer Government Bonds, deren Zinsrisiko einzeln und vollständig mit Zinsswaps abgesichert wurde, haben wir separat für jede Transaktion einen Mikro-Fair-Value-Hedge gebildet.

Bei der bilanziellen Abbildung des Zinsänderungsrisikos im Aktiv-Passiv-Zinsrisikomanagement wenden wir den Portfolio Fair Value Hedge für Zinsrisiken an. Dieser Ansatz einer Absicherung des Fair Value in Bezug auf ein Portfolio zinstragender finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten durch Zinsderivate ermöglicht es, den banküblichen Risikomanagementverfahren zur Absicherung von Festzinsrisiken auch bilanziell weitgehend zu entsprechen.

Bei dieser bilanziellen Abbildung postenübergreifender Sicherungszusammenhänge werden die Wertänderungen des abgesicherten Betrags der Grundgeschäfte, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind, nicht wie beim Mikrohedge als Buchwertanpassung einzelner Positionen erfasst, sondern insgesamt als separater Aktiv- bzw. Passivposten. In einigen Bereichen, in denen eine getrennte Absicherung von Aktiv- und Passivbeständen vorgenommen wird, erfolgt ein separater Ausweis (getrennt nach abgesicherten Aktiv- bzw. Passivgeschäften) der Hedgeanpassungsbeträge in der Bilanz. Der abgesicherte Betrag der Grundgeschäfte wird im Rahmen des Zinsrisikomanagements bestimmt und ist einzelnen Vermögensgegenständen bzw. Verbindlichkeiten nicht direkt zuordenbar. Bei Vorliegen der Hedgevoraussetzungen werden die gegenläufigen Wertänderungen des zu sichernden Betrags der Grundgeschäfte und der Sicherungsinstrumente (Zinsderivate) unmittelbar erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Im Rahmen der notwendigen Hedgeeffektivitätsgrenzen von 80% bis 125% auftretende Hedgeineffektivitäten werden im Hedgeergebnis als Gewinn oder Verlust ausgewiesen.

Weiterhin wurden aus ökonomischen Gründen Zins-Währungs-Swaps (sogenannte Cross Currency Interest Rate Swaps (CCIRS)) bei der Refinanzierung von Krediten in Fremdwährung eingesetzt. Die CCIRS tauschen länger laufende Euro-Festzinspositionen gegen variabel verzinsliche Fremdwährungspositionen. Entsprechend werden die Grundgeschäfte im Rahmen des Portfolio Fair Value Hedges gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert.

Die zum Umstellungszeitpunkt bestandene Cashflow-Hedge-Rücklage und die gleich hohen, gegenläufigen Clean Fair Values (beizulegende Zeitwerte ohne zugehörige Zinsabgrenzung) der bisherigen Cashflow-Hedge-Derivate werden über die Restlaufzeit im Zinsüberschuss kompensierend amortisiert. Daher hat die Amortisierung der zum Umstellungszeitpunkt bestehenden Cashflow-Hedge-Rücklage künftig bis zu ihrem vollständigen Abbau per Saldo keine Erfolgsauswirkung. Die sich nach dem Umstellungszeitpunkt ergebenden Wertänderungen derselben Grundgeschäfte und Sicherungsderivate sowie aller Neugeschäfte, werden im Rahmen des neuen Portfolio-Fair-Value-Hedge-Modells bilanziert.

Allgemein wird bei einem Cashflow Hedge das Risiko volatiler Cashflows abgesichert, die aus einem bilanzierten Vermögenswert, einer bilanzierten Verbindlichkeit oder einer vorgesehenen Transaktion resultieren und erfolgswirksam sein werden. Beispielsweise werden Derivate im Cashflow Hedge Accounting zur Absicherung künftiger Zinszahlungsströme eingesetzt. Zahlungen aus variabel verzinslichen Forderungen und Verbindlichkeiten werden dabei vorwiegend mittels Zinsswaps in feste Zahlungen getauscht. Sicherungsinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Das Bewertungsergebnis wird in einen effektiven und einen ineffektiven Teil getrennt. Der effektive Teil des Sicherungsinstruments wird erfolgsneutral in einer gesonderten Position des Eigenkapitals (Hedge-Rücklage) erfasst. Der ineffektive Teil der Sicherungsderivate wird unmittelbar erfolgswirksam vereinnahmt. Das Grundgeschäft wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Im März 2017 wurde im Rahmen unserer Teilnahme am langfristigen Refinanzierungsgeschäft (TLTRO II) der Europäischen Zentralbank (EZB) bei unserer Tochterbank UniCredit Luxembourg S.A. die Absicherung der geplanten Geldaufnahme vorab mit einem Forward-Zinsswap in Form eines Mikro-Cashflow-Hedge für künftige Transaktionen abgebildet. Mit dem Erhalt der Geldaufnahme von der EZB Ende März 2017 wurde diese Sicherungsbeziehung beendet. Die bei Hedgeende bestehende Cashflow-Hedge-Rücklage und der konträr gleich hohe Anfangs-Fair-Value des Zinsswaps werden periodisch über die Laufzeit der abgesicherten Geldaufnahme über die Gewinn- und Verlustrechnung kompensierend aufgelöst. Die Ende März 2017 ausgeführte Geldaufnahme und der Sicherungs-Zinsswap wurden in den allgemeinen Portfolio Fair Value Hedge für Zinsrisiken einbezogen.

9 Handelsaktiva

In den Handelsaktiva sind Wertpapiere des Handelsbestands sowie positive Zeitwerte von Handelsderivaten enthalten. Alle weiteren Derivate, die nicht als Hedging Derivate (eigener Bilanzausweis) qualifiziert sind, werden ebenfalls wie Handelsbestand behandelt. Innerhalb der Handelsaktiva werden Forderungen aus Pensionsgeschäften, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen sowie Schuldtitel öffentlicher Stellen, soweit sie Handelszwecken dienen, unter den sonstigen Handelsbeständen ausgewiesen.

Handelsaktiva werden mit den beizulegenden Zeitwerten bewertet. Bewertungs- und Realisierungsgewinne und -verluste aus Handelsaktiva werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Handelsergebnis ausgewiesen.

Bei Zinsswaps werden die beiden gegenläufigen Zinszahlungsströme je Swapvertrag zusammengefasst und saldiert als Zinsertrag bzw. Zinsaufwand ausgewiesen. Bei reinen Derivate-Handelsportfolien weisen wir die saldierten Zinszahlungen im Handelsergebnis aus.

10 At-Fair-Value-through-Profit-or-Loss (aFVtPL)-Finanzinstrumente

Die HVB Group wendet die Fair-Value-Option in der Mehrzahl der Fälle für finanzielle Vermögenswerte mit ökonomischen Sicherungsbeziehungen an, bei denen das Hedge Accounting nicht angewandt wird. Durch die Designation werden Bewertungs- oder Ergebniserfassungsinkongruenzen aufgrund einer unterschiedlichen Bewertungsbasis (Accounting Mismatch) beseitigt oder signifikant verringert. Hier sind vor allem verzinsliche Wertpapiere des Nichthandelsbestands enthalten, die mit Zinsswaps gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert sind. Bei ebenfalls hier einbezogenen Schuldscheindarlehenforderungen ergibt sich aufgrund der erstklassigen Bonität der Emittenten keine materielle Fair-Value-Änderung bezüglich des Kreditrisikos. Fair-Value-Änderungen der Grundgeschäfte und der zugehörigen Derivate werden separat im Handelsergebnis gezeigt, laufende Zinserträge/-aufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. In Bezug auf die Neuinvestitionen stand bei einer grundsätzlichen Halteabsicht vor allem das Ziel, im Bedarfsfall die Bestände zügig verkaufen zu können (Liquiditätsbestand), im Vordergrund. Neben dem hauptsächlichen Designationsmotiv Accounting Mismatch beruht bei einem speziellen kleineren Bestand die Designation auf einer Fair Value-basierten Risikosteuerung oder auf Basis trennungspflichtiger strukturierter Produkte.

11 Available-for-Sale (AfS)-Finanzinstrumente

Als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (kategorisiert als Available for Sale-Finanzinstrumente) weisen wir im Bilanzposten „AfS-Finanzinstrumente“ verzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere eigenkapitalbezogene Wertpapiere, Investmentzertifikate sowie Beteiligungen aus.

Verzinsliche Wertpapiere werden effektivzinsgerecht abgegrenzt. Sofern sich die der Effektivzinsermittlung zugrunde liegenden geschätzten Mittelzuflüsse bzw. -abflüsse ändern, werden die Effekte hieraus gemäß IAS 39 AG 8 erfolgswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt.

Sofern sie von untergeordneter Bedeutung sind, werden in den AfS-Finanzinstrumenten sowohl Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen als auch at-Equity bewertete Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen subsumiert. Dabei werden börsennotierte Unternehmen grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Soweit bei nicht börsennotierten Unternehmen der Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten.

12 At-Equity bewertete Anteile an assoziierten Unternehmen und at-Equity bewertete Joint Ventures

Anteile an Joint Ventures und assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet.

13 Held-to-Maturity (HtM)-Finanzinstrumente

Die HVB Group hat verzinsliche Vermögenswerte als bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinstrumente klassifiziert und im Bilanzposten „HtM-Finanzinstrumente“ ausgewiesen. HtM-Finanzinstrumente werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, die Zinserträge daraus sind im Zinsüberschuss enthalten.

14 Forderungen

Forderungen werden in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden ausgewiesen und sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt, sofern es sich nicht um Grundgeschäfte eines anerkannten Mikro-Fair-Value-Hedge handelt. Der Ausweis in der Bilanz erfolgt gekürzt um gebildete Wertberichtigungen auf Forderungen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (FORTSETZUNG)

15 Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten

Wertminderungen sind für finanzielle Vermögenswerte zu bilden, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden bzw. die als Available for Sale klassifiziert sind.

Die Ermittlung einer Wertminderung erfolgt in zwei Schritten: Zunächst wird geprüft, ob objektive Hinweise vorliegen, die auf eine Wertminderung des finanziellen Vermögenswerts schließen lassen. Im zweiten Schritt ist zu untersuchen, ob das Finanzinstrument tatsächlich im Wert gemindert ist.

Objektive Hinweise für eine Wertminderung sind Sachverhalte, die üblicherweise zu einer tatsächlichen Wertminderung führen. Dies sind für Fremdkapitalinstrumente eingetretene Ereignisse, die dazu führen können, dass der Schuldner seine Verpflichtungen nicht mehr in voller Höhe bzw. zum vereinbarten Zeitpunkt erfüllt. Bei Eigenkapitalinstrumenten stellen signifikante oder länger anhaltend niedrigere Zeitwerte im Vergleich zu den Anschaffungskosten objektive Hinweise auf eine Wertminderung dar. Sobald auf ein Eigenkapitalinstrument einmal eine Abschreibung vorgenommen wurde, gilt dies als wertgemindert.

Objektive Hinweise stellen nur bereits eingetretene Ereignisse dar, nicht zukünftig erwartete Ereignisse.

Nachfolgend wird die Bestimmung einer Wertminderung für jede relevante Kategorie beschrieben.

Bei Krediten und Forderungen liegt ein objektiver Hinweis auf ein Impairment vor, sofern ein Ausfall gemäß der Ausfalldefinition nach Artikel 178 der Capital Requirement Regulation (CRR) eingetreten ist. Dies ist gegeben, wenn entweder eine wesentliche Verbindlichkeit des Kreditnehmers mehr als 90 Tage überfällig ist oder wenn die HVB annimmt, dass der Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe nachkommen kann, ohne dass Verwertungsmaßnahmen ergriffen werden. Als Ausfallereignis gelten diesbezüglich insbesondere neben einem 90-Tage-Zahlungsverzug die Beantragung oder Eröffnung von Insolvenzverfahren, die Erwartung von Zahlungsschwierigkeiten als Ergebnis des Kreditüberwachungsprozesses oder aber die Notwendigkeit von Sanierungs- oder Verwertungsmaßnahmen wie zum Beispiel die Kündigung der Forderung, die Zinslosstellung selbiger oder die Zwangsvollstreckung von Sicherheiten durch die HVB.

Maßgeblich ist die Bonitätsbeurteilung des Kreditnehmers mittels interner Ratingverfahren. Diese wird periodisch bzw. bei Eintritt negativer Ereignisse überprüft. Ein 90-tägiger Zahlungsverzug des Kreditnehmers gilt als objektiver Hinweis auf eine Wertminderung und führt zeitnah als Eintritt eines negativen Ereignisses in Bezug auf den Kreditnehmer ebenfalls zur Überprüfung seines individuellen Ratings. Auf Basis interner Verfahren wird die Klassifizierung des Kreditnehmers in „ausgefallen“ bzw. „nicht ausgefallen“ aktualisiert. Im Ergebnis erfolgt die Bonitätsbeurteilung des Kreditnehmers immer im Hinblick auf seine Fähigkeit, ausstehende Verbindlichkeiten auch erfüllen zu können.

Die Beurteilung der Bonität des Kreditnehmers bzw. seiner Fähigkeit, ausstehende Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, erfolgt grundsätzlich unabhängig von der Tatsache, ob der Kreditnehmer bereits mit Zahlungen in Verzug ist oder nicht.

Kreditverträge können modifiziert werden, um Kreditnehmer in schlechter finanzieller Lage zu entlasten und die Wahrscheinlichkeit der Bedienung zu verbessern (Forbearance). Jedoch ist zu beachten, dass nicht jede Modifikation eines Kreditvertrags bonitätsgetrieben ist und Forbearance darstellt. Zur Entlastung des Kreditnehmers können verschiedene Strategien zum Einsatz kommen. Mögliche Maßnahmen reichen von Ratenstundungen und befristeten Tilgungsaussetzungen über Tilgungsstreckungen, Zinssatzreduzierungen und Umschuldungen bis hin zu Teilforderungsverzichten.

Kredite, die modifiziert oder refinanziert wurden, um Kreditnehmer in schlechter finanzieller Lage zu entlasten (Forbearance), unterliegen den gleichen Risikovorsorgeprozessen wie die übrigen Kredite. Eine mögliche Stundungsvereinbarung zur Vermeidung eines Zahlungsverzugs führt nicht automatisch dazu, dass die Bank Wertminderungen nicht berücksichtigt. Sofern eine Stundung bzw. Konditionsanpassung (zum Beispiel Stundung oder Streckung von Tilgungszahlungen, Verzicht auf Covenant-Klauseln usw.) bonitätsbedingt erfolgt und hinsichtlich der neu strukturierten Zahlungen objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, führt dies als eigenständiger Impairmenttrigger zu einer Prüfung, ob eine Wertberichtigung zu bilden ist. Eine reine Stundung von Zahlungsverpflichtungen hat nicht immer Einfluss auf die Finanzlage des Kreditnehmers und seine Fähigkeit, ausstehende Verbindlichkeiten auch vollständig bedienen zu können. Sollte ein Kreditnehmer nicht in der Lage sein, alle ausstehenden Verpflichtungen zu erfüllen, ändert eine Stundung der fälligen Verbindlichkeiten die Gesamtsituation nicht. Eine Stundung reduziert weder die Höhe der Zahlungsverpflichtungen noch beeinflusst sie die Höhe der Zahlungseingänge des Kreditnehmers.

Sofern die Bank aus bonitätsbedingten Gründen auf Zahlungen durch den Kreditnehmer verzichtet (zum Beispiel Verzicht auf Gebühren, Reduzierung der vertraglichen Zinsen usw.) stellt ein solcher Verzicht einen objektiven Hinweis auf einen Ausfall des Kreditnehmers dar. Die Ausbuchung von solchen, der Bank zustehenden Zahlungen, bedingt durch einen ausgesprochenen Verzicht, wird erfolgswirksam als Wertminderung erfasst, sofern hierfür nicht bereits in der Vergangenheit eine Wertberichtigung gebildet wurde oder aufgrund des Ausfalls des Kreditnehmers auf die Vereinnahmung verzichtet wurde (zum Beispiel im Rahmen der internen Zinslosstellung).

Für weitere Informationen zum Forbearance-Portfolio der HVB Group verweisen wir auf die Note Forbearance.

Eine Wertminderung ergibt sich in Höhe des Differenzbetrags zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten künftigen Cashflows. Die künftigen Cashflows sind unter Berücksichtigung der eingetretenen Ereignisse (objektive Hinweise) zu bestimmen. Die erwarteten künftigen Cashflows können sich aus den noch erwarteten Tilgungs- und/oder Zinszahlungen sowie aus den Erlösen der Verwertung von Sicherheiten zusammensetzen. In Höhe der so festgestellten Wertminderung wird eine Einzelwertberichtigung gebildet.

Sofern eine Forderung als uneinbringlich angesehen wird, erfolgt eine Direktabschreibung, die zur Ausbuchung der Forderung führt.

Bei HtM-Finanzinstrumenten wird analog vorgegangen.

Für Kreditforderungen wird die so ermittelte Wertberichtigung auf einem Wertberichtigungskonto gebucht, das den Buchwert der Forderung auf der Aktivseite mindert. Im Falle von Wertpapieren reduziert eine Wertminderung direkt den Buchwert des Wertpapiers.

Für Finanzgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen wird eine mögliche Wertminderung analog ermittelt, die Wertberichtigung wird als Rückstellung bilanziert.

Bei betragsmäßig nicht bedeutsamen Einzelfällen werden Einzelwertberichtigungen auch auf kollektiver Basis ermittelt. Auch in diesen Fällen basiert die Einstufung als wertgemindert primär auf dem individuellen Rating des Kreditnehmers. Diese werden in der HVB Group innerhalb der Einzelwertberichtigungen erfasst und ausgewiesen. Entsprechend haben wir im Kreditgeschäft für alle erkennbaren akuten Adressausfallrisiken (Kredite und Forderungen sowie Finanzgarantien und Kreditzusagen) individuell Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen gebildet, wobei die Höhe der Aufwendungen geschätzt wird. Im Rahmen der Folgebewertung werden sowohl Änderungen der erwarteten künftigen Cashflows sowie der Zeiteffekt, der sich aus einer Verkürzung des Diskontierungszeitraums ergibt, berücksichtigt. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, soweit der Grund für die Bildung der Wertberichtigung entfallen ist, oder verbraucht, wenn die Forderung als uneinbringlich eingestuft und ausgebucht wurde. Sofern eine Einzelwertberichtigung aufgelöst wird, weil die Gründe für die Bildung weggefallen sind, wird der betreffende Kreditnehmer wieder als gesund eingestuft, das heißt die Klassifizierung als „ausgefallen“ wird rückgängig gemacht. Eine Ausbuchung wird dann vorgenommen, wenn die betreffende Forderung fällig ist, eventuell vorhandene Sicherheiten verwertet wurden und weitere Versuche zur Forderungseintreibung erfolglos waren. Dabei berücksichtigen wir auch akute, länderspezifische Transferrisiken.

Für nicht einzelwertberichtigte Forderungen (und Avale und Kreditzusagen) werden bereits zum Bilanzstichtag eingetretene aber von der Bank noch nicht erkannte Verluste (= Wertminderungen) durch eine Portfoliowertberichtigung abgedeckt. Dabei wenden wir die Loss-Confirmation-Period-Methode an. Die Loss Confirmation Period stellt den Zeitraum dar zwischen dem Eintritt eines Ausfallereignisses bzw. Ausfalls des Kreditnehmers und dem Zeitpunkt, an dem die Bank den Ausfall erkennt. Die Loss Confirmation Period wird differenziert für verschiedene Kreditportfolios auf Basis statistischer Erhebungen ermittelt. Der eingetretene, aber noch nicht erkannte Verlust wird mittels des erwarteten Verlusts (Expected Loss) geschätzt.

Bei als Available for Sale klassifizierten Vermögensgegenständen ist grundsätzlich zwischen Fremd- und Eigenkapitalinstrumenten zu unterscheiden.

Bei Fremdkapitalinstrumenten liegt eine Wertminderung vor, wenn die eingetretenen Ereignisse dazu führen, dass der Schuldner seine vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr in voller Höhe bzw. zum vereinbarten Zeitpunkt erfüllt. Sachlich liegt eine Wertminderung in den gleichen Fällen vor wie bei Kreditforderungen gegenüber derselben Adresse (Emittent).

Die Höhe der Wertminderung ergibt sich aus der Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem aktuellen beizulegenden Zeitwert, wobei der zunächst in der AfS-Rücklage erfolgsneutral ausgewiesene Unterschiedsbetrag bei Vorliegen einer Wertminderung erfolgswirksam erfasst wird.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (FORTSETZUNG)

Bei Wegfall des Grundes für die Wertminderung wird die Differenz zwischen dem höheren Zeitwert und dem Buchwert zum letzten Bilanzstichtag erfolgswirksam bis zur Höhe der historischen fortgeführten Anschaffungskosten zugeschrieben. Übersteigt der aktuelle Zeitwert am Bilanzstichtag die historischen fortgeführten Anschaffungskosten, wird diese Differenz in der AfS-Rücklage im Eigenkapital ausgewiesen.

Bei Eigenkapitalinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, liegt eine Wertminderung vor, wenn der aktuelle Zeitwert signifikant unter den Anschaffungskosten liegt, oder wenn der Zeitwert länger anhaltend die Anschaffungskosten unterschritten hat. Im Falle einer erstmaligen Wertminderung wird die Differenz zwischen dem aktuellen Zeitwert und den Anschaffungskosten erfolgswirksam erfasst. Im Rahmen der Folgebewertung wird eine weitere Wertminderung nur dann erfolgswirksam gebucht, wenn der aktuelle beizulegende Zeitwert unter den um die bisher erfolgten Wertminderungen reduzierten Anschaffungskosten (fortgeführte Anschaffungskosten) liegt. Falls der Zeitwert zukünftig ansteigt, wird die Differenz zwischen einem höheren Zeitwert und den fortgeführten Anschaffungskosten in der AfS-Rücklage im Eigenkapital ausgewiesen.

Eine Wertminderung von Eigenkapitalinstrumenten, die einer Bewertung zu Anschaffungskosten unterliegen, ist gegeben, wenn der aktuelle Wert signifikant oder länger anhaltend die Anschaffungskosten unterschreitet (bzw. falls in der Vergangenheit bereits eine Wertminderung erfolgt ist, die Anschaffungskosten abzüglich der vorgenommenen Wertminderung unterschreitet). Falls Hinweise für eine Wertminderung vorliegen, ist eine Wertermittlung für die Eigenkapitalinstrumente durchzuführen. Bei der Wertermittlung ist grundsätzlich auf die geschätzten künftigen Cashflows, die mit der aktuellen Markrendite eines vergleichbaren Vermögenswerts diskontiert werden, abzustellen. Der Betrag der Wertminderung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem aktuellen Buchwert und dem wie oben beschriebenen ermittelten Wert des Eigenkapitalinstruments. Die Wertminderung wird erfolgswirksam erfasst. Eine Wertminderung für Eigenkapitalinstrumente darf bei Wegfall der Gründe nicht rückgängig gemacht werden.

16 Sachanlagen

Unsere Sachanlagen bewerten wir zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, die wir – soweit es sich um abnutzbare Vermögenswerte handelt – um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer mindern. Für den Windpark erfolgt die Verteilung des Restbuchwerts auf Grundlage des anteiligen Werteverzehrs des wirtschaftlichen Nutzenpotenzials über die erwartete Restnutzungsdauer. Bei Einbauten in gemieteten Gebäuden legen wir die Vertragsdauer unter Berücksichtigung von Verlängerungsoptionen zugrunde, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

SACHANLAGEN	WIRTSCHAFTLICHE NUTZUNGSDAUER
Gebäude	25–60 Jahre
Einbauten in fremden Anwesen	10–25 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–25 Jahre
Sonstige Sachanlagen	
Windpark	28 Jahre
Sonstige Sachanlagen	10–20 Jahre

Die Nutzungsdauern des Sachanlagevermögens werden jährlich überprüft und angepasst, falls die aktuellen Erwartungen an die Nutzungsdauer von früheren Einschätzungen abweichen.

Sofern bei Vermögenswerten des Sachanlagevermögens darüber hinaus eine Wertminderung eingetreten ist, nehmen wir eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß IAS 36 vor. Ein Vermögenswert ist wertgemindert, wenn sein Buchwert seinen erzielbaren Betrag übersteigt. Der erzielbare Betrag wird grundsätzlich auf Basis des Nutzungswerts bestimmt. Bei Wegfall der Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung werden Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen sowie Zuschreibungen auf das Sachanlagevermögen werden im GuV-Posten „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen“ innerhalb des Verwaltungsaufwands erfasst.

Für Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert, sofern dem Unternehmen ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Maßnahmen, die zur Erhaltung von Sachanlagen dienen, werden in dem Geschäftsjahr, in dem sie entstanden sind, als Aufwand erfasst.

Für Sachanlagen gewährte Zuwendungen der öffentlichen Hand (IAS 20.24) werden aktivisch von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten der zugrunde liegenden Vermögenswerte abgesetzt.

17 Leasinggeschäft

Gemäß IAS 17 ist ein Leasingverhältnis eine Vereinbarung, bei der der Leasinggeber dem Leasingnehmer gegen Zahlung das Recht auf Nutzung eines Vermögenswerts für einen vereinbarten Zeitraum überträgt.

Leasingverträge sind in Finanzierungsleasing- und Operating-Leasingverhältnisse zu klassifizieren. Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Leasing eingestuft, wenn der wesentliche Anteil der Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum am Leasingobjekt verbunden sind, beim Leasinggeber verbleibt. Demgegenüber gelten als Finanzierungsleasing solche Vertragsverhältnisse, bei denen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken eines Vermögenswerts auf den Leasingnehmer übertragen werden. Dabei ist es unerheblich, ob das zivilrechtliche Eigentum am Leasinggegenstand übertragen wird.

Vereinbarungen, die nicht in der rechtlichen Form eines Leasingverhältnisses geschlossen wurden, bilanziert die HVB Group gleichwohl als Leasingverhältnisse, wenn die Erfüllung der Vereinbarung von der Nutzung eines bestimmten Vermögenswerts abhängt und die Vereinbarung ein Recht auf Nutzung des Vermögenswerts überträgt.

Zu den Leasingobjekten gehören in der HVB Group sowohl Mobilien als auch Immobilien.

HVB Group als Leasinggeber

– Operating-Leasing

Bei Operating-Leasingverhältnissen sind die an den Leasingnehmer vermieteten Vermögenswerte dem Leasinggeber zuzurechnen und von diesem weiterhin zu bilanzieren. Die Leasingobjekte werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen bzw. Investment Properties oder den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen und nach den dort beschriebenen Grundsätzen bewertet. Die Leasingerlöse werden linear über die Vertragslaufzeit des Leasingverhältnisses erfasst und als sonstiger betrieblicher Ertrag ausgewiesen.

– Finanzierungsleasing

Werden Vermögenswerte im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses übertragen, so hat der Leasinggeber in seiner Bilanz den verleasteten Vermögenswert auszubuchen und eine Forderung gegenüber dem Leasingnehmer einzubuchen. Der Ausweis der Forderung erfolgt in Höhe des Nettoinvestitionswerts in das Leasingverhältnis zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses. Die erhaltenen Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Die Zinserträge werden über die Dauer des Leasingverhältnisses in der Weise vereinnahmt, dass sie grundsätzlich eine konstante periodische Verzinsung der Nettoinvestition in das Leasingverhältnis widerspiegeln; der Tilgungsanteil mindert als Kapitalrückzahlung die noch ausstehende Forderung.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (FORTSETZUNG)

HVB Group als Leasingnehmer

– Operating-Leasing

Die vom Leasingnehmer im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen gezahlten Leasingraten werden als Aufwand linear über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst und als sonstiger betrieblicher Aufwand oder im Verwaltungsaufwand ausgewiesen, sofern es sich um Mietaufwendungen handelt. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasingobjekts kontrolliert. Die entsprechenden Leasinggegenstände werden vom Leasingnehmer nicht aktiviert.

– Finanzierungsleasing

Beim Finanzierungsleasing weist der Leasingnehmer die angemieteten Vermögenswerte unter den Sachanlagen bzw. Investment Properties oder den immateriellen Vermögenswerten und eine Verpflichtung unter den Verbindlichkeiten in seiner Bilanz aus. Der erstmalige Ansatz des Vermögenswerts und der korrespondierenden Verbindlichkeit erfolgt jeweils in Höhe des beizulegenden Zeitwerts des Leasinggegenstands zu Beginn des Leasingverhältnisses oder, sofern dieser niedriger ist, mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen. Zur Berechnung des Barwerts der Mindestleasingzahlungen wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende interne Zinsfuß herangezogen. Die Leasingraten im Finanzierungsleasing werden in einen Zins- und einen Tilgungsanteil aufgeteilt. Der Tilgungsanteil mindert die Restschuld, der Zinsanteil wird als Zinsaufwand behandelt.

Bedingte Mietzahlungen im Zusammenhang mit Operating- und Finanzierungsleasingverhältnissen werden grundsätzlich beim Leasinggeber als Ertrag bzw. beim Leasingnehmer als Aufwand in der Periode erfasst, in der sie entstehen. Derzeit enthalten die Leasingvereinbarungen der HVB Group keine bedingten Mietzahlungen.

Weitere Erläuterungen zu den Leasingverhältnissen sind in der Note Angaben zum Leasinggeschäft enthalten.

18 Investment Properties

Grundstücke und Gebäude, die wir als Finanzinvestition zur Erzielung von Mieterträgen und/oder Wertsteigerungen langfristig halten, werden gemäß IAS 40.30 in Verbindung mit IAS 40.56 zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und planmäßig linear über die wirtschaftliche Nutzungsdauer von 25 bis 60 Jahren abgeschrieben.

Sofern bei Investment Properties darüber hinaus eine Wertminderung eingetreten ist, nehmen wir eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß IAS 36 vor. Bei Wegfall der Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung werden Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen.

Laufende Aufwendungen sowie Mieterträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Grundstücken und Gebäuden weisen wir in den sonstigen Aufwendungen/Erträgen aus. Planmäßige Abschreibungen bei den zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewerteten Finanzinvestitionen sind im Verwaltungsaufwand enthalten, Wertminderungen und Wertaufholungen dagegen im Finanzanlageergebnis.

In bestimmten Fällen kann die Zuordnung einer Immobilie zu den Investment Properties bzw. den Sachanlagen Schwierigkeiten bereiten. Die Klassifikation ist insbesondere dann erschwert, wenn die Immobilie vom Konzern teilweise als Renditeanlage gehalten und teilweise für bankeigene Zwecke als Verwaltungsgebäude genutzt wird und die Immobilienteile nicht gesondert verkauft oder im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses vermietet werden können, so dass eine getrennte Bilanzierung der Immobilienteile nicht möglich ist. Liegt ein solcher Fall vor, klassifiziert die HVB Group eine gemischt genutzte Immobilie vollumfänglich als Investment Property, wenn mehr als 90% der Immobilie an fremde Dritte vermietet und mithin der eigenbetrieblich genutzte Anteil von untergeordneter Bedeutung ist. Beträgt der konzernextern vermietete Anteil 90% oder weniger, wird die gesamte Immobilie als Sachanlage eingestuft.

19 Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden im Wesentlichen Geschäfts- oder Firmenwerte aus dem Erwerb von vollkonsolidierten Tochterunternehmen sowie Software ausgewiesen. Immaterielle Vermögenswerte werden nur aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein zukünftiger Nutzen zufließt und die Kosten verlässlich ermittelt werden können.

Geschäfts- oder Firmenwerte haben eine unbestimmte Nutzungsdauer und sind daher nicht planmäßig abzuschreiben, sondern ausschließlich auf Werthaltigkeit gemäß IAS 36 zu testen (Impairment Only Approach). Die Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte wird jährlich sowie bei Vorliegen von Anhaltspunkten möglicher Wertminderungen überprüft. Sofern erforderlich werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Ein für den Geschäfts- oder Firmenwert erfasster Wertminderungsaufwand darf nicht in den nachfolgenden Perioden aufgeholt werden.

Software hat eine begrenzte Nutzungsdauer und wird zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die planmäßige Abschreibung erfolgt linear über eine geschätzte Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren. Auch die sonstigen immateriellen Vermögenswerte bewerten wir zu ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen, da sie eine begrenzte Nutzungsdauer haben. Planmäßige Abschreibungen erfolgen linear über eine erwartete Laufzeit von bis zu zehn Jahren.

Sofern bei immateriellen Vermögenswerten darüber hinaus eine Wertminderung eingetreten ist, nehmen wir eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß IAS 36 vor. Bei Wegfall der Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung werden Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf die Geschäfts- oder Firmenwerte werden in einem separaten Posten der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen sowie Zuschreibungen auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte werden im GuV-Posten „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen“ innerhalb des Verwaltungsaufwands erfasst.

20 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen

Langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen, die erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres veräußert werden, sind gemäß IFRS 5 als zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen auszuweisen. Bei Umklassifizierung werden diese mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet. Im Rahmen der Folgebewertung nach Umklassifizierung wird an nachfolgenden Bilanzstichtagen, sofern notwendig, auf einen weiter gesunkenen beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten abgeschrieben. Im Falle einer Werterholung erfolgt eine Zuschreibung maximal bis zur Höhe des kumulierten Wertminderungsaufwands.

21 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten, die nicht Grundgeschäfte eines effektiven Mikro-Fair-Value-Hedge sind, passivieren wir zu fortgeführten Anschaffungskosten. Sie werden beim erstmaligen Ansatz mit ihrem beizulegenden Zeitwert inklusive Berücksichtigung von Transaktionskosten erfasst.

22 Handelspassiva

In den Handelspassiva sind negative Zeitwerte von Handelsderivaten und aller anderen Derivate, die nicht als Hedging Derivate (eigener Bilanzausweis) qualifiziert sind, enthalten. Daneben weisen wir hier vom Handel emittierte Optionsscheine, Zertifikate und Anleihen, Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen, soweit sie Handelszwecken dienen, aus.

Handelspassiva werden mit den beizulegenden Zeitwerten bewertet. Bewertungs- und Realisierungsgewinne und -verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Handelsergebnis ausgewiesen. Für die von uns emittierten strukturierten Produkte fungieren wir als Market Maker.

Bei Zinsswaps werden die beiden gegenläufigen Zinszahlungsströme je Swapvertrag zusammengefasst und saldiert als Zinsertrag bzw. Zinsaufwand ausgewiesen. Bei reinen Derivate-Handelsportfolien weisen wir die saldierten Zinszahlungen im Handelsergebnis aus.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (FORTSETZUNG)

23 Hedgeanpassungsbetrag von gesicherten Grundgeschäften im Portfolio Fair Value Hedge

In diesem separat auszuweisenden Hedgeanpassungsbetrag der Portfolio Fair Value Hedges (siehe Note Hedgeanpassungsbetrag von gesicherten Grundgeschäften im Portfolio Fair Value Hedge) sind Wertänderungen des abgesicherten Betrags von gesicherten Grundgeschäften netto ausgewiesen. In einigen Bereichen, in denen eine getrennte Absicherung von Aktiv- und Passivbeständen vorgenommen wird, erfolgt ein separater Ausweis (getrennt nach abgesicherten Aktiv- bzw. Passivgeschäften) der Hedgeanpassungsbeträge in der Bilanz.

24 Sonstige Passiva

Unter den Sonstigen Passiva weisen wir unter anderem abgegrenzte Verbindlichkeiten nach IAS 37 aus. Hierunter fallen künftige Ausgaben, die zwar hinsichtlich der Höhe oder des Zeitpunkts unsicher sind, deren Unsicherheit jedoch geringer als bei Rückstellungen ist. Dabei handelt es sich um Verbindlichkeiten für erhaltene Güter oder empfangene Dienstleistungen, die weder bezahlt wurden noch vom Lieferanten in Rechnung gestellt oder formal vereinbart wurden. Hierzu gehören auch kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern, zum Beispiel Gleitzeitguthaben und Urlaubsansprüche. Die abgegrenzten Verbindlichkeiten haben wir in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt.

25 Rückstellungen

Als Rückstellungen werden gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtungen aus einem Ereignis der Vergangenheit mit wahrscheinlichem Ressourcenabfluss und verlässlich schätzbarer Höhe angesetzt.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus belastenden Verträgen verwenden wir die bestmögliche Schätzung nach IAS 37.36 ff. Langfristige Rückstellungen werden abgezinst.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus leistungsorientierten Altersversorgungsplänen (Defined Benefit Plans) werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) auf Basis externer versicherungsmathematischer Gutachten gemäß IAS 19 gebildet, wobei jeder Pensionsplan gesondert bewertet wird. Diese Methode der laufenden Einmalprämien ermittelt unter Berücksichtigung dynamischer Aspekte die zu erwartenden Versorgungsleistungen nach Eintritt des Versorgungsfalls und verteilt diese über die gesamte Beschäftigungsdauer der begünstigten Mitarbeiter. Damit basiert die Bewertung leistungsorientierter Pensionsverpflichtungen auf dem durch Diskontierung ermittelten versicherungsmathematischen Barwert der bereits erdienten Pensionsansprüche (sogenannte Anwartschaften) unter Berücksichtigung der erwarteten Gehaltssteigerungen einschließlich der Karrieredynamik sowie prognostizierter Rententrends. Die bei der Bewertung der Leistungsverpflichtung festzulegenden versicherungsmathematischen Annahmen variieren in Abhängigkeit von den ökonomischen und anderen Rahmenbedingungen des jeweiligen Landes, in dem die Pläne bestehen.

Aufgrund sich ändernder Markt-, Wirtschafts- und sozialer Bedingungen können die zugrunde gelegten Bewertungsannahmen von der tatsächlichen Entwicklung abweichen. Die aus der Änderung der Bewertungsparameter resultierenden versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste können wesentliche Auswirkungen auf die Höhe der Verpflichtungen für Pensionen und sonstige Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Post-employment Benefits) haben.

Der Diskontierungzinssatz für die Abzinsung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen (sogenannter Rechnungszins) wird auf der Grundlage der Renditen bestimmt, die am Abschlussstichtag für erstrangige, festverzinsliche Unternehmensanleihen am Markt erzielt werden und den Fälligkeiten und der Währung der zu bewertenden Verpflichtungen entsprechen. Als Datenbasis für die Bestimmung des Rechnungszinses der Verpflichtungen dient eine Auswahl von auf Euro lautenden Unternehmensanleihen der Ratingkategorie „AA“. Diese Einzelbond-Informationen werden mittels eines numerischen Ausgleichsverfahrens in eine Zinsstrukturkurve umgerechnet, die die Basis für die Ableitung des Rechnungszinssatzes bildet.

Kapitalgedeckte Pensionsverpflichtungen unterscheiden sich von den nicht kapitalgedeckten Pensionsverpflichtungen durch die Zuordnung eines Planvermögens zur Deckung der Ansprüche der Leistungsempfänger. Zu den Anspruchsberechtigten gehören aktive Mitarbeiter, ehemalige Arbeitnehmer mit unverfallbaren Ansprüchen sowie Pensionäre und Hinterbliebene. Sowohl die HVB als auch einige Tochterunternehmen haben Planvermögen in externen, zugriffsbeschränkten Versorgungseinrichtungen zur Finanzierung der Pensionsverpflichtungen eingerichtet.

Sind die Pensionsansprüche der Begünstigten respektive die Leistungsverpflichtungen des Konzerns nicht durch Vermögen gedeckt, erfasst die HVB Group eine Pensionsrückstellung in Höhe des Barwerts der Bruttopensionsverpflichtung (Defined Benefit Obligation, DBO) in ihrer Konzernbilanz.

Handelt es sich hingegen um kapitalgedeckte Pensionsverpflichtungen, wird der Barwert der Bruttopensionsverpflichtung mit dem beizulegenden Zeitwert des Planvermögens saldiert, so dass sich die Nettoschuld (Net Defined Benefit Liability) beziehungsweise der Nettovermögenswert (Net Defined Benefit Asset) aus den leistungsorientierten Plänen ergibt. Der Nettobetrag wird in der Konzernbilanz im Falle eines Passivüberhangs als Pensionsrückstellung und im Falle eines Aktivüberhangs, angepasst um etwaige Auswirkungen der Vermögensbegrenzung (Asset Ceiling), unter den sonstigen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei einer Überdotierung des Plans beschränkt sich der Bilanzansatz des Nettovermögenswerts der Höhe nach auf den Barwert der mit dem Planvermögensüberschuss verbundenen wirtschaftlichen Vorteile.

Bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen erfolgt die Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste vollständig in der Periode ihres Entstehens im sonstigen Ergebnis (Other Comprehensive Income, OCI). Folglich entspricht die in der Konzernbilanz ausgewiesene Pensionsrückstellung bzw. der sonstige Vermögenswert der tatsächlichen Unter- bzw. Überdeckung bei einer Leistungszusage.

Nach dem Nettozinssatz ergibt sich das im Gewinn oder Verlust der Periode zu erfassende Nettozinsergebnis durch Multiplikation der Nettoschuld (des Nettovermögens) aus leistungsorientierten Pensionsplänen mit dem Diskontierungzinssatz, der der Bewertung der Bruttopensionsverpflichtung zugrunde liegt. Da die Nettoschuld (das Nettovermögen) um etwaiges Planvermögen gekürzt ist, wird durch diese Ermittlungsmethodik implizit eine Verzinsung des Planvermögens in Höhe des Abzinsungssatzes unterstellt.

Ändert sich der Barwert einer leistungsorientierten Verpflichtung infolge einer Planänderung oder Plankürzung, erfasst der Konzern die hieraus resultierenden Effekte als nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand in vollem Umfang im Gewinn oder Verlust der Periode. Die Erfassung erfolgt grundsätzlich zu dem Zeitpunkt, zu dem die Planänderung oder Plankürzung eintritt. Auch die aus einer Planabgeltung resultierenden Gewinne und Verluste werden unmittelbar im Gewinn oder Verlust erfasst, wenn die Abgeltung eintritt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (FORTSETZUNG)

Der Nettopensionsaufwand leistungsorientierter Verpflichtungen setzt sich aus einer Dienstzeit-, einer Nettozins- und einer Neubewertungskomponente zusammen, die in der Konzern Gewinn- und Verlustrechnung bzw. Konzern Gesamtergebnisrechnung wie folgt erfasst werden:

Die Dienstzeitkomponente besteht aus dem laufenden und nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand einschließlich der Gewinne oder Verluste aus Planabgeltungen. Die Nettozinskomponente setzt sich aus dem Zinsaufwand aus der Aufzinsung der leistungsorientierten Bruttopensionsverpflichtung, dem Zinsertrag aus der Verzinsung des Planvermögens und im Fall der Überdotierung des Plans, dem Zinsergebnis für etwaige Effekte aus der Anpassung des Vermögenswertüberhangs an den Höchstbetrag (Asset Ceiling) zusammen. Dienstzeit- und Nettozinskomponente werden erfolgswirksam im Periodenergebnis innerhalb der Konzern Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die HVB Group weist neben der Dienstzeitkomponente auch die Nettozinskomponente im Personalaufwand unter den Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung aus.

Die Neubewertungskomponente umfasst die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus der Bewertung der leistungsorientierten Bruttopensionsverpflichtung, den Unterschied zwischen der zu Periodenbeginn in Höhe des Diskontierungszinssatzes typisierend angenommenen und der tatsächlich realisierten Rendite des Planvermögens sowie im Fall der Überdotierung des Plans, eine etwaige Anpassung des Vermögenswertüberhangs an den Höchstbetrag (Asset Ceiling) unter Ausschluss der bereits im Zinsergebnis erfassten Beträge und wird sofort erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Die im sonstigen Ergebnis (OCI) innerhalb der Konzern Gesamtergebnisrechnung ausgewiesenen Neubewertungen (Remeasurements) dürfen nicht in späteren Perioden in den Gewinn oder Verlust umgebucht werden (kein Recycling).

Die Angabepflichten zu leistungsorientierten Pensionsplänen sehen ein prinzipienbasiertes Anhangkonzept vor, das unternehmensspezifische Beurteilungen über den notwendigen Detaillierungsgrad oder etwaige Schwerpunktsetzungen hinsichtlich der Angaben zu leistungsorientierten Plänen erforderlich macht. Die Berichterstattung soll sich an den Informationsbedürfnissen der Abschlussadressaten orientieren und ihnen einen weitreichenden Einblick in die Risikostruktur und das Risikomanagement der Pensionspläne (Pension Governance) ermöglichen.

Im Gegensatz zu den leistungsorientierten Versorgungsplänen werden für die beitragsorientierten Pläne (Defined Contribution Plans) keine Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfasst. Die gezahlten Beiträge werden in der Periode der Zahlung erfolgswirksam im Personalaufwand ausgewiesen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind in der Note Rückstellungen ausführlich beschrieben.

Die unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesenen Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Leistungen werden auf Basis externer versicherungsmathematischer Gutachten nach IAS 19 bewertet.

Die im Rahmen von Altersteilzeitvereinbarungen zugesagten Aufstockungsbeträge werden als andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer (Other Long-term Employee Benefits) bilanziert und die damit zusammenhängenden Aufwendungen über den Erdienungszeitraum angesammelt. Bei der HVB Group erfolgt die lineare Ansammlung der Aufstockungsleistungen auf Grundlage der First-in-First-out-(FiFo)-Methode. Die Leistungen werden zur Bestimmung ihres Barwerts abgezinst. Neubewertungen werden in der Periode im Gewinn oder Verlust erfasst, in der sie entstehen.

Die anderen langfristig fälligen Leistungen an Arbeitnehmer umfassen auch die aufgeschobenen Mitarbeitervergütungen aus den Bonusprogrammen des Konzerns, sofern nicht davon ausgegangen wird, dass diese innerhalb von zwölf Monaten nach Ende der Berichtsperiode vollständig beglichen werden. Der Konzern hat eine Nettoverpflichtung in Höhe der künftigen Leistungen, die die Arbeitnehmer im Austausch für die erbrachten Arbeitsleistungen in der laufenden Periode und in früheren Perioden verdient haben. Die HVB Group setzt in ihrer Konzernbilanz eine Bonusrückstellung in Höhe des Barwerts dieser Leistungen an, wobei die zugesagten Bonusbeträge über den jeweiligen Erdienungszeitraum anteilig zugeführt werden. Neubewertungen der Nettoschuld werden unmittelbar im Gewinn oder Verlust der Periode erfasst.

Die Programme zur Mitarbeitervergütung sind in der Note Verwaltungsaufwand ausführlich beschrieben.

26 Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Danach werden nicht auf die jeweilige funktionale Währung (im Allgemeinen die jeweilige Landeswährung) lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden sowie am Bilanzstichtag nicht abgewinkelte Kassageschäfte mit marktgerechten Kursen am Bilanzstichtag umgerechnet. Für zur Veräußerung verfügbare monetäre Vermögenswerte wird dieser Effekt aus der Währungsumrechnung erfolgswirksam im Devisenergebnis im Handelsergebnis erfasst. Das heißt, dass zur Veräußerung verfügbare monetäre Vermögenswerte so behandelt werden, als würden diese zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Fremdwährung bilanziert. Nicht monetäre Vermögenswerte und Schulden, die zum Fair Value bewertet werden, werden ebenfalls mit marktgerechten Kursen am Bewertungsstichtag umgerechnet. Nicht monetäre Vermögenswerte, die zu Anschaffungskosten bilanziert sind, werden mit ihrem historischen Anschaffungskurs angesetzt.

Aufwendungen und Erträge, die sich aus der Währungsumrechnung bei den einzelnen Konzerngesellschaften ergeben, schlagen sich grundsätzlich im Handelsergebnis in der Gewinn- und Verlustrechnung nieder.

Im Konzernabschluss sind Vermögenswerte und Schulden unserer Tochterunternehmen, soweit sie nicht in Euro bilanzieren, mit marktgerechten Kursen am Bilanzstichtag umgerechnet. Für die Umrechnung der Aufwendungen und Erträge dieser Tochterunternehmen werden Durchschnittskurse verwendet.

Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftseinheiten werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst und erst im Fall einer Veräußerung oder Teilveräußerung des Betriebs erfolgswirksam berücksichtigt.

27 Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Tatsächliche Steuern werden unter Berücksichtigung lokaler Steuergesetze in den jeweils betroffenen Steuerjurisdiktionen ermittelt. Latente Steuern werden bis auf wenige im Standard festgelegte Ausnahmen für alle temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen nach IFRS und den Steuerwerten gebildet (bilanzorientiertes Vorgehen). Latente Steueransprüche aufgrund von ungenutzten steuerlichen Verlustvorträgen werden nach den Regelungen des IAS 12 angesetzt.

Da die Konzeption auf der Darstellung zukünftiger Steueransprüche bzw. Steuerverpflichtungen beruht (Liability-Methode), erfolgt deren Berechnung mit den jeweils gültigen lokalen Steuersätzen, die zum Zeitpunkt des Ausgleichs der Differenzen erwartet werden. Aktive und passive latente Steuern werden saldiert ausgewiesen, wenn die Saldierungsvoraussetzungen nach IAS 12 erfüllt sind.

Segmentberichterstattung

28 Methodik und Inhalte der Segmentberichterstattung nach Geschäftsbereichen

Methodik der Segmentberichterstattung nach Geschäftsbereichen

In der Segmentberichterstattung werden die Aktivitäten der HVB Group in die folgenden Geschäftsbereiche aufgeteilt:

- Commercial Banking
- Corporate & Investment Banking (CIB)
- Sonstige/Konsolidierung

Basis der Segmentberichterstattung bildet die interne Organisations- und Managementstruktur sowie die interne Finanzberichterstattung. Damit folgt die Segmentberichterstattung gemäß IFRS 8 Operating Segments dem sogenannten Management Approach, der verlangt, dass die Segmentinformationen extern so darzustellen sind, wie sie an den Gesamtvorstand als verantwortliche Unternehmensinstanz regelmäßig berichtet werden und zur Allokation von Ressourcen (wie zum Beispiel den Risikoaktiva gemäß Basel III) für die Geschäftssegmente sowie zur Beurteilung der Ertragskraft dienen. Dabei werden die Segmentdaten gemäß IFRS ermittelt.

In der Segmentberichterstattung treten die Geschäftsbereiche wie selbstständige Unternehmen mit eigener Eigenkapitalausstattung und Ergebnisverantwortung auf. Die Geschäftsbereiche sind nach der Betreuungszuständigkeit für unsere Kunden abgegrenzt. Bezüglich der Beschreibung der den einzelnen Geschäftsbereichen zugeordneten Kundengruppen sowie der wesentlichen Inhalte der Segmente verweisen wir auf die Erläuterungen im Unterabschnitt: Inhalte der Geschäftsbereiche der HVB Group.

Die in den Segmenten dargestellten GuV-Posten Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und sonstige Aufwendungen/Erträge basieren nahezu ausschließlich aus Geschäften mit externen Kunden. Der Zinsüberschuss wird auf Basis der externen Zinserträge und Zinsaufwendungen nach der Marktzinsmethode den Geschäftsbereichen zugeordnet. Deshalb wird auf eine separate Darstellung nach externen/internen Umsätzen (Operative Erträge) verzichtet.

Die Eigenkapitalallokation für die Berechnung des Anlagenutzens bei Gesellschaften, die mehreren Geschäftsbereichen zugeordnet sind (HVB und UniCredit Luxembourg S.A.), wird auf Basis einer einheitlichen Kernkapitalbindung je Geschäftsbereich vorgenommen. Dabei wird den Geschäftsbereichen Kernkapital in Höhe von 12,0% (Vorjahr: 11,0%) bezogen auf die Risikoaktiva gemäß Basel III zugerechnet. Auf das so ermittelte durchschnittlich gebundene Kernkapital berechnen wir den Anlagenutzen, den wir im Zinsüberschuss ausweisen. Der Prozentsatz für die Verzinsung des zugeordneten Eigenkapitals in den Gesellschaften HVB und UniCredit Luxembourg S.A. entspricht dem Basiszinssatz gemäß Eigenmittelbuch mit einem Aufschlag in Höhe der Durchschnitts-Spread-Kurve für das mittel- und langfristige Kreditgeschäft der HVB und wird im Rahmen des Budgetierungsprozesses jeweils für ein Jahr im Voraus festgelegt. Dieser Prozentsatz veränderte sich für das Geschäftsjahr 2017 auf 1,02% nach 1,45% im Vorjahr. Für die übrigen in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen erfolgt keine Standardisierung des Eigenkapitals.

Die Verwaltungsaufwendungen, die Personalaufwendungen, andere Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (ohne Geschäfts- oder Firmenwerte) beinhalten, werden verursachungsgerecht auf die Geschäftsbereiche verteilt. Die Geschäftsfelder Chief Operating Office und Corporate Center des Geschäftsbereichs Sonstige/Konsolidierung treten dabei wie externe Anbieter auf, die ihre Leistungen den anderen Geschäftsbereichen zu einem kostendeckenden Preis verrechnen. Bei der Verrechnung von Gesamtbankleistungen werden die nicht direkt zuordenbaren Kosten im Budgetierungsprozess je Geschäftsbereich auf Basis eines gewichteten Verteilungsschlüssels (Kosten, Erträge, auf Vollzeitkräfte umgerechneter Personalstand, Grundbetrag) festgelegt. Die planmäßigen Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen entfallen überwiegend auf den dem Geschäftsbereich Corporate & Investment Banking zugehörigen Windpark Bard Offshore 1 sowie auf die im Geschäftsfeld Chief Operating Office des Geschäftsbereichs Sonstige/Konsolidierung enthaltenen Immobiliengesellschaften der HVB Group.

Im Rahmen einer Reorganisation kam es im ersten Halbjahr 2017 in der Erfolgsrechnung nach Geschäftsbereichen im Wesentlichen zu Verschiebungen im Zinsüberschuss zwischen allen Geschäftsbereichen. Diese sind hauptsächlich auf eine Neuberechnung des Anlagenutzens zurückzuführen. Im zweiten Halbjahr kam es im Wesentlichen nur zu kleineren Verschiebungen beim Verwaltungsaufwand hauptsächlich wegen einer neuen Zuordnung von Einheiten bei den Geschäftsbereichen Corporate & Investment Banking und Sonstige/Konsolidierung.

Das Vorjahr wurde bezüglich der beschriebenen Reorganisationen angepasst.

Das Ergebnis aus Anteilen an assoziierten Unternehmen in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: –1 Mio €) betrifft die at-Equity bewerteten Gesellschaften Adler Funding LLC, Dover, Comtrade Group B.V., Rotterdam, Nautilus Tankers Limited, Valetta, paydirekt Beteiligungsgesellschaft privater Banken mbH, Berlin und SwanCap Partners GmbH, München. Alle Gesellschaften mit Ausnahme der paydirekt Beteiligungsgesellschaft privater Banken mbH sind dem Geschäftsbereich CIB zugeordnet. Die paydirekt Beteiligungsgesellschaft privater Banken mbH ist dem Geschäftsbereich Commercial Banking zugeordnet. Der Erfolgsausweis findet in dem GuV-Posten Dividenden und ähnliche Erträge aus Kapitalinvestitionen statt. Der Buchwert der nach der Equity-Methode bewerteten Gesellschaften beläuft sich auf 34 Mio € (Vorjahr: 44 Mio €).

Inhalte der Geschäftsbereiche der HVB Group

Geschäftsbereich Commercial Banking

Der Geschäftsbereich Commercial Banking betreut in Deutschland in den Geschäftsfeldern Privatkunden Bank und Unternehmer Bank alle Kunden mit standardisiertem oder individuellem Service- und Beratungsbedarf in vielfältigen Bankdienstleistungen. Je nach Betreuungsansatz wird innerhalb des Commercial Banking bedarfsgerecht zwischen Privatkunden, Private-Banking-Kunden, High Net Worth Individuals/Ultra High Net Worth Individuals und Family Offices im Wealth Management, Geschäfts- und Firmenkunden sowie gewerblichen Immobilienkunden differenziert. Insgesamt werden im Commercial Banking rund 2,5 Millionen Kunden betreut. Dabei baut der Geschäftsbereich Commercial Banking auf einer gemeinsamen Marke „HypoVereinsbank“ und einem weitgehend identischen Vertriebsnetzwerk auf.

Das Produkt- und Dienstleistungsangebot des Commercial Banking erlaubt entsprechend dem Universalbankmodell eine umfassende Kundenbetreuung. Es reicht von Zahlungsverkehrsprodukten, Konsumentenkrediten, Hypothekendarlehen, Bauspar- und Versicherungsprodukten und Bankdienstleistungen für Privatkunden über Geschäftskredite, Außenhandelsfinanzierungen und das Liquiditäts- und Finanzrisikomanagement für Firmenkunden bis hin zu Investment-Banking-Produkten für kapitalmarktaffine Unternehmen. Für die Klientel in den Segmenten Private Banking und Wealth Management bieten wir eine umfassende Finanz- und Vermögensplanung mit bedarfsorientierter Beratungsleistung durch persönliche Berater und Spezialisten. Der Wealth Management Ansatz umfasst neben individuellen Portfoliokonzepten und Finanzierungslösungen für Vermögende Privatkunden mit unternehmerischem Hintergrund auch die Vermittlung von Unternehmensbeteiligungen.

Im Geschäftsfeld Privatkunden Bank werden private Kunden in den Bereichen Privatkunden und Private Banking betreut. Im Bereich Privatkunden haben wir als erste Bank in Deutschland eine grundlegende Modernisierung des Privatkundengeschäfts abgeschlossen. Der mit der Modernisierung des Privatkundengeschäfts erfolgreich eingeschlagene Weg wird nun fortgesetzt mit konsequenter Digitalisierung und Positionierung als Qualitätsanbieter. Der Anspruch ist es, die beste Kundenbank Deutschlands zu sein: Mit Qualität, Innovation und Sympathie. Dabei verknüpfen wir einen hohen Anspruch an die Beratungs- und Dienstleistungsqualität mit Modernität und einem innovativen Multikanal-Geschäftsmodell. Im Betreuungsmodell Private Banking werden sehr vermögende Kunden, basierend auf einem 360° Beratungsansatz durch Berater und einem Spezialisten-Netzwerk betreut.

Im Geschäftsfeld Unternehmer Bank ist das deutsche Firmenkundengeschäft gebündelt. Die Unternehmer Bank ist dabei der zweitgrößte Kreditgeber (unter den großen Privatbanken) an den deutschen Mittelstand und Bank erster Wahl (Go-To Bank) für mittelständische Unternehmen. Im Firmenkundengeschäft finden Unternehmen mit komplexem Beratungsbedarf im Betreuungsmodell Key Account die richtigen Ansprechpartner für die Erstellung individueller Kundenlösungen, insbesondere auch für große Transaktionsvolumina, Kapitalmarktgeschäfte und internationale Themenstellungen.

Segmentberichterstattung (FORTSETZUNG)

Das Betreuungsmodell Mid & Small Cap für Firmen- und Geschäftskunden umfasst neben den klassischen Bankdienstleistungen Zahlungsverkehr und Kreditgeschäft auch maßgeschneiderte Finanzierungsangebote beispielsweise unter Einsatz von Fördermitteln oder Leasingangeboten sowie Lösungen zum Management von Finanzrisiken. Weiterhin werden die Angebote für spezielle Zielgruppen wie zum Beispiel Insolvenzverwalter, Heilberufe oder Public Sector kontinuierlich weiterentwickelt.

Das Betreuungsmodell Real Estate zeichnet sich durch individuelle Kundenlösungen für gewerbliche Immobilienkunden, institutionelle Investoren, Wohnungsbaugesellschaften, Immobilienentwickler und Bauträger aus. Dabei profitieren die Kunden insbesondere von dem spezifischen Finanzierungs-Know-how beispielsweise in den Produktbereichen Real Estate Structured Finance oder Loan Syndication.

Der Geschäftsbereich Commercial Banking wird von zwei Vorständen in gemeinsamer Verantwortung geführt. Die Geschäftssteuerungs- und Unterstützungsverantwortung wird geschäftsfeldspezifisch in einem jeweils zugeordneten Stabsbereich wahrgenommen. Das gegenseitige „cross-servicing“ stellt sicher, dass der jeweilige Produktbedarf nur einmal vorgehalten wird.

Das Marktumfeld im Commercial Banking ist geprägt von einem anhaltend niedrigen Zinsniveau, einer fragmentierten Wettbewerbssituation und steigenden Regulierungskosten. Neben einer weiterhin verhaltenen Kundennachfrage führt die zunehmende Digitalisierung zu einem nachhaltig veränderten Kundenbedarf. Diesen herausfordernden Rahmenbedingungen im Commercial Banking stellt sich die HVB Group mit einer Premium Positionierung sowie einem breit gefächerten Maßnahmenbündel von Wachstums- und Effizienzaktivitäten, die auch klar definierte Digitalisierungsinitiativen umfassen.

Geschäftsbereich Corporate & Investment Banking

CIB ist ein globaler Geschäftsbereich der UniCredit Gruppe. Sie ist in einer Matrixstruktur organisiert und hat Geschäftsaktivitäten in den drei wichtigen Konzernunternehmen: UniCredit Bank AG, UniCredit Bank Austria AG und UniCredit S.p.A.

Der Geschäftserfolg von CIB basiert sowohl auf der engen Zusammenarbeit und dem Zusammenwirken zwischen Kundenbetreuung und Produkteinheiten als auch der Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Geschäftsbereichen der UniCredit Gruppe sowie den verantwortlichen Credit Risk Management-einheiten.

Da CIB als globaler Geschäftsbereich agiert, gelten alle Aussagen und Definitionen sowohl für CIB in der HVB Group als auch für CIB weltweit. Die HVB Group gestaltet in Form seines CIB Geschäftsbereichs, als Kompetenzzentrum für das internationale Markets und Investment Banking, die globale Strategie der CIB mit. Der in der UniCredit Bank AG für CIB zuständige Vorstand hat entschieden, die globale CIB-Strategie auf das CIB Geschäft der UniCredit Bank AG anzuwenden, um für unsere Kunden weltweit einen einheitlichen Ansatz sicherzustellen.

CIB bietet seinen Kunden folgendes:

- Corporate Banking und Transaction Services
- Structured Finance, Capital Markets und Investment Produkte sowie
- Zugang zu West-, Mittel- und Osteuropa.

Corporate & Investment Banking

		Product Lines		
		Financing & Advisory	Global Transaction Banking	Markets
Coverage	Financial Institutions Group			
	Multinational Corporates / Investment Holdings			
	CIB Americas			
	CIB Asia Pacific			

Die Betreuung ist horizontal aufgebaut:

Financial Institutions Group (FIG), Multinational Corporates (MNC) und Investment Holdings (GFO), CIB Americas und CIB Asia Pacific.

Vertikal bestehen drei Product Factories:

Financing & Advisory (F&A) unterstützt weltweit die Kunden in den Bereichen Financial Sponsors Solutions (FSS), Infrastructure & Power Project Finance (IPPF), Natural Resources (NR), Commodity Trade Finance (CTF) sowie Structured Trade and Export Finance (STEF). Weitere globale Business Lines sind Global Syndicate & Capital Markets (GSCM) und Corporate Finance Advisory (CFA). Die lokalen Geschäftseinheiten Corporate Structured Finance (CSF) und Real Estate Structured Finance (RESF) arbeiten eng mit dem Geschäftsbereich Commercial Banking zusammen. Die lokale Einheit Global Shipping (GLOS) verfolgt Transaktionen weltweit. Portfolio & Pricing Management (PPM) ist für das Management aller LP (Leveraged and Project Finance, abgedeckt durch die Business Lines Financial Sponsor Solutions, Infrastructure & Power Project Finance sowie Natural Resources) Portfoliotransaktionen innerhalb der UniCredit Gruppe verantwortlich. Portfolios der Bereiche RESF und CSF Portfolios werden auf Ebene der UniCredit Bank AG durch PPM in Verbindung mit Vertretern der Vertriebskanäle gemanagt. Zusätzlich betreuen wir das Tochterunternehmen Ocean Breeze Energy GmbH & Co KG.

Segmentberichterstattung (FORTSETZUNG)

Global Transaction Banking (GTB) bietet eine vielfältige Palette innovativer Produkte in den Bereichen Cash Management und Trade Finance an und kommt damit dem transaktionsorientierten Kundenbedarf in den Bereichen Zahlungsverkehr, Kontoinformation, Cashflow-Optimierung, Liquiditätssteuerung und überwiegend kurzfristige Im- und Exportfinanzierung nach.

Wesentliche Produktfelder im Cash Management sind Clearing und Fremdwährungsprodukte, Client Access über elektronische Zugangskanäle, Payment Products mit Zahlungsverkehr und Kontoinformation, Liquidity-Management mit Cash Pooling und anderen Optimierungsverfahren, Cash Innovations mit Firmenkundenkarten und Händlerlösungen sowie das Geschäft mit Sichteinlagen.

Im Trade Finance werden entlang der Wertschöpfungskette des Kunden Supply Chain Finance Lösungen und traditionelle Außenhandelsprodukte wie Garantien, Akkreditive, Inkassi etc. angeboten.

Markets ist ein kundenbezogenes Geschäft, das das Corporate und Institutional Business der UniCredit Gruppe als integraler Teil der CIB-Wertschöpfungskette unterstützt. Der Produktbereich erstreckt sich über alle Asset Klassen: Zins, Währungen, Rohstoffe und Aktienderivate. Er bietet den institutionellen Kunden, Firmenkunden und privaten Investoren über eigene oder fremde Netzwerke Risiko Management Lösungen und Investment Produkte an.

Zur Erreichung seiner Ziele hat CIB in den vergangenen Jahren mehrere Key Strategic Initiatives entwickelt und implementiert, die im Wesentlichen die Relationship Manager bei ihren Aufgaben der Kundenbetreuung unterstützen sollen:

- Value Chains, Wandlung vom Siloblick zur integrierten Wertschöpfungskette (Erhöhung der Marketingintensität durch Pitch Matrix)
- Shared Goals, ein strukturierter Zielsetzungsprozess zwischen Kundenbetreuung und Product Lines
- Senior Banker, die ausgewählte führende Unternehmens- und institutionelle Kunden sowie Investment Holdings/ Family Offices betreuen
- Capital Structure Advisory, welches der Bank ermöglicht, einen fokussierten und anspruchsvollen strategischen Dialog mit den Kunden zu führen.

Wir zielen darauf ab, unsere zentrale Rolle bei den CIB-Kernkunden weiter auszubauen, Chancen beim Mittelstand ergreifen und das führende europäische Powerhouse bei Trade Finance zu werden. Wir wollen unsere internationale Präsenz steigern, indem wir unsere internationalen Dienstleistungen an die Kunden in unseren Kernländern verkaufen, unsere Basis in Ländern mit besonderer Priorität gezielt ausbauen sowie unsere Betriebsplattform vereinheitlichen und verbessern.

Zudem planen wir weiterhin, unsere Präsenz entlang der künftigen Entwicklungen der Handelsströme auszuweiten und die besten internationalen Akteure außerhalb unserer Heimatländer als Kunden zu gewinnen. Zudem möchten wir die „Go-to Bank“ für Firmenkunden werden, indem wir die Cross-Selling-Möglichkeiten sowie die Underwriting- und Distributionskapazitäten ausbauen. Auch streben wir danach, das Leistungsversprechen für Finanzinstitute zu schärfen.

Darüber hinaus unterhält CIB eine enge Zusammenarbeit mit Commercial Banking. Zur Förderung der Synergierrealisierung in der UniCredit Gruppe und des „One Bank“ Ansatzes wurde das Konzept des UniCredit International Centers („UIC“) vom Commercial Banking auf CIB ausgeweitet. Der Head of UIC Germany berichtet an die Vorstandsmitglieder für CIB und Unternehmer Bank (UBK), um eine ganzheitliche und systematische Herangehensweise an das internationale Geschäft zu gewährleisten. Der Aufgabenbereich des International Centers reicht dabei von der Betreuung von Inbound Kunden bis hin zu Unterstützung und Koordination der Outbound Aktivitäten.

Spezielle Coverage Einheiten des International Networks sind in Asia Pacific, Americas sowie UK (London) angesiedelt. Darüber hinaus ist CIB über Repräsentanzen und Niederlassungen mit Produktfokus in weiteren EMEA Ländern vertreten.

Das CIB Wachstums-Strategie-Konzept zielt darauf ab, unseren Mittelstandskunden noch stärkeren Zugang zu unserer Investment Banking Plattform zu geben. Um eine intensivere Betreuung und Unterstützung in Deutschland zu gewährleisten wurde ein Joint Venture (JV) zwischen CIB und UBK gegründet und organisatorisch in der CIB Division verankert. Das organisatorische Setup ist auf die selektiven Produktangebote aus den Bereichen CTS, DCM, ECM und CFA (M&A) fokussiert. Die entsprechenden Produktspezialisten des Joint Ventures haben ausschließlichen Fokus auf die Bedürfnisse der UBK Kunden. Durch den fokussierten Vertriebsansatz soll das Cross-Selling deutlich gesteigert werden.

Geschäftsbereich Sonstige/Konsolidierung

Der Geschäftsbereich Sonstige/Konsolidierung beinhaltet die Geschäftsfelder Chief Operating Office und Group-Corporate-Center-Aktivitäten sowie Konsolidierungseffekte.

Das Geschäftsfeld **Chief Operating Office** versteht sich als zentraler interner Dienstleister für Kunden und Mitarbeiter. Die Chief Operating Office-Aktivitäten umfassen Einkauf, Organisation, Konzernsicherheit, Logistik & Facility Management, Kostenmanagement, Backoffice-Funktionen für Kredit, Konto, Foreign Exchange, Money Market und Derivate sowie Inhouse Consulting. Zahlungsverkehr, Wertpapierabwicklung, IT-Anwendungsentwicklung und Betrieb werden als Fremdleistungen zugekauft. Das strategische Immobilienmanagement der HVB obliegt ebenfalls dem Geschäftsfeld Chief Operating Office und wird von der Einheit Real Estate (GRE), der HVB Immobilien AG, München bzw. durch die von der HVB Immobilien AG, München mittels Betriebsführungsvertrag beauftragten UniCredit Business Integrated Solutions S.C.p.A., Mailand wahrgenommen.

Im Geschäftsfeld **Group Corporate Center** sind Ergebnisbeiträge abgebildet, die nicht in den Verantwortungsbereich der einzelnen Geschäftsbereiche fallen. Dazu zählen die Bereiche CFO, CRO und CEO sowie unter anderem die Ergebnisse von konsolidierten Tochterunternehmen und nicht konsolidiertem Anteilsbesitz, soweit sie nicht den anderen Geschäftsbereichen zugerechnet sind. Des Weiteren wird hier das Ergebnis aus Wertpapierbeständen, die der Zuständigkeit des Vorstands unterliegen, abgebildet. Außerdem sind in diesem Geschäftsfeld Ergebnisbestandteile ausgewiesen, die aus den Dispositionsentscheidungen der Geschäftsleitung im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung resultieren. Hierzu zählen auch die Ergebnisbeiträge aus Wertpapieren und Geldhandelsgeschäften mit der UniCredit S.p.A. und ihren Tochtergesellschaften. Darüber hinaus beinhaltet das Geschäftsfeld Sonstige/Konsolidierung das Real-Estate-Restructuring-Kundenportfolio (RER).

Informationen über Produkte und Dienstleistungen auf Unternehmensebene

Die von IFRS 8.32 geforderten Informationen zu Erträgen von externen Kunden aus den Produkten und Dienstleistungen der HVB Group sind in diesem Konzernanhang in den Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Segmentberichterstattung (FORTSETZUNG)

29 Erfolgsrechnung nach Geschäftsbereichen

Erfolgsrechnung nach Geschäftsbereichen vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

(in Mio €)

ERTRÄGE/AUFWENDUNGEN	COMMERCIAL BANKING	CORPORATE & INVESTMENT BANKING	SONSTIGE/ KONSOLIDIERUNG	HVB GROUP
Zinsüberschuss	1.461	895	185	2.541
Dividenden und ähnliche Erträge aus Kapitalinvestitionen	2	6	3	11
Provisionsüberschuss	797	322	– 16	1.103
Handelsergebnis	57	859	12	928
Saldo sonstige Aufwendungen/Erträge	41	193	165	399
OPERATIVE ERTRÄGE	2.358	2.275	349	4.982
Personalaufwand	– 649	– 440	– 511	– 1.600
Andere Verwaltungsaufwendungen	– 1.144	– 805	506	– 1.443
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	– 10	– 114	– 103	– 227
Verwaltungsaufwand	– 1.803	– 1.359	– 108	– 3.270
OPERATIVES ERGEBNIS	555	916	241	1.712
Kreditrisikovorsorge	– 164	– 73	42	– 195
OPERATIVES ERGEBNIS NACH KREDITRISIKOVORSORGE	391	843	283	1.517
Zuführungen zu Rückstellungen	– 28	5	– 2	– 25
Aufwendungen für Restrukturierungen	– 4	—	– 3	– 7
Finanzanlageergebnis	– 2	58	56	112
ERGEBNIS VOR STEUERN	357	906	334	1.597
Ertragsteuern	– 56	– 239	34	– 261
ERGEBNIS NACH STEUERN	301	667	368	1.336
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	—	—	—	—
KONZERNÜBERSCHUSS	301	667	368	1.336
auf den Anteilseigner der UniCredit Bank AG entfallend	299	667	366	1.332
auf nicht beherrschende Gesellschafter entfallend	2	—	2	4

Erfolgsrechnung nach Geschäftsbereichen vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

(in Mio €)

ERTRÄGE/AUFWENDUNGEN	COMMERCIAL BANKING	CORPORATE & INVESTMENT BANKING	SONSTIGE/ KONSOLIDIERUNG	HVB GROUP
Zinsüberschuss	1.495	1.055	– 32	2.518
Dividenden und ähnliche Erträge aus Kapitalinvestitionen	24	8	25	57
Provisionsüberschuss	746	333	– 13	1.066
Handelsergebnis	62	836	5	903
Saldo sonstige Aufwendungen/Erträge	18	164	172	354
OPERATIVE ERTRÄGE	2.345	2.396	157	4.898
Personalaufwand	– 656	– 468	– 544	– 1.668
Andere Verwaltungsaufwendungen	– 1.179	– 882	525	– 1.536
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	– 10	– 125	– 122	– 257
Verwaltungsaufwand	– 1.845	– 1.475	– 141	– 3.461
OPERATIVES ERGEBNIS	500	921	16	1.437
Kreditrisikovorsorge	10	– 377	26	– 341
OPERATIVES ERGEBNIS NACH KREDITRISIKOVORSORGE	510	544	42	1.096
Zuführungen zu Rückstellungen	– 74	– 116	– 3	– 193
Aufwendungen für Restrukturierungen	– 160	– 91	– 394	– 645
Finanzanlageergebnis	10	6	23	39
ERGEBNIS VOR STEUERN	286	343	– 332	297
Ertragsteuern	– 89	– 115	64	– 140
ERGEBNIS NACH STEUERN	197	228	– 268	157
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	—	—	—	—
KONZERNÜBERSCHUSS	197	228	– 268	157
auf den Anteilseigner der UniCredit Bank AG entfallend	194	228	– 269	153
auf nicht beherrschende Gesellschafter entfallend	3	—	1	4

Segmentberichterstattung (FORTSETZUNG)

Entwicklung des Geschäftsbereichs Commercial Banking

(in Mio €)

ERTRÄGE/AUFWENDUNGEN	2017	2016
Zinsüberschuss	1.461	1.495
Dividenden und ähnliche Erträge aus Kapitalinvestitionen	2	24
Provisionsüberschuss	797	746
Handelsergebnis	57	62
Saldo sonstige Aufwendungen/Erträge	41	18
OPERATIVE ERTRÄGE	2.358	2.345
Personalaufwand	– 649	– 656
Andere Verwaltungsaufwendungen	– 1.144	– 1.179
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	– 10	– 10
Verwaltungsaufwand	– 1.803	– 1.845
OPERATIVES ERGEBNIS	555	500
Kreditrisikovorsorge	– 164	10
OPERATIVES ERGEBNIS NACH KREDITRISIKOVORSORGE	391	510
Zuführungen zu Rückstellungen	– 28	– 74
Aufwendungen für Restrukturierungen	– 4	– 160
Finanzanlageergebnis	– 2	10
ERGEBNIS VOR STEUERN	357	286
Ertragsteuern	– 56	– 89
ERGEBNIS NACH STEUERN	301	197
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	—	—
KONZERNÜBERSCHUSS	301	197
auf den Anteilseigner der UniCredit Bank AG entfallend	299	194
auf nicht beherrschende Gesellschafter entfallend	2	3
Cost-Income-Ratio in % ¹	76,5	78,7

¹ Quotient aus Verwaltungsaufwand und Operativen Erträgen.

Im Geschäftsbereich Commercial Banking erhöhte sich im Berichtsjahr das Operative Ergebnis (vor Kreditrisikovorsorge) um 11,0% bzw. 55 Mio € auf 555 Mio €.

Die Operativen Erträge nahmen gegenüber dem Vorjahr leicht um 13 Mio € bzw. 0,6% auf 2.358 Mio € zu. Infolge des sehr niedrigen Zinsniveaus wurde ein Zinsüberschuss in Höhe von 1.461 Mio € erwirtschaftet, der sich um 2,3% erniedrigte. Das Einlagengeschäft war dabei weiterhin durch das anhaltend extrem niedrige Zinsniveau belastet. Trotz eines im Privatkundengeschäft gestiegenen Immobilienfinanzierungsgeschäftes bei leicht sinkenden Margen, einer sehr guten Steigerung des Konsumentenkreditgeschäfts (+57,3%) und gestiegenen Erträgen im Kreditgeschäft mit Unternehmenskunden konnte das rückläufige Ergebnis im Einlagengeschäft nicht kompensiert werden. In 2017 wurden 2 Mio € Dividenden und ähnliche Erträge aus Kapitalinvestitionen vereinnahmt, während im Vorjahr (24 Mio €) eine außerordentliche Dividendenausschüttung aus unserer Beteiligung an der EURO Kartensysteme GmbH enthalten war. Sehr erfreulich entwickelte sich im Berichtsjahr der Provisionsüberschuss mit einem Anstieg um 51 Mio € bzw. 6,8% auf 797 Mio € vor allem aufgrund eines besseren Wertpapiergeschäfts und Repricingmaßnahmen im Kontogebührenbereich. Das Handelsergebnis in Höhe von 57 Mio € resultierte im Geschäftsjahr 2017 im Wesentlichen aus dem kundengetriebenen Devisengeschäft und teilweise auch aus positiven Effekten aus der CVA-Entwicklung der Zinsderivategeschäfte mit Firmenkunden (Vorjahr: 62 Mio €). Der Saldo sonstige Aufwendungen/Erträge hat sich um 23 Mio € auf 41 Mio € deutlich verbessert.

Die Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich im Geschäftsjahr 2017 erneut um 2,3% bzw. 42 Mio € auf 1.803 Mio €. Die Personalaufwendungen fielen um 1,1% bzw. 7 Mio € auf 649 Mio € insbesondere durch den gesunkenen Personalstand. Ebenso wurden die Anderen Verwaltungsaufwendungen um 3,0% bzw. 35 Mio € auf 1.144 Mio € verringert.

Die Cost-Income-Ratio verbesserte sich von 78,7% im Vorjahr auf 76,5% im aktuellen Berichtszeitraum vor allem aus den Kostenreduzierungen und darüber hinaus auch aus der leichten Steigerung der Operativen Erträge.

Bei der Kreditrisikovorsorge ergab sich im Berichtsjahr 2017 ein Zuführungssaldo in Höhe von 164 Mio €, nachdem im Vorjahreszeitraum noch ein Auflösungssaldo (10 Mio €) ausgewiesen wurde. Dies führte zu einem Operativen Ergebnis nach Kreditrisikovorsorge in Höhe von 391 Mio € nach 510 Mio € im Vorjahr.

Die Zuführungen zu den Rückstellungen im Nichtkreditgeschäft stehen überwiegend im Zusammenhang mit Rechtsgeschäften und fielen im Berichtsjahr mit 28 Mio € geringer als im Vorjahr (74 Mio €) aus. Die Aufwendungen für Restrukturierungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 4 Mio €, nachdem das Vorjahr durch Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 160 Mio € belastet war. Der Geschäftsbereich erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2017 bei einem um 12 Mio € geringeren Finanzanlageergebnis insgesamt ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 357 Mio €, das den Vorjahreswert um 71 Mio € bzw. 24,8% übertraf. Nach Abzug von Ertragsteuern über 56 Mio € (Vorjahr: 89 Mio €) konnte ein Konzernüberschuss in Höhe 301 Mio € erzielt werden, der um 104 Mio € bzw. 52,8% über dem Vorjahresüberschuss lag.

Entwicklung des Geschäftsbereichs Corporate & Investment Banking

(in Mio €)

ERTRÄGE/AUFWENDUNGEN	2017	2016
Zinsüberschuss	895	1.055
Dividenden und ähnliche Erträge aus Kapitalinvestitionen	6	8
Provisionsüberschuss	322	333
Handelsergebnis	859	836
Saldo sonstige Aufwendungen/Erträge	193	164
OPERATIVE ERTRÄGE	2.275	2.396
Personalaufwand	– 440	– 468
Andere Verwaltungsaufwendungen	– 805	– 882
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	– 114	– 125
Verwaltungsaufwand	– 1.359	– 1.475
OPERATIVES ERGEBNIS	916	921
Kreditrisikovorsorge	– 73	– 377
OPERATIVES ERGEBNIS NACH KREDITRISIKOVORSORGE	843	544
Zuführungen zu Rückstellungen	5	– 116
Aufwendungen für Restrukturierungen	—	– 91
Finanzanlageergebnis	58	6
ERGEBNIS VOR STEUERN	906	343
Ertragsteuern	– 239	– 115
ERGEBNIS NACH STEUERN	667	228
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	—	—
KONZERNÜBERSCHUSS	667	228
auf den Anteilseigner der UniCredit Bank AG entfallend	667	228
auf nicht beherrschende Gesellschafter entfallend	—	—
Cost-Income-Ratio in % ¹	59,7	61,6

¹ Quotient aus Verwaltungsaufwand und Operativen Erträgen.

Der Geschäftsbereich Corporate & Investment Banking erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2017 Operative Erträge in Höhe von 2.275 Mio € und liegt damit um 121 Mio € bzw. 5,1% unter dem Vorjahresergebnis.

Wesentlich für diese Entwicklung ist der um 160 Mio € bzw. 15,2% auf 895 Mio € gesunkene Zinsüberschuss (2016: 1.055 Mio €). Wie im Vorjahr wurde das Zinsgeschäft auch im Geschäftsjahr 2017 durch das extrem niedrige Zinsumfeld stark belastet. Der Rückgang resultierte dabei vor allem aus den handelsinduzierten Zinsen. Daneben wirkten sich geringere Zinsergebnisse aufgrund von Margeneinengungen im Kreditgeschäft aus. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass der Zinsüberschuss im Vorjahr aus einem Ertrag im Zusammenhang mit dem Verkauf eines Kreditportfolios zur Finanzierung von Gewerbeimmobilien begünstigt war. Beim Provisionsüberschuss konnte mit 322 Mio € das Ergebnis des Vorjahres (333 Mio €) nicht ganz erreicht werden, was unter anderem auf geringere Kreditbearbeitungsprovisionen zurückzuführen ist. Der Anstieg beim Saldo der sonstigen Aufwendungen/Erträge um 29 Mio € auf 193 Mio € (Vorjahr: 164 Mio €) steht unter anderem im Zusammenhang mit Forderungsverkäufen.

Segmentberichterstattung (FORTSETZUNG)

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das Handelsergebnis um 23 Mio € bzw. 2,8% auf 859 Mio € (2016: 836 Mio €). Diese Ergebnisverbesserung resultiert dabei aus dem Bereich Fixed Income and Currencies. Dagegen waren die Ergebnisse im Treasury Business und im Geschäft mit Aktienderivaten leicht rückläufig. Auch der Erfolgsbeitrag der Valuation Adjustments, dazu zählen wir im Wesentlichen Credit Value Adjustments und Funding Value Adjustments sowie Effekte aus der Veränderung des Own Credit Spreads, ermäßigte sich gegenüber dem Vorjahr.

Der Verwaltungsaufwand konnte mit einem Rückgang um 116 Mio € bzw. 7,9% auf 1.359 Mio € gegenüber dem Vorjahr (2016: 1.475 Mio €) deutlich gesenkt werden. Dabei reduzierten sich der Personalaufwand um 28 Mio € auf 440 Mio €, die Anderen Verwaltungsaufwendungen um 77 Mio € auf 805 Mio € und die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen um 11 Mio € auf 114 Mio €.

Aufgrund der deutlich gesunkenen Aufwendungen verbesserte sich die Cost-Income-Ratio um 1,9%-Punkte auf 59,7%. Das Operative Ergebnis blieb mit 916 Mio € gegenüber dem Vorjahr (2016: 921 Mio €) nahezu unverändert.

Im Geschäftsjahr 2017 ergab sich eine Kreditrisikovorsorge von 73 Mio €, diese liegt deutlich um 304 Mio € unter der des Vorjahres in Höhe von 377 Mio €. Dabei war die Kreditrisikovorsorge im Vorjahr noch erheblich durch die branchenweit verschlechterte Lage in der Schifffahrtsbranche belastet. Bei den Rückstellungen im Nichtkreditgeschäft wurden im Berichtsjahr per Saldo 5 Mio € aufgelöst, nachdem im Vorjahr per Saldo 116 Mio € den Rückstellungen zugeführt wurden, die im Wesentlichen aus Rechtsrisiken resultierten. Das im Geschäftsjahr 2017 erzielte Finanzanlageergebnis in Höhe von 58 Mio € (2016: 6 Mio €) resultierte im Wesentlichen aus einem Veräußerungsgewinn eines AfS-Finanzinstruments.

Der Geschäftsbereich erzielte im Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 906 Mio €, das den Vorjahreswert sehr deutlich um 563 Mio € übertreffen konnte (2016: 343 Mio €). Begünstigt wurde diese Entwicklung auch durch den Wegfall der im Vorjahresergebnis enthaltenen Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 91 Mio €. Nach Abzug der Ertragsteuern in Höhe von 239 Mio € (2016: 115 Mio €) erwirtschaftete der Geschäftsbereich einen Konzernüberschuss in Höhe von 667 Mio € (2016: 228 Mio €).

Entwicklung des Geschäftsbereichs Sonstige/Konsolidierung

(in Mio €)

ERTRÄGE/AUFWENDUNGEN	2017	2016
Zinsüberschuss	185	- 32
Dividenden und ähnliche Erträge aus Kapitalinvestitionen	3	25
Provisionsüberschuss	- 16	- 13
Handelsergebnis	12	5
Saldo sonstige Aufwendungen/Erträge	165	172
OPERATIVE ERTRÄGE	349	157
Personalaufwand	- 511	- 544
Anderer Verwaltungsaufwendungen	506	525
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	- 103	- 122
Verwaltungsaufwand	- 108	- 141
OPERATIVES ERGEBNIS	241	16
Kreditrisikovorsorge	42	26
OPERATIVES ERGEBNIS NACH KREDITRISIKOVORSORGE	283	42
Zuführungen zu Rückstellungen	- 2	- 3
Aufwendungen für Restrukturierungen	- 3	- 394
Finanzanlageergebnis	56	23
ERGEBNIS VOR STEUERN	334	- 332
Ertragsteuern	34	64
ERGEBNIS NACH STEUERN	368	- 268
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	—	—
KONZERNÜBERSCHUSS	368	- 268
auf den Anteilseigner der UniCredit Bank AG entfallend	366	- 269
auf nicht beherrschende Gesellschafter entfallend	2	1
Cost-Income-Ratio in % ¹	30,9	89,8

¹ Quotient aus Verwaltungsaufwand und Operativen Erträgen.

Im Geschäftsbereich Sonstige/Konsolidierung liegen die Operativen Erträge im Geschäftsjahr 2017 mit 349 Mio € deutlich über denen des Vorjahres von 157 Mio €. Dieser Anstieg in Höhe von 192 Mio € wird geprägt durch den um 217 Mio € auf 185 Mio € (2016: –32 Mio €) gestiegenen Zinsüberschuss, der insbesondere durch einen positiven Einmaleffekt aus der Auflösung von Rückstellungen begünstigt wurde. An Dividenden und ähnliche Erträge aus Kapitalinvestitionen wurden im Berichtszeitraum 3 Mio € vereinnahmt, während für das Vorjahr noch 25 Mio € ausgewiesen wurden, die aus einem einzelnen nennenswerten Dividendenertrag aus unserem Anteilsbesitz resultieren.

Bei einem gegenüber dem Vorjahr um 33 Mio € auf 108 Mio € gesunkenen Verwaltungsaufwand belief sich das Operative Ergebnis auf 241 Mio € nach 16 Mio € im Vorjahr.

In der Kreditrisikoversorge ergab sich in beiden Jahren ein Auflösungssaldo von 42 Mio € in 2017 bzw. 26 Mio € in 2016. Das Operative Ergebnis nach Kreditrisikoversorge belief sich damit im Berichtszeitraum auf 283 Mio € nach 42 Mio € im Vorjahr.

Mit 56 Mio € wurde im Geschäftsjahr ein um 33 Mio € höheres Finanzanlageergebnis als im Vorjahr erzielt (2016: 23 Mio €). Während das Ergebnis 2017 im Wesentlichen aus Veräußerungserfolgen von AfS-Finanzinstrumenten stammt, resultierte das Ergebnis 2016 überwiegend aus der Veräußerung von Investment Properties. Das Ergebnis vor Steuern liegt mit 334 Mio € mit einem Anstieg von 666 Mio € sehr deutlich über dem des Vorjahres (2016: –332 Mio €). Neben der Verbesserung des Operativen Ergebnisses hat insbesondere der Wegfall der im Vorjahr enthaltenen Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 394 Mio € zu dieser Entwicklung beigetragen. Nach Berücksichtigung der positiven Ertragsteuern von 34 Mio € (2016: 64 Mio €) lag der Konzernüberschuss im Berichtsjahr bei 368 Mio € (2016: –268 Mio €).

30 Volumenzahlen nach Geschäftsbereichen

(in Mio €)

	COMMERCIAL BANKING	CORPORATE & INVESTMENT BANKING	SONSTIGE/ KONSOLIDIERUNG	HVB GROUP ¹
Forderungen an Kunden				
31.12.2017	79.447	42.709	– 978	121.178
31.12.2016	78.435	43.863	– 824	121.474
Geschäfts- oder Firmenwerte				
31.12.2017	130	288	—	418
31.12.2016	130	288	—	418
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
31.12.2017	88.593	32.609	3.082	124.284
31.12.2016	81.962	30.519	4.723	117.204
Risikoaktiva gemäß Basel III (inkl. Äquivalente für das Marktrisiko und das operationelle Risiko)				
31.12.2017	29.196	43.559	5.956	78.711
31.12.2016	30.440	44.493	6.642	81.575

¹ Bilanzielle Volumenzahlen von zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten oder Veräußerungsgruppen sind separat in den Notes Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen und Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen dargestellt.

Seit dem Geschäftsjahr 2017 werden bestimmte Bilanzposten des Segmentvermögens (Forderungen an Kreditinstitute) und der Segmentschulden (Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbriefte Verbindlichkeiten) nicht mehr segmentiert, weil diese Informationen vom Gesamtvorstand als verantwortliche Unternehmensinstanz nicht mehr regelmäßig für Steuerungszwecke benötigt werden. Demzufolge sind für diese Posten auch die in der Segmentberichterstattung ausgewiesenen Volumenzahlen nach Geschäftsbereichen entfallen.

31 Mitarbeiter der Geschäftsbereiche¹

	2017	2016
Commercial Banking	6.639	7.188
Corporate & Investment Banking	2.039	2.362
Sonstige/Konsolidierung	4.727	5.198
Insgesamt	13.405	14.748

¹ Anzahl der Mitarbeiter auf Vollzeitkräfte umgerechnet (FTE).

Segmentberichterstattung (FORTSETZUNG)

32 Segmentberichterstattung nach Regionen

Die Zurechnung der Werte zu den Regionen richtet sich nach dem Sitz der Konzernunternehmen bzw. deren Niederlassungen.

Erfolgszahlen nach Regionen:

(in Mio €)

	2017		2016	
	OPERATIVE ERTRÄGE	OPERATIVES ERGEBNIS	OPERATIVE ERTRÄGE	OPERATIVES ERGEBNIS
Deutschland	4.532	1.197	4.554	980
Italien	348	311	230	158
Großbritannien	409	229	277	133
Luxemburg	121	88	139	102
Übriges Europa	28	45	23	26
Amerika	102	49	109	59
Asien	36	– 13	46	10
Konsolidierung	– 594	– 194	– 480	– 31
HVB Group	4.982	1.712	4.898	1.437

Bilanzsumme nach Regionen:

(in Mio €)

	2017	2016
Deutschland	279.941	279.696
Italien	28.690	39.207
Großbritannien	12.428	13.490
Luxemburg	22.962	25.134
Übriges Europa	9.739	6.336
Amerika	7.048	7.783
Asien	4.309	4.006
Konsolidierung	– 66.057	– 73.562
HVB Group	299.060	302.090

Sachanlagen nach Regionen:

(in Mio €)

	2017	2016
Deutschland	2.561	2.826
Italien	—	—
Großbritannien	5	7
Luxemburg	29	30
Übriges Europa	1	1
Amerika	2	3
Asien	1	2
Konsolidierung	—	—
HVB Group	2.599	2.869

Investment Properties nach Regionen:

(in Mio €)

	2017	2016
Deutschland	786	1.006
Italien	—	—
Großbritannien	—	—
Luxemburg	22	22
Übriges Europa	—	—
Amerika	—	—
Asien	—	—
Konsolidierung	—	—
HVB Group	808	1.028

Immaterielle Vermögenswerte nach Regionen:

(in Mio €)

	2017	2016
Deutschland ¹	444	453
Italien	—	—
Großbritannien	—	—
Luxemburg	1	2
Übriges Europa	—	—
Amerika	—	—
Asien	—	—
Konsolidierung	—	—
Insgesamt	445	455

¹ Enthält Geschäfts- oder Firmenwerte.

Mitarbeiter nach Regionen¹:

	2017	2016
Deutschland	12.165	13.367
Italien	222	241
Großbritannien	419	482
Luxemburg	133	162
Übriges Europa	194	228
Afrika	3	3
Amerika	127	124
Asien	142	141
HVB Group	13.405	14.748

¹ Anzahl der Mitarbeiter auf Vollzeitkräfte umgerechnet (FTE).

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

33 Zinsüberschuss

(in Mio €)

	2017	2016
Zinserträge	3.818	4.205
Kredit- und Geldmarktgeschäfte	2.873	3.010
Sonstige Zinserträge	945	1.195
Negative Zinsen auf Finanzinstrumente der Aktivseite	– 137	– 122
Zinsaufwendungen	– 1.401	– 1.737
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	– 369	– 353
Verbriefte Verbindlichkeiten und sonstige Zinsaufwendungen	– 1.032	– 1.384
Positive Zinsen auf Finanzinstrumente der Passivseite	261	172
Insgesamt	2.541	2.518

Die Bank hat im Berichtsjahr 45 Mio € (Vorjahreszeitraum: 48 Mio €) als Zinsertrag aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten erzielt, die zu Anschaffungskosten bewertet werden.

Für finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, beträgt der gesamte Zinsertrag 2.924 Mio € (Vorjahreszeitraum: 3.049 Mio €) und der gesamte Zinsaufwand 700 Mio € (Vorjahreszeitraum: 1.042 Mio €). Dabei ist zu beachten, dass eine Gegenüberstellung letztgenannter Zahlen ökonomisch nur bedingt aussagekräftig ist, da in den Zinsaufwendungen für finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, auch Refinanzierungen für aFvTPL-Finanzinstrumente und teilweise auch für Handelsaktiva enthalten sind.

Negativzinsen, die die Bank für Vermögenswerte (zum Beispiel Zinsen für die das Mindestreserve-Soll übersteigende durchschnittliche Reserveguthaben sowie für sonstige Einlagen bei der EZB) zahlen muss, sind unter den Zinserträgen mit negativen Vorzeichen erfasst; bei erhaltenen Negativzinsen auf der Passivseite werden diese analog als Zinsaufwand mit positiven Vorzeichen vereinnahmt. Es handelt sich hierbei weit überwiegend um Wertpapierpensions- sowie Tages- und Termingeschäfte mit Banken und institutionellen Anlegern.

Zinsüberschuss von nahestehenden Unternehmen

Vom GuV-Posten Zinsüberschuss entfallen auf nahestehende Unternehmen folgende Beträge:

(in Mio €)

	2017	2016
Verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	39	54
darunter gegenüber:		
UniCredit S.p.A.	6	13
Schwesterunternehmen	32	40
Tochterunternehmen	1	—
Gemeinschaftsunternehmen	6	5
Assoziierte Unternehmen	21	6
Sonstige Beteiligungsunternehmen	15	12
Insgesamt	81	77

34 Dividenden und ähnliche Erträge aus Kapitalinvestitionen

(in Mio €)

	2017	2016
Dividenden und ähnliche Erträge	10	58
Ergebnis aus at-Equity bewerteten Unternehmen	1	– 1
Insgesamt	11	57

35 Provisionsüberschuss

(in Mio €)

	2017	2016
Provisionsertrag	1.378	1.420
Provisionsaufwendungen	– 275	– 354
Provisionsüberschuss	1.103	1.066
davon:		
Management-, Makler- und Consultantdienstleistungen	562	533
Zahlungsverkehrsdienstleistungen	264	219
Kreditgeschäft	288	329
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	– 11	– 15

Vom Provisionsüberschuss entfallen 113 Mio € Provisionserträge (Vorjahreszeitraum: 146 Mio €) und 5 Mio € Provisionsaufwendungen (Vorjahreszeitraum: 4 Mio €) auf Finanzinstrumente, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Provisionen, die für einzelne Dienstleistungen in Rechnung gestellt werden, werden sofort nach erbrachter Dienstleistung vereinnahmt. Im Gegensatz dazu werden Provisionen, die sich auf einen Zeitraum beziehen (zum Beispiel Provisionen für Finanzgarantien), abgegrenzt.

Provisionsüberschuss von nahestehenden Unternehmen

Vom GuV-Posten Provisionsüberschuss entfallen auf nahestehende Unternehmen folgende Beträge:

(in Mio €)

	2017	2016
Verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	70	45
darunter gegenüber:		
UniCredit S.p.A.	20	– 58
Schwesterunternehmen	50	94
Tochterunternehmen	—	9
Gemeinschaftsunternehmen	1	1
Assoziierte Unternehmen	2	20
Sonstige Beteiligungsunternehmen	—	—
Insgesamt	73	66

36 Handelsergebnis

(in Mio €)

	2017	2016
Nettogewinne aus Finanzinstrumenten, Held for Trading ¹	846	880
Effekte aus dem Hedge Accounting	77	1
Fair-Value-Änderungen der Grundgeschäfte	608	87
Fair-Value-Änderungen der Sicherungsderivate	– 531	– 86
Gewinne und Verluste aus aFvTPL-Finanzinstrumenten (Fair-Value-Option) ²	– 4	22
Sonstiges Handelsergebnis	9	—
Insgesamt	928	903

¹ Inklusive Dividenden aus Finanzinstrumenten, Held for Trading.

² Hierin sind auch die Bewertungsergebnisse von Derivaten, die zur Absicherung von aFvTPL-Finanzinstrumenten abgeschlossen wurden, enthalten (Effekt im Berichtsjahr: +244 Mio €, Effekt im Vorjahr: +41 Mio €).

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (FORTSETZUNG)

Im Hedge-Accounting-Ergebnis sind die Hedgeergebnisse von Portfolio Fair Value Hedges und den einzelnen Mikro-Fair-Value-Hedges zusammen netto ausgewiesen.

Das Netto-Hedge-Accounting-Ergebnis in Höhe von 77 Mio € (Vorjahreszeitraum: 1 Mio €) ergibt sich aus den Fair-Value-Änderungen in Bezug auf das abgesicherte Risiko der Grundgeschäfte in Höhe von 608 Mio € (Vorjahreszeitraum: 87 Mio €) und den Fair-Value-Änderungen der Sicherungsderivate in Höhe von –531 Mio € (Vorjahreszeitraum: –86 Mio €).

Die Nettogewinne der erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Bestände (sowohl Held-for-Trading-Bestände als auch Fair-Value-Option) enthalten grundsätzlich nur die erfolgswirksamen Fair-Value-Änderungen. Die Zinserfolge der Handelsbestände werden grundsätzlich im Zinsüberschuss ausgewiesen. Nur beim Handelszinsswapbuch, das lediglich Zinsderivate enthält, werden die Zinscashflows im Handelsnettoergebnis gezeigt, damit hier der vollständige Ergebnisbeitrag dieser Aktivitäten abgebildet wird.

37 Saldo sonstige Aufwendungen/Erträge

(in Mio €)

	2017	2016
Sonstige Erträge	654	595
Sonstige Aufwendungen	– 255	– 241
Insgesamt	399	354

In den sonstigen Erträgen sind Mieterträge aus Investment Properties und gemischt genutzten Gebäuden in Höhe von 220 Mio € (Vorjahreszeitraum: 169 Mio €) enthalten. Laufende betriebliche Aufwendungen (einschließlich Reparaturen und Instandhaltung), die den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien direkt zurechenbar sind, und laufende Aufwendungen aus gemischt genutzten Gebäuden in Höhe von 82 Mio € (Vorjahreszeitraum: 56 Mio €) werden mit den sonstigen Erträgen verrechnet. Die sonstigen Aufwendungen enthalten die Aufwendungen für die europäische Bankenabgabe in Höhe von 80 Mio € (Vorjahreszeitraum: 70 Mio €). Der Saldo sonstige Aufwendungen/Erträge beinhaltet den Ertragssaldo aus dem Off-Shore-Windpark BARD Offshore 1 in Höhe von 203 Mio € (Vorjahreszeitraum: 219 Mio €).

Ferner weisen wir in dieser Position Realisierungserfolge aus dem Verkauf von nicht wertberichtigten Forderungen in Höhe von 67 Mio € (Vorjahreszeitraum: 26 Mio €) aus.

Saldo sonstige Aufwendungen/Erträge von nahestehenden Unternehmen

Vom GuV-Posten Saldo sonstige Aufwendungen/Erträge entfallen auf nahestehende Unternehmen folgende Beträge:

(in Mio €)

	2017	2016
Verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	87	87
darunter gegenüber:		
UniCredit S.p.A.	16	20
Schwesterunternehmen	71	67
Gemeinschaftsunternehmen	—	—
Assoziierte Unternehmen	—	—
Sonstige Beteiligungsunternehmen	—	—
Insgesamt	87	87

38 Verwaltungsaufwand

(in Mio €)

	2017	2016
Personalaufwand	– 1.600	– 1.668
Löhne und Gehälter	– 1.303	– 1.360
Soziale Abgaben	– 177	– 207
Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung	– 120	– 101
Andere Verwaltungsaufwendungen	– 1.443	– 1.536
Abschreibungen und Wertberichtigungen	– 227	– 257
auf Sachanlagen	– 212	– 241
auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte ohne Geschäfts- oder Firmenwerte	– 15	– 16
Insgesamt	– 3.270	– 3.461

In den Löhnen und Gehältern sind Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Höhe von 4 Mio € (Vorjahreszeitraum: 11 Mio €) enthalten. Aufwände für gleichartige Leistungen im Rahmen von Restrukturierungsmaßnahmen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Aufwendungen für Restrukturierungen erfasst und in der Note Aufwendungen für Restrukturierungen erläutert.

Verwaltungsaufwand von nahestehenden Unternehmen

Vom GuV-Posten Verwaltungsaufwand entfallen auf nahestehende Unternehmen folgende Beträge:

(in Mio €)

	2017	2016
Verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	– 703	– 712
darunter gegenüber:		
UniCredit S.p.A.	– 16	– 6
Schwesterunternehmen	– 687	– 706
Gemeinschaftsunternehmen	—	—
Assoziierte Unternehmen	—	—
Sonstige Beteiligungsunternehmen	—	—
Insgesamt	– 703	– 712

Aktienbasierte Vergütung nach IFRS 2

Im Berichtsjahr wurden aktienbasierte Vergütungen vorwiegend unter dem Group Incentive System gewährt. Darüber hinaus existieren in der UniCredit Gruppe drei weitere Programme, unter denen Aktien oder Aktienoptionen zugesagt wurden und die ebenfalls nach IFRS 2 bilanziert werden: Das Mitarbeiterbeteiligungsprogramm (Long Term Incentive Program), der Long Term Incentive Plan (LTI 2017–2019) und das Belegschaftsaktienprogramm (Let's Share).

Group Incentive System:

Seit dem Geschäftsjahr 2010 regelt das Group Incentive System für ausgewählte Mitarbeiter die variable Vergütung. Kern dieses Systems ist, dass die variable Vergütung teilweise auch in Aktienform gewährt wird und über mehrere Jahre gestreckt zur Auszahlung kommt.

Begünstigte des Group Incentive Systems sind Mitarbeiter, deren Tätigkeit einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisiko der Bank hat. Im Rahmen des Group Incentive Systems wird der für das jeweilige Berichtsjahr zugesagte Bonus aufgeteilt in eine Barkomponente und eine Aktienkomponente.

Die Barkomponente wird gestaffelt über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren ausgezahlt. Entsprechend erhält diese Mitarbeitergruppe 20% bis 30% des Bonus für 2017 mit der Zusage Anfang 2018 in bar ausgezahlt, weitere 10% bis 20% werden jeweils nach Ablauf der Geschäftsjahre 2018 und 2020 bzw. 2022 ausbezahlt.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (FORTSETZUNG)

Für die verbleibenden 50% des Bonusbetrages erhalten die begünstigten Mitarbeiter Anfang 2018 eine Zusage auf die Zuteilung von Aktien der UniCredit S.p.A. als Teil des Bonus für 2017, die nach Ablauf der Geschäftsjahre 2019 bis 2021 bzw. 2022 an die begünstigten Mitarbeiter übertragen werden.

Die zeitlich verzögerte Zahlung nach Ablauf der Geschäftsjahre 2018 und 2020 bzw. 2022 bzw. die Zuteilung der Aktien nach Ablauf der Geschäftsjahre 2019, 2020, 2021 bzw. 2022 an die begünstigten Mitarbeiter steht unter dem Vorbehalt, dass im Rahmen einer Malus-Regelung sichergestellt wird, dass es sowohl auf Ebene der UniCredit Gruppe als auch auf der individuellen Ebene des einzelnen begünstigten Mitarbeiters zu keinem Verlust bzw. einer signifikanten Verminderung der erzielten Ergebnisse gekommen ist.

Der Fair Value für die zugesagten Aktien errechnet sich aus dem durchschnittlichen Börsenkurs der UniCredit S.p.A. Aktien im Monat vor dem Beschluss des Board of Directors im März 2018, das über die Gewährung entscheidet, korrigiert um einen Abschlag für erwartete Dividenden während der Sperrfrist.

Im Berichtsjahr wurden als Komponente des für 2016 zugesagten Bonus 1,9 Millionen Stück UniCredit S.p.A. Aktien gewährt mit einem Fair Value von 23,5 Mio €. Sofern nach dem Datum der Zusage eine Kapitalmaßnahme durchgeführt wird, erfolgt eine entsprechende Anpassung in Bezug auf die Anzahl der zugesagten Aktien. Die in 2017 gewährten Aktien als Teil des Bonus 2016 werden in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 übertragen. Die Fair Values je Aktie zum Zeitpunkt der Gewährung stellen sich wie folgt dar:

	2017
Fair Value der in 2019 zu übertragenden Aktien (€ je Aktie)	12,826
Fair Value der in 2020 zu übertragenden Aktien (€ je Aktie)	12,495
Fair Value der in 2021 zu übertragenden Aktien (€ je Aktie)	12,064
Fair Value der in 2022 zu übertragenden Aktien (€ je Aktie)	11,636

Die zugesagten Bonusbeträge werden über den jeweiligen Erdienungs-Zeitraum der Tranche anteilig erfolgswirksam erfasst.

Bonusbeträge für das Geschäftsjahr 2017, die in 2018 zur Auszahlung kommen, sind in voller Höhe als Aufwand erfasst. Sofern Barzahlungen zeitlich verzögert vorgenommen werden, stehen diese unter dem Vorbehalt, dass die begünstigten Mitarbeiter weiterhin der UniCredit Gruppe angehören bzw. zum Teil unter weiteren Leistungszielen. Entsprechend setzt sich der Erdienungs-Zeitraum für den zugesagten Bonus aus mehreren Geschäftsjahren zusammen (Zielerreichung plus Wartezeit) und ist gemäß IAS 19.153 in Verbindung mit IAS 19.68 über diesen Zeitraum abzugrenzen. Somit werden Barauszahlungen unter dem zugesagten Bonus für 2017, die zeitlich verzögert vorgenommen werden, im jeweiligen Zeitraum (beginnend mit dem Geschäftsjahr 2017 bis zum Ablauf des Geschäftsjahres, in dem die jeweilige Warteperiode für den jeweiligen Teilbetrag endet) anteilig als Aufwand erfasst.

Bei Erfüllung der Bedingungen für die Gewährung liefert die UniCredit S.p.A. den Mitarbeitern Aktien für die Zusagen der HVB Group. Die HVB Group erstattet der UniCredit S.p.A. die hierfür angefallenen Aufwendungen. Der Aufwand für die übertragenen Aktien entspricht dem Fair Value der Aktien zum Zeitpunkt der Zusage.

Long Term Incentive Plan (LTI 2017–2019):

Im Berichtsjahr wurde mit dem Long Term Incentive Plan 2017–2019 ein weiteres Element des Vergütungssystems in der UniCredit Group für das Top Management (Executive Vice Presidents und höher) sowie Key-Player in der UniCredit Bank AG eingeführt. Damit wird ein Teil der variablen Vergütung des Top Management erst nach einer mehrjährigen Bemessungsperiode festgelegt. Der Plan umfasst eine Performance-Periode von drei Jahren, gefolgt von einem dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum mit einer zusätzlich verpflichtenden Halteperiode. Die Zusage basiert zu 100 % auf Aktien der UniCredit S.p.A. Die jeweiligen Tranchen unterliegen Malus-Bedingungen sowie einer Claw-Back-Regelung, wonach die Rückforderung bis 4 Jahre nach Vesting jeder einzelnen Aktien-Tranche möglich ist.

Im Berichtsjahr wurden als Komponente des LTI 2017–2019 insgesamt 1,3 Millionen Stück UniCredit S.p.A. Aktien mit einem Fair Value von 16,9 Mio € bedingt zugesagt. Sofern nach dem Datum der Zusage eine Kapitalmaßnahme durchgeführt wird, erfolgt eine entsprechende Anpassung in Bezug auf die Anzahl der zugesagten Aktien.

Der Fair Value für die bedingt zugesagten Aktien errechnet sich aus dem durchschnittlichen Börsenkurs der UniCredit S.p.A. Aktien im Monat vor dem Beschluss des Board of Directors im Januar 2017, das über die Gewährung entschieden hat, korrigiert um einen Abschlag für erwartete Dividenden während der Sperrfrist.

Die Entscheidung über den Umfang der tatsächlichen Gewährung dieser Aktien erfolgt am Ende der Performanceperiode, das heißt nach Abschluss des Geschäftsjahres 2019. Die UniCredit Bank AG übernimmt die Aufwendungen für die Durchführung des Long Term Incentive Plans innerhalb der HVB.

	2017
Fair Value der in 2020 zu übertragenden Aktien (€ je Aktie)	13,253
Fair Value der in 2021 zu übertragenden Aktien (€ je Aktie)	12,821
Fair Value der in 2022 zu übertragenden Aktien (€ je Aktie)	12,391
Fair Value der in 2023 zu übertragenden Aktien (€ je Aktie)	11,963

Bei Erfüllung der Bedingungen für die Gewährung liefert die UniCredit S.p.A. den Mitarbeitern Aktien für die Zusagen der HVB Group. Die HVB Group erstattet der UniCredit S.p.A. die hierfür angefallenen Aufwendungen. Der Aufwand für die übertragenen Aktien entspricht dem Fair Value der Aktien zum Zeitpunkt der Zusage.

Entwicklung der ausstehenden Aktien (Group Incentive System; LTI 2017–2019):

	2017		2016	
	ANZAHL (STÜCK)	DURCHSCHNITTliche FÄLLIGKEIT	ANZAHL (STÜCK)	DURCHSCHNITTliche FÄLLIGKEIT
Ausstehend zum Beginn der Periode	20.745.754	Oktober 2018	17.296.557	Juni 2017
nach Kapitalmaßnahme ¹	4.138.428	Oktober 2018		
Zugänge				
Neu gewährte Aktien	1.876.447	März 2020	10.536.220	März 2019
Durch Konzerntransfers	16.544	März 2019	441.058	August 2017
Bedingt zugesagte Aktien	1.333.703	August 2021		
Abgänge				
Verwirkte Aktien	71.682	September 2018	171.558	September 2018
Transferierte Aktien	728.213	Mai 2017	7.185.845	Mai 2016
Durch Konzerntransfer	18.882	Januar 2019	170.678	Februar 2019
Verfallene Aktien	—	—	—	—
Bestand zum Ende der Periode	6.546.345	Dezember 2019	20.745.754	Oktober 2018

¹ In Folge der Anfang 2017 durchgeführten Kapitalmaßnahmen der UniCredit S.p.A. wurde der ausstehende Bestand zu Beginn der Periode unter Anwendung des offiziellen Umrechnungsfaktors in neue Stücke überführt.

Im Geschäftsjahr 2017 sind anteilige Aufwendungen in Form von aktienbasierten Vergütungen gemäß IFRS 2 in Höhe von 33 Mio € (Vorjahr: 19 Mio €) für die Aktienkomponente aus den Bonuszusagen für 2012 bis 2017 angefallen und im Personalaufwand erfasst. Die insgesamt gebildete Rückstellung beträgt 109 Mio € (Vorjahr: 77 Mio €).

Mitarbeiterbeteiligungsprogramm (Long Term Incentive Program):

Für nach bestimmten Kriterien ausgewählte Führungskräfte und Nachwuchskräfte sämtlicher Gesellschaften der UniCredit Gruppe wurde ein Mitarbeiterbeteiligungsprogramm (Long Term Incentive Program) aufgelegt, das aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Aktien der UniCredit S.p.A. umfasst. Unter diesem Rahmenprogramm wurden bereits in den Jahren bis 2012 immer wieder Einzelprogramme aufgelegt, die als wesentliche Elemente die Gewährung von Aktienoptionen, ab 2011 in Form sogenannter Performance Stock Options beinhalten.

Dabei nimmt die UniCredit S.p.A. die Zusage direkt gegenüber den Mitarbeitern der HVB vor. Die HVB erstattet der UniCredit S.p.A. im Gegenzug die angefallenen Aufwände für die Aktienoptionen, die nach Ablauf des Erdienungs-Zeitraums und nach Prüfung der mit der Zusage verbundenen Bedingungen an die Begünstigten tatsächlich übertragen werden. Der Aufwand für die übertragenen Aktienoptionen entspricht dem Fair Value des Instruments zum Zeitpunkt der Zusage.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (FORTSETZUNG)

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf alle begünstigten Mitarbeiter der HVB Group, die in das Long Term Incentive Program einbezogen worden sind, während die diesbezüglichen Angaben in der Note Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen, die die Bezüge des Vorstands darstellt, lediglich die dem Vorstand gewährten Aktienoptionen betreffen.

Die Performance Stock Options berechtigen zum Erwerb einer Aktie der UniCredit S.p.A. zu einem Preis, der vor der Ausgabe der Option festgelegt wurde. Bei Aktienoptionen ab dem Ausgabejahr 2011 entsteht ein Anspruch zur Ausübung in einer Bandbreite zwischen 0% und 150% (abhängig vom Grad der Zielerreichung) der ursprünglich gewährten Basisstückzahl erst dann, wenn nach Ablauf von circa drei bis vier Jahren die jeweils relevanten Ziele erreicht sind. Eine Ausübung ist nur innerhalb einer festgesetzten Periode möglich, welche nach Ablauf der Sperrfrist beginnt. Falls der Begünstigte die UniCredit Gruppe verlässt, sind die Aktienoptionen grundsätzlich verwirkt, das heißt, sie können nicht mehr ausgeübt werden. In bestimmten Ausnahmefällen wie Erwerbsunfähigkeit, Renteneintritt, Ausscheiden des Arbeitgebers aus der UniCredit Gruppe werden die Optionen anteilig oder ganz erworben.

Die Ermittlung der Fair Values für die Aktienoptionen zum Stichtag der Gewährung erfolgt mittels des Trinomialmodells von Hull & White. Hierbei sind folgende Parameter berücksichtigt worden:

- Wahrscheinlichkeit des Verfalls der Option, da der Begünstigte nach Ablauf der Sperrfrist das Unternehmen vorzeitig verlässt,
- Annahme einer Ausübungsschranke, das heißt, die Optionen werden vor Ablauf der Ausübungsfrist nur dann ausgeübt, wenn der aktuelle Kurs der UniCredit-Aktie den Ausübungspreis um den Multiplikator der Ausübungsschranke (in der Regel das 1,5fache) übersteigt,
- Dividendenrendite der UniCredit-Aktie,
- durchschnittliche historische tägliche Volatilität über einen Zeitraum äquivalent zur Sperrfrist.

Alle Aktienoptionen, die in früheren Jahren zugesagt wurden, sind bereits ausübbar. Seit 2012 wurden keine neuen Aktienoptionen mehr gewährt.

Entwicklung der ausstehenden Aktienoptionen:

	2017			2016		
	ANZAHL (STÜCK)	DURCH- SCHNITTLICHER AUSÜBUNGS- PREIS (in €) ¹	DURCH- SCHNITTliche FÄLLIGKEIT	ANZAHL (STÜCK)	DURCH- SCHNITTLICHER AUSÜBUNGS- PREIS (in €) ¹	DURCH- SCHNITTliche FÄLLIGKEIT
Ausstehend zum Beginn der Periode	12.003.612	4,67	August 2018	13.182.652	4,62	Dezember 2018
Zugänge						
Neu gewährte Aktienoptionen	—	—	—	—	—	—
Durch Konzerntransfers	—	—	—	—	—	—
Abgänge						
Verwirkte Aktienoptionen	112.424	6,47	Januar 2018	50.791	5,94	März 2018
Ausgeübte Aktienoptionen	—	—	—	—	—	—
Verfallene Aktienoptionen	1.020.257	7,09	Juli 2017	1.128.249	4,01	Dezember 2022
Bestand zum Ende der Periode	10.870.931	4,42	September 2018	12.003.612	4,67	August 2018
Ausübbar Optionen zum Ende der Periode	10.870.931	4,42	September 2018	12.003.612	4,67	August 2018

¹ Aufgrund der Nichtberücksichtigung erfolgter Kapitalerhöhungen bzw. Aktienzusammenlegungen (in 2012 und 2017: jeweils Kapitalzusammenlegung im Verhältnis 10:1 und anschließende Kapitalerhöhung) im Einklang mit den Bedingungen zur Gewährung der Aktienoptionen ist der ermittelte durchschnittliche Ausübungspreis nur eingeschränkt aussagefähig.

Als Aufwand wird bei Optionen der Fair Value am Tag der Gewährung auf Basis der erwarteten Anzahl der übertragenen Optionen anteilig über die Laufzeit erfasst.

Zeitanteiliger Aufwand fiel im Berichtsjahr wie bereits im Vorjahr nicht mehr an, ebenso keine Erträge aus verwirkten Instrumenten. Für zugesagte Aktienoptionen in der HVB Group wurden in 2017 und 2016 keine Rückstellungen gebildet.

Belegschaftsaktienprogramm (Let's Share):

Für die Mitarbeiter der UniCredit Gruppe wurde ein Belegschaftsaktienprogramm (Employee Share Ownership Plan Let's Share) aufgelegt, im Rahmen dessen die Möglichkeit besteht, UniCredit-Aktien zu vergünstigten Konditionen zu erwerben.

Teilnehmer am Plan konnten mit ihren Beiträgen zwischen Juli 2017 und Dezember 2017 reguläre UniCredit-Aktien (genannt Investment-Aktien) kaufen. Verglichen mit dem direkten Aktienwerb am Markt bietet der Plan jedoch folgenden Vorteil:

Die teilnehmenden Mitarbeiter bekommen zunächst das Recht auf Gratis-Aktien im Wert von einem Drittel des von ihnen im Rahmen des Plans investierten Betrags. Am Ende einer einjährigen Sperrfrist erhalten die Teilnehmer Anfang August 2018 für ihre Rechte reguläre Aktien der UniCredit S.p.A., die ihnen dann unmittelbar zur freien Verfügung stehen. Die Rechte auf die Gratis-Aktien verfallen in der Regel, wenn Mitarbeiter die Investment-Aktien verkaufen oder sie die Beschäftigung bei einem Unternehmen der UniCredit Gruppe vor dem Ablauf der Sperrfrist beenden.

Durch die Gewährung der Gratis-Aktien ist ein Vorteil von rund 1/3 des getätigten Investments möglich. Hinzu kommt noch eine Steuervergünstigung, die für derartige Belegschaftsaktienprogramme in Deutschland besteht.

Auch beim Belegschaftsaktienprogramm nimmt die UniCredit S.p.A. die Zusage gegenüber den Mitarbeitern vor. Bei Übertragung der Gratis-Aktien erstattet die Bank der UniCredit S.p.A. die hierfür angefallenen Aufwendungen. Der Aufwand entspricht dem Fair Value der Gratis-Aktien zum Zeitpunkt der Zusage. Der Fair Value der ausstehenden Gratis-Aktien wird auf Basis des Aktienkurses zum Zeitpunkt des Kaufs der Investment-Aktien durch die Mitarbeiter unter Berücksichtigung eines Abschlags für erwartete Dividendenzahlungen über die Sperrfrist ermittelt.

Die Durchführung des Plans ist grundsätzlich jährlich vorgesehen. Vergleichbare Programme wurden bereits in den Vorjahren aufgelegt. Insgesamt ist das Belegschaftsaktienprogramm für den Konzernabschluss der HVB Group von untergeordneter Bedeutung.

39 Kreditrisikovorsorge

(in Mio €)

	2017	2016
Zuführungen	– 1.103	– 1.265
Wertberichtigungen auf Forderungen	– 904	– 1.097
Rückstellungen im Kreditgeschäft	– 199	– 168
Auflösungen	862	867
Wertberichtigungen auf Forderungen	668	730
Rückstellungen im Kreditgeschäft	194	137
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	46	57
Erfolge/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Forderungen	—	—
Insgesamt	– 195	– 341

Erfolge aus dem Abgang von nicht wertgeminderten Forderungen werden im Saldo sonstige Erträge/Aufwendungen ausgewiesen. Im Berichtsjahr ergab sich daraus ein Ergebnis von 67 Mio € (Vorjahreszeitraum: 26 Mio €). Die Nettoaufwendungen (Kreditrisikovorsorge und Realisierungserfolge) der Kategorie Kredite und Forderungen belaufen sich auf –123 Mio € (Vorjahreszeitraum: –284 Mio €).

Kreditrisikovorsorge bei nahestehenden Unternehmen

Vom GuV-Posten Kreditrisikovorsorge entfallen auf nahestehende Unternehmen folgende Beträge:

(in Mio €)

	2017	2016
Verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	—	– 1
darunter gegenüber:		
UniCredit S.p.A.	—	—
Schwesterunternehmen	—	– 1
Gemeinschaftsunternehmen	—	– 2
Assoziierte Unternehmen	– 7	– 5
Sonstige Beteiligungsunternehmen	—	1
Insgesamt	– 7	– 7

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (FORTSETZUNG)

40 Zuführungen zu Rückstellungen

Im Berichtsjahr ergaben sich per Saldo Aufwendungen für Rückstellungen in Höhe von 25 Mio € nach 193 Mio € im Vorjahr. Es handelt sich in beiden Jahren überwiegend um Rückstellungen für Rechtsrisiken. Die Rechtsrisiken sind im Risk Report des Lageberichtes im Kapitel Operationelles Risiko näher beschrieben.

41 Aufwendungen für Restrukturierungen

Im Geschäftsjahr 2017 fielen 7 Mio € Aufwendungen für Restrukturierungen an, die im Wesentlichen aus Restrukturierungsrückstellungen bei Tochtergesellschaften resultieren. Die für das Vorjahr ausgewiesenen Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 645 Mio € standen weit überwiegend im Zusammenhang mit den im Rahmen des Strategieprogramms Transform 2019 geplanten Maßnahmen.

42 Finanzanlageergebnis

Nettoergebnis aus Finanzanlagen

(in Mio €)

	2017	2016
AfS-Finanzinstrumente	129	20
Anteile an verbundenen Unternehmen	– 8	– 1
At-Equity bewertete Unternehmen	– 4	– 4
HtM-Finanzinstrumente	—	—
Grundstücke und Gebäude	4	—
Investment Properties ¹	– 9	27
Sonstiges	—	– 3
Insgesamt	112	39

1 Realisierungserfolge, außerplanmäßige Abschreibungen und Zuschreibungen.

Das Nettoergebnis aus Finanzanlagen gliedert sich wie folgt auf:

(in Mio €)

	2017	2016
Realisierungserfolge aus dem Verkauf von	140	52
AfS-Finanzinstrumenten	141	23
Anteilen an verbundenen Unternehmen	– 8	– 1
At-Equity bewerteten Unternehmen	—	—
HtM-Finanzinstrumenten	—	—
Grundstücken und Gebäuden	4	—
Investment Properties	3	33
Sonstiges	—	– 3
Abschreibungen und Wertberichtigungen bzw. Zuschreibungen auf	– 28	– 13
AfS-Finanzinstrumente	– 12	– 3
Anteile an verbundenen Unternehmen	—	—
At-Equity bewertete Unternehmen	– 4	– 4
HtM-Finanzinstrumente	—	—
Investment Properties	– 12	– 6
Sonstiges	—	—
Insgesamt	112	39

Das Finanzanlageergebnis belief sich im Berichtsjahr auf 112 Mio €. Es resultiert aus Realisierungserfolgen in Höhe von 140 Mio €, die fast ausschließlich aus Veräußerungsgewinnen von AfS-Finanzinstrumenten (141 Mio €) erzielt wurden. Diese sind im Wesentlichen durch zwei Verkäufe aus unserem Anteilsbesitz entstanden. Dagegen sind per Saldo Abschreibungen und Wertberichtigungen in Höhe von insgesamt –28 Mio € angefallen, die aus AfS-Finanzinstrumenten (–12 Mio €), Investment Properties (–12 Mio €) und At-Equity bewertete Unternehmen (–4 Mio €) stammten.

Im Finanzanlageergebnis des Vorjahres (39 Mio €) sind Realisierungserfolge in Höhe von 52 Mio € enthalten, die im Wesentlichen aus Veräußerungsgewinnen von AfS-Finanzinstrumenten mit 23 Mio € und aus Verkaufsgewinnen für Investment Properties in Höhe von 33 Mio € erwirtschaftet wurden. Dagegen sind per Saldo Abschreibungen und Wertberichtigungen von insgesamt 13 Mio € angefallen, die auf AfS-Finanzinstrumente, At-Equity bewertete Unternehmen und Investment Properties entfallen.

43 Ertragsteuern

(in Mio €)

	2017	2016
Tatsächliche Steuern	– 205	– 166
Latente Steuern	– 56	26
Insgesamt	– 261	– 140

Im tatsächlichen Steueraufwand des Jahres 2017 sind Erträge für frühere Jahre in Höhe von 140 Mio € (Vorjahreszeitraum: 43 Mio €) unter anderem aufgrund der Auflösung von Rückstellungen enthalten.

Im latenten Steueraufwand des Berichtsjahres ist ein Ertrag aus Wertanpassungen von aktiven latenten Steuern auf steuerliche Verlustvträge und temporäre Differenzen in Höhe von insgesamt 139 Mio € enthalten. Der gegenläufige latente Aufwand in Höhe von insgesamt 195 Mio € ergibt sich insgesamt aus der Entstehung und Auflösung von temporären Differenzen sowie der Nutzung von steuerlichen Verlusten. Darin ist ein Steueraufwand in Höhe von 11 Mio € infolge der Steuersatzminderungen in den USA berücksichtigt. Der latente Steuerertrag des Vorjahres ergibt sich aus einem Ertrag aus der Wertanpassung sowie per Saldo aus der Entstehung und Auflösung von temporären Differenzen sowie der Nutzung von steuerlichen Verlusten.

Die Unterschiede zwischen den rechnerischen und den ausgewiesenen Ertragsteuern sind in der nachfolgenden Überleitungsrechnung dargestellt.

(in Mio €)

	2017	2016
Ergebnis vor Steuern	1.597	297
Anzuwendender Steuersatz	31,4%	31,4%
Rechnerische Ertragsteuern	– 501	– 93
Steuereffekte		
aus Vorjahren und Steuersatzänderungen	111	– 21
aus Auslandseinkünften	31	1
aus steuerfreien Erträgen	70	93
aus unterschiedlichen Rechtsnormen	– 56	– 23
aus nicht abziehbaren Aufwendungen	– 51	– 65
aus Wertanpassungen und dem Nichtansatz latenter Steuern	136	– 32
aus sonstigen Unterschieden	– 1	—
Ausgewiesene Ertragsteuern	– 261	– 140

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (FORTSETZUNG)

Der Überleitungsrechnung wurde wie im Vorjahr ein anzuwendender Steuersatz von 31,4% zugrunde gelegt, der sich aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 15,0%, dem Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5% und einem durchschnittlichen Gewerbesteuersatz von 15,6% zusammensetzt. Es wird dem Umstand Rechnung getragen, dass das Konzernergebnis deutlich von einem im Inland erzielten Ergebnis und damit von deutscher Körperschaftsteuer sowie Gewerbesteuer geprägt ist.

Die Steuereffekte aus Auslandseinkünften ergeben sich insbesondere aufgrund der unterschiedlichen Steuersätze in den einzelnen Ländern.

Die steuerfreien Erträge enthalten Veräußerungsgewinne aus Finanzanlagen (siehe Note Finanzanlageergebnis).

Die Position Steuereffekte aus unterschiedlichen Rechtsnormen umfasst die gewerbesteuerlichen Modifikationen inländischer Gesellschaften und andere lokale Besonderheiten.

Die latenten Steuerverpflichtungen bzw. die latenten Steueransprüche verteilen sich auf folgende Positionen:

(in Mio €)

	2017	2016
Latente Steueransprüche		
Handelsaktiva/-passiva	230	257
Finanzanlagen	2	2
Sachanlagen/Immaterielle Vermögenswerte	123	118
Rückstellungen	625	703
Sonstige Aktiva/Sonstige Passiva/Hedging Derivate	284	465
Forderungen an Kreditinstitute/Kunden inklusive Risikovorsorge	92	166
Verlustvorträge/Steuergutschriften	392	374
Sonstiges	2	—
Summe latente Steueransprüche	1.750	2.085
Saldierungseffekt	– 500	– 722
Ausgewiesene latente Steueransprüche	1.250	1.363
Latente Steuerverpflichtungen		
Forderungen an Kreditinstitute/Kunden inklusive Risikovorsorge	32	95
Handelsaktiva/-passiva	1	1
Finanzanlagen	112	169
Sachanlagen/Immaterielle Vermögenswerte	40	67
Sonstige Aktiva/Sonstige Passiva/Hedging Derivate	363	449
Verbindlichkeiten Kreditinstitute/Kunden	2	3
Sonstiges	39	19
Summe latente Steuerverpflichtungen	589	803
Saldierungseffekt	– 500	– 722
Ausgewiesene latente Steuerverpflichtungen	89	81

Die latenten Steuern werden grundsätzlich mit den lokalen Steuersätzen der jeweiligen Steuerjurisdiktion bewertet. Die Bemessung der latenten Steuern erfolgt bei unseren inländischen Gesellschaften mit dem einheitlichen, von der Ausschüttung unabhängigen Körperschaftsteuersatz einschließlich Solidaritätszuschlag von 15,8% und dem vom jeweiligen Hebesatz abhängigen Gewerbesteuersatz. Für die HVB ergibt sich in Deutschland ein im Vergleich zum Vorjahr unveränderter Gesamtbewertungssatz für latente Steuern von 31,4%. Für andere inländische und für ausländische Einheiten wurde der jeweils gültige Steuersatz analog zugrunde gelegt. Steuersatzänderungen sind berücksichtigt, soweit sie zum Berichtsstichtag bereits beschlossen waren.

Zu Lasten der AfS-Rücklage der HVB Group wurden latente Steuerverpflichtungen in Höhe von 19 Mio € (Vorjahreszeitraum: 15 Mio €) und zu Lasten der Hedge-Rücklage 12 Mio € latente Steuerverpflichtungen (Vorjahreszeitraum: 13 Mio €) gebucht. Die latenten Steuern sind im Wesentlichen in den oben genannten Positionen Finanzanlagen sowie Sonstige Aktiva/Sonstige Passiva/Hedging Derivate enthalten. Aktive latente Steuern in Höhe von 532 Mio € (Vorjahreszeitraum: 602 Mio €) wurden im Zusammenhang mit der Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen gemäß IAS 19 erfasst. Bei den angegebenen direkt mit den Rücklagen bzw. dem sonstigen Ergebnis verrechneten latenten Steuern handelt es sich jeweils um den Saldo zwischen aktiven und passiven latenten Steuern und um die Beträge vor Korrektur wegen der Anteile in Fremdbesitz.

Für weitere, zum größten Teil zeitlich unbegrenzt nutzbare steuerliche Verlustvorträge der HVB Group in Höhe von 2.604 Mio € (Vorjahreszeitraum: 3.182 Mio €) und abzugsfähige temporäre Unterschiede in Höhe von 1.847 Mio € (Vorjahreszeitraum: 1.750 Mio €) wurden gemäß IAS 12 keine latenten Steueransprüche angesetzt.

Die Ermittlung der angesetzten aktiven latenten Steuern erfolgte auf Basis von Planungen der einzelnen Geschäftsbereiche, denen segmentspezifische und allgemeine makroökonomische Annahmen zugrunde liegen. Die Bewertung erfolgte unter Berücksichtigung von angemessenen Bewertungsabschlägen. Der Planungszeitraum beträgt unverändert fünf Jahre. Bei der Bewertung wurden eventuelle zeitliche Restriktionen der lokalen Regelungen und bei steuerlichen Verlustvorträgen etwaige Mindestbesteuerungsregelungen beachtet. Bei einer Mehrjahresplanung sind Schätzunsicherheiten inhärent. Sofern sich im Zeitablauf Veränderungen in der Mehrjahresplanung ergeben, kann dies Auswirkungen auf die Bewertung des aktivierten bzw. des neu zu aktivierenden Volumens an latenten Steuern haben.

44 Ergebnis je Aktie

	2017	2016
Konzernüberschuss auf den Anteilseigner entfallend in Mio €	1.332	153
Durchschnittliche Anzahl der Aktien	802.383.672	802.383.672
Ergebnis je Aktie in € (unverwässert und verwässert)	1,66	0,19

Angaben zur Bilanz

45 Barreserve

(in Mio €)

	2017	2016
Kassenbestand	6.024	4.518
Guthaben bei Zentralnotenbanken	30.390	5.252
Insgesamt	36.414	9.770

46 Handelsaktiva

(in Mio €)

	2017	2016
Bilanzielle Finanzinstrumente	32.082	35.691
Festverzinsliche Wertpapiere	10.415	10.928
Eigenkapitalinstrumente	12.636	11.315
Sonstige bilanzielle Handelsaktiva	9.031	13.448
Positive beizulegende Zeitwerte aus derivativen Instrumenten	43.411	58.396
Insgesamt	75.493	94.087

In den Handelsaktiva sind insbesondere Wertpapiere des Handelsbestands sowie positive Zeitwerte von Derivaten enthalten sofern es sich nicht um Sicherungsderivate handelt, die im Hedge Accounting (eigener Bilanzausweis) abgebildet werden. Innerhalb der Handelsaktiva werden zudem andere Finanzinstrumente wie Forderungen aus Pensionsgeschäften, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen soweit sie Handelszwecken dienen, unter den sonstigen Handelsbeständen ausgewiesen.

In den zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten (Handelsaktiva, Held for Trading = HfT) sind 178 Mio € (31. Dezember 2016: 170 Mio €) nachrangige Vermögenswerte enthalten.

Handelsaktiva von nahestehenden Unternehmen

Vom Bilanzposten Handelsaktiva entfallen auf nahestehende Unternehmen folgende Beträge:

(in Mio €)

	2017	2016
Verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	11.570	15.116
darunter gegenüber:		
UniCredit S.p.A.	7.940	9.937
Schwesterunternehmen ¹	3.630	5.179
Gemeinschaftsunternehmen	10	20
Assoziierte Unternehmen	931	703
Sonstige Beteiligungsunternehmen	5	9
Insgesamt	12.516	15.848

¹ Im Wesentlichen Derivategeschäft mit der UniCredit Bank Austria AG.

47 At-Fair-Value-through-Profit-or-Loss (aFVtPL)-Finanzinstrumente

(in Mio €)

	2017	2016
Festverzinsliche Wertpapiere	20.346	27.423
Eigenkapitalinstrumente	—	—
Investmentzertifikate	—	—
Schuldscheindarlehen	1.110	1.089
Sonstige finanzielle Vermögenswerte designiert als aFVtPL	—	—
Insgesamt	21.456	28.512

Bei den Schuldscheindarlehen handelt es sich zu 75% (Vorjahr: 76%) um Emissionen von Bundesländern und Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus sind zwei Schuldscheindarlehen der Republik Österreich im Bestand enthalten.

Aufgrund der einwandfreien Bonität der Schuldscheindarlehen sind in den Fair-Value-Schwankungen nur geringe Effekte aus Bonitätsveränderungen enthalten.

Die aFvTPL-Finanzinstrumente (Fair-Value-Option) beinhalten 7 Mio € (Vorjahr: 6 Mio €) nachrangige Vermögenswerte.

48 Available-for-Sale (AfS)-Finanzinstrumente

(in Mio €)

	2017	2016
Festverzinsliche Wertpapiere	6.560	5.627
Eigenkapitalinstrumente	117	99
Sonstige AfS-Finanzinstrumente	75	56
Wertgeminderte Vermögenswerte	64	147
Insgesamt	6.816	5.929

Per 31. Dezember 2017 sind in den AfS-Finanzinstrumenten 147 Mio € (Vorjahr: 231 Mio €) zu Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente enthalten.

Hievon wurden im Geschäftsjahr Eigenkapitalinstrumente mit einem Buchwert von 93 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) veräußert, wobei ein Gewinn von 65 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) angefallen ist.

Die AfS-Finanzinstrumente beinhalten per 31. Dezember 2017 insgesamt 64 Mio € wertgeminderte Vermögenswerte (Vorjahr: 147 Mio €). Im Berichtszeitraum wurden 9 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) Wertminderungen erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Unter den nicht wertgeminderten Fremdkapitalinstrumenten befinden sich, wie im Vorjahr, keine überfälligen Finanzinstrumente.

Per 31. Dezember 2017 sind in den AfS-Finanzinstrumenten wie auch im Vorjahr keine nachrangigen Vermögenswerte enthalten.

49 At-Equity bewertete Anteile an assoziierten Unternehmen und at-Equity bewertete Joint Ventures

(in Mio €)

	2017	2016
At-Equity bewertete assoziierte Unternehmen	34	44
darunter: Geschäfts- oder Firmenwerte	8	11
At-Equity bewertete Joint Ventures	—	—
Insgesamt	34	44

Vier Joint Ventures und drei assoziierte Unternehmen wurden aus Wesentlichkeitsgründen nicht at-Equity in den Konzernabschluss einbezogen.

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

Bestandsentwicklung der at-Equity bewerteten Anteile an assoziierten Unternehmen

(in Mio €)

	AT-EQUITY BEWERTETE ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN	
	2017	2016
Buchwert 1.1.	44	56
Zugänge	—	5
Käufe ¹	—	1
Zuschreibungen	—	—
Auswirkungen aus Währungsumrechnung	—	—
Sonstige Zugänge ²	—	4
Abgänge	– 10	– 17
Verkäufe	– 2	—
Wertminderungen	– 4	– 4
Auswirkungen aus Währungsumrechnung	– 2	—
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	—	—
Sonstige Abgänge ²	– 2	– 13
Buchwert 31.12.	34	44

¹ Hierin sind auch Kapitalerhöhungen enthalten.² Hierin sind auch Veränderungen im Konsolidierungskreis enthalten.

Keines der at-Equity in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ist individuell wesentlich für den Konzernabschluss der HVB Group. Die nachfolgende Tabelle zeigt die wesentlichen GuV-Posten der at-Equity bewerteten Unternehmen in aggregierter Form:

(in Mio €)

	2017	2016
Zinsüberschuss	– 4	– 6
Saldo sonstige Erträge/Aufwendungen	86	117
Verwaltungsaufwand	– 84	– 98
Ergebnis vor Steuern	– 2	13
Ertragsteuern	—	– 4
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	– 2	9
Sonstiges Ergebnis (Other comprehensive income, OCI)	—	—
Gesamtergebnis	– 2	9

Wertveränderungseffekte aus OCI- und anderen Eigenkapitalposten ergaben sich bei at-Equity bewerteten Unternehmen nicht. Ein nicht angesetzter anteiliger Verlust bei at-Equity bewerteten Unternehmen lag im Berichtsjahr wie auch im Vorjahr nicht vor. Ferner gab es im Berichtsjahr wie auch im Vorjahr keine nicht angesetzten anteiligen kumulierten Verluste aus at-Equity bewerteten Unternehmen.

Es bestehen keine wesentlichen Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten der assoziierten Unternehmen.

50 Held-to-Maturity (HtM)-Finanzinstrumente

(in Mio €)

	2017	2016
Festverzinsliche Wertpapiere	23	36
Wertgeminderte Vermögenswerte	—	—
Insgesamt	23	36

In den bis zur Endfälligkeit zu haltenden Finanzinstrumenten (Held to Maturity = HtM) sind per 31. Dezember 2017 wie auch im Vorjahr keine nachrangigen Vermögenswerte enthalten.

Die HtM-Finanzinstrumente beinhalten per 31. Dezember 2017 wie auch zum 31. Dezember 2016 keine wertgeminderten und überfälligen Vermögenswerte.

Bestandsentwicklung der HtM-Finanzinstrumente

(in Mio €)

	2017	2016
Bestand 1.1.	36	63
Zugänge		
Käufe	—	—
Zuschreibungen	—	—
Sonstige Zugänge	—	2
Abgänge		
Verkäufe	—	—
Einlösungen bei Fälligkeit	– 8	– 29
Abschreibungen	—	—
Sonstige Abgänge	– 5	—
Bestand 31.12.	23	36

51 Forderungen an Kreditinstitute

(in Mio €)

	2017	2016
Kontokorrentkonten	1.526	1.059
Barsicherheiten bzw. verpfändete Guthaben	7.306	9.567
Reverse Repos	14.127	13.169
Reklassifizierte Wertpapiere	198	450
Sonstige Forderungen	7.173	8.798
Insgesamt	30.330	33.043

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

Im Rahmen des Kreditrisikomanagements insbesondere in Bezug auf das Kontrahentenrisiko aus Derivaten werden häufig Nettingvereinbarungen getroffen, die im Falle des Zahlungsverzugs des Kontrahenten eine Glattstellung sämtlicher Derivate mit diesem Kontrahenten und eine Verrechnung von positiven und negativen Zeitwerten der einzelnen Derivate zu einer Nettoforderung erlauben. Üblicherweise werden solche Nettoforderungen durch Barsicherheiten besichert, um die Kreditrisiken weiter zu reduzieren. Hierbei transferiert der Schuldner der Nettoforderung Gelder an den Gläubiger und verpfändet diese Guthaben. Die Höhe der Barsicherheiten wird regelmäßig an die aktuelle Höhe einer potenziellen Nettoforderung angepasst, wobei in Abhängigkeit vom Saldo der potenziellen Nettoforderung eine Forderung aus gestellten Barsicherheiten auch zu einer Verbindlichkeit aus erhaltenen Barsicherheiten werden kann und umgekehrt.

Die Sonstigen Forderungen beinhalten zu wesentlichen Teilen Termingelder und Schuldverschreibungen.

Per 31. Dezember 2017 sind in den Forderungen an Kreditinstitute 0 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €) nachrangige Vermögenswerte enthalten.

Forderungen an nahestehende Unternehmen

Vom Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute entfallen auf nahestehende Unternehmen folgende Beträge:

(in Mio €)

	2017	2016
Verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	4.667	3.874
darunter gegenüber:		
UniCredit S.p.A.	3.434	1.897
Schwesterunternehmen ¹	1.233	1.977
Gemeinschaftsunternehmen	337	295
Assoziierte Unternehmen	41	12
Sonstige Beteiligungsunternehmen	60	79
Insgesamt	5.105	4.260

¹ Im Wesentlichen gegenüber der UniCredit Bank Austria AG.

Die Angabe der Forderungen an Kreditinstitute erfolgt jeweils gekürzt um die darauf entfallenden Wertberichtigungen auf Forderungen.

Diese gliedern sich wie folgt auf:

(in Mio €)

	2017	2016
Einwandfreie Forderungen – Buchwert	30.245	32.899
Buchwert vor Wertberichtigungen	30.262	32.916
Portfoliowertberichtigungen	17	17
Einwandfreie, überfällige Forderungen – Buchwert	85	142
Buchwert vor Wertberichtigungen	85	142
Portfoliowertberichtigungen	—	—
Leistungsgestörte Forderungen (Bonitätsklassen 8–, 9 und 10) – Buchwert	—	2
Buchwert vor Wertberichtigungen	38	45
Einzelwertberichtigungen	38	43

Einwandfreie, überfällige Forderungen an Kreditinstitute und darauf entfallende Sicherheitenwerte nach der Überfälligkeit:

(in Mio €)

	2017	2016
Einwandfreie, überfällige Forderungen – Buchwert		
1–30 Tage	85	142
31–60 Tage	—	—
61–90 Tage	—	—
Sicherheitenwerte		
1–30 Tage	—	48
31–60 Tage	—	—
61–90 Tage	—	—

Forderungen an Kreditinstitute und Sicherheitenwerte nach Bonitätsklassen:

(in Mio €)

	2017	2016
Forderungen		
nicht gerated	287	1.072
Bonitätsklasse 1–4	28.634	29.915
Bonitätsklasse 5–8	1.409	2.054
Bonitätsklasse 9–10	—	2
Sicherheitenwerte		
nicht gerated	—	—
Bonitätsklasse 1–4	889	850
Bonitätsklasse 5–8	158	272
Bonitätsklasse 9–10	—	2

52 Forderungen an Kunden

(in Mio €)

	2017	2016
Kontokorrentkonten	6.548	7.315
Barsicherheiten bzw. verpfändete Guthaben	2.540	2.529
Reverse Repos	1.422	1.632
Hypothekendarlehen	44.667	44.009
Forderungen aus Finanzierungsleasing	1.689	2.026
Reklassifizierte Wertpapiere	879	1.271
Leistungsgestörte Forderungen	1.756	2.511
Sonstige Forderungen	61.677	60.181
Insgesamt	121.178	121.474

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

Im Rahmen des Kreditrisikomanagements insbesondere in Bezug auf das Kontrahentenrisiko aus Derivaten werden häufig Nettingvereinbarungen getroffen, die im Falle des Zahlungsverzugs des Kontrahenten eine Glattstellung sämtlicher Derivate mit diesem Kontrahenten und eine Verrechnung von positiven und negativen Zeitwerten der einzelnen Derivate zu einer Nettoforderung erlauben. Üblicherweise werden solche Nettoforderungen durch Barsicherheiten besichert, um die Kreditrisiken weiter zu reduzieren. Hierbei transferiert der Schuldner der Nettoforderung Gelder an den Gläubiger und verpfändet diese Guthaben. Die Höhe der Barsicherheiten wird regelmäßig an die aktuelle Höhe einer potenziellen Nettoforderung angepasst, wobei in Abhängigkeit vom Saldo der potenziellen Nettoforderung eine Forderung aus gestellten Barsicherheiten auch zu einer Verbindlichkeit aus erhaltenen Barsicherheiten werden kann und umgekehrt.

Die Sonstigen Forderungen beinhalten zu wesentlichen Teilen übrige Darlehen, Ratenkredite, Termingelder und refinanzierte Sonderkredite.

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen in Höhe von 5.665 Mio € (Vorjahr: 3.515 Mio €) enthalten, die durch das vollkonsolidierte Conduit-Programm Arabella refinanziert werden. Dabei werden von Kunden im Wesentlichen kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bzw. mittelfristige Forderungen aus Leasingverträgen angekauft und durch die Ausgabe von Commercial Papers am Kapitalmarkt refinanziert. Im Wesentlichen handelt es sich bei den hier verbrieften Forderungen um Forderungen europäischer Schuldner, wobei die Mehrheit der Forderungen auf deutsche Schuldner entfällt.

Per 31. Dezember 2017 sind in den Forderungen an Kunden 451 Mio € (Vorjahr: 467 Mio €) nachrangige Vermögenswerte enthalten.

Forderungen an nahestehende Unternehmen

Vom Bilanzposten Forderungen an Kunden entfallen auf nahestehende Unternehmen folgende Beträge:

(in Mio €)

	2017	2016
Verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	6	54
darunter gegenüber:		
Schwesterunternehmen	5	2
Tochterunternehmen	1	52
Gemeinschaftsunternehmen	20	24
Assoziierte Unternehmen	16	37
Sonstige Beteiligungsunternehmen	420	437
Insgesamt	462	552

Die Angabe der Forderungen an Kunden erfolgt jeweils gekürzt um Wertberichtigungen auf Forderungen. Diese gliedern sich wie folgt auf:

(in Mio €)

	2017	2016
Einwandfreie Forderungen – Buchwert	118.733	117.892
Buchwert vor Wertberichtigungen	119.020	118.240
Portfoliowertberichtigungen	287	348
Einwandfreie, überfällige Forderungen – Buchwert	689	1.071
Buchwert vor Wertberichtigungen	693	1.076
Portfoliowertberichtigungen	4	5
Leistungsgestörte Forderungen (Bonitätsklassen 8–, 9 und 10) – Buchwert	1.756	2.511
Buchwert vor Wertberichtigungen	3.614	4.661
Einzelwertberichtigungen	1.858	2.150

Einwandfreie, überfällige Forderungen an Kunden und darauf entfallende Sicherheitenwerte nach Überfälligkeit:

(in Mio €)

	2017	2016
Einwandfreie, überfällige Forderungen – Buchwert		
1–30 Tage	660	993
31–60 Tage	22	59
61–90 Tage	7	19
Sicherheitenwerte		
1–30 Tage	194	340
31–60 Tage	9	46
61–90 Tage	1	16

Forderungen und Sicherheitenwerte nach Bonitätsklassen:

(in Mio €)

	2017	2016
Forderungen		
nicht gerated	13.046	12.174
Bonitätsklasse 1–4	77.354	76.453
Bonitätsklasse 5–8	29.023	30.336
Bonitätsklasse 9–10	1.755	2.511
Sicherheitenwerte		
nicht gerated	290	317
Bonitätsklasse 1–4	37.616	37.543
Bonitätsklasse 5–8	17.386	17.602
Bonitätsklasse 9–10	893	977

Forderungen an Kunden aus dem Leasinggeschäft (Forderungen aus Finanzierungsleasing)

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Forderungen aus Finanzierungsleasing werden in der Note Angaben zum Leasinggeschäft gesondert dargestellt.

53 Forbearance

Die European Banking Authority (EBA) definiert forbore exposures als Schuldverträge, für die Forbearancemaßnahmen ausgesprochen wurden. Forbearancemaßnahmen liegen vor, wenn einem Schuldner, der Schwierigkeiten bei der Erfüllung seiner finanziellen Verpflichtungen hat oder haben wird, Zugeständnisse gemacht werden, die der Kreditgeber unter anderen Umständen nicht zu machen bereit gewesen wäre. Mögliche Maßnahmen reichen von Ratenstundungen und befristeten Tilgungsaussetzungen über Tilgungstreckungen, Zinssatzreduzierungen und Umschuldungen bis hin zu Teilforderungsverzichten. Jedoch ist zu beachten, dass nicht jede Modifikation eines Kreditvertrags bonitätsgetrieben ist und Forbearance darstellt.

Forborne Kredite können als Performing (ohne Leistungsstörungen) oder als Non-Performing (leistungsgestört) entsprechend der Definition der EBA gelten. Als Non-Performing werden Kredite gekennzeichnet, deren Geschäftspartner in einem Default- oder Impaired-Portfolio (ausgefallenes oder wertberichtigtes Portfolio) geführt werden sowie Kredite, die die verschärften Kriterien der EBA für eine Rückkehr in das Performing-Portfolio noch nicht erfüllen. Das Portfolio der als forbore geltenden Kredite zeigt sich zum Stichtag wie folgt:

(in Mio €)

	2017			2016		
	BUCHWERT VOR WERT- BERICHTIGUNG	WERT- BERICHTIGUNG	BUCHWERT	BUCHWERT VOR WERT- BERICHTIGUNG	WERT- BERICHTIGUNG	BUCHWERT
Performing Loans	737	– 14	723	896	– 16	880
Non-Performing Loans	2.845	– 1.178	1.667	3.502	– 1.494	2.008
Insgesamt	3.582	– 1.192	2.390	4.398	– 1.510	2.888

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

Die als forborne geltenden Kredite sind in Höhe von 2.390 Mio € unter Forderungen an Kunden (Vorjahr: 2.888 Mio €) ausgewiesen. Wertpapiere mit Forbearance-Maßnahmen wurden wie im Vorjahr nicht gehalten.

Falls forborne Kredite nicht bereits wertberichtigt sind, weisen diese als bereits auffällig gewordene Kredite ein erhöhtes Ausfallrisiko auf. Es besteht das Risiko, dass die vertragsgemäße Bedienung trotz der Modifizierung der Konditionen nicht gelingt. Diese Kredite werden durch die Sanierungseinheiten eng begleitet bzw. unterliegen einer engen Überwachung durch die Marktfolgeeinheiten. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Hinblick auf die Bildung von Risikovorsorge bei forbornen Krediten sind in der Note Wertminderungen von finanziellen Vermögenswerten dargestellt.

54 Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden und Kreditinstitute

Bestandsentwicklung:

(in Mio €)

	EINZELWERT- BERICHTIGUNGEN		PORTFOLIOWERT- BERICHTIGUNGEN		INSGESAMT	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Bestand 1.1.	2.193	2.252	370	436	2.563	2.688
Erfolgswirksame Veränderungen						
Bruttozuführungen ¹	880	1.076	24	21	904	1.097
Auflösungen	– 584	– 644	– 84	– 86	– 668	– 730
Erfolgsneutrale Veränderungen						
Bestandsveränderungen durch Zu- bzw. Abgänge im Konsolidierungskreis sowie aufgrund von Umklassifizierungen						
der zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen	– 13	– 6	– 1	– 2	– 14	– 8
Inanspruchnahme von bestehenden Wertberichtigungen	– 520	– 463	—	—	– 520	– 463
Auswirkungen aus Währungsumrechnungen und anderen nicht erfolgswirksamen Veränderungen	– 59	– 22	– 1	1	– 60	– 21
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	—	—	—	—	—	—
Bestand 31.12.	1.897	2.193	308	370	2.205	2.563

¹ Die Bruttozuführungen enthalten die Realisierungsverluste aus dem Abgang von wertgeminderten Forderungen.

55 Hedging Derivate

(in Mio €)

	2017	2016
Mikro-Fair-Value-Hedge	14	2
Portfolio Fair Value Hedge ¹	376	382
Insgesamt	390	384

¹ Die im Hedge Accounting eingesetzten Cross-Currency-Interest-Rate-Swaps werden mit ihrem gesamten Fair Value unter Portfolio Fair Value Hedge ausgewiesen.

56 Sachanlagen

(in Mio €)

	2017	2016
Grundstücke und Gebäude	922	931
Betriebs- und Geschäftsausstattung	364	524
Sonstige Sachanlagen	1.313	1.414
Insgesamt¹	2.599	2.869

¹ Darin enthalten sind Leasinggegenstände in Höhe von 449 Mio € (Vorjahr: 576 Mio €). Für weitere Informationen zu den Leasingverhältnissen siehe Note Angaben zum Leasinggeschäft.

Die Sonstigen Sachanlagen enthalten im Wesentlichen den Windpark BARD Offshore 1, der der Tochtergesellschaft Ocean Breeze Energy GmbH & Co. KG gehört.

Im Berichtsjahr sind keine nachträglichen Herstellungskosten für den Windpark aktiviert worden (Vorjahr: 5 Mio €). Durch die umgesetzten Maßnahmen wurde der wirtschaftliche Nutzen des Windparks erhöht, so dass die Aktivierungsvoraussetzungen des IAS 16.10 in Verbindung mit IAS 16.7 erfüllt sind.

In dieser Position sind zudem von der Europäischen Union in den Vorjahren gewährte Fördermittel in Höhe von 53 Mio € berücksichtigt, die gemäß IAS 20 als Zuwendungen der öffentlichen Hand einzustufen sind. Diese Zuwendungen wurden entsprechend IAS 20.24 aktivisch von den Anschaffungskosten der Sonstigen Sachanlagen abgesetzt. Die in bar gewährten Fördermittel wurden unter der Bedingung bereitgestellt, dass von der Ocean Breeze Energy GmbH & Co. KG bestimmte Aufwendungen nachgewiesen werden. Der Nachweis konnte von der Gesellschaft erbracht werden.

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

Bestandsentwicklung der Sachanlagen

(in Mio €)

	GRUNDSTÜCKE UND GEBÄUDE	BETRIEBS- UND GESCHÄFTS- AUSSTATTUNG	BETRIEBLICH GENÜTZTE SACHANLAGEN INSGESAMT	SONSTIGE SACHANLAGEN	SACHANLAGEN INSGESAMT ¹
Anschaffungskosten 1.1.2016	2.116	1.513	3.629	1.698	5.327
Zu-/Abschreibungen der Vorjahre	– 1.186	– 737	– 1.923	– 174	– 2.097
Buchwert 1.1.2016	930	776	1.706	1.524	3.230
Zugänge					
Käufe/Herstellungskosten	47	154	201	15	216
Zuschreibungen	1	—	1	—	1
Auswirkungen aus Währungsumrechnungen	—	8	8	—	8
Sonstige Zugänge ²	2	11	13	—	13
Abgänge					
Verkäufe	– 4	– 77	– 81	– 5	– 86
Abschreibungen	– 35	– 102	– 137	– 111	– 248
Wertminderungen	– 4	—	– 4	– 9	– 13
Auswirkungen aus Währungsumrechnungen	—	—	—	—	—
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	– 4	– 244	– 248	—	– 248
Sonstige Abgänge ²	– 2	– 2	– 4	—	– 4
Buchwert 31.12.2016	931	524	1.455	1.414	2.869
Zu-/Abschreibungen der Vorjahre zuzüglich des Berichtsjahres	1.185	654	1.839	293	2.132
Anschaffungskosten 31.12.2016	2.116	1.178	3.294	1.707	5.001
Anschaffungskosten 1.1.2017	2.116	1.178	3.294	1.707	5.001
Zu-/Abschreibungen der Vorjahre	1.185	654	1.839	293	2.132
Buchwert 1.1.2017	931	524	1.455	1.414	2.869
Zugänge					
Käufe/Herstellungskosten	20	138	158	15	173
Zuschreibungen	11	—	11	—	11
Auswirkungen aus Währungsumrechnungen	—	—	—	—	—
Sonstige Zugänge ²	—	15	15	—	15
Abgänge					
Verkäufe	– 4	– 69	– 73	– 6	– 79
Abschreibungen	– 33	– 95	– 128	– 110	– 238
Wertminderungen	– 2	—	– 2	—	– 2
Auswirkungen aus Währungsumrechnungen	—	– 1	– 1	—	– 1
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	– 1	– 148	– 149	—	– 149
Sonstige Abgänge ²	—	—	—	—	—
Buchwert 31.12.2017	922	364	1.286	1.313	2.599
Zu-/Abschreibungen der Vorjahre zuzüglich des Berichtsjahres	1.204	627	1.831	386	2.217
Anschaffungskosten 31.12.2017	2.126	991	3.117	1.699	4.816

¹ Einschließlich Leasinggegenstände. Für weitere Informationen zu den Leasingverhältnissen siehe Note Angaben zum Leasinggeschäft.

² Hierin sind auch Veränderungen im Konsolidierungskreis enthalten.

57 Investment Properties

Der beizulegende Zeitwert der Grundstücke und Gebäude, die als Finanzinvestition gehalten und zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, beläuft sich in der HVB Group auf 1.141 Mio €. Der beizulegende Zeitwert der Vergleichsperiode belief sich auf 1.336 Mio € und wurde korrigiert. Die zur Wertermittlung erstellten Gutachten basieren auf von externen Gutachtern angewendeten anerkannten Bewertungsverfahren, überwiegend in der Form von Sach- und Ertragswertverfahren. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass grundsätzlich jede Immobilie ein Unikat darstellt und der beizulegende Zeitwert durch Gutachten bestimmt wird, die den Besonderheiten der bewerteten Immobilie Rechnung tragen, werden die so ermittelten beizulegenden Zeitwerte dem Level 3 zugeordnet (zur Definition der Level-Einstufung siehe Note Fair-Value-Hierarchie). Bei bebauten Grundstücken werden im Rahmen des Ertragswertverfahrens aktuelle Marktmieten, Bewirtschaftungskosten bzw. Liegenschaftszinssätze verwendet. Sofern erforderlich, werden objekt-spezifische Aspekte bei der Wertermittlung zusätzlich berücksichtigt. Zu diesen objektspezifischen Faktoren gehören unter anderem Leerstände, Abweichungen der aktuellen Vertragsmieten von den aktuellen Marktmieten, der technische Zustand der Gebäude und ähnliche Faktoren. Bei unbebauten Grundstücken wird grundsätzlich auf aktuell in der näheren Umgebung erfolgte Verkäufe abgestellt; falls diese nicht vorhanden sind, wird der Bodenrichtwert als Vergleichsgröße herangezogen, wobei hier Anpassungen für die individuelle Lage, Größe und Zuschnitt des Grundstückes und Ähnliches vorgenommen werden.

Der Nettobuchwert der in den Investment Properties enthaltenen Leasinggegenstände aus Finanzierungsleasing beträgt zum Abschlussstichtag für Grundstücke und Gebäude 11 Mio € (Vorjahr: 11 Mio €).

Bestandsentwicklung Investment Properties:

(in Mio €)

	AT-COST BEWERTETE INVESTMENT PROPERTIES	
	2017	2016
Anschaffungskosten 1.1.	1.844	1.909
Zu-/Abschreibungen der Vorjahre	– 816	– 746
Buchwert 1.1.	1.028	1.163
Zugänge		
Käufe	2	4
Zuschreibungen	10	14
Auswirkungen aus Währungsumrechnungen	—	—
Sonstige Zugänge ¹	—	2
Abgänge		
Verkäufe	– 25	– 88
Abschreibungen	– 27	– 29
Wertminderungen	– 23	– 19
Auswirkungen aus Währungsumrechnungen	—	—
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	– 157	– 18
Sonstige Abgänge ¹	—	– 1
Buchwert 31.12.	808	1.028
Zu-/Abschreibungen der Vorjahre zuzüglich des Berichtsjahres	822	816
Anschaffungskosten 31.12.	1.630	1.844

¹ Hierin sind auch Veränderungen im Konsolidierungskreis enthalten.

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

58 Immaterielle Vermögenswerte

(in Mio €)

	2017	2016
Geschäfts- oder Firmenwerte	418	418
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	27	37
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	17	22
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	10	15
Insgesamt	445	455

Bestandsentwicklung der immateriellen Vermögenswerte:

(in Mio €)

	GESCHÄFTS- ODER FIRMEN- WERTE AUS VERBUNDENEN UNTERNEHMEN		SELBST ERSTELLTE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE		SONSTIGE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Anschaffungskosten 1.1.	1.042	1.042	384	386	188	260
Zu-/Abschreibungen der Vorjahre	– 624	– 624	– 362	– 360	– 173	– 242
Buchwert 1.1.	418	418	22	26	15	18
Zugänge						
Käufe/Eigenerstellungen	—	—	2	4	3	5
Zuschreibungen	—	—	—	—	—	—
Auswirkungen aus Währungsumrechnungen	—	—	—	—	—	—
Sonstige Zugänge	—	—	—	—	—	—
Abgänge						
Verkäufe	—	—	—	—	—	—
Abschreibungen	—	—	– 7	– 8	– 7	– 8
Wertminderungen	—	—	—	—	—	—
Auswirkungen aus Währungsumrechnungen	—	—	—	—	—	—
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	—	—	—	—	– 1	—
Sonstige Abgänge ¹	—	—	—	—	—	—
Buchwert 31.12.	418	418	17	22	10	15
Zu-/Abschreibungen der Vorjahre zuzüglich des Berichtsjahres	624	624	369	362	173	173
Anschaffungskosten 31.12.	1.042	1.042	386	384	183	188

¹ Hierin sind auch Veränderungen im Konsolidierungskreis enthalten.

Grundsätzlich wird in der HVB keine Software mehr selbst erstellt. Die Versorgung der HVB mit Software findet durch den UniCredit gruppenweiten Dienstleister UBIS statt.

59 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen

(in Mio €)

	2017	2016
Barreserve	—	93
AfS-Finanzinstrumente	—	143
Forderungen Banken	—	116
Forderungen Kunden	201	546
Sachanlagen	149	152
Investment Properties	156	22
Ertragsteueransprüche	—	2
Sonstige Aktiva	5	3
Insgesamt	511	1.077

Die zur Veräußerung bestimmten Investment Properties stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Verkauf nicht strategischer Immobilien. Des Weiteren sind Vermögenswerte ausgewiesen, die in Verbindung mit dem geplanten Verkauf einer Tochtergesellschaft stehen. Die im Vorjahr hier noch enthaltenen Vermögenswerte des Bankhauses Neelmeyer AG, Bremen, sind nicht mehr enthalten, da die Tochtergesellschaft mit Ablauf des 31. März 2017 durch Verkauf aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden ist.

Im Zusammenhang mit als zur Veräußerung eingestuften langfristigen Vermögenswerten waren im Berichtsjahr keine Bewertungseffekte zu erfassen (Vorjahr: –13 Mio €). Die Bewertungseffekte des Vorjahres waren im Saldo sonstige Aufwendungen/Erträge enthalten.

60 Sonstige Aktiva

In den Sonstigen Aktiva sind Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 106 Mio € (Vorjahr: 93 Mio €) enthalten.

61 Eigene Verbriefungstransaktionen

Die Bank hat eigene Verbriefungen ihrer Kreditforderungen zum Zwecke der günstigen Refinanzierung am Kapitalmarkt und zur Generierung von Wertpapiersicherheiten für Pensionsgeschäfte durchgeführt.

Hierzu werden die Zahlungsströme des zugrunde liegenden Kreditportfolios strukturiert, das heißt, es werden bei der Verteilung der Risiken und Zahlungsströme mindestens zwei untereinander abgestufte Positionen (Tranchen) gebildet. Bei traditionellen Verbriefungen werden Forderungen an eine strukturierte Einheit verkauft, die wiederum Wertpapiere emittiert (True Sale).

Bei der True-Sale-Transaktion Geldilux TS 2013 wurde die Senior-Tranche am Kapitalmarkt platziert, während die Junior-Tranche von der HVB zurückbehalten wurde.

Bei den True-Sale-Transaktionen Rosenkavalier 2008 (3,1 Mrd €), Rosenkavalier 2015 (2,5 Mrd €) und Geldilux 2015 (2 Mrd €) hat die HVB alle von der strukturierten Einheit emittierten Tranchen zurückbehalten. Die Senior Positionen (oder erstrangigen Tranchen) der so generierten Wertpapiere können bei Bedarf als Sicherheit für Pensionsgeschäfte mit der Europäischen Zentralbank (EZB) eingesetzt werden. Die zugrunde liegenden Forderungen werden weiterhin bei der HVB bilanziert und die hierfür aufgesetzten strukturierten Einheiten werden nach IFRS 10 voll konsolidiert. Es ergibt sich keine Entlastung bei den gewichteten Risikoaktiva.

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

62 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

(in Mio €)

	2017	2016
Verbindlichkeiten gegenüber Zentralnotenbanken	19.857	15.946
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47.497	41.638
Kontokorrentkonten	2.590	2.417
Barsicherheiten bzw. verpfändete Guthaben	9.559	11.132
Repos	13.026	12.362
Termingelder	9.517	4.720
Sonstige Verbindlichkeiten	12.805	11.007
Insgesamt	67.354	57.584

Im Rahmen des Kreditrisikomanagements insbesondere in Bezug auf das Kontrahentenrisiko aus Derivaten werden häufig Nettingvereinbarungen getroffen, die im Falle des Zahlungsverzugs des Kontrahenten eine Glattstellung sämtlicher Derivate mit diesem Kontrahenten und eine Verrechnung von positiven und negativen Zeitwerten der einzelnen Derivate zu einer Nettoforderung erlauben. Üblicherweise werden solche Nettoforderungen durch Barsicherheiten besichert, um die Kreditrisiken weiter zu reduzieren. Hierbei transferiert der Schuldner der Nettoforderung Gelder an den Gläubiger und verpfändet diese Guthaben. Die Höhe der Barsicherheiten wird regelmäßig an die aktuelle Höhe einer potenziellen Nettoforderung angepasst, wobei in Abhängigkeit vom Saldo der potenziellen Nettoforderung eine Forderung aus gestellten Barsicherheiten auch zu einer Verbindlichkeit aus erhaltenen Barsicherheiten werden kann und umgekehrt.

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

Vom Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entfallen auf nahestehende Unternehmen folgende Beträge:

(in Mio €)

	2017	2016
Verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	10.536	4.407
darunter gegenüber:		
UniCredit S.p.A.	6.900	1.139
Schwesterunternehmen ¹	3.636	3.268
Gemeinschaftsunternehmen	35	33
Assoziierte Unternehmen	38	78
Sonstige Beteiligungsunternehmen	22	22
Insgesamt	10.631	4.540

¹ Wesentliche Einzelposten davon gegenüber der UniCredit Bank Austria AG.

63 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

(in Mio €)

	2017	2016
Kontokorrentkonten	71.011	69.341
Barsicherheiten bzw. verpfändete Guthaben	3.874	4.076
Spareinlagen	13.905	13.780
Repos	8.607	8.798
Termingelder	21.887	16.028
Schuldscheindarlehen	3.361	3.565
Sonstige Verbindlichkeiten	1.639	1.616
Insgesamt	124.284	117.204

Im Rahmen des Kreditrisikomanagements insbesondere in Bezug auf das Kontrahentenrisiko aus Derivaten werden häufig Nettingvereinbarungen getroffen, die im Falle des Zahlungsverzugs des Kontrahenten eine Glattstellung sämtlicher Derivate mit diesem Kontrahenten und eine Verrechnung von positiven und negativen Zeitwerten der einzelnen Derivate zu einer Nettoforderung erlauben. Üblicherweise werden solche Nettoforderungen durch Barsicherheiten besichert, um die Kreditrisiken weiter zu reduzieren. Hierbei transferiert der Schuldner der Nettoforderung Gelder an den Gläubiger und verpfändet diese Guthaben. Die Höhe der Barsicherheiten wird regelmäßig an die aktuelle Höhe einer potenziellen Nettoforderung angepasst, wobei in Abhängigkeit vom Saldo der potenziellen Nettoforderung eine Forderung aus gestellten Barsicherheiten auch zu einer Verbindlichkeit aus erhaltenen Barsicherheiten werden kann und umgekehrt.

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

Vom Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen auf nahestehende Unternehmen folgende Beträge:

(in Mio €)

	2017	2016
Verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	272	333
darunter gegenüber:		
Schwesterunternehmen	242	326
Tochterunternehmen	30	7
Gemeinschaftsunternehmen	3	6
Assoziierte Unternehmen	4	4
Sonstige Beteiligungsunternehmen	282	370
Insgesamt	561	713

64 Verbriefte Verbindlichkeiten

(in Mio €)

	2017	2016
Schuldinstrumente	23.062	21.834
darunter:		
Hypotheken-Namenspfandbriefe	5.020	5.498
Öffentliche Namenspfandbriefe	3.700	3.027
Hypothekenspfandbriefe	7.883	7.351
Öffentliche Pfandbriefe	136	262
Namensschuldverschreibungen	2.869	2.740
Sonstige Wertpapiere	2.490	2.380
Insgesamt	25.552	24.214

Verbriefte Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

Vom Bilanzposten Verbriefte Verbindlichkeiten entfallen auf nahestehende Unternehmen folgende Beträge:

(in Mio €)

	2017	2016
Verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	—	217
darunter gegenüber:		
UniCredit S.p.A.	—	—
Schwesterunternehmen	—	217
Gemeinschaftsunternehmen	6	16
Assoziierte Unternehmen	125	146
Sonstige Beteiligungsunternehmen	—	—
Insgesamt	131	379

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

65 Handelspassiva

(in Mio €)

	2017	2016
Negative beizulegende Zeitwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	40.024	54.806
Sonstige Handelspassiva	16.193	18.028
Insgesamt	56.217	72.834

Als Handelspassiva werden die negativen beizulegenden Zeitwerte aus derivativen Handelsinstrumenten ausgewiesen. Daneben sind hier unter sonstige Handelspassiva vom Handel emittierte Optionsscheine, Zertifikate und Anleihen sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen, soweit sie Handelszwecken dienen, enthalten.

66 Hedging Derivate

(in Mio €)

	2017	2016
Mikro-Fair-Value-Hedge	118	113
Portfolio Fair Value Hedge ¹	351	884
Insgesamt	469	997

¹ Die im Hedge Accounting eingesetzten Cross Currency Interest Rate Swaps werden mit ihrem gesamten Fair Value unter Portfolio Fair Value Hedge ausgewiesen.

67 Hedgeanpassungsbetrag von gesicherten Grundgeschäften im Portfolio Fair Value Hedge

Der Hedgeanpassungsbetrag zinsgesicherter Forderungen und Verbindlichkeiten im Portfolio Fair Value Hedge beträgt netto 1.215 Mio € (Vorjahr: 1.785 Mio €). Einen wirtschaftlich gegenläufigen, vergleichbaren Betrag stellt der Fair Value der saldierten Portfolio-Fair-Value-Hedge-Derivate dar. Bei einigen Tochtergesellschaften, bei denen eine getrennte Absicherung von Aktiv- und Passivbeständen vorgenommen wird, erfolgt ein separater Ausweis (getrennt nach abgesicherten Aktiv- bzw. Passivgeschäften) der Hedgeanpassungsbeträge in der Bilanz. Der entsprechende Betrag auf der Aktivseite der Bilanz beträgt 72 Mio € (Vorjahr: 51 Mio €).

68 Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen

(in Mio €)

	2017	2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	78	33
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	—	1.096
Ertragssteuerverpflichtung	3	—
Sonstige Passiva	21	7
Rückstellungen	—	26
Insgesamt	102	1.162

Die in 2017 ausgewiesenen Verbindlichkeiten stehen in Verbindung mit dem geplanten Verkauf einer Tochtergesellschaft. Die im Vorjahr hier noch publizierten Verbindlichkeiten des Bankhauses Neelmeyer AG, Bremen, sind nicht mehr enthalten, da die Tochtergesellschaft mit Ablauf des 31. März 2017 durch Verkauf aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden ist.

69 Sonstige Passiva

Die sonstigen Passiva in Höhe von 1.699 Mio € (Vorjahr: 2.145 Mio €) umfassen im Wesentlichen passive Rechnungsabgrenzungsposten sowie abgegrenzte Verbindlichkeiten nach IAS 37. Die abgegrenzten Verbindlichkeiten enthalten vor allem Verpflichtungen aus Lieferungen und Leistungen mit noch ausstehenden Rechnungen, kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern sowie sonstige abgegrenzte Verbindlichkeiten für Provisionen, Zinsen, Sachaufwand und Ähnliches.

70 Rückstellungen

(in Mio €)

	2017	2016
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	734	898
Rückstellungen für Finanzgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen	180	230
Restrukturierungsrückstellungen	410	631
Sonstige Rückstellungen	1.277	1.263
Personalarückstellungen	367	272
Steuerrückstellungen (ohne Steuern in Bezug auf Einkommen und Ertrag)	48	60
Rückstellungen für Mietgarantien und Rückbauverpflichtungen	134	133
Andere Rückstellungen	728	798
Insgesamt	2.601	3.022

Die Effekte aus Änderungen des Diskontierungzinssatzes und Aufzinsungen führten im Berichtsjahr zu einer erfolgswirksamen Erhöhung der Rückstellungen um 9 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €). Die Auswirkung von Änderungen des Diskontierungzinssatzes für Pensionsrückstellungen ist im OCI erfasst worden.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die HVB Group gewährt ihren Mitarbeitern Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Post-employment Benefits), die als leistungs- oder beitragsorientierte Pensionspläne ausgestaltet sind.

Bei den leistungsorientierten Pensionsplänen (Defined Benefit Plans) verpflichtet sich das Unternehmen selbst zu einer bestimmten künftigen Pensionsleistung. Dabei kann die Ansammlung der künftig benötigten finanziellen Mittel im Unternehmen (unternehmensinterne Finanzierung) oder durch Zahlung bestimmter Beträge an externe Versorgungsträger (unternehmensexterne Finanzierung) erfolgen.

Bei den beitragsorientierten Pensionsplänen (Defined Contribution Plans) verpflichtet sich das Unternehmen zur Zahlung fest definierter Beiträge an externe Versorgungsträger, die auch die spätere Versorgungsleistung erbringen. Das Unternehmen hat außer den periodischen Beitragszahlungen faktisch keine weiteren Verpflichtungen.

Leistungsorientierte Pensionspläne

Charakteristika der Versorgungspläne

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhalten die betriebsinternen Direktzusagen für eine betriebliche Altersversorgung an Mitarbeiter der HVB Group. Diese leistungsorientierten Pensionszusagen sind teils endgehaltsabhängig, teils basieren sie auf Bausteinplänen mit dynamischer Besitzstandswahrung. Seit 2003 werden in Deutschland fondsgebundene Versorgungspläne mit einer garantierten Mindestverzinsung in Höhe von 2,75% zugesagt.

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

In den Angaben zu den Pensionsverpflichtungen werden auch die über die Pensionskasse der HypoVereinsbank WaG finanzierten Verpflichtungen ausgewiesen (hierin sind auch die Verpflichtungen der HVB Unterstützungskasse e.V. enthalten, die über die HVB Pensionskasse rückgedeckt sind). Bei der Berechnung dieser Verpflichtungen werden die einheitlichen Bewertungsparameter der HVB Group verwendet. Etwaige Planüberdeckungen unterliegen den Regelungen zur Vermögensbegrenzung (Asset Ceiling), da die Vermögenswerte den Mitgliedern der Pensionskasse gehören.

Die HVB Group hat Planvermögen in Form sogenannter Contractual Trust Arrangements (CTA) eingerichtet. Dabei wurden zur Finanzierung der Pensionsverpflichtungen erforderliche Vermögen an rechtlich unabhängige Treuhänder – unter anderem HVB Trust e.V. – übertragen, die die Vermögenswerte im Einklang mit den jeweiligen Treuhandverträgen verwalten.

In Deutschland bestehen keine gesetzlichen oder regulatorischen Mindestdotierungsverpflichtungen.

Die betriebliche Altersvorsorge für Pensionisten (Direktzusage) ist von der HVB Group im Jahr 2009 neu geordnet worden. In diesem Zusammenhang wurde die HVB Trust Pensionsfonds AG (Pensionsfonds) gegründet. Auf den Pensionsfonds wurden sowohl die Pensionsverpflichtungen gegenüber den Pensionisten, die zum Oktober 2009 bereits Rentenleistungen der Bank bezogen haben, als auch die zu deren Deckung erforderlichen Vermögenswerte übertragen. Im Dezember 2016 wurden erneut Versorgungszusagen bzw. -verpflichtungen der Bank für weitere Anspruchsberechtigte, die zum Oktober 2016 bereits Rentenleistungen bezogen haben, sowie ein entsprechendes Planvermögen zur Deckung der Ansprüche der Leistungsempfänger auf den Pensionsfonds übertragen. Der Rentenanspruch der Pensionisten bleibt von der Übertragung unberührt, die HVB steht auch weiterhin für die Rente ein. Der Pensionsfonds ist eine rechtlich selbstständige Einrichtung und unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Im Zusammenhang mit den leistungsorientierten Pensionsplänen ist die HVB Group verschiedenen Risiken ausgesetzt. Potenzielle Pensionsrisiken bestehen sowohl in Bezug auf die Leistungsverpflichtungen (Liability-Seite) als auch die zugeordneten Planvermögen (Asset-Seite) zur Deckung der Ansprüche der Leistungsempfänger. Die leistungsorientierten Zusagen sind mit versicherungsmathematischen Risiken, wie dem Zinsänderungsrisiko, dem Langlebkeitsrisiko, dem Gehalts- und Rentenanpassungsrisiko sowie dem Inflationsrisiko, behaftet. Bei den fondsgebundenen Versorgungszusagen besteht das Risiko, dass der Garantiezins in Höhe von 2,75% über die den Versorgungszusagen zugeordneten Fonds bei anhaltendem Niedrigzinsniveau langfristig nicht erwirtschaftet werden kann. Im Zusammenhang mit der Kapitalanlage sind die Vermögenswerte in erster Linie Marktrisiken ausgesetzt, wie zum Beispiel Kursrisiken aus Wertpapierbeständen oder Wertentwicklungen von Immobilienanlagen.

Das zentrale Pensionsrisiko kommt somit in der Verschlechterung des Finanzierungsstatus aufgrund einer ungünstigen Entwicklung der Leistungsverpflichtungen und/oder der Planvermögen zum Ausdruck, da die Trägerunternehmen im Fall von Planunterdeckungen zur Bedienung der Ansprüche der Versorgungsberechtigten eintreten müssen. Aus heutiger Sicht sind keine außergewöhnlichen, unternehmens- oder planspezifischen Risiken sowie erhebliche Risikokonzentrationen, mit denen die Versorgungspläne des Konzerns belastet sein könnten, zu erkennen.

Überleitungsrechnungen

Die in der Konzernbilanz ausgewiesenen Beträge aus leistungsorientierten Versorgungsplänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses lassen sich wie folgt herleiten:

(in Mio €)

	2017	2016
Barwert der kapitalgedeckten Pensionsverpflichtungen	4.809	4.975
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	– 4.090	– 4.091
Finanzierungsstatus	719	884
Barwert der nicht kapitalgedeckten Pensionsverpflichtungen	15	14
Nettoschuld (Nettovermögen) der leistungsorientierten Pensionspläne	734	898
Auswirkungen der Vermögensbegrenzung (Asset Ceiling)	—	—
Aktivierte Überdeckung des Planvermögens	—	—
Bilanzierte Pensionsrückstellungen	734	898

Nachfolgende Tabellen zeigen die Entwicklung des Barwerts der gesamten (kapitalgedeckten und nicht kapitalgedeckten) Pensionsverpflichtungen, des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens und der sich aus der Saldierung dieser Größen ergebenden Nettoschuld (Nettovermögen) aus leistungsorientierten Versorgungsplänen. Ferner sind den Tabellen die Veränderungen der Auswirkungen der Vermögensbegrenzung (Asset Ceiling) während des Geschäftsjahres sowie die Überleitungen von der Eröffnungs- zur Abschlussbilanz der als Vermögenswerte aktivierten Überdeckung des Planvermögens und der passivierten Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zu entnehmen:

(in Mio €)

	BARWERT DER PENSIONSVER- PFLICHTUNGEN	BEIZULEGENDER ZEITWERT DES PLANVERMÖGENS	NETTOSCHULD (NETTOVERMÖGEN) DER LEISTUNGS- ORIENTIERTEN PENSIONSPLÄNE	AUSWIRKUNGEN DER VERMÖGENS- BEGRENZUNG (ASSET CEILING)	AKTIVIERTE ÜBERDECKUNG DES PLAN- VERMÖGENS	BILANZIERTE PENSIONS-RÜCK- STELLUNGEN
Bestand 1.1.2016	4.697	- 4.079	618	—	—	618
Dienstzeitkomponente						
Laufender Dienstzeitaufwand	69	—	69	—	—	69
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	—	—	—	—	—	—
Gewinne/Verluste aus Planabgeltungen	—	—	—	—	—	—
Nettozinskomponente						
Zinsaufwand/-ertrag	110	- 96	14	—	—	14
Im Gewinn oder Verlust der Periode						
erfasste Dienstzeit- und Nettozins-						
komponente leistungsorientierter Pläne	179	- 96	83	—	—	83
Neubewertungskomponente						
Gewinne/Verluste aus Planvermögen ohne						
im Zinsaufwand/-ertrag erfasste Beträge	—	- 22	- 22	—	—	- 22
Versicherungsmathematische						
Gewinne/Verluste aus der Änderung						
demografischer Annahmen	—	—	—	—	—	—
Versicherungsmathematische						
Gewinne/Verluste aus der Änderung						
finanzieller Annahmen	316	—	316	—	—	316
Versicherungsmathematische						
Gewinne/Verluste aus						
erfahrungsbedingten Anpassungen	- 11	—	- 11	—	—	- 11
Veränderungen bei der Vermögens-						
begrenzung (Asset Ceiling) ohne im						
Zinsaufwand/-ertrag erfasste Beträge	—	—	—	—	—	—
Im sonstigen Ergebnis erfasste						
Neubewertungskomponente						
leistungsorientierter Pläne	305	- 22	283	—	—	283
Sonstige Effekte						
Effekte aus der Überdeckung						
des Planvermögens	—	—	—	—	—	—
Effekte aus Währungsdifferenzen	- 15	21	6	—	—	6
Beiträge zum Versorgungsplan:						
Arbeitgeber	—	- 73	- 73	—	—	- 73
Begünstigte des Pensionsplans	7	—	7	—	—	7
Rentenzahlungen	- 144	143	- 1	—	—	- 1
Unternehmenszusammenschlüsse,						
Veräußerungen und Sonstiges	- 40	15	- 25	—	—	- 25
Bestand 31.12.2016	4.989	- 4.091	898	—	—	898

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

(in Mio €)

	BARWERT DER PENSIONSVER- PFLICHTUNGEN	BEIZULEGENDER ZEITWERT DES PLANVERMÖGENS	NETTOSCHULD (NETTOVERMÖGEN) DER LEISTUNGS- ORIENTIERTEN PENSIONSPLÄNE	AUSWIRKUNGEN DER VERMÖGENS- BEGRENZUNG (ASSET CEILING)	AKTIVIERTE ÜBERDECKUNG DES PLAN- VERMÖGENS	BILANZIERTE PENSIONS-RÜCK- STELLUNGEN
Bestand 1.1.2017	4.989	- 4.091	898	—	—	898
Dienstzeitkomponente						
Laufender Dienstzeitaufwand	73	—	73	—	—	73
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	—	—	—	—	—	—
Gewinne/Verluste aus Planabgeltungen	—	—	—	—	—	—
Nettozinskomponente						
Zinsaufwand/-ertrag	94	- 78	16	—	—	16
Im Gewinn oder Verlust der Periode						
erfasste Dienstzeit- und Nettozins-						
komponente leistungsorientierter Pläne	167	- 78	89	—	—	89
Neubewertungskomponente						
Gewinne/Verluste aus Planvermögen ohne						
im Zinsaufwand/-ertrag erfasste Beträge	—	- 27	- 27	—	—	- 27
Versicherungsmathematische						
Gewinne/Verluste aus der Änderung						
demografischer Annahmen	—	—	—	—	—	—
Versicherungsmathematische						
Gewinne/Verluste aus der Änderung						
finanzieller Annahmen	- 160	—	- 160	—	—	- 160
Versicherungsmathematische						
Gewinne/Verluste aus						
erfahrungsbedingten Anpassungen	- 31	—	- 31	—	—	- 31
Veränderungen bei der Vermögens-						
begrenzung (Asset Ceiling) ohne im						
Zinsaufwand/-ertrag erfasste Beträge	—	—	—	—	—	—
Im sonstigen Ergebnis erfasste						
Neubewertungskomponente						
leistungsorientierter Pläne	- 191	- 27	- 218	—	—	- 218
Sonstige Effekte						
Effekte aus der Überdeckung						
des Planvermögens	—	—	—	—	—	—
Effekte aus Währungsdifferenzen	- 5	5	—	—	—	—
Beiträge zum Versorgungsplan:						
Arbeitgeber	—	- 44	- 44	—	—	- 44
Begünstigte des Pensionsplans	8	—	8	—	—	8
Rentenzahlungen	- 146	145	- 1	—	—	- 1
Unternehmenszusammenschlüsse,						
Veräußerungen und Sonstiges	2	—	2	—	—	2
Bestand 31.12.2017	4.824	- 4.090	734	—	—	734

Der Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen in Höhe von 4.824 Mio € (Vorjahr: 4.989 Mio €) entfällt zum Ende der Berichtsperiode zu 34% (Vorjahr: 33%) auf aktive Arbeitnehmer, 22% (Vorjahr: 23%) auf ehemalige Arbeitnehmer mit unverfallbaren Leistungsansprüchen und 44% (Vorjahr: 44%) auf Pensionäre und Hinterbliebene.

Versicherungsmathematische Annahmen

Nachfolgend sind die wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen aufgeführt, die der Ermittlung des Barwerts der leistungsorientierten Bruttopensionsverpflichtungen zugrunde gelegt wurden. Die zusammenfassende Angabe mehrerer Pläne erfolgt in Form von gewichteten Durchschnittsfaktoren:

	2017	2016
Rechnungszins	2,15	1,90
Rentensteigerung	1,60	1,50
Gehaltssteigerung/Karrieretrend	2,00	2,00

(in %)

Die der versicherungsmathematischen Berechnung des Barwerts der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen zugrunde liegende Sterblichkeitsrate basiert auf den modifizierten Heubeck'schen Richttafeln 2005 G (Generationstafeln), die eine Absenkung der Sterbewahrscheinlichkeit bei den Frauen auf 90% (Vorjahr: 90%) und den Männern auf 75% (Vorjahr: 75%) vorsehen.

Die ebenfalls auf den genannten Richttafeln beruhende Invalidisierungswahrscheinlichkeit wird in der HVB Group bei Frauen und Männern gleichermaßen auf 80% (Vorjahr: 80%) abgesenkt. Da etwaige Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen zur Invalidität grundsätzlich nur einen geringfügigen Einfluss auf den Verpflichtungsbarwert haben, berechnet die HVB Group für diesen Bewertungsparameter nachfolgend keine Sensitivitäten.

Zudem wird der Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen durch Annahmen zu künftigen Inflationsraten beeinflusst. Inflationswirkungen sind grundsätzlich in den oben genannten Annahmen berücksichtigt.

Sensitivitätsanalysen

Durch die im Folgenden dargestellten Sensitivitätsanalysen soll aufgezeigt werden, wie sich der Barwert der leistungsorientierten Bruttopensionsverpflichtungen bei (isolierter) Änderung einer versicherungsmathematischen Annahme verändern würde, wobei die übrigen Annahmen gegenüber der ursprünglichen Berechnung unverändert bleiben. Mögliche Korrelationseffekte zwischen den einzelnen Annahmen werden insofern nicht berücksichtigt. Den Sensitivitätsanalysen werden die am Bilanzstichtag von der HVB Group für die anschließende Rechnungsperiode erwarteten Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen zugrunde gelegt.

Ein Anstieg beziehungsweise Rückgang der wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen in Höhe der in der Tabelle angegebenen Prozentpunkte hätte auf den Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen am Bilanzstichtag folgende Auswirkungen:

VERÄNDERUNG DER VERSICHERUNGSMATHEMATISCHEN ANNAHMEN		AUSWIRKUNG AUF DEN BARWERT DER PENSIONSVERPFLICHTUNGEN		
		VERPFLICHTUNGS- BARWERT	VERÄNDERUNG ABSOLUT	VERÄNDERUNG RELATIV
		in Mio €	in Mio €	in %
Sensitivitäten zum 31. Dezember 2017				
	Ausgangswert für die Sensitivitätsberechnung	4.824		
Rechnungszins	Erhöhung um 0,25 Prozentpunkte	4.619	– 205	– 4,2
	Verringerung um 0,25 Prozentpunkte	5.040	216	4,5
Rentensteigerung	Erhöhung um 0,25 Prozentpunkte	4.966	142	2,9
	Verringerung um 0,25 Prozentpunkte	4.686	– 138	– 2,9
Gehaltssteigerung/Karrieretrend	Erhöhung um 0,25 Prozentpunkte	4.827	3	0,1
	Verringerung um 0,25 Prozentpunkte	4.818	– 6	– 0,1
Sensitivitäten zum 31. Dezember 2016				
	Ausgangswert für die Sensitivitätsberechnung	4.989		
Rechnungszins	Erhöhung um 0,25 Prozentpunkte	4.772	– 217	– 4,3
	Verringerung um 0,25 Prozentpunkte	5.224	235	4,7
Rentensteigerung	Erhöhung um 0,25 Prozentpunkte	5.141	152	3,0
	Verringerung um 0,25 Prozentpunkte	4.846	– 143	– 2,9
Gehaltssteigerung/Karrieretrend	Erhöhung um 0,25 Prozentpunkte	4.996	7	0,1
	Verringerung um 0,25 Prozentpunkte	4.985	– 4	– 0,1

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

Mit dem zu verzeichnenden Rückgang der Sterblichkeitsraten geht eine Erhöhung der Lebenserwartung abhängig vom individuellen Alter jedes Begünstigten einher. Um die Sensitivität der Sterblichkeit respektive der Langlebigkeit zu bestimmen, wurde die Lebensdauer für alle Versorgungsberechtigten um ein Jahr erhöht. Der Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember 2017 würde sich infolge dieser Änderung um 149 Mio € (3,1%) auf 4.973 Mio € (bzw. zum 31. Dezember 2016 um 158 Mio € (3,2%) auf 5.147 Mio €) erhöhen. Die HVB Group hält eine gegenläufige Entwicklung, nämlich einen Anstieg der Sterblichkeit beziehungsweise einen Rückgang der Lebenserwartung, für nicht wahrscheinlich und hat daher für diesen Fall im Berichtsjahr (und im Vorjahr) keine Sensitivität berechnet.

Bei der Ermittlung der Sensitivitäten der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen für die wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen hat die gleiche Methode Anwendung gefunden (Anwartschaftsbarwertverfahren), die auch für die Berechnung der in der Konzernbilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen herangezogen wurde. Erhöhungen und Senkungen der verschiedenen Bewertungsannahmen wirken bei der Ermittlung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtung – vor allem aufgrund des Zinseszineffekts bei der Ermittlung des Barwerts der künftigen Leistung – nicht mit dem gleichen Absolutbetrag. Ändern sich mehrere Annahmen gleichzeitig, entspricht die Gesamtwirkung nicht notwendigerweise der Summe der Einzeleffekte. Ferner gilt, dass die Sensitivitäten eine Veränderung des Barwerts der Leistungsverpflichtung nur für die jeweilige konkrete Größenordnung der Änderung von Annahmen (zum Beispiel 0,25%) widerspiegeln. Ändern sich die Annahmen in einer anderen Größenordnung, hat dies nicht notwendigerweise eine lineare Auswirkung auf den Verpflichtungsbarwert. Da den Sensitivitätsanalysen die durchschnittliche Duration der erwarteten Versorgungsverpflichtungen zugrunde liegt und folglich die erwarteten Auszahlungszeitpunkte unberücksichtigt bleiben, führen sie nur zu näherungsweisen Informationen beziehungsweise Tendenzaussagen.

Asset Liability Management

Das Planvermögen wird treuhänderisch mit dem Ziel verwaltet, die Bedienung der gegenwärtigen und zukünftigen Pensionsverpflichtungen durch eine adäquate Anlagestrategie sicherzustellen und somit das Risiko von Nachschüssen der Treugeber bzw. Trägerunternehmen zu minimieren.

Die Entscheidungen zur Kapitalanlage werden beim CTA von einem institutionalisierten Gremium, dem sogenannten Investment Committee, verantwortet, das die Anlagestrategie und -richtlinien für das Planvermögen definiert. Die Anlage des Vermögens soll sich insbesondere an der Struktur der Pensionsverpflichtungen orientieren und die Erzielung eines angemessenen Ertrags unter Berücksichtigung der damit verbundenen Risiken sicherstellen. Zur Rendite-Risiko-Optimierung gibt das Investment Committee für die Assetklassen des Planvermögens strategische Allokationsbandbreiten bzw. Anlagegrenzen vor, die flexibel im Rahmen des festgelegten Risikobudgets genutzt werden können. Für die Pensionskasse und den Pensionsfonds sind die vom Gesetz vorgesehenen Gremien und Prozesse in entsprechender Weise implementiert.

Für einen ganzheitlichen Blick auf die Planvermögen und die Leistungsverpflichtungen (Asset Liability Management) werden die Pensionsrisiken mit Hilfe eines speziell entwickelten Risikomodells regelmäßig überwacht und in der Risikorechnung der Bank berücksichtigt. Da die HVB Group unterschiedliche Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung mit rechtlich selbstständigen Einheiten nutzt, finden darüber hinaus spezifisch eingesetzte Risikomanagementkonzepte, wie zum Beispiel Stresstest oder Risikotragfähigkeitsanalysen, Anwendung.

Die mit den leistungsorientierten Verpflichtungen verbundenen Risiken betreffen neben den oben genannten versicherungsmathematischen Risiken vor allem finanzielle Risiken im Zusammenhang mit dem Planvermögen. Das Kapitalanlagerisiko zur Finanzierung der Altersversorgungsverpflichtungen umfasst insbesondere potenzielle Liquiditäts-, Bonitäts-, Konzentrations-, Markt- und Immobilienrisiken:

Liquiditätsrisiken können aus einer fehlenden bzw. begrenzten Marktgängigkeit der Kapitalanlagen resultieren, wodurch bei einem potenziellen Verkauf zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen möglicherweise Verluste realisiert werden müssten. Dieses Risiko besteht derzeit nicht, da die mit hoher Wahrscheinlichkeit eingehenden Zahlungen ausreichen, um die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Darüber hinaus ist ein entsprechender Anteil der Kapitalanlagen in als liquide klassifizierbaren Anlagen (Liquidität/Termingelder) investiert. Um dieses Risiko weiterhin zu vermeiden, werden regelmäßig Liquiditätsprojektionen erstellt.

Das Bonitätsrisiko resultiert aus möglichen Verschlechterungen der Zahlungsfähigkeit einzelner Schuldner bis hin zu einer möglichen Zahlungsunfähigkeit. Dieses Risiko soll durch die gezielte Streuung der Kapitalanlagen sowie durch Einhaltung spezieller Anlagerichtlinien hinsichtlich der Bonität von Emittenten gemindert werden. Die entsprechenden Ratings werden laufend überwacht.

Konzentrationsrisiken resultieren aus zu hohen Investitionen in eine einzelne Anlageart, eine einzelne Branche, einzelne Titel oder ein einzelnes Objekt. Diesem Risiko wird durch eine breite Streuung aufgrund von Anlagerichtlinien, eine laufende Überprüfung der Kapitalanlagepolitik sowie spezielle Vorgaben für die Asset Manager begegnet. So wird unter anderem mittels gezielter Investition in gemischte Wertpapierfonds eine Minderung des Konzentrationsrisikos durch Diversifikation in Bezug auf die Zusammensetzung des Fondsvermögens angestrebt.

Die Ursachen für Marktrisiken resultieren aus der Gefahr eines Rückgangs der Zeitwerte, bedingt durch negative Veränderungen von Marktpreisen, Aktienkursen sowie Änderungen am Zinsniveau. Auch hier wird die Einhaltung der spezifischen Vorgaben hinsichtlich der Mischung und Streuung der Kapitalanlagen beachtet und den Asset Managern werden risikobegrenzende Investmentrichtlinien vorgegeben.

Immobilienrisiken bestehen sowohl bei den Immobilien im Direktbestand als auch bei den Immobilien-Spezialfonds und resultieren zum Beispiel aus eventuellen Mietausfällen, Wertverlusten der Objekte, hohen Instandsetzungskosten oder sinkender Attraktivität des Standorts. Um diese Risiken zu minimieren, wird die Investition in Immobilien über eine Quote begrenzt und eine möglichst große Diversifizierung angestrebt. Im Bereich der Direktimmobilien wird zusätzlich der Abschluss von kurzfristigen Mietverträgen vermieden.

Aufgliederung des Planvermögens

Das Planvermögen zur Finanzierung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen setzt sich aus folgenden Anlageklassen zusammen: (in Mio €)

	2017	2016
Beteiligungen	56	54
Festverzinsliche Wertpapiere	130	134
Immobilien	186	174
Gemischte Wertpapierfonds	3.136	3.182
Immobilienfonds	390	331
Liquidität/Termingelder	50	68
Sonstige Aktiva	142	148
Insgesamt	4.090	4.091

Für den größeren Teil der im Direktbestand gehaltenen festverzinslichen Wertpapiere und nahezu alle im gemischten Wertpapierfonds enthaltenen Vermögenskategorien bestand eine Marktpreisnotierung an einem aktiven Markt. Die festverzinslichen Wertpapiere verfügen in der Regel über ein Investment Grade Rating.

Die Anlage in gemischte Wertpapierfonds bildet betragsmäßig den Schwerpunkt der Asset-Allokation des Planvermögens. Durch die gezielte Investition in verschiedene Vermögenskategorien und die überwiegende Beschränkung auf traditionelle Anlageinstrumente wird zum einen eine risikomindernde Minstdifferenzierung realisiert und zum anderen einer konservativen Grundstrategie Rechnung getragen. Der im Fonds enthaltene hohe Anteil an Renten mit einer mittel- bis langfristigen Benchmark (zum Beispiel Staats- und Unternehmensanleihen, Pfandbriefe) verspricht eine geringe Volatilität und soll eine ausgleichende Bewegung an die vom allgemeinen Zinsniveau abhängige Wertentwicklung der langfristigen Versorgungszusagen gewährleisten.

Die weitere Aufgliederung des gemischten Wertpapierfonds stellt sich wie folgt dar:

(in %)

	2017	2016
Aktien	12,2	6,5
Deutsche Aktien	2,1	1,1
Europäische Aktien	6,5	4,6
Andere Aktien	3,6	0,8
Staatsanleihen	29,8	32,2
Pfandbriefe	14,6	13,4
Unternehmensanleihen	28,0	29,3
Deutsche Unternehmensanleihen	5,1	5,8
Europäische Unternehmensanleihen	15,1	16,7
Andere Unternehmensanleihen	7,8	6,8
Fondszertifikate	4,6	3,1
Liquidität/Termingelder	10,8	15,5
Insgesamt	100,0	100,0

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

Das Planvermögen beinhaltet zum Abschlussstichtag eigene Finanzinstrumente des Konzerns und von den Unternehmen der HVB Group selbstgenutzte Immobilien und sonstige Vermögenswerte:

(in Mio €)

	2017	2016
Beteiligungen	—	—
Festverzinsliche Wertpapiere	15	15
Immobilien	—	—
Gemischte Wertpapierfonds	225	332
Immobilienfonds	—	—
Liquidität/Termingelder	50	68
Sonstige Aktiva	—	—
Insgesamt	290	415

Künftige Zahlungsströme

In der HVB Group bestehen Finanzierungsvereinbarungen, die Maßnahmen zur Ausfinanzierung leistungsorientierter Versorgungspläne vorsehen. Die in den Vereinbarungen enthaltenen Mindestdotierungsverpflichtungen können sich auf zukünftige Beitragszahlungen auswirken. Bei der HVB Trust Pensionsfonds AG kommt es zu einer Nachschussverpflichtung, wenn das Vermögen unter die Mindestdeckungsrückstellung fällt. Für die HVB Pensionskasse muss ein Zusatzbeitrag durch die Bank erfolgen, wenn die dauerhafte Finanzierbarkeit der Verpflichtungen nicht mehr gewährleistet ist. Für den CTA gibt es eine derartige Nachschussverpflichtung nicht.

Für das Geschäftsjahr 2018 beabsichtigt die HVB Group, Beiträge zu leistungsorientierten Pensionsplänen in Höhe von insgesamt 28 Mio € (Vorjahr: 28 Mio €) vorzunehmen.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit (Duration) der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen der HVB Group betrug am Abschlussstichtag 17,5 Jahre (Vorjahr: 18,1 Jahre).

Gemeinschaftliche Pensionspläne mehrerer Arbeitgeber

Die HVB Group ist Mitgliedsunternehmen der Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. (BVV), an der auch andere Finanzinstitute in Deutschland beteiligt sind. Der BVV erbringt betriebliche Altersversorgungsleistungen an die berechtigten Mitarbeiter der Trägerunternehmen. Die BVV-Tarife sehen feste Rentenzahlungen mit Überschussbeteiligungen vor. Aufgrund der in Deutschland geltenden gesetzlichen Subsidiärhaftung des Arbeitgebers (§ 1 Absatz 1 Satz 3 BetrAVG) wird der BVV-Plan von der HVB Group als leistungsorientierter gemeinschaftlicher Pensionsplan mehrerer Arbeitgeber (Multi-Employer-Plan) eingestuft.

Da die für eine Bilanzierung als leistungsorientierten Plan verfügbaren Informationen nicht ausreichen, um die Vermögenswerte sowie die auf die aktiven und ehemaligen Mitarbeiter bezogenen Pensionsverpflichtungen den einzelnen Mitgliedsunternehmen zuzuordnen, bilanziert die HVB Group den Plan so, als handle es sich um einen beitragsorientierten Plan.

Im Fall einer Unterdeckung kann der Konzern Anlagerisiken und versicherungsmathematischen Risiken ausgesetzt sein. Darüber hinaus könnte sich ein Anpassungsbedarf aus dem Ausgleich der Inflation zugunsten der Leistungsberechtigten ergeben. Eine Inanspruchnahme aus der gesetzlichen Subsidiärhaftung wird von der HVB Group derzeit nicht erwartet.

Für das Geschäftsjahr 2018 rechnet die HVB Group für diesen Versorgungsplan mit Arbeitgeberbeitragszahlungen in Höhe von 24 Mio € (Vorjahr: 25 Mio €). Aufgrund des aktuellen Zinsumfelds hatte der BVV in 2016 eine Leistungsreduktion für die zukünftigen Rentenanwartschaften vorgenommen. Um die Mitarbeiter der Bank von dieser Leistungsreduktion zu befreien, zahlt die Bank als Arbeitgeber einen Zusatzbeitrag, so dass den Mitarbeitern dadurch kein Nachteil bei den zukünftigen Rentenanwartschaften entsteht. Im Geschäftsjahr 2018 beträgt dieser Zusatzbeitrag 7 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €).

Beitragsorientierte Pensionspläne

Für die beitragsorientierten Pensionszusagen leisten Konzernunternehmen der HVB Group feste Zahlungsbeträge pro Periode an überbetriebliche Versorgungsträger. Die als laufender Aufwand im Personalaufwand erfassten Beiträge für die beitragsorientierten Versorgungspläne und den Pensions-Sicherungs-Verein VVaG (PSVaG) beliefen sich im Berichtsjahr auf 27 Mio € (Vorjahr: 22 Mio €).

Die ebenfalls im Personalaufwand ausgewiesenen Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung und zu den berufsständischen Versorgungswerken, bei denen es sich um beitragsorientierte staatliche Pläne (State Plans) handelt, betrugen im Berichtsjahr 86 Mio € (Vorjahr: 92 Mio €).

Rückstellungen für Finanzgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen, Restrukturierungsrückstellungen und sonstige Rückstellungen

(in Mio €)

	RÜCKSTELLUNGEN FÜR FINANZGARANTIE UND UNWIDERRUFLICHE KREDITZUSAGEN		RESTRUKTURIERUNGS- RÜCKSTELLUNGEN ¹		SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Bestand 1.1.	230	197	631	213	1.263	1.204
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—	—	—
Veränderungen aus Währungsumrechnungen	– 1	1	—	—	– 4	11
Zuführungen zu Rückstellungen	151	179	5	494	179	375
Auflösungen	– 200	– 146	– 9	– 6	– 69	– 110
Umbuchungen	—	—	– 193	– 50	55	21
Inanspruchnahmen	—	—	– 26	– 20	– 147	– 234
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte						
oder Veräußerungsgruppen	—	– 1	—	—	—	– 4
Sonstige Veränderungen	—	—	2	—	—	—
Bestand 31.12.	180	230	410	631	1.277	1.263

¹ Die Zuführungen und Auflösungen sind neben weiteren in der Berichtsperiode angefallenen Restrukturierungsaufwendungen im GuV-Posten Aufwendungen für Restrukturierungen enthalten.

Restrukturierungsrückstellungen

Die im Geschäftsjahr 2017 ausgewiesenen Zuführungen zu Restrukturierungsrückstellungen resultieren aus Restrukturierungsmaßnahmen bei Tochtergesellschaften.

Die Zuführungen zu den Restrukturierungsrückstellungen des Vorjahres standen maßgeblich im Zusammenhang mit den im Rahmen des Strategieprogramms „Transform 2019“ geplanten Maßnahmen.

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

Sonstige Rückstellungen

Die unter den Sonstigen Rückstellungen ausgewiesenen Personalrückstellungen umfassen langfristige Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern wie Rückstellungen für Jubiläumszahlungen, Vorruhestand oder Altersteilzeit. Zudem werden in den Personalrückstellungen die Teile des Bonus ausbezahlt, die zeitlich versetzt ausbezahlt werden bzw., sofern der Bonus in Form von Aktien gewährt wird, transferiert werden, wobei die Warteperiode ein Jahr übersteigt. Die Auszahlung dieser Boni ist zusätzlich an die Erreichung vordefinierter Ziele gebunden. Entsprechend sind hier Bonuszusagen für die Geschäftsjahre 2013, 2014, 2015, 2016 und 2017 enthalten, die ab 2018 ausbezahlt werden. Die hier enthaltenen Bonusrückstellungen sind im Berichtsjahr sowie in den zurückliegenden Geschäftsjahren aufwandswirksam erfasst worden. Die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer Auszahlung des Bonus kommt, wird als hoch angesehen. Für Details zur Bonusregelung siehe auch Note Verwaltungsaufwand.

Von den Anderen Rückstellungen in Höhe von 728 Mio € (Vorjahr: 798 Mio €) entfallen 623 Mio € (Vorjahr: 678 Mio €) auf Rückstellungen für Rechtsrisiken, Prozesskosten und Schadenersatzleistungen.

Die Höhe der jeweiligen Rückstellungen entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Trotzdem unterliegt die Bestimmung der Höhe dieser Rückstellungen Schätzunsicherheiten. Insbesondere bei den Mietgarantien werden dabei neben den Laufzeitannahmen die Kostenschätzungen turnusmäßig validiert.

Der überwiegende Teil der Sonstigen Rückstellungen mit Ausnahme der Rückstellungen für Mietgarantien und Andienungsrechte wird grundsätzlich innerhalb des folgenden Geschäftsjahres in Anspruch genommen.

71 Eigenkapital

Das Eigenkapital der HVB Group setzt sich per 31. Dezember 2017 wie folgt zusammen:

Gezeichnetes Kapital

Am 31. Dezember 2017 war das gezeichnete Kapital der HVB in Höhe von 2.407 Mio € (Vorjahr: 2.407 Mio €) eingeteilt in auf den Inhaber lautende Stammaktien in Höhe von 802.383.672 Stückaktien (Vorjahr: 802.383.672 Stückaktien).

Der auf die Aktie entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals beträgt je Stückaktie 3,– €. Die Aktien sind voll einbezahlt.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage resultiert aus bei der Ausgabe von Aktien erzielten Agiobeträgen und beläuft sich per 31. Dezember 2017 auf 9.791 Mio € (Vorjahr: 9.791 Mio €).

Anderer Rücklagen

Die Anderen Rücklagen in Höhe von 5.289 Mio € (Vorjahr: 5.107 Mio €) beinhalten im Wesentlichen Gewinnrücklagen. Der Anstieg der Anderen Rücklagen um 182 Mio € im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf Versicherungsmathematische Gewinne bei leistungsorientierten Plänen, die sich auf 150 Mio € beliefen, zurückzuführen.

Bewertungsänderungen von Finanzinstrumenten

Die Rücklagen aus Bewertungsänderungen von Finanzinstrumenten im Eigenkapital belaufen sich per 31. Dezember 2017 auf 80 Mio € (Vorjahr: 104 Mio €). Dieser Rückgang um 24 Mio € gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf die AFS-Rücklage, die sich um 22 Mio € auf 52 Mio € ermäßigte, zurückzuführen und resultierte im Wesentlichen aus in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne für veräußerte Finanzinstrumente.

72 Nachrangkapital

Das in den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten enthaltene Nachrangkapital gliedert sich wie folgt auf:

(in Mio €)

	2017	2016
Nachrangige Verbindlichkeiten	523	543
Hybride Kapitalinstrumente	51	56
Insgesamt	574	599

Dabei wurden nachrangige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente bankaufsichtsrechtlich entsprechend den Vorschriften der Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe a, 63 bis 65, 66 Absatz 1 Buchstabe a und 67 CRR als Ergänzungskapital angesetzt. Die hybriden Kapitalinstrumente werden dem Ergänzungskapital gemäß Artikel 87 und 88 CRR in Verbindung mit Artikel 480 CRR zugerechnet.

Das Nachrangkapital ist in folgenden Bilanzposten enthalten:

(in Mio €)

	2017	2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	—	10
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	313	96
Verbriefte Verbindlichkeiten	261	493
Insgesamt	574	599

Für dieses Nachrangkapital sind Zinsaufwendungen von 17 Mio € (Vorjahr: 18 Mio €) angefallen. Im Nachrangkapital sind anteilige Zinsen in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) enthalten.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Bei allen nachrangigen Verbindlichkeiten kann eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung der Emittenten nicht entstehen. Im Falle des Konkurses oder der Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Nachrangige Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen lagen im Berichtszeitraum in Höhe von 313 Mio € (Vorjahr: 313 Mio €) vor.

Hybride Kapitalinstrumente

Unter den Begriff der hybriden Kernkapitalinstrumente können Emissionen in Form von Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter fallen, die teilweise durch eigens für diesen Zweck gegründete Tochtergesellschaften begeben werden.

Unsere hybriden Kapitalinstrumente erfüllen die gültigen Voraussetzungen des Artikels 63 CRR zur Anerkennung als Ergänzungskapital. Per 31. Dezember 2017 trägt hybrides Kapital der HVB Group in Höhe von 10 Mio € (Vorjahr: 22 Mio €) zur Stärkung unserer aufsichtsrechtlichen Kapitalbasis bei.

Angaben zur Kapitalflussrechnung

73 Erläuterungen zu den Posten der Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme des Geschäftsjahrs, aufgeteilt in die Bereiche „operative Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“. Die operative Geschäftstätigkeit definieren wir weit, so dass die Abgrenzung entsprechend dem operativen Ergebnis vorgenommen wird.

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht dem Bilanzposten Barreserve und enthält den Kassenbestand sowie die täglich fälligen Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Die Position Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten enthält die Bewertungsänderungen von Finanzinstrumenten, die Nettozuführung zu den latenten Steuern, die Veränderung der Rückstellungen, die Veränderung anteiliger und abgegrenzter Zinsen, die Auflösung von Agio und Disagio, die Veränderung aus der At-Equity-Bewertung sowie Fremddanteile am Jahresergebnis.

Dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden sämtliche Ein- und Auszahlungen aus Transaktionen im Zusammenhang mit dem Eigenkapital sowie mit dem Nachrangkapital zugerechnet. Die als Finanzierungsverbindlichkeiten in den Cashflow aus Finanzierungstätigkeit einbezogenen Bestände des Nachrang- und Hybridkapitals haben sich im Berichtszeitraum saldiert um 45 Mio € (Vorjahr: 92 Mio €) zahlungswirksam vermindert.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Erlöse aus der Veräußerung von Anteilen an vollkonsolidierten Unternehmen in Höhe von 68 Mio € erzielt, davon 68 Mio € in bar. Die in bar erzielten Verkaufserlöse stehen im Zusammenhang mit dem Verkauf des Anteils am Bankhaus Neelmeyer.

Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der veräußerten vollkonsolidierten Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

(in Mio €)

	2017		2016	
	ERWORBEN	VERÄUSSERT	ERWORBEN	VERÄUSSERT
Aktiva				
Barreserve	—	—	—	—
Handelsaktiva	—	—	—	—
aFvTPL-Finanzinstrumente	—	—	—	—
AfS-Finanzinstrumente	—	—	—	—
At-Equity bewertete Anteile an assoziierten Unternehmen und at-Equity bewertete Joint Ventures	—	—	—	—
HtM-Finanzinstrumente	—	—	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	28
Forderungen an Kunden	—	—	—	—
Hedging Derivate	—	—	—	—
Hedgeanpassungsbetrag von gesicherten Grundgeschäften im Portfolio Fair-Value-Hedge	—	—	—	—
Sachanlagen	—	—	—	1
Investment Properties	—	—	—	—
Immaterielle Vermögenswerte	—	—	—	1
darunter: Geschäfts- und Firmenwert	—	—	—	—
Ertragsteueransprüche	—	—	—	14
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	—	1.300	—	—
Sonstige Aktiva	—	—	—	5
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	—	—	—	—
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	—	—	—	—
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	—	—	—
Handelspassiva	—	—	—	—
Hedging Derivate	—	—	—	—
Hedgeanpassungsbetrag von gesicherten Grundgeschäften im Portfolio Fair-Value-Hedge	—	—	—	—
Ertragsteuerverpflichtungen	—	—	—	—
Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen	—	1.233	—	—
Sonstige Passiva	—	—	—	13
Rückstellungen	—	—	—	21

In den Geschäftsjahren 2017 und 2016 wurden keine wesentlichen Käufe von Tochtergesellschaften und assoziierten Unternehmen vorgenommen.

Sonstige Angaben

74 Nachtragsbericht (Ereignisse nach der Berichtsperiode)

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 16. Februar 2018 Jan Kupfer und Dr. Emanuele Buttà mit Wirkung ab 1. März 2018 zu Mitgliedern des Vorstands bestellt. Herr Kupfer wird den Geschäftsbereich Corporate & Investmentbanking verantworten und folgt auf Dr. Michael Diederich, der zum 1. Januar 2018 zum Sprecher des Vorstands der UniCredit Bank AG ernannt worden war. Dr. Emanuele Buttà übernimmt von Peter Buschbeck das Geschäftsfeld Privatkunden Bank, das zusammen mit der Unternehmer Bank den Geschäftsbereich Commercial Banking der Bank bildet.

75 Angaben zum Leasinggeschäft

HVB Group als Leasinggeber

Operating-Leasing

Die HVB Group ist Leasinggeber im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen. Diese Leasingverträge umfassen im Berichtsjahr insbesondere Immobilien (Grundstücke und Gebäude) sowie Mobilien wie im Wesentlichen Betriebs- und Geschäftsausstattung, Flug- und Fahrzeuge und Industriemaschinen. Die Mietverträge für Immobilien beruhen auf marktüblichen Konditionen und enthalten Verlängerungsoptionen sowie Preisanpassungsklauseln in Form von Staffelmieten oder Indexklauseln; in der Regel sind keine Kaufoptionen vereinbart. Die Leasingverträge für Mobilien sind regelmäßig mit Laufzeiten zwischen vier bis zehn Jahren und einer zusätzlichen Kaufoption ausgestaltet; Verlängerungs- oder Preisanpassungsklauseln bestehen nicht.

Die zukünftig zu erhaltenden Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen betragen:

(in Mio €)

	2017	2016
bis 1 Jahr	65	114
über 1 Jahr bis 5 Jahre	218	368
über 5 Jahre	122	106
Insgesamt	405	588

Der im Vergleich zum Vorjahr betragsmäßige Rückgang der zukünftig zu erhaltenden Mindestleasingzahlungen resultiert in erster Linie aus dem Umstand, dass die Operating-Leasingverhältnisse einer zur Veräußerung gehaltenen Tochtergesellschaft (zum IFRS 5-Ausweis siehe Note Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen) sowie einer in der Berichtsperiode entkonsolidierten Tochtergesellschaft nicht mehr in den zum Geschäftsjahresende ausgewiesenen Werten enthalten sind.

Finanzierungsleasing

Die HVB Group tritt als Leasinggeber im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen auf und vermietet mobile Güter wie insbesondere Betriebs- und Geschäftsausstattung, Flug- und Fahrzeuge und Industriemaschinen. In der Regel sind die Leasingvereinbarungen mit Laufzeiten zwischen vier bis zehn Jahren und gegebenenfalls einem Andienungsrecht des Leasinggebers ausgestaltet; Verlängerungs- oder Preisanpassungsklauseln bestehen nicht.

Folgende Tabelle zeigt die Überleitung der zukünftigen Mindestleasingzahlungen zur Brutto- und Nettoinvestition in das Leasingverhältnis sowie zum Barwert der zukünftigen Mindestleasingzahlungen am Abschlussstichtag. Damit setzen sich die Forderungen an Kunden aus dem Leasinggeschäft (Forderungen aus Finanzierungsleasing) wie folgt zusammen:

(in Mio €)

	2017	2016
Zukünftige Mindestleasingzahlungen	1.798	2.159
+ Nicht garantierter Restwert	—	—
= Bruttoinvestition	1.798	2.159
– Unrealisierter Finanzertrag	- 88	- 110
= Nettoinvestition	1.710	2.049
– Barwert des nicht garantierten Restwerts	—	—
= Barwert der zukünftigen Mindestleasingzahlungen	1.710	2.049

Der im Vergleich zum Vorjahr rückläufige Bestand an Forderungen an Kunden aus dem Leasinggeschäft ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Finanzierungsleasingverhältnisse einer zur Veräußerung gehaltenen Tochtergesellschaft (zum IFRS 5-Ausweis siehe Note Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen) nicht mehr in dem am Abschlussstichtag ausgewiesenen Barwert der zukünftigen Mindestleasingzahlungen enthalten sind.

Die zukünftigen Mindestleasingzahlungen umfassen die vom Leasingnehmer insgesamt aus dem Leasingvertrag zu zahlenden Leasingraten zuzüglich des garantierten Restwerts.

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

Der nicht garantierte Restwert ist derjenige Teil des Restwerts des Leasinggegenstands, dessen Realisierung durch den Leasinggeber nicht gesichert ist.

Die Bruttoinvestition in das Leasingverhältnis ist aus Sicht des Leasinggebers die Summe aus den zukünftigen Mindestleasingzahlungen und jeglichem, dem Leasinggeber zustehenden, nicht garantierten Restwert.

Der unrealisierte Finanzertrag bezeichnet die Differenz zwischen dem Bruttoinvestitionswert aus dem Leasingverhältnis und dessen Barwert (Nettoinvestitionswert) und entspricht der impliziten Verzinsung des Leasingverhältnisses zwischen Abschlussstichtag und Vertragsende.

Der Barwert der zukünftigen Mindestleasingzahlungen ergibt sich aus der Nettoinvestition in das Leasingverhältnis abzüglich des Barwerts des nicht garantierten Restwerts.

Die Bruttoinvestition in das Leasingverhältnis und der Barwert der zukünftigen Mindestleasingzahlungen sind wie folgt fällig: (in Mio €)

	BRUTTOINVESTITION		BARWERT DER ZUKÜNFTIGEN MINDESTLEASINGZAHLUNGEN	
	2017	2016	2017	2016
bis 1 Jahr	669	772	635	732
über 1 Jahr bis 5 Jahre	998	1.247	950	1.184
über 5 Jahre	131	140	125	133
Insgesamt	1.798	2.159	1.710	2.049

Die kumulierten Wertberichtigungen für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen im Rahmen der Forderungen an Kunden aus dem Finanzierungsleasinggeschäft betragen zum Ende der Berichtsperiode 12 Mio € (Vorjahr: 18 Mio €).

Die Angabe der im Posten Forderungen an Kunden enthaltenen Forderungen aus Finanzierungsleasing erfolgt jeweils gekürzt um Wertberichtigungen auf Forderungen (siehe Note Forderungen an Kunden). Diese gliedern sich wie folgt auf: (in Mio €)

	2017	2016
Einwandfreie Forderungen – Buchwert	1.630	2.017
Buchwert vor Wertberichtigungen	1.636	2.022
Portfoliowertberichtigungen	6	5
Einwandfreie, überfällige Forderungen – Buchwert	59	9
Buchwert vor Wertberichtigungen	59	9
Portfoliowertberichtigungen	—	—
Leistungsgestörte Forderungen (Bonitätsklassen 8–, 9 und 10) – Buchwert	21	23
Buchwert vor Wertberichtigungen	39	47
Einzelwertberichtigungen	18	24

Einwandfreie, überfällige Forderungen und darauf entfallene Sicherheitenwerte nach Überfälligkeit (in Mio €)

	2017	2016
Einwandfreie, überfällige Forderungen – Buchwert		
1–30 Tage	57	7
31–60 Tage	2	2
61–90 Tage	—	—
Sicherheitenwerte		
1–30 Tage	12	7
31–60 Tage	1	1
61–90 Tage	—	—

Forderungen und Sicherheitenwerte nach Bonitätsklassen

(in Mio €)

	2017	2016
Forderungen		
nicht gerated	—	192
Bonitätsklasse 1–4	1.480	1.512
Bonitätsklasse 5–8	209	322
Bonitätsklasse 9–10	21	23
Sicherheitenwerte		
nicht gerated	—	—
Bonitätsklasse 1–4	853	1.159
Bonitätsklasse 5–8	117	190
Bonitätsklasse 9–10	18	19

HVB Group als Leasingnehmer**Operating-Leasing**

Die HVB Group tritt als Leasingnehmer im Zusammenhang mit Operating-Leasingverhältnissen auf. Die im Berichtsjahr bestehenden Verpflichtungen betreffen insbesondere Miet- und Leasingvereinbarungen über Immobilien (Grundstücke und Gebäude) sowie Mobilien, die vor allem Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Fahrzeuge umfassen. Die Mietverträge für Immobilien enthalten in der Regel Verlängerungsoptionen sowie Preisanpassungsklauseln in Form von Staffelmieten oder Indexklauseln; Kaufoptionen sind teilweise vereinbart. Die Leasingverträge für Mobilien sind zu marktüblichen Konditionen mit Laufzeiten zwischen drei bis neun Jahren ausgestaltet.

Im Berichtsjahr führten die Verpflichtungen aus Operating-Leasing im Rahmen von Miet- und Untermietverhältnissen zu Mindestleasingzahlungen in Höhe von insgesamt 89 Mio € (Vorjahr: 103 Mio €), die als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden.

In künftigen Geschäftsjahren ist mit folgenden kumulierten Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen zu rechnen:

(in Mio €)

	2017	2016
bis 1 Jahr	95	98
über 1 Jahr bis 5 Jahre	109	139
über 5 Jahre	29	37
Insgesamt	233	274

In den Outsourcing-Vereinbarungen über die Auslagerung der Informations- und Kommunikationstechnologieprozesse auf den UniCredit gruppenweiten Service Provider UBIS sind entgeltliche Nutzungsüberlassungen in Form von Operating-Leasingverhältnissen enthalten. Die in diesem Zusammenhang jährlich abgeschlossenen Full-Service-Verträge bestehen zum Großteil aus Mietzahlungen für die Bereitstellung von Hard- und Software, die in den oben angegebenen Mindestleasingzahlungen in Höhe von 28 Mio € für das Berichtsjahr und 34 Mio € für das folgende Geschäftsjahr berücksichtigt sind.

Die HVB Group hat für Immobilien Untermietverträge zu marktüblichen Konditionen zum Teil mit Mietanpassungsklauseln und Verlängerungsoptionen abgeschlossen. Im Berichtsjahr wurden erhaltene Zahlungen aus Untermietverhältnissen in Höhe von 9 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €) als Ertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Untermietverhältnissen, deren Erhalt in den folgenden Geschäftsjahren erwartet wird, beträgt 20 Mio € (Vorjahr: 27 Mio €).

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

Finanzierungsleasing

Die von der HVB Group als Leasingnehmer eingegangenen Finanzierungsleasingverhältnisse betreffen Immobilien (Grundstücke und Gebäude). Die Leasingvereinbarungen enthalten in der Regel eine Kaufoption und Preisanpassungsklauseln.

Folgende Tabelle zeigt die Überleitung der Summe der zukünftigen Mindestleasingzahlungen am Abschlussstichtag zu deren Barwert.

Damit ergeben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aus dem Leasinggeschäft (Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing) wie folgt: (in Mio €)

	2017	2016
Zukünftige Mindestleasingzahlungen	201	213
– Zinsanteil (in den Mindestleasingzahlungen enthaltene Zinsen)	– 19	– 20
= Barwert der zukünftigen Mindestleasingzahlungen	182	193

Der Unterschiedsbetrag zwischen den zukünftigen Mindestleasingzahlungen und deren Barwert stellt nicht amortisierten Zinsaufwand dar.

Folgende Tabelle zeigt die Fälligkeit der zukünftigen Mindestleasingzahlungen und deren Barwert zum Abschlussstichtag: (in Mio €)

	ZUKÜNFTIGE MINDESTLEASINGZAHLUNGEN		BARWERT DER ZUKÜNFTIGEN MINDESTLEASINGZAHLUNGEN	
	2017	2016	2017	2016
bis 1 Jahr	13	13	13	12
über 1 Jahr bis 5 Jahre	55	52	50	48
über 5 Jahre	133	148	119	133
Insgesamt	201	213	182	193

Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Untermietverhältnissen, deren Erhalt in den folgenden Geschäftsjahren erwartet wird, beträgt 30 Mio € (Vorjahr: 22 Mio €).

76 Reklassifizierung von Finanzinstrumenten gemäß IAS 39.50 ff. und IFRS 7

In Übereinstimmung mit der Änderung von IAS 39 und IFRS 7 durch das International Accounting Standards Board (IASB) und der EU-Verordnung 1004/2008 hat die HVB in 2008 und 2009 bestimmte finanzielle Vermögensgegenstände in die Kategorie Kredite und Forderungen umgewidmet. Für diese reklassifizierten Handelsbestände besteht keine Handelsabsicht mehr, da infolge der außergewöhnlichen Umstände durch die Finanzkrise (2008/09) bis zum Umklassifizierungszeitpunkt die Märkte in diesen Finanzinstrumenten illiquide geworden sind. Vor dem Hintergrund der hohen Qualität dieser Assets wird beabsichtigt, die Bestände längerfristig zu halten. Eine Reklassifizierung aus dem AfS-Bestand wurde nicht vorgenommen. Seit 2010 wurden keine weiteren Reklassifizierungen vorgenommen.

Die in 2008 reklassifizierten Asset-backed Securities und Andere Schuldverschreibungen wurden zum 31. Dezember 2008 mit einem Buchwert von 13,7 Mrd € sowie die in 2009 reklassifizierten Bestände mit einem Buchwert per 31. Dezember 2009 in Höhe von 7,3 Mrd € ausgewiesen.

Darstellung der reklassifizierten Bestände für die aktuelle sowie vorherige Berichtsperiode:

(in Mrd €)

REKLASSIFIZIERTE ASSET-BACKED-SECURITIES UND ANDERE SCHULDVERSCHREIBUNGEN	BUCHWERT SÄMTLICHER REKLASSIFIZierter VERMÖGENSGEGENSTÄNDE ¹	BEIZULEGENDER ZEITWERT SÄMTLICHER REKLASSIFIZierter VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	NOMINALWERT SÄMTLICHER REKLASSIFIZierter VERMÖGENSGEGENSTÄNDE
Reklassifiziert in 2008			
Bestand zum 31.12.2016	0,9	0,9	1,0
Bestand zum 31.12.2017	0,6	0,6	0,7
Reklassifiziert in 2009			
Bestand zum 31.12.2016	0,9	1,0	0,9
Bestand zum 31.12.2017	0,6	0,8	0,6
Bestand an reklassifizierten Assets zum 31.12.2017²	1,2	1,3	1,3

¹ Vor Stückzinsen.

² Additionsdifferenzen sind rundungsbedingt.

Der Fair Value zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Reklassifizierung stellt die neuen Anschaffungskosten dar, die zum Teil deutlich unter dem Nominal liegen. Entsprechend ist eine Amortisierung dieser Differenz (Disagio) über die Restlaufzeit der reklassifizierten finanziellen Vermögenswerte vorzunehmen. Hieraus und aus fällig gewordenen sowie teilweise getilgten Papieren ergibt sich im Geschäftsjahr 2017 ein Effekt in Höhe von 9 Mio € (Geschäftsjahr 2016: 13 Mio €), der im Zinsüberschuss erfasst wird. Die Effektivzinssätze für die umklassifizierten Wertpapiere liegen in einer Bandbreite von 0,16% bis 1,72%.

Aus verkauften reklassifizierten Papieren wurde im Geschäftsjahr 2017 in der Gewinn- und Verlustrechnung ein Ergebnis in Höhe von 5 Mio € (Vorjahr: 19 Mio €) ausgewiesen.

Von der für reklassifizierte Bestände gebildeten Kreditrisikoversorge haben wir im Berichtsjahr 3 Mio € aufgelöst (Vorjahr: Auflösung in Höhe von 51 Mio €).

Wären diese Reklassifizierungen in 2008 und 2009 nicht vorgenommen worden, hätte sich im Handelsergebnis im Berichtsjahr ein negativer Saldo aus der Mark-to-Market Bewertung (inklusive realisierter Verkäufe) von 20 Mio € (Vorjahr: 25 Mio €) ergeben. Diese Effekte entsprechen einer theoretischen Pro-forma-Rechnung, da aufgrund der Reklassifizierung die Bestände zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden. Demnach hat die Einbeziehung der vorgenannten GuV-Effekte im Berichtsjahr zu einem um 37 Mio € höheren Ergebnis vor Steuern geführt (Vorjahr: 108 Mio €). Der kumulierte Nettoeffekt auf die Gewinn- und Verlustrechnung aus den bisher vorgenommenen Reklassifizierungen beträgt seit dem Wirksamwerden der Reklassifizierungen in 2008 bis zum Berichtsstichtag –67 Mio € vor Steuern (31. Dezember 2016: –104 Mio €).

77 Angaben zu ausgewählten strukturierten Produkten

Zur Erhöhung der Transparenz werden nachfolgend zusätzliche Informationen zu ausgewählten strukturierten Produkten angegeben. Dabei werden neben zurückbehaltenen Tranchen aus eigenen Verbriefungstransaktionen der HVB Group auch Bestände in von Dritten emittierten Asset-backed-Securities (ABS)-Transaktionen dargestellt.

ABS-Portfolio

In einer Verbriefungstransaktion werden vor allem Kreditforderungen bzw. Kreditrisiken vom Verkäufer (Originator) auf Dritte übertragen. Die Verbriefung wird meistens über sogenannte strukturierte Einheiten (früher: Special Purpose Vehicles; SPVs) vorgenommen. Diese Vehikel emittieren auf dem Kapitalmarkt zur Refinanzierung des Erwerbs der Forderungen Wertpapiere, die durch die erworbenen Forderungen besichert sind. Dadurch werden die Kreditrisiken in Form von Asset-backed-Securities an Investoren weitergegeben. Die von Vehikeln emittierten Wertpapiere werden in der Regel in Tranchen unterteilt, die sich vor allem hinsichtlich der Rangfolge in der Bedienung von Rück- und Zinszahlungsansprüchen unterscheiden. Diese Tranchen werden in der Regel von Ratingagenturen beurteilt.

Je nach den zugrunde liegenden Vermögenswerten (Underlying Assets) einer Verbriefung werden bei ABS-Transaktionen unter anderem folgende Wertpapiere unterschieden:

- Residential-Mortgage-backed-Securities (RMBS) beziehen sich auf Hypothekendarlehen im privaten Sektor (Residential-Mortgage-Loans)
- Commercial-Mortgage-backed-Securities (CMBS) beziehen sich auf Hypothekendarlehen im gewerblichen Sektor (Commercial-Mortgage-Loans)
- Collateralised-Loan-Obligations (CLO) beziehen sich auf gewerbliche Bankkredite
- Collateralised-Bond-Obligations (CBO) beziehen sich auf Wertpapierportfolios

Daneben werden auch Konsumentenkredite, Kreditkartenforderungen und Forderungen aus Finanzierungsleasing verbrieft.

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

Aufgliederung zurückbehaltener Tranchen aus eigenen Verbriefungstransaktionen und Bestände in von Dritten emittierten ABS-Transaktionen nach Ratingklassen:

(in Mio €)

BUCHWERTE	31.12.2017				31.12.2016
	SENIOR	MEZZANINE	JUNIOR	INSGESAMT	INSGESAMT
Zurückbehaltene Tranchen aus eigenen					
Verbriefungstransaktionen im Bestand	—	—	—	—	—
Bestände in von Dritten emittierten ABS-Transaktionen	5.981	262	—	6.243	6.788
Residential-Mortgage-backed-Securities (RMBS)	1.946	132	—	2.078	2.888
Commercial-Mortgage-backed-Securities (CMBS)	66	44	—	110	122
Collateralised-Debt-Obligations (CDO)	45	6	—	51	61
Collateralised-Loan-Obligations (CLO)/					
Collateralised-Bond-Obligations (CBO)	2.814	53	—	2.867	2.161
Konsumentenkredite	1.082	21	—	1.103	1.417
Kreditkartenforderungen	—	—	—	—	77
Forderungen aus Finanzierungsleasing	5	2	—	7	26
Sonstige	23	4	—	27	36
Insgesamt	31.12.2017	5.981	262	—	6.243
	31.12.2016	6.278	510	—	6.788

Die Zuordnung zu Senior, Mezzanine und Junior erfolgte auf Basis externer bzw., falls kein externes Rating vorhanden ist, auf Basis interner Ratings, wobei als Senior-Tranchen nur solche mit bestem Rating gezeigt werden. Als Junior-Tranchen werden nur niedrig geratete (schlechter als ein externes BB-Rating) bzw. nicht geratete Tranchen (sogenannte First Loss Pieces) ausgewiesen, alle anderen Tranchen werden als Mezzanine-Tranchen zusammengefasst.

Aufgliederung zurückbehaltener Tranchen aus eigenen Verbriefungstransaktionen und Bestände in von Dritten emittierten ABS-Transaktionen nach Regionen:

(in Mio €)

BUCHWERTE	31.12.2017				INSGESAMT
	EUROPA	USA	ASIEN	ÜBRIGE REGIONEN	
Zurückbehaltene Tranchen aus eigenen					
Verbriefungstransaktionen im Bestand	—	—	—	—	—
Bestände in von Dritten emittierten ABS-Transaktionen	5.020	1.198	—	25	6.243
Residential-Mortgage-backed-Securities (RMBS)	2.072	1	—	5	2.078
Commercial-Mortgage-backed-Securities (CMBS)	105	5	—	—	110
Collateralised-Debt-Obligations (CDO)	—	31	—	20	51
Collateralised-Loan-Obligations (CLO)/					
Collateralised-Bond-Obligations (CBO)	1.709	1.158	—	—	2.867
Konsumentenkredite	1.100	3	—	—	1.103
Kreditkartenforderungen	—	—	—	—	—
Forderungen aus Finanzierungsleasing	7	—	—	—	7
Sonstige	27	—	—	—	27
Insgesamt	31.12.2017	5.020	1.198	—	6.243
	31.12.2016	5.800	957	—	6.788

Aufgliederung zurückbehaltener Tranchen aus eigenen Verbriefungstransaktionen und Bestände in von Dritten emittierten ABS-Transaktionen nach Restlaufzeiten:

(in Mio €)

BUCHWERTE	31.12.2017			
	BIS 1 JAHR	ÜBER 1 JAHR BIS 5 JAHRE	ÜBER 5 JAHRE	INSGESAMT
Zurückbehaltene Tranchen aus eigenen				
Verbriefungstransaktionen im Bestand	—	—	—	—
Bestände in von Dritten emittierten ABS-Transaktionen	1.591	3.565	1.087	6.243
Residential-Mortgage-backed-Securities (RMBS)	205	1.498	375	2.078
Commercial-Mortgage-backed-Securities (CMBS)	26	9	75	110
Collateralised-Debt-Obligations (CDO)	—	20	31	51
Collateralised-Loan-Obligations (CLO)/				
Collateralised-Bond-Obligations (CBO)	1.165	1.119	583	2.867
Konsumentenkredite	188	915	—	1.103
Kreditkartenforderungen	—	—	—	—
Forderungen aus Finanzierungsleasing	7	—	—	7
Sonstige	—	4	23	27
Insgesamt	31.12.2017	3.565	1.087	6.243
	31.12.2016	822	1.610	6.788

Aufgliederung zurückbehaltener Tranchen aus eigenen Verbriefungstransaktionen und Bestände in von Dritten emittierten ABS-Transaktionen nach den Bestandskategorien gemäß IAS 39:

(in Mio €)

BUCHWERTE	31.12.2017					INSGESAMT
	HELD FOR TRADING	FAIR-VALUE- OPTION	LOANS & RECEIVABLES	HELD TO MATURITY	AVAILABLE FOR SALE	
Zurückbehaltene Tranchen aus eigenen						
Verbriefungstransaktionen im Bestand	—	—	—	—	—	—
Bestände in von Dritten emittierten ABS-Transaktionen	89	12	6.113	23	6	6.243
Residential-Mortgage-backed-Securities (RMBS)	31	6	2.040	—	1	2.078
Commercial-Mortgage-backed-Securities (CMBS)	—	—	105	—	5	110
Collateralised-Debt-Obligations (CDO)	—	6	25	20	—	51
Collateralised-Loan-Obligations (CLO)/						
Collateralised-Bond-Obligations (CBO)	11	—	2.856	—	—	2.867
Konsumentenkredite	43	—	1.057	3	—	1.103
Kreditkartenforderungen	—	—	—	—	—	—
Forderungen aus Finanzierungsleasing	4	—	3	—	—	7
Sonstige	—	—	27	—	—	27
Insgesamt	31.12.2017	12	6.113	23	6	6.243
	31.12.2016	14	6.517	36	65	6.788

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

78 Fair-Value-Hierarchie

Im Folgenden beschreiben wir die Entwicklung der Finanzinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet und mit solchem in der Bilanz ausgewiesen werden insbesondere im Hinblick auf die sogenannte Fair-Value-Hierarchie.

Diese Fair-Value-Hierarchie ist in folgende Stufen eingeteilt:

Das Level 1 beinhaltet Finanzinstrumente, die zu Preisen für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die auf aktiven Märkten notiert sind, bewertet werden. Diese Preise werden unverändert übernommen. Wir haben überwiegend börsennotierte Eigenkapitalinstrumente und Anleihen sowie börsengehandelte Derivate in diese Kategorie eingeteilt.

Im Level 2 werden Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten gezeigt, deren Bewertung aus direkten (als Preise) oder indirekten (von Preisen abgeleitete) beobachtbaren Inputdaten (Bewertungsparameter) abgeleitet werden. Für die betreffenden Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten selbst ist kein Preis an einem aktiven Markt beobachtbar. Aufgrund dessen zeigen wir in dieser Stufe insbesondere die beizulegenden Zeitwerte von Zins- und Kreditderivaten sowie die beizulegenden Zeitwerte von ABS Bonds, sofern für die betreffende Assetklasse ein liquider Markt besteht.

Zwischen Level 1 und Level 2 sind finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten in Höhe von 622 Mio € (31. Dezember 2016: 1.168 Mio €) transferiert worden. Im Gegenzug sind zwischen Level 2 und Level 1 finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten in Höhe von 1.679 Mio € (31. Dezember 2016: 1.393 Mio €) transferiert worden. Der Großteil der Transfers betrifft Wertpapiere und resultiert aus einer Zu- bzw. Abnahme des tatsächlich stattgefundenen Handels in den betroffenen Wertpapieren und damit verbunden einer geänderten Geld-Brief-Spanne.

Für Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert auf einer wiederkehrenden Basis ermittelt wird, ergaben sich folgende Transfers zwischen Level 1 und Level 2:

		(in Mio €)	
		NACH LEVEL 1	NACH LEVEL 2
Handelsaktiva			
	Transfer von Level 1	—	26
	Transfer von Level 2	335	—
aFVtPL-Finanzinstrumente			
	Transfer von Level 1	—	595
	Transfer von Level 2	1.306	—
AfS-Finanzinstrumente			
	Transfer von Level 1	—	—
	Transfer von Level 2	10	—
Handelspassiva			
	Transfer von Level 1	—	1
	Transfer von Level 2	28	—

Für Instrumente, die innerhalb der Berichtsperiode (1. Januar bis 31. Dezember) zwischen den Levels transferiert werden, gilt der 1. Januar als Transferzeitpunkt.

Level 3 bezieht sich auf Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, deren beizulegender Zeitwert nicht ausschließlich auf Grundlage beobachtbarer Marktdaten (nicht beobachtbare Inputdaten) ermittelt wird. Falls die Auswirkung der am Markt nicht beobachtbaren Inputdaten auf die Fair-Value-Ermittlung unwesentlich ist, erfolgt ein Ausweis in Level 2. Die jeweiligen beizulegenden Zeitwerte weisen somit auch Bewertungsparameter auf, die auf Modellannahmen basieren. Hierunter fallen Derivate und strukturierte Produkte, die zumindest eine „exotische“ Komponente beinhalten, wie zum Beispiel Fremdwährungs- oder Zinsderivate auf illiquide Währungen, Derivate mit marktunüblichen Laufzeiten, strukturierte Produkte mit einem nicht liquiden Underlying als Referenz bzw. ABS Bonds einer Assetklasse, für die kein liquider Markt besteht.

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Bewertungsparametern, kann der Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ermittelt und der Bewertung zugrunde gelegt, die den herrschenden Marktgegebenheiten entsprechen. Darüber hinaus wird einzelnen Parametern, die nicht separat als eigenständiger Bewertungsparameter im Bewertungsmodell berücksichtigt werden können, durch Ansatz einer Modellreserve Rechnung getragen.

Aufgeteilt auf die einzelnen Klassen von Finanzinstrumenten kommen in Abhängigkeit der Produkttypen die folgenden Bewertungsverfahren zur Anwendung. Dabei sind die Bewertungen für Finanzinstrumente des Fair Value Levels 3 von folgenden signifikanten und nicht am Markt beobachtbaren Parametern abhängig:

PRODUKTTYPEN	BEWERTUNGSVERFAHREN	SIGNIFIKANTE NICHT BEOBACHTBARE PARAMETER	SPANNE
Festverzinsliche Wertpapiere und andere Schuldtitel	Marktansatz	Kurswert	0%–193%
Aktien	Marktansatz	Kurswert	0%–100%
ABS-Wertpapiere	DCF-Verfahren	Credit-Spread-Kurven	13bsp–800bsp
		Restwert	20%–80%
		Ausfallrate	0,25%–8%
		Vorfälligkeits-Rate	0,5%–30%
Rohstoff-Aktienderivate	Optionspreismodell	Rohstoffpreis-/Aktienvolatilität	5%–80%
		Korrelation zwischen Rohstoffen/Aktien	–95%–95%
	DCF-Verfahren	Dividendenrenditen	0%–7,5%
Zinsderivate	DCF-Verfahren	Swapzinssatz	–40bsp–1.000bsp
		Inflationsswapzinssatz	0bsp–230bsp
	Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	1%–10%
		Zinsvolatilität	1%–100%
		Korrelation zwischen Zinssätzen	0%–100%
Kreditderivate	Hazard Rate Model	Credit-Spread-Kurven	0%–8%
		Kreditkorrelation	n. a.
		Restwert	10%–72%
	Optionspreismodell	Kreditvolatilität	n. a.
Devisenderivate	DCF-Verfahren	Zinskurven	–200%–30%
	Optionspreismodell	Fremdwährungsvolatilität	1%–40%

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

In der nachfolgend dargestellten Sensitivitätsanalyse wird die Auswirkung der Änderung von angemessenen möglichen alternativen Parameterwerten auf den Fair Value (nach Adjustments) aufgezeigt. Für erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Bestände würde die positive Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen am 31. Dezember 2017 103 Mio € (31. Dezember 2016: 125 Mio €) betragen, die negative –45 Mio € (31. Dezember 2016: –61 Mio €).

Aufgeteilt auf die einzelnen Klassen von Finanzinstrumenten ergeben sich bezogen auf die Produkttypen folgende wesentliche Sensitivitätsauswirkungen:

(in Mio €)

	2017		2016	
	POSITIV	NEGATIV	POSITIV	NEGATIV
Festverzinsliche Wertpapiere und andere Schuldtitel	1	– 1	1	– 1
Aktien	—	—	10	– 10
ABS-Wertpapiere	—	—	1	—
Rohstoff-/Aktienderivate	72	– 21	82	– 25
Zinsderivate	4	– 1	2	– 1
Kreditderivate	26	– 22	26	– 21
Devisenderivate	—	—	3	– 3
Insgesamt	103	– 45	125	– 61

In Bezug auf festverzinsliche Wertpapiere und andere Schuldtitel sowie ABS-Wertpapiere wurden im Rahmen der Sensitivitätsanalysen ratingabhängig die Credit-Spread-Kurven verändert. Bei Aktien wird der Spotpreis um einen relativen Wert abgewandelt.

Bei den im Level 3 enthaltenen Aktienderivaten wurden für die Sensitivitätsanalyse folgende unbeobachtbare Parameter variiert (Stresstest): Spotpreise bei Hedge Funds, implizite Volatilität, Dividenden, implizite Korrelationen und die Annahmen zur Interpolation zwischen einzelnen am Markt beobachtbaren Parametern wie zum Beispiel Volatilitäten. Bei den Zinsprodukten wurden im Rahmen der Sensitivitätsanalyse Zinsniveau und Zinskorrelationen sowie implizite Volatilitäten variiert. Bei den Kreditderivaten wurden ratingabhängige Verschiebungen der Risikoprämien-Kurven für das Bonitätsrisiko wie auch implizite Korrelationen Änderungen sowie Erhöhungen der Ausfallraten unterstellt. Fremdwährungsderivate wurden hinsichtlich des Zinsniveaus sowie der impliziten Volatilität variiert.

Werden Transaktionen getätigt, bei denen der Transaktionspreis vom Fair Value zum Transaktionszeitpunkt abweicht und in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt wurden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Diese Differenz zwischen dem Transaktionspreis und dem Fair Value des Bewertungsmodells wird als Handelstaggewinn/-verlust bezeichnet. Entsprechende am Handelstag ermittelte Gewinne und Verluste werden abgegrenzt und über die Laufzeit der Transaktion in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Sobald sich für die Transaktion ein Referenzkurs auf einem aktiven Markt ermitteln lässt oder die wesentlichen Inputparameter auf beobachtbaren Marktdaten basieren, wird der abgegrenzte Handelstaggewinn unmittelbar erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Die folgende Tabelle zeigt im Jahresvergleich die Veränderungen der Handelstaggewinne und -verluste, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden:

(in Mio €)

	2017	2016
Bestand 1.1.	9	—
Neue Geschäfte während der Periode	12	13
Abschreibung	3	1
Ausgelaufene Geschäfte	—	—
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	3	3
Wechselkursveränderungen	—	—
Bestand 31.12.	15	9

Die folgende Tabelle zeigt die Zuordnung der in der Bilanz zum Fair Value ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten zu den jeweiligen Levels der Fair-Value-Hierarchie:

(in Mio €)

	AM AKTIVEN MARKT BEOBACHTBARER BEIZULEGENDER ZEITWERT (LEVEL 1)		BEIZULEGENDER ZEITWERT, AUF GRUNDLAGE AM MARKT BEOBACHTBARER BEWERTUNGSPARAMETER (LEVEL 2)		BEIZULEGENDER ZEITWERT, AUF GRUNDLAGE NICHT AM MARKT BEOBACHTBARER BEWERTUNGSPARAMETER (LEVEL 3)	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
In der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert						
ausgewiesene finanzielle Vermögenswerte						
Handelsaktiva	24.928	23.431	49.464	69.620	1.101	1.036
darunter: Derivate	1.709	1.718	40.993	55.964	709	714
aFvTPL-Finanzinstrumente	6.541	10.069	14.902	18.429	13	14
AfS-Finanzinstrumente ¹	5.582	4.846	1.065	846	22	6
Hedging Derivate	—	—	390	384	—	—
In der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert						
ausgewiesene finanzielle Verbindlichkeiten						
Handelsspassiva	7.510	7.661	46.985	63.842	1.722	1.331
darunter: Derivate	1.987	2.158	37.292	51.875	745	773
Hedging Derivate	—	—	469	997	—	—

¹ Per 31. Dezember 2017 enthält der Bilanzposten AfS-Finanzinstrumente 147 Mio € (31. Dezember 2016: 231 Mio €) mit Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente, die in der obigen Darstellung nicht enthalten sind.

In den folgenden Tabellen wird die Entwicklung von finanziellen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten dargestellt, die im Rahmen der Fair-Value-Hierarchie dem Level 3 zugeordnet sind:

(in Mio €)

	HANDELSAKTIVA		aFvTPL-FINANZINSTRUMENTE		AfS-FINANZINSTRUMENTE		HEDGING DERIVATE	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Bestand 1.1.	1.036	1.047	14	130	6	31	—	—
Zugänge								
Käufe	494	721	—	—	28	2	—	—
erfasste Gewinne ¹	1	73	—	1	—	11	—	—
Transfer aus anderen Levels	268	41	—	—	—	—	—	—
Sonstige Zugänge ²	7	20	1	—	21	—	—	—
Abgänge								
Verkauf	– 532	– 543	– 2	– 1	—	– 21	—	—
Tilgung	—	– 18	—	—	– 29	—	—	—
erfasste Verluste ¹	– 40	– 62	—	—	– 1	—	—	—
Transfer zu anderen Levels	– 110	– 227	—	– 116	—	– 7	—	—
Sonstige Abgänge	– 23	– 16	—	—	– 3	– 10	—	—
Bestand 31.12.	1.101	1.036	13	14	22	6	—	—

¹ In GuV und Eigenkapital.

² Hierin sind auch Veränderungen im Konsolidierungskreis enthalten.

Die Transfers aus bzw. zu anderen Levels bei derivativen Produkten sind auf die veränderte Beobachtbarkeit der Bewertungsparameter für Zins- bzw. Zins-Währungsderivate in bestimmten Währungen zurückzuführen. Der Großteil der sonstigen Transfers aus bzw. zu anderen Levels betrifft Wertpapiere und resultiert aus einer Zu- bzw. Abnahme des tatsächlich stattgefundenen Handels in den betroffenen Wertpapieren und damit verbunden einer geänderten Geld-Brief-Spanne.

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

(in Mio €)

	HANDELSPASSIVA		HEDGING DERIVATE	
	2017	2016	2017	2016
Bestand 1.1.	1.331	1.623	—	—
Zugänge				
Verkauf	405	445	—	—
Emission	457	345	—	—
erfasste Verluste ¹	58	147	—	—
Transfer aus anderen Levels	462	78	—	—
Sonstige Zugänge ²	1	20	—	—
Abgänge				
Rückkauf	– 698	– 607	—	—
Tilgung	– 42	– 117	—	—
erfasste Gewinne ¹	– 46	– 97	—	—
Transfer zu anderen Levels	– 198	– 482	—	—
Sonstige Abgänge	– 8	– 24	—	—
Bestand 31.12.	1.722	1.331	—	—

¹ In GuV und Eigenkapital.² Hierin sind auch Veränderungen im Konsolidierungskreis enthalten.

Die Transfers aus anderen Levels betreffend Handelspassiva sind auf die verminderte Beobachtbarkeit der Bewertungsparameter für Zinsderivate in bestimmten Währungen sowie der verminderten Liquidität der Underlyings von bestimmten strukturierten Emissionen zurückzuführen.

79 Fair Values der Finanzinstrumente gemäß IFRS 7

Der Fair Value stellt den Preis dar, der im Rahmen eines geordneten Geschäftsvorfalles zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswertes bzw. für den Transfer einer Schuld vereinbart würde. Hierbei wird unterstellt, dass die Transaktion auf dem Hauptmarkt für das Instrument bzw. dem vorteilhaftesten Markt, zu dem die Bank Zugang hat, ausgeführt wird.

Der Fair Value von Krediten ergibt sich aus der Summe der diskontierten, risikoadjustierten erwarteten Cashflows, die auf Basis der Swapkurve (Basis: Libor) diskontiert werden. Dabei beruhen die erwarteten, risikoadjustierten Cashflows auf der Überlebenswahrscheinlichkeit und dem Verwertungserlös im Falle eines Ausfalls. Die Überlebenswahrscheinlichkeit wird auf Basis der risikoneutralen Ausfallwahrscheinlichkeit bestimmt, während die Verwertungserlöse auf Basis der internen Loss-Given-Default-Parameter bestimmt werden. Die risikoneutrale Ausfallwahrscheinlichkeit wird wiederum auf Basis der intern ermittelten 1-Jahres-Ausfallrate (reale Ausfallwahrscheinlichkeit), der Marktrisikoprämie und der Korrelation zwischen dem jeweiligen Kredit und dem allgemeinen Marktrisiko ermittelt. Die Marktrisikoprämie stellt einen Faktor dar, um die Differenz zwischen der realen Ausfallwahrscheinlichkeit und der Renditeerwartung des Marktes für das übernommene Risiko abzudecken. Das Kreditportfolio wird in vier Sektoren (Staatsfinanzierungen, Kredite an Banken, Firmenkredite und Retailkredite) unterteilt, um die spezifischen Gegebenheiten jedes Sektors berücksichtigen zu können. Für jeden dieser Sektoren mit Ausnahme von Retailkrediten wird zunächst die Marktrisikoprämie auf Basis eines Portfolios von für den jeweiligen Sektor spezifischen, liquiden CDS-Notierungen bestimmt. Nur für Retailkredite wird die Marktrisikoprämie mangels eines CDS-Marktes aus den Marktrisikoprämien für die übrigen Sektoren abgeleitet.

Die Fair Values bestimmter zu Nominalwerten bilanzierter Finanzinstrumente entsprechen nahezu ihren Buchwerten. Hierunter fallen etwa Barreserve sowie Forderungen und Verbindlichkeiten ohne eindeutige Fälligkeit oder Zinsbindung. Diese Instrumente werden regelmäßig mit ihrem Rückzahlungsbetrag übertragen (zum Beispiel Rückzahlung einer täglich fälligen Einlage zum Nominalbetrag), so dass Preisnotierungen für identische bzw. ähnliche Instrumente auf inaktiven Märkten vorliegen. Entsprechend werden diese Instrumente dem Level 2 zugeordnet.

Grundlage der Fair-Value-Ermittlung der übrigen Forderungen, bei denen der Fair Value nicht nahezu dem Nominalwert entspricht, ist die Verwendung des risikoneutralen Credit Spreads, in den alle am Markt relevanten Faktoren einfließen. Weitere Parameter neben dem risikoneutralen Credit Spread und dem risikolosen Zins werden nicht berücksichtigt. Sofern die Märkte liquide sind und, wie aktuell, keine relevanten Marktstörungen erkennbar sind, führt die Arbitrage zwischen den Märkten, auf denen Kreditrisiken gehandelt werden, zu einer Angleichung der Credit Spreads. Insofern wird der CDS-Markt als der relevante Exit-Markt für Kredite definiert.

Da die verwendeten Parameter zur Bestimmung der realen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) und der Verwertungserlöse (LGD) für die Bestimmung des Fair Values nicht unwesentlich sind und auf Basis interner Verfahren ermittelt werden und somit nicht am Markt beobachtbar sind, werden die Kredite bzw. übrigen Forderungen dem Level 3 zugeordnet.

Anteile an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Anteile an nicht konsolidierten oder nicht at-Equity bewerteten börsennotierten Unternehmen werden grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Soweit bei nicht börsennotierten Eigenkapitalinstrumenten der Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten.

Für die an Börsen gehandelten Wertpapiere und Derivate sowie bei börsennotierten Schuldtiteln wird auf quotierte Marktpreise zurückgegriffen. Diese Instrumente werden dem Level 1 zugeordnet. Der Fair Value der übrigen Wertpapiere wird als Barwert der zukünftig erwarteten Cashflows ermittelt. Hier werden die in der Note Fair-Value-Hierarchie beschriebenen Methoden zur Bestimmung der Fair Value Levels angewandt.

Die Fair Values der Zins- und Zins-Währungs-Swap-Vereinbarungen sowie Zinstermingeschäfte werden auf Basis abgezinster Cashflows ermittelt. Dabei werden die für die Restlaufzeit der Finanzinstrumente geltenden Marktzinssätze verwendet. Der Fair Value von Devisentermingeschäften wird auf Basis von aktuellen Terminkursen bestimmt. Optionen werden mittels Kursnotierungen oder anerkannter Modelle zur Ermittlung von Optionspreisen bewertet. Als Bewertungsmodelle dienen für einfache europäische Optionen das gängige Black & Scholes Modell sowie das Bachelier Modell. Bei komplexeren Instrumenten werden die Zinsen über Term-Structure-Modelle mit der aktuellen Zinsstruktur sowie Caps- und Swaption-Volatilitäten als bewertungsrelevante Parameter simuliert. Die Auszahlungsstruktur der Aktien bzw. Indizes der komplexen Instrumente wird entweder mittels Black & Scholes oder eines stochastischen Volatilitäts-Modells mit Aktienpreisen, Volatilitäten, Korrelationen und Dividendenerwartungen als Parameter bewertet. Hier werden die in der Note Fair-Value-Hierarchie beschriebenen Methoden zur Bestimmung der Fair Value Levels angewandt.

Für die Beschreibung der Methoden zur Bestimmung der Fair Value Levels für nicht börsennotierte Derivate verweisen wir auf die Note Fair-Value-Hierarchie.

Bei den Verbindlichkeiten (Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Kunden und den verbrieften Verbindlichkeiten, sofern diese nicht börsennotiert sind) werden die zukünftig erwarteten Cashflows mit aktuellen Zinssätzen unter Berücksichtigung von intern ermittelten Funding-Aufschlägen auf den Barwert diskontiert. Die Funding-Aufschläge entsprechen den Parametern, die die Bank bei der Preisfestsetzung ihrer eigenen Emissionen zugrunde legt. Diese Funding-Aufschläge stellen intern ermittelte Parameter dar, die für die Bestimmung des Fair Values wesentlich sind, entsprechend werden die übrigen Verbindlichkeiten dem Level 3 zugeordnet.

Die Fair Values wurden stichtagsbezogen auf Basis der zur Verfügung stehenden Marktinformationen sowie unternehmensindividueller Berechnungsmethoden ermittelt.

(in Mrd €)

AKTIVA	BUCHWERT		BEIZULEGENDER ZEITWERT	
	2017	2016	2017	2016
Barreserve	36,4	9,8	36,4	9,8
Handelsaktiva	75,5	94,1	75,5	94,1
aFVtPL-Finanzinstrumente	21,5	28,5	21,5	28,5
AfS-Finanzinstrumente				
davon bewertet:				
at cost	0,1	0,2	0,1	0,2
Fair Value	6,7	5,7	6,7	5,7
HtM-Finanzinstrumente	—	—	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	30,3	33,0	30,5	33,5
Forderungen an Kunden	121,2	121,5	123,5	125,0
darunter: Forderungen aus Finanzierungsleasing	1,7	2,0	1,7	2,0
Hedging Derivate	0,4	0,4	0,4	0,4
Insgesamt	292,1	293,2	294,6	297,2

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

(in Mrd €)

AKTIVA	AM AKTIVEN MARKT BEOBACHTBARER BEIZULEGENDER ZEITWERT (LEVEL 1)		BEIZULEGENDER ZEITWERT, AUF GRUNDLAGE AM MARKT BEOBACHTBARER BEWERTUNGSPARAMETER (LEVEL 2)		BEIZULEGENDER ZEITWERT, AUF GRUNDLAGE NICHT AM MARKT BEOBACHTBARER BEWERTUNGSPARAMETER (LEVEL 3)	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
In der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert						
ausgewiesene finanzielle Vermögenswerte						
Barreserve	—	—	36,4	9,8	—	—
HtM-Finanzinstrumente	—	—	—	—	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	0,5	0,5	25,5	25,6	4,5	7,4
Forderungen an Kunden	1,1	1,1	17,2	17,7	105,2	106,2
darunter: Forderungen aus Finanzierungsleasing	—	—	—	—	1,7	2,0

(in Mrd €)

PASSIVA	BUCHWERT		BEIZULEGENDER ZEITWERT	
	2017	2016	2017	2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	67,4	57,6	67,2	57,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	124,3	117,2	124,5	117,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	25,6	24,2	27,6	27,2
Handelsspassiva	56,2	72,8	56,2	72,8
Hedging Derivate	0,5	1,0	0,5	1,0
Insgesamt	274,0	272,8	276,0	276,3

(in Mrd €)

PASSIVA	AM AKTIVEN MARKT BEOBACHTBARER BEIZULEGENDER ZEITWERT (LEVEL 1)		BEIZULEGENDER ZEITWERT, AUF GRUNDLAGE AM MARKT BEOBACHTBARER BEWERTUNGSPARAMETER (LEVEL 2)		BEIZULEGENDER ZEITWERT, AUF GRUNDLAGE NICHT AM MARKT BEOBACHTBARER BEWERTUNGSPARAMETER (LEVEL 3)	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
In der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert						
ausgewiesene finanzielle Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	—	—	47,8	25,7	19,4	31,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	—	—	99,8	82,2	24,7	35,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	5,9	5,7	5,9	6,0	15,8	15,5

In der HVB Group beträgt die Differenz zwischen den Fair Values und den Buchwerten bei den Aktiva 2,5 Mrd € (31. Dezember 2016: 4,0 Mrd €) und bei den Passiva 2,0 Mrd € (31. Dezember 2016: 3,5 Mrd €). Der Saldo dieser Werte beläuft sich auf 0,5 Mrd € (31. Dezember 2016: 0,5 Mrd €). Bei der Gegenüberstellung der Buchwerte bzw. Fair Values der abgesicherten Grundgeschäfte ist zu beachten, dass ein Teil der stillen Reserven/stillen Lasten bereits im Hedgeanpassungsbetrag erfasst worden ist.

80 Angaben zur Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

In den folgenden zwei Tabellen sind getrennt die bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten enthalten, die gemäß IAS 32.42 bereits in der Bilanz saldiert wurden (Offsetting/Netting) sowie die Finanzinstrumente, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungsrahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind, aber nicht den bilanziellen Saldierungskriterien genügen.

Finanzielle Vermögenswerte, die einem Netting in der Bilanz unterliegen oder Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungsrahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind:

(in Mio €)

	FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE (BRUTTO)	BILANZIELL AUFGERECHNETE FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN (BRUTTO)	BILANZIERTES FINANZIELLES VERMÖGENSWERT (NETTO)	NICHT BILANZIERTE BETRÄGE			NETTOBETRAG 31.12.2017
				EFFEKTE VON AUFRECHNUNGS-RAHMENVEREINBARUNGEN	SICHERHEITEN IN FORM VON FINANZ-INSTRUMENTEN	BARSICHERHEITEN	
Derivate ¹	60.630	– 16.829	43.801	– 25.845	– 599	– 8.269	9.088
Reverse Repos ²	24.626	– 4.866	19.760	—	– 19.532	—	228
Forderungen ³	87.805	– 1.035	86.770	—	—	—	86.770
Insgesamt 31.12.2017	173.061	– 22.730	150.331	– 25.845	– 20.131	– 8.269	96.086

1 Derivate sind in den Bilanzposten Handelsaktiva und Hedging Derivate enthalten.

2 Reverse Repos sind in den Notes Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden sowie mit 4.211 Mio € in den Handelsaktiva enthalten.

3 Betrifft nur Kontokorrentkonten und Barsicherheiten bzw. verpfändete Guthaben und Sonstige Forderungen (hierin enthalten kumulierte Variation Margins), die in den Notes Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen werden.

Finanzielle Verbindlichkeiten, die einem Netting in der Bilanz unterliegen oder Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungsrahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind:

(in Mio €)

	FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN (BRUTTO)	BILANZIELL AUFGERECHNETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE (BRUTTO)	BILANZIERTES FINANZIELLES VERBINDLICHKEITEN (NETTO)	NICHT BILANZIERTE BETRÄGE			NETTOBETRAG 31.12.2017
				EFFEKTE VON AUFRECHNUNGS-RAHMENVEREINBARUNGEN	SICHERHEITEN IN FORM VON FINANZ-INSTRUMENTEN	BARSICHERHEITEN	
Derivate ¹	56.395	– 15.902	40.493	– 25.845	– 503	– 8.660	5.485
Repos ²	29.858	– 4.866	24.992	—	– 24.803	—	189
Verbindlichkeiten ³	103.440	– 1.962	101.478	—	—	—	101.478
Insgesamt 31.12.2017	189.693	– 22.730	166.963	– 25.845	– 25.306	– 8.660	107.152

1 Derivate sind in den Bilanzposten Handelspassiva und Hedging Derivate enthalten.

2 Repos sind in den Notes Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie mit 2.746 Mio € in den Handelspassiva enthalten.

3 Betrifft nur Kontokorrentkonten und Barsicherheiten bzw. verpfändete Guthaben und Sonstige Verbindlichkeiten (hierin enthalten kumulierte Variation Margins), die in den Notes Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen werden.

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

Finanzielle Vermögenswerte, die einem Netting in der Bilanz unterliegen oder Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungsrahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind:

(in Mio €)

	FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE (BRUTTO)	BILANZIELL AUFGERECHNETE FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN (BRUTTO)	BILANZIERTES FINANZIELLES VERMÖGENSWERT (NETTO)	NICHT BILANZIERTES BETRÄGE			NETTOBETRAG 31.12.2016
				EFFEKTE VON AUFRECHNUNGS-RAHMENVEREINBARUNGEN	SICHERHEITEN IN FORM VON FINANZ-INSTRUMENTEN	BARSICHERHEITEN	
Derivate ¹	77.853	– 19.073	58.780	– 37.520	– 1.379	– 9.697	10.184
Reverse Repos ²	29.142	– 3.770	25.372	—	– 25.211	—	161
Forderungen ³	90.728	– 1.279	89.449	—	—	—	89.449
Insgesamt 31.12.2016	197.723	– 24.122	173.601	– 37.520	– 26.590	– 9.697	99.794

1 Derivate sind in den Bilanzposten Handelsaktiva und Hedging Derivate enthalten.

2 Reverse Repos sind in den Notes Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden sowie mit 10.571 Mio € in den Handelsaktiva enthalten.

3 Betrifft nur Kontokorrentkonten und Barsicherheiten bzw. verpfändete Guthaben und Sonstige Forderungen (hierin enthalten kumulierte Variation Margins), die in den Notes Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen werden.

Finanzielle Verbindlichkeiten, die einem Netting in der Bilanz unterliegen oder Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungsrahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind:

(in Mio €)

	FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN (BRUTTO)	BILANZIELL AUFGERECHNETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE (BRUTTO)	BILANZIERTES VERBINDLICHKEITEN (NETTO)	NICHT BILANZIERTES BETRÄGE			NETTOBETRAG 31.12.2016
				EFFEKTE VON AUFRECHNUNGS-RAHMENVEREINBARUNGEN	SICHERHEITEN IN FORM VON FINANZ-INSTRUMENTEN	BARSICHERHEITEN	
Derivate ¹	73.559	– 17.756	55.803	– 37.520	– 1.114	– 10.280	6.889
Repos ²	29.908	– 3.770	26.138	—	– 25.982	—	156
Verbindlichkeiten ³	102.185	– 2.596	99.589	—	—	—	99.589
Insgesamt 31.12.2016	205.652	– 24.122	181.530	– 37.520	– 27.096	– 10.280	106.634

1 Derivate sind in den Bilanzposten Handelspassiva und Hedging Derivate enthalten.

2 Repos sind in den Notes Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie mit 4.978 Mio € in den Handelspassiva enthalten.

3 Betrifft nur Kontokorrentkonten und Barsicherheiten bzw. verpfändete Guthaben und Sonstige Verbindlichkeiten (hierin enthalten kumulierte Variation Margins), die in den Notes Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen werden.

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit denselben Kontrahenten sind gemäß IAS 32.42 aufzurechnen und in der Bilanz mit dem Nettobetrag auszuweisen, wenn eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich durchsetzbar ist und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. Die Tabellen zeigen für diese Bilanzsaldierungen eine Überleitung von den Bruttobeträgen vor Saldierung über die aufgerechneten Beträge zu den Nettobeträgen nach Saldierung. Die bilanziellen Saldierungen betreffen bei der HVB Group Transaktionen mit zentralen Kontrahenten, nämlich die OTC-Derivate (Verrechnung der sich auf Währungsebene ausgleichenden positiven und negativen Zeitwerte) sowie die Forderungen und Verbindlichkeiten aus echten Pensionsgeschäften (Reverse Repos und Repos), die mit demselben Central Counterparty (CCP) abgeschlossen wurden. Daneben werden aufrechenbare, täglich fällige Forderungen und Verbindlichkeiten mit denselben Kontrahenten im Bankgeschäft in der Bilanz saldiert. Darüber hinaus werden kumulierte Fair-Value-Änderungen von Derivaten an Terminbörsen mit den kumulierten Variation-Margin-Zahlungen verrechnet.

In der Spalte „Effekte von Aufrechnungsrahmenvereinbarungen“ sind die Finanzinstrumente ausgewiesen, die einer rechtlich durchsetzbaren zweiseitigen Aufrechnungsvereinbarung (Master Netting Agreements) oder einer ähnlichen Vereinbarung unterliegen, aber wegen Nichterfüllung der oben genannten Aufrechnungsvoraussetzungen von IAS 32.42 nicht in der Bilanz saldiert werden. Hierunter fallen bei der HVB Group OTC-Derivate und Repo-Geschäfte mit individuellen Kontrahenten, mit denen rechtlich durchsetzbare Aufrechnungsrahmenvereinbarungen für eine Verrechnung im Fall eines Ausfalls bestehen.

Zudem sind in den Tabellen die in diesem Zusammenhang verpfändeten beziehungsweise erhaltenen Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten dargestellt. In Bezug auf die Darstellung von Reverse Repos bzw. Repos wurden im Berichtsjahr erstmalig in einer Einheit des Konzerns Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten erfasst. Die Vorjahresangaben wurden entsprechend korrigiert. Da die nicht bilanzwirksam abgebildeten Wertpapierleihegeschäfte ohne Barsicherheiten auch nicht in obigen Netting-Tabellen enthalten sind, verweisen wir für die hieraus erhaltenen bzw. verpfändeten Wertpapiere auf die Notes Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten und Note Erhaltene Sicherheiten, die von der HVB Group weiterveräußert oder weiterverpfändet werden dürfen.

81 Undiscounted Cashflow

Im Rahmen des IFRS 7.39 geben wir die Restlaufzeiten für nichtderivative und derivative finanzielle Verbindlichkeiten sowie für Kreditzusagen und Finanzgarantien an. Die Gliederung der Restlaufzeiten richtet sich nach den vertraglichen Fälligkeiten. Diese sind maßgeblich für den zeitlichen Anfall der Zahlungen. Daher haben wir die vertraglich vereinbarten, nicht diskontierten Zahlungen in Laufzeitbänder eingeteilt. Die hier dargestellten nicht diskontierten Cashflows sind nicht mit den Buchwerten vergleichbar, da letztere auf diskontierten Cashflows basieren.

Daneben haben wir in diesem Zusammenhang gemäß IFRS 7.39 die finanziellen Vermögenswerte nach Restlaufzeiten gegliedert. Dies sind finanzielle Vermögenswerte, die Zahlungsströme generieren, um die finanziellen Verbindlichkeiten zu begleichen.

In der nachfolgenden Übersicht haben wir die derivativen und nichtderivativen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Laufzeitkategorien eingeteilt. Dabei werden alle finanziellen Verbindlichkeiten in das jeweilige Laufzeitband eingeteilt. Die Derivate der Handelsaktiva sowie Handelspassiva werden mit ihrem Fair Value in das kürzeste Laufzeitband eingeteilt. Dies ist darin begründet, dass die Derivate einer kurzfristigen Veräußerungsabsicht unterliegen und daher die Fälligkeit der vertraglichen nicht diskontierten Zahlungsströme nicht den tatsächlich erwarteten zeitlichen Anfall der Zahlungen angemessen darstellen. Die übrigen Finanzinstrumente der Handelsaktiva und Handelspassiva werden mit ihren Cashflows in das entsprechend frühestmögliche Laufzeitband eingeteilt. Hedging Derivate, die im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden, werden mit ihren vertraglich vereinbarten, nicht diskontierten Zahlungsströmen in das jeweilige Laufzeitband eingeteilt.

Kreditzusagen und Finanzgarantien werden mit ihrem maximalen Betrag in das kürzeste Laufzeitband (täglich fällig) eingeteilt, in dem sie frühestens in Anspruch genommen werden. Die Höhe der Kreditzusagen beläuft sich auf 47.124 Mio € (Vorjahr: 49.111 Mio €). Insbesondere für nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen bzw. Eventualverbindlichkeiten für Finanzgarantien ist diese im IFRS 7 vorgegebene Annahme unrealistisch, da mit einer vollständigen Inanspruchnahme aller offenen Kreditzusagen bzw. Finanzgarantien am nächsten Tag nicht zu rechnen ist. Das gleiche gilt für die Darstellung der Fair Values der Handelsderivate.

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

Einteilung finanzieller Vermögenswerte nach Laufzeitbändern:

(in Mio €)

	2017						
	TÄGLICH FÄLLIG	BIS 1 MONAT	1 MONAT BIS 3 MONATE	3 MONATE BIS 1 JAHR	1 JAHR BIS 5 JAHRE	MEHR ALS 5 JAHRE	UNBESTIMMTE LAUFZEIT
Handelsaktiva	382	2.399	1.793	1.996	5.304	5.021	16.612
Derivate der Handelsaktiva	43.411	—	—	—	—	—	—
aFvTPL-Finanzinstrumente	—	710	1.732	5.386	10.460	3.441	—
AfS-Finanzinstrumente	66	1.189	29	885	3.507	2.255	102
HtM-Finanzinstrumente	—	—	—	—	2	30	—
Forderungen an Kreditinstitute	9.796	5.006	4.949	8.366	2.959	143	700
Forderungen an Kunden	11.200	8.664	5.946	13.530	43.417	52.067	262
darunter: Forderungen aus Finanzierungsleasing	24	58	163	660	1.732	283	100
Hedging Derivate	—	201	402	1.807	3.369	1.505	—

(in Mio €)

	2016						
	TÄGLICH FÄLLIG	BIS 1 MONAT	1 MONAT BIS 3 MONATE	3 MONATE BIS 1 JAHR	1 JAHR BIS 5 JAHRE	MEHR ALS 5 JAHRE	UNBESTIMMTE LAUFZEIT
Handelsaktiva	399	6.771	1.725	3.652	4.135	6.067	13.334
Derivate der Handelsaktiva	58.396	—	—	—	—	—	—
aFvTPL-Finanzinstrumente	—	243	1.840	7.073	15.821	3.733	—
AfS-Finanzinstrumente	64	73	8	431	5.218	1.714	912
HtM-Finanzinstrumente	—	—	—	1	10	34	—
Forderungen an Kreditinstitute	11.242	6.304	4.000	7.464	4.073	485	747
Forderungen an Kunden	12.058	8.627	6.219	10.158	42.436	53.917	3.173
darunter: Forderungen aus Finanzierungsleasing	28	93	157	650	1.817	260	95
Hedging Derivate	—	179	358	1.609	3.945	1.484	—

Einteilung finanzieller nicht derivativer und derivativer Verbindlichkeiten nach Laufzeitbändern:

(in Mio €)

	2017						
	TÄGLICH FÄLLIG	BIS 1 MONAT	1 MONAT BIS 3 MONATE	3 MONATE BIS 1 JAHR	1 JAHR BIS 5 JAHRE	MEHR ALS 5 JAHRE	UNBESTIMMTE LAUFZEIT
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.253	17.997	6.371	5.798	20.030	5.571	21
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	76.232	12.758	18.681	10.206	5.208	1.705	—
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.055	1.798	1.498	2.846	9.627	13.135	—
Handelspassiva	132	2.375	694	1.153	4.079	4.601	3.581
Derivate der Handelspassiva	40.024	—	—	—	—	—	—
Hedging Derivate	—	192	384	1.729	2.750	689	—
Kreditzusagen und Finanzgarantien	68.403	—	—	—	—	—	—

(in Mio €)

	2016						
	TÄGLICH FÄLLIG	BIS 1 MONAT	1 MONAT BIS 3 MONATE	3 MONATE BIS 1 JAHR	1 JAHR BIS 5 JAHRE	MEHR ALS 5 JAHRE	UNBESTIMMTE LAUFZEIT
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.801	9.122	18.006	5.411	7.047	4.956	13
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	74.502	11.495	17.806	9.420	2.763	1.754	—
Verbriefte Verbindlichkeiten	58	209	2.372	3.554	8.747	14.842	—
Handelspassiva	264	4.654	365	1.180	3.889	4.311	3.571
Derivate der Handelspassiva	54.806	—	—	—	—	—	—
Hedging Derivate	—	120	241	1.084	819	453	—
Kreditzusagen und Finanzgarantien	71.197	—	—	—	—	—	—

82 Aufsichtsrechtliche Offenlegungspflichten (Offenlegungsbericht)

Die HVB gilt als bedeutendes Tochterunternehmen der UniCredit im Sinne des Artikels 13 Absatz 1 CRR und unterliegt damit im Anwendungsbereich der CRR (Artikel 13 Absatz 1 und Teil 8 CRR) sowie nach § 26a KWG bestimmten erweiterten aufsichtsrechtlichen Offenlegungspflichten (sogenannte Offenlegung nach Säule III).

Die Offenlegung dieser Informationen nimmt die HVB in Form eines eigenständigen Offenlegungsberichts auf Einzelbasis vor. Dieser wird jährlich zum 31. Dezember sowie darüber hinaus unterjährig zum jeweiligen Quartalsultimo erstellt und auf der Internetseite der Bank unter „ÜBER UNS“ > „Investor Relations“ > „Berichte“ veröffentlicht. Die Veröffentlichung für den Stichtag 31. Dezember soll zeitnah nach Veröffentlichung des Geschäftsberichts erfolgen. Die Veröffentlichung der unterjährigen Berichte soll zeitnah nach Abgabe der aufsichtsrechtlichen COREP-Meldung an die zuständigen Aufsichtsbehörden erfolgen.

Die gemäß Artikel 450 CRR i.V.m. § 16 Absatz 1 Institutsvergütungsverordnung erforderliche Offenlegung zur Vergütungspolitik und -praxis für Mitarbeiterkategorien, deren Tätigkeit sich wesentlich auf das Gesamtrisikoprofil der Bank auswirkt (sogenannte Risk Taker), erfolgt in Form eines eigenständigen Berichts für die HVB. Dieser wird einmal jährlich zum 31. Dezember erstellt und im zweiten Quartal des Folgejahres auf der Internetseite der Bank unter „Über uns“ > „Investor Relations“ > „Corporate Governance“ veröffentlicht.

83 Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen (auf IFRS-Basis)

Die HVB Group steuert das ökonomische und das aufsichtsrechtliche Eigenkapital im Rahmen der wertorientierten Gesamtbanksteuerung. Die Berechnung des Ergebnisanspruchs erfolgt nach dem „Allocated Capital“ Prinzip, das von der UniCredit konzernweit angewendet wird. Im Rahmen des dualen Steuerungsprinzips werden den Geschäftsbereichen sowohl regulatorisches Kapital im Sinne von gebundenem Kernkapital als auch Internes Kapital zugeteilt. Beide Ressourcen sind mit Verzinsungsansprüchen belegt, die von der Renditeerwartung des Kapitalmarkts abgeleitet werden. Weitere Angaben zur Steuerung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalausstattung und der ökonomischen Kapitaladäquanz sind dem Risk Report im Kapitel Umsetzung der Gesamtbanksteuerung zu entnehmen.

Nachfolgend gehen wir auf die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen ein.

Die gesetzliche Grundlage stellt die am 1. Januar 2014 in Kraft getretene EU-Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRR) dar. Die in der CRR vorgeschriebene aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote gibt das prozentuale Verhältnis zwischen den nach Teil 2 CRR ermittelten Eigenmitteln und der 12,5-fachen Summe aus dem Gesamtanrechnungsbetrag für Adressrisiken, für Marktrisiken und für das operationelle Risiko (entspricht dem Risikoaktivaäquivalent dieser Risikopositionen) wieder. Nach Artikel 92 CRR ist die aus der Relation des Kernkapitals zu den wie oben beschrieben ermittelten Gesamtrisikooktiva errechnete Kernkapitalquote mit mindestens 6,0% einzuhalten.

Anrechenbare Eigenmittel, die bei der Berechnung der Gesamtkapitalquote nach CRR zugrunde gelegt werden, setzen sich aus Kern- und Ergänzungskapital zusammen. Zur Messung der Marktrisikopositionen werden in der HVB Group insbesondere interne Modelle eingesetzt.

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

Die Eigenmittel nach gebilligten Konzernabschlüssen, die Risikoaktiva inklusive den Risikoäquivalenten für Marktrisikopositionen und für das operationelle Risiko stellen sich zum 31. Dezember 2017 wie folgt dar:

Eigenmittel¹:

(in Mio €)

	2017	2016
Tier 1 - Kernkapital für Solvenzzwecke insgesamt	16.639	16.611
Stammaktien	2.407	2.407
Kapitalrücklage, Gewinnrücklagen, Anteile in Fremdbesitz, Eigene Aktien	15.910	15.939
Hybride Kapitalinstrumente (Silent Partnership Certificates) ohne anteilige Zinsen	—	—
Sonstiges	– 816	– 872
Kapitalabzüge	– 862	– 863
Tier 2 - Ergänzungskapital für Solvenzzwecke insgesamt	698	562
Unrealisierte Reserven in Grundstücken und Gebäuden und in Wertpapieren	—	—
Vorsorgereserven	—	—
Kumulative Vorzugsaktien	—	—
Genussrechtskapital	—	—
Nachrangige Verbindlichkeiten	420	278
Wertberichtigungsüberschuss für IRBA-Positionen	278	284
Sonstiges	—	—
Kapitalabzüge	—	—
Insgesamt anrechenbare Eigenmittel	17.337	17.173

¹ Konsolidierungskreis und -methoden gemäß Bankaufsichtsrecht.

Nach Teil 2 CRR belaufen sich die Eigenmittel der HVB Group per 31. Dezember 2017 auf 17.337 Mio € (Vorjahr: 17.173 Mio €). Dem Ergänzungskapital haben wir wie im Vorjahr keine nicht realisierten Reserven nach § 10 Absatz 2b Satz 1 Nr. 6 und 7 KWG in der bis zum 31. Dezember 2013 geltenden Fassung zugerechnet.

Die Eigenmittel werden basierend auf IFRS-Werten nach CRR/CRD IV mittels des Konzernabschlussverfahrens ermittelt.

Im Vergleich zu den in der IFRS-Bilanz ausgewiesenen Kapitalposten ergibt sich folgende Überleitungsrechnung:

(in Mio €)

	HARTES KERNKAPITAL	ZUSÄTZLICHES KERNKAPITAL	ERGÄNZUNGS- KAPITAL	EIGENMITTEL INSGESAMT
In IFRS-Bilanz ausgewiesen				
Eigenkapital	18.874	—	—	18.874
Überleitung zu den CRR-Eigenmitteln				
Kumulative Vorzugsaktien	—	—	—	—
Nicht berücksichtigungsfähige Ergebniskomponenten	– 1.300	—	—	– 1.300
Aufsichtsrechtlich nicht anrechenbare Anteile in Fremdbesitz	– 7	—	—	– 7
Abweichungen im Konsolidierungskreis	– 65	—	—	– 65
Abzug der immateriellen Vermögenswerte	– 453	—	—	– 453
Aufsichtsrechtlich anerkanntes Hybridkapital	—	—	10	10
Nachrangverbindlichkeiten, anrechenbarer Teil	—	—	410	410
Wertberichtigungsüberschuss (+) bzw. -fehlbetrag (–) für IRBA-Positionen	—	—	278	278
Abzugs- und Korrekturposten aufgrund von Anpassungen				
des harten Kernkapitals (Prudential Filters)	– 147	—	—	– 147
Abzugsfähige latente Steueransprüche	– 297	—	—	– 297
Kapitalabzugspositionen, denen alternativ ein Risikogewicht				
von 1.250% zugeordnet werden kann	– 28	—	—	– 28
Anpassungen aufgrund von Übergangsregelungen	154	– 91	—	63
Sonstige Effekte	– 92	91	—	– 1
Eigenmittel gemäß CRR	16.639	—	698	17.337

(in Mio €)

	2017 BASEL III	2016 BASEL III
Risikoaktiva aus		
Bilanziellen Adressenausfallrisikopositionen	41.151	43.517
Außerbilanziellen Adressenausfallrisikopositionen	12.135	11.591
Sonstigen Adressenausfallrisikopositionen ¹	695	427
Derivativen Adressenausfallrisikopositionen	4.939	5.419
Kreditrisikoaktiva insgesamt	58.920	60.954
Risikoaktivaäquivalent der Marktrisikopositionen	11.068	10.938
Risikoaktivaäquivalent des operationellen Risikos	8.723	9.683
Insgesamt Risikoaktiva	78.711	81.575

1 Darunter werden insbesondere Repos und Wertpapierleihgeschäfte subsumiert.

Zu den jeweiligen Berichtsstichtagen ergeben sich nach gebilligten Konzernabschlüssen folgende Kapitalquoten:

(in %)

	2017 BASEL III	2016 BASEL III
Kernkapitalquote (Tier 1 Ratio)		
[Kernkapital (Tier 1-Kapital)/(Kreditrisikoaktiva + 12,5 x Marktrisikopositionen + 12,5 x operationelles Risiko)]	21,1	20,4
Harte Kernkapitalquote (CET 1 Ratio)		
[Kernkapital ohne Hybridkapital (Common Equity Tier 1-Kapital)/ (Kreditrisikoaktiva + 12,5 x Marktrisikopositionen + 12,5 x operationelles Risiko)]	21,1	20,4
Gesamtkapitalquote (Gesamtkennziffer)		
[Eigenmittel/(Kreditrisikoaktiva + 12,5 x Marktrisikopositionen + 12,5 x operationelles Risiko)]	22,0	21,1

84 Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

(in Mio €)

	2017	2016
Eventualverbindlichkeiten¹	21.099	21.856
Finanzgarantien (Bürgschaften und Gewährleistungsverträge)	21.099	21.856
Andere Verpflichtungen	47.161	49.165
Unwiderrufliche Kreditzusagen	47.124	49.111
Sonstige Verpflichtungen ²	37	54
Insgesamt	68.260	71.021

1 Den Eventualverbindlichkeiten stehen Eventualforderungen in gleicher Höhe gegenüber.

2 Nicht in den sonstigen Verpflichtungen enthalten sind die zukünftigen Zahlungsverpflichtungen aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen.

Finanzgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen werden mit ihrem Nominalbetrag (maximaler Mittelabfluss), gekürzt um hierfür gebildete Rückstellungen, ausgewiesen. Weder bei den Eventualverbindlichkeiten noch bei den anderen Verpflichtungen gibt es Einzelpositionen von wesentlicher Bedeutung. Bei den hier aufgeführten Finanzgarantien handelt es sich grundsätzlich um Garantien bzw. Gewährleistungen, die die Bank im Kundenauftrag abgegeben hat. Daher steht der Bank im Falle einer Inanspruchnahme ein Rückgriffsrecht auf den Kunden (Avalauftraggeber) zu. Sofern dessen Bonität zweifelhaft ist, wird diesbezüglich eine Rückstellung gebildet. Dadurch wird dem Verlust Rechnung getragen, den die Bank erleidet, da die Rückgriffsforderung gegenüber dem Avalauftraggeber aufgrund dessen zweifelhafter Bonität nicht in vollem Umfang als werthaltig angesehen wird.

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

Zu welchem Zeitpunkt sich die hier angesprochenen Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen in einem Mittelabfluss niederschlagen, ist schwer vorherzusagen. Zum einen dienen insbesondere Kreditzusagen häufig als Liquiditätsreserve für den Begünstigten, so dass es teilweise überhaupt nicht zu einer Inanspruchnahme und damit zu einem Mittelabfluss kommen muss. In Bezug auf Finanzgarantien ist anzumerken, dass es sich hierbei um bedingte Zahlungsverprechen handelt, so dass – bevor eine Inanspruchnahme erfolgen kann – die Bedingung eintreten muss (zum Beispiel Ausfall des garantierten Kredits im Falle einer Kreditgarantie, nicht vertragsgemäße Lieferung im Falle einer Liefergarantie usw.). Auch hier ist es schwer abzuschätzen, ob und wann dies der Fall sein wird, da insbesondere Finanzgarantien nur im Ausnahmefall überhaupt in Anspruch genommen werden, so dass es zu einem Mittelabfluss kommt.

Wertpapierleihegeschäfte werden nicht bilanziert, da das wirtschaftliche Eigentum beim Verleiher verbleibt. Die Bank wird lediglich juristischer Eigentümer der entliehenen Wertpapierbestände, die bei Fälligkeit des Leihgeschäfts wieder an den Verleiher zurück zu übertragen sind. Rückgabeverpflichtungen aus Wertpapierleihegeschäften in Höhe von 11.294 Mio € (Vorjahr: 13.603 Mio €) stehen somit entlehene Wertpapierbestände in gleicher Höhe gegenüber, die nicht als Vermögenswerte unter den Aktiva ausgewiesen werden.

Die HVB hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Teile des Jahresbeitrags zum Restrukturierungsfonds in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen (sogenannte unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen) gemäß § 12 RStruktFG zu erbringen. Die hierfür gestellten Barsicherheiten belaufen sich zum 31. Dezember 2017 auf 48 Mio € (Jahresende 2016: 34 Mio €).

Die HVB hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht bis zu 30% des Jahresbeitrags zur Entschädigungseinrichtung deutscher Banken in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen (sogenannte unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen) gemäß § 19 EntschFinV zu erbringen. Die hierfür gestellten Finanzsicherheiten belaufen sich zum Jahresende 2017 auf 8 Mio € (2016: 7 Mio €).

Aus Rechtsrisiken können der HVB Group Verluste entstehen, deren Eintritt größer als unwahrscheinlich, aber kleiner als wahrscheinlich ist und für die keine Rückstellungen gebildet wurden. Derartige Rechtsrisiken können aus negativen Entwicklungen zivilrechtlicher Verfahren resultieren sowie der Tendenz, im Interesse der Verbraucher bzw. der Kunden zu entscheiden. Je nach Ausgang der Verfahren kann sich die Einschätzung des Verlustrisikos als zu niedrig oder zu hoch erweisen. Wir gehen davon aus, dass für den weit überwiegenden Teil der Eventualverbindlichkeiten aus Rechtsrisiken keine Inanspruchnahme erfolgen wird und die Beträge damit auch nicht repräsentativ für tatsächliche künftige Verluste sind. Zum Jahresultimo 2017 belaufen sich für die HVB diese Eventualverbindlichkeiten aus signifikanten Rechtsrisiken, bei denen eine Schätzung möglich ist, auf 113 Mio € nach 162 Mio € zum Jahresende 2016.

Im Rahmen der Grundstücksfinanzierung und -entwicklung wurden zur Förderung der Vermarktbarkeit von Fondskonstruktionen – insbesondere sogenannte Leasingfonds und (geschlossene) KG-Immobilienfonds – Mieteintrittsverpflichtungen oder Mietgarantien sowie Andienungsverpflichtungen übernommen. Erkennbare Risiken aus diesen Garantien sind durch die Bildung von Rückstellungen berücksichtigt worden.

Einzahlungsverpflichtungen auf nicht voll eingezahlte Aktien und Anteile beliefen sich Ende 2017 auf 33 Mio € (Vorjahr: 50 Mio €), die Haftsummen für Genossenschaftsanteile auf 1 T€ (Vorjahr: 1 T€). Nachhaftungen gemäß § 22 Absatz 3 und 24 GmbHG bestanden nicht.

Zum Bilanzstichtag bestand eine unbeschränkte, persönliche Haftung aus dem Besitz von Anteilen an 76 Personengesellschaften (Vorjahr: 72).

Mit Patronatserklärung vom 21. Dezember 1993 hat die HVB gegenüber dem Land Baden-Württemberg (Finanzministerium) eine Erklärung zur Übernahme einer Liquiditätsausstattungsverpflichtung bei Verkauf, Auflösung oder Konkurs der HVB Projekt GmbH abgegeben.

Neben der HVB in Deutschland haften unsere Tochtergesellschaften in den übrigen Regionen als Mitglied bei Einlagensicherungseinrichtungen ihres Landes im Rahmen der jeweiligen Bestimmungen.

Eventualverbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

(in Mio €)

	2017	2016
Verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	1.229	1.403
darunter gegenüber:		
UniCredit S.p.A.	486	563
Schwesterunternehmen	743	786
Tochterunternehmen	—	54
Gemeinschaftsunternehmen	23	46
Assoziierte Unternehmen	—	—
Sonstige Beteiligungsunternehmen	126	250
Insgesamt	1.378	1.699

85 Patronatserklärung

Die HVB trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, bis zu der Höhe ihrer jeweiligen Anteilsbesitzquote dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können:

1. Kreditinstitute
UniCredit Luxembourg S.A., Luxemburg
2. Finanzdienstleistungsinstitute
UniCredit Leasing GmbH, Hamburg

In dem Umfang, in dem sich unsere Anteilsbesitzquote an der jeweiligen Gesellschaft reduziert, ermäßigt sich auch unsere Verpflichtung aus der vorstehenden Patronatserklärung hinsichtlich solcher vertraglichen Verpflichtungen der entsprechenden Gesellschaft, die erst nach dem Absinken unserer Anteilsbesitzquote begründet werden. Ist die HVB nicht mehr Gesellschafterin einer der vorgenannten Gesellschaften, endet mit dem Zeitpunkt der Beendigung unserer Beteiligung unsere Verpflichtung aus der vorstehenden Patronatserklärung hinsichtlich solcher vertraglichen Verbindlichkeiten der betreffenden Gesellschaft, die erst nach dem Zeitpunkt der Beendigung unserer Beteiligung begründet werden.

Für Gesellschaften, zu deren Gunsten in früheren Geschäftsberichten der HVB Patronatserklärungen abgegeben worden waren, die aber in der vorstehenden Liste nicht mehr aufgeführt sind, wird seitens der HVB keine neue Patronatserklärung mehr abgegeben. Verbindlichkeiten dieser Gesellschaften, die vor der Reduzierung bzw. Beendigung des Anteilsbesitzes begründet wurden, werden nur nach Maßgabe der jeweils vor Reduzierung bzw. Beendigung der Beteiligung abgegebenen Patronate von solchen früheren Erklärungen erfasst.

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

86 Angaben zu strukturierten Einheiten

Eine strukturierte Einheit nach IFRS 12 ist ein Unternehmen (oder eine wirtschaftlich abgeschlossene Einheit), das so konzipiert wurde, dass Stimmrechte oder vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor für eine Beherrschung sind. Strukturierte Einheiten zeichnen sich häufig durch beschränkte Tätigkeiten, einen eng gesetzten und genau definierten Unternehmenszweck, unzureichendes Eigenkapital oder eine Finanzierung in Tranchen (Waterfall) aus.

Strukturierte Einheiten können konsolidiert oder nicht konsolidiert sein, abhängig davon, ob die HVB Group Beherrschung über die Unternehmen hat oder nicht. Geschäfte mit strukturierten Einheiten können anhand des in der HVB Group verfolgten Geschäftsmodells in die folgenden Kategorien eingeteilt werden:

- ABS-Vehikel
- Repackaging-Vehikel
- Refinanzierungsvehikel für Kunden
- Einige Investmentfonds
- Andere strukturierte Einheiten

Finanzinstrumente mit unkonsolidierten strukturierten Einheiten

Finanzinstrumente mit unkonsolidierten strukturierten Einheiten umfassen jegliche vertragliche Beziehungen, aus denen die HVB Group variable Erträge und Verlustrisiken aus den strukturierten Einheiten erhält, ohne jedoch Beherrschung über die strukturierte Einheit zu erlangen. Dies können Eigen- und Fremdkapitalinstrumente, Derivate, Liquiditätsfazilitäten oder Garantien sein.

ABS-Vehikel

Die HVB Group investiert in ABS-Vehikel und benutzt ABS-Vehikel für eigene Verbriefungstransaktionen. Diese Vehikel kaufen Kredite oder Forderungen an und refinanzieren sich durch die Emission von Wertpapieren am Geld- oder Kapitalmarkt. Die Wertpapiere sind mit den angekauften Vermögenswerten besichert. Die HVB Group kann diesen Vehikeln ihre Finanzierung auch in Form von Liquiditätsfazilitäten stellen.

Für eigene Verbriefungstransaktionen genutzte ABS-Vehikel sind im Konzernabschluss voll konsolidiert und gehören nicht zu den hier gezeigten unkonsolidierten strukturierten Einheiten. Damit gelten nur solche ABS-Vehikel als unkonsolidierte strukturierte Einheiten, an denen die HVB Group ausschließlich als Investor beteiligt ist.

	2017	2016
Anzahl unkonsolidierter ABS-Vehikel (nur Investorpositionen)	292	325

Für weitergehende Informationen zum Exposure gegenüber nicht konsolidierten ABS-Investorpositionen verweisen wir auf die Note Angaben zu ausgewählten strukturierten Produkten.

Repackaging-Vehikel

Repackaging-Vehikel werden genutzt, um Kunden spezifische Wertpapier- und Derivatelösungen anbieten zu können. Diese Vehikel kaufen Vermögenswerte (wie beispielsweise Wertpapiere, Kredite und Forderungen, Derivate) an und restrukturieren die Cashflows aus diesen Vermögenswerten durch Hinzunahme anderer Instrumente oder Wertpapiere. Die Vehikel refinanzieren sich durch Emission passgenauer Wertpapiere oder Derivate, die den Kundenwünschen entsprechen. Üblicherweise ist die Refinanzierung mit den erworbenen Vermögenswerten besichert.

	2017	2016
Anzahl unkonsolidierter Repackaging-Vehikel	2	6
Aggregierte Bilanzsumme der unkonsolidierten Repackaging-Vehikel in Mio €	22	109
Nominalwert der von unkonsolidierten Repackaging-Vehikeln emittierten Wertpapiere in Mio €	22	109

Refinanzierungsvehikel für Kunden

Kunden nutzen diese Vehikel zur Refinanzierung. Diese Refinanzierungsvehikel kaufen kurzfristige Forderungen oder Leasingforderungen von Kunden an und refinanzieren sich zumeist durch die Emission von Wertpapieren am Kapital- und Geldmarkt (meist Commercial Paper Conduits). Die HVB Group kann diesen Vehikeln ihre Finanzierung auch in Form von Liquiditätsfazilitäten oder anderen Kreditprodukten stellen.

Bei den unten aufgeführten Vehikeln handelt es sich mehrheitlich um vom Kunden oder von der HVB Group im Kundenauftrag aufgesetzte Vehikel. Diese Vehikel werden nicht konsolidiert, da die HVB Group nicht mehrheitlich den variablen Erträgen aus den Vehikeln ausgesetzt ist und keine Möglichkeit hat, diese zu beeinflussen.

	2017	2016
Anzahl unkonsolidierter Refinanzierungsvehikel für Kunden	37	31
Aggregierte Bilanzsumme der unkonsolidierten Refinanzierungsvehikel für Kunden in Mio €	6.322	4.020
Nominalwert der von unkonsolidierten Refinanzierungsvehikeln für Kunden emittierten Wertpapiere in Mio €	6.322	4.020

Einige Investmentfonds

Investmentfonds gelten als strukturierte Einheiten, wenn sie nicht durch Stimmrechte oder ähnliche Rechte gesteuert werden. Investmentfonds investieren in eine Vielzahl von Vermögenswerten und können sich neben den von Anlegern eingebrachten Geldern im Rahmen ihrer Anlagegrundsätze auch durch Fremdkapital finanzieren. Investmentfonds dienen der Erreichung bestimmter festgelegter Anlageziele.

Die HVB Group bietet ihren Kunden eigen- und fremdverwaltete Investmentfonds an und investiert auch selbst in Investmentfonds. Im Kundenauftrag verwahren wir Investmentfondsanteile in Kundendepots für fremde Rechnung. Die HVB Group hält auch Anteile an Investmentfonds im Eigenbestand. Diese werden vorwiegend im Handelsbestand sowie in wesentlich geringerem Umfang auch im AfS-Bestand gehalten. Darüber hinaus bieten wir auch gegenüber Investmentfonds typische Bankdienstleistungen wie Derivate- und Finanzierungslösungen sowie das Einlagengeschäft an.

Der von der HVB Group beherrschte Investmentfonds European-Office-Fonds ist im Konzernabschluss voll konsolidiert und gehört nicht zu den hier gezeigten unkonsolidierten strukturierten Einheiten. Bei der Anzahl und beim aggregierten Net Asset Value der Investmentfonds werden die Fonds gezeigt, gegenüber denen die HVB Group ein Exposure aufweist. Bezüglich der Angabe der Anzahl unkonsolidierter, als strukturierte Einheiten geltende Investmentfonds haben wir jedes Sondervermögen, gegenüber dem die HVB Group ein Exposure besitzt, separat erfasst, während im Vorjahr Sondervermögen, die von derselben Kapitalanlagegesellschaft verwaltet werden, zusammengefasst wurden. Die Vorjahresangabe haben wir entsprechend angepasst.

	2017	2016
Anzahl unkonsolidierter, als strukturierte Einheiten geltende Investmentfonds	1.214	999
davon: von der HVB Group verwaltet	26	35
Aggregierter Net Asset Value (inklusive Anteile Dritter) der als strukturierte Einheiten geltenden Investmentfonds in Mio €	846.200	680.181
davon: von der HVB Group verwaltet	1.030	834

Bei dem aggregierten Net Asset Value ist zu beachten, dass sich unser Risiko nur anteilig im Verhältnis der von uns gehaltenen Anteile und ausgereichten Finanzierungen bzw. Derivate zum gesamten Fondsvolumen ergibt. Eine Risikobetrachtung ergibt sich aus der unten stehenden Tabelle im Abschnitt Risiken in Zusammenhang mit unkonsolidierten strukturierten Einheiten.

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

Andere strukturierte Einheiten

Strukturierte Einheiten, die keiner der anderen Kategorien zugeordnet werden können, fallen in diese Kategorie. Die HVB Group betreibt unter dieser Kategorie vorwiegend Kreditgeschäft mit strukturierten Einheiten, die von Kunden oder von der HVB Group im Kundenauftrag aufgesetzt worden sind.

Diese Unternehmen sind hauptsächlich Leasingvehikel, die nur über unzureichendes Eigenkapital verfügen und wirtschaftlich vom Leasingnehmer beherrscht werden. Die Leasingvehikel wurden zum Teil über Konsortialkredite finanziert.

	2017	2016
Anzahl anderer strukturierter Einheiten	26	43
Aggregierte Bilanzsumme in Mio €	2.176	1.775

Risiken in Zusammenhang mit unkonsolidierten strukturierten Einheiten

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie die außerbilanziellen Risikopositionen der HVB Group in Zusammenhang mit unkonsolidierten strukturierten Einheiten:

(in Mio €)

	31.12.2017				
	ABS-VEHIKEL (INVESTOR- POSITIONEN)	REPACKAGING- VEHIKEL	REFINANZIE- RUNGSVEHIKEL FÜR KUNDEN	EINIGE INVESTMENT- FONDS	ANDERE STRUKTURIERTE EINHEITEN
Vermögenswerte	7.047	2	6.183	3.961	203
Handelsaktiva	457	2	—	2.794	10
aFVtPL-Finanzinstrumente	12	—	—	—	—
AfS-Finanzinstrumente	6	—	41	85	—
HtM-Finanzinstrumente	23	—	—	—	—
Forderungen an Kunden	6.549	—	6.142	1.082	193
Verbindlichkeiten	9	—	41	2.992	72
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	—	—	40	2.497	54
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	—	—	6	—
Handelspassiva	9	—	—	489	—
Sonstige Passiva	—	—	—	—	—
Rückstellungen	—	—	1	—	18
Außerbilanzielle Positionen	38	—	1.311	93	100
Unwiderrufliche Kreditzusagen und sonstige Verpflichtungen	38	—	1.311	86	54
Garantien	—	—	—	7	46
Maximales Verlustrisiko	7.085	2	7.494	4.054	303

(in Mio €)

	31.12.2016				
	ABS-VEHIKEL (INVESTOR- POSITIONEN)	REPACKAGING- VEHIKEL	REFINANZIE- RUNGSVEHIKEL FÜR KUNDEN	EINIGE INVESTMENT- FONDS	ANDERE STRUKTURIERTE EINHEITEN
Vermögenswerte	7.363	14	3.839	3.543	548
Handelsaktiva	432	14	—	2.407	30
aFVtPL-Finanzinstrumente	14	—	—	—	—
AfS-Finanzinstrumente	64	—	—	177	—
HtM-Finanzinstrumente	36	—	—	—	—
Forderungen an Kunden	6.817	—	3.839	959	518
Verbindlichkeiten	6	23	42	2.905	63
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3	—	38	2.397	44
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	—	—	16	—
Handelsspassiva	3	23	1	492	1
Sonstige Passiva	—	—	—	—	—
Rückstellungen	—	—	3	—	18
Außerbilanzielle Positionen	319	—	1.162	131	209
Unwiderrufliche Kreditzusagen und sonstige Verpflichtungen	319	—	1.143	131	55
Garantien	—	—	19	—	154
Maximales Verlustrisiko	7.682	14	5.001	3.674	757

Das maximale Verlustrisiko aus unkonsolidierten strukturierten Einheiten ergibt sich aus der Summe der Aktiva und der außerbilanziellen Risikopositionen in Bezug auf strukturierte Einheiten. Diese Perspektive gibt jedoch nicht das ökonomische Risiko wieder, da erhaltene Sicherheiten oder Sicherungsinstrumente nicht berücksichtigt werden.

Finanzielle oder anderweitige Unterstützung von unkonsolidierten strukturierten Einheiten ohne vertragliche Verpflichtung („Implicit Support“) gab es im Berichtsjahr nicht. Konkrete Pläne für zukünftige Stützungsmaßnahmen gegenüber unkonsolidierten strukturierten Einheiten gibt es ebenfalls nicht.

Gesponserte unkonsolidierte strukturierte Einheiten

Strukturierte Einheiten gelten als von der HVB Group gesponsert, wenn die HVB Group einen wesentlichen Anteil an der Errichtung der Unternehmen hatte. Die HVB Group hat strukturierte Einheiten gesponsert, ohne über Finanzinstrumente an diesen Unternehmen beteiligt zu sein. Die HVB Group ist damit nicht den ökonomischen Risiken aus diesen strukturierten Einheiten ausgesetzt.

Erträge generieren wir aus strukturierten Einheiten ohne Beteiligung über Finanzinstrumente nur in geringfügigem Ausmaß. Im Berichtsjahr wurden Provisionserträge in Höhe von 10 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €) aus Gebühren und Management-Fees eigenverwalteter Investmentfonds generiert, von denen 5 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €) als Bestandsprovision an Dritte weitergeleitet wurden.

Konsolidierte strukturierte Einheiten

Die wesentlichste konsolidierte strukturierte Einheit ist das Multi-Seller Conduit Programm Arabella. Per 31. Dezember 2017 stehen Wertpapiere mit einem Nominalwert von 5.664 Mio € (Vorjahr: 3.515 Mio €) aus. Die Bilanzsumme des Multi-Seller Conduits Arabella Finance DAC liegt zum Stichtag bei 5.670 Mio € (Vorjahr: 3.517 Mio €).

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

Vertragliche Vereinbarungen, die die HVB Group zur Gewährung von Finanzhilfen an konsolidierte strukturierte Einheiten verpflichten, bestehen insbesondere in Form von Liquiditätsfazilitäten. Diese können von den Vektoren gezogen werden, um Fristeninkongruenzen zwischen den angekauften Vermögenswerten und den emittierten Wertpapieren zu überbrücken.

Finanzielle oder anderweitige Unterstützung von konsolidierten strukturierten Einheiten ohne vertragliche Verpflichtung („Implicit Support“):

Soweit die Marktlage eine Platzierung der Emissionen des konsolidierten Multi-Seller Conduits Arabella Finance DAC nicht zugelassen hat, hat die HVB diese angekauft. Ohne den Ankauf der Wertpapiere wäre die HVB von einzelnen Elektra-Purchase-Gesellschaften über gegebene Liquiditätsfazilitäten in gleicher Höhe in Anspruch genommen worden. Zum Bilanzstichtag hat die HVB Emissionen der Arabella Finance DAC mit einem Nominalwert von 3.175 Mio € (Vorjahr: 1.353 Mio €) im Bestand.

Zukünftige Stützungsmaßnahmen sind wie folgt geplant: die HVB wird auch zukünftig weiterhin von Fall zu Fall unterscheiden, ob sie temporär nicht platzierbare Emissionen des konsolidierten Multi-Seller Conduits Arabella Finance DAC aufkauft, bzw. die Liquiditätslinien benutzt. Das Volumen der anzukaufenden Emissionen ist entsprechend vom Refinanzierungsbedarf, der herrschenden Marktlage und obiger Entscheidung im Einzelfall abhängig.

Sowohl vertragliche Finanzhilfen als auch Stützungsmaßnahmen ohne vertragliche Verpflichtung gegenüber konsolidierten strukturierten Einheiten sind für den Konzernabschluss nicht von Bedeutung, da es sich um konzerninterne Transaktionen handelt.

87 Treuhandgeschäfte

(in Mio €)

	2017	2016
Treuhandvermögen	2.788	2.713
Forderungen an Kreditinstitute	—	—
Forderungen an Kunden	137	141
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	—
Schuldverschreibungen	—	—
Beteiligungen	—	—
Sachanlagen	—	—
Sonstige Vermögenswerte	—	—
Treuhänderisch gehaltene Fondsanteile	2.650	2.571
Restliche Treuhandforderungen	1	1
Treuhandverbindlichkeiten	2.788	2.713
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	137	141
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.650	2.571
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	—
Sonstige Verbindlichkeiten	1	1

88 Übertragung von finanziellen Vermögenswerten

Übertragene finanzielle Vermögenswerte sind nach den Abgangskriterien des IAS 39 auszubuchen, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Die HVB Group hat kein anhaltendes Engagement (Continuing Involvement) in übertragenen und ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten, bei denen die wesentlichen Risiken und Chancen weder zurückbehalten noch übertragen wurden.

Übertragene, nicht ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte

Allerdings werden von der HVB Group Geschäftstransaktionen getätigt, bei denen sie zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte gemäß IAS 39 überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält und diese daher nicht ausgebucht werden. Den weiterhin bilanzierten Vermögenswerten steht gleichzeitig eine dazugehörige Verbindlichkeit für die erhaltene Gegenleistung gegenüber, was der Bilanzierung als besicherter Kreditaufnahme entspricht. Diese übertragenen, weiter bilanzierten Vermögenswerte können von der HVB Group nicht für andere Zwecke genutzt werden.

Vom Konzern abgeschlossene Transaktionen dieser Art betreffen vor allem echte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und Wertpapierleihegeschäfte (Verleihe).

Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen (übertragenen) Wertpapiere (Kassaverkauf) werden in der Konzernbilanz weiter bilanziert und bewertet, da der Konzern als Pensionsgeber alle Kredit-, Aktienkurs-, Zins- und Währungsrisiken zurückbehält, die mit den Vermögenswerten und deren Ergebnissen verbunden sind. Die vom Pensionsnehmer erhaltene Zahlung, für die das übertragene Wertpapier als Sicherheit dient, wird je nach Kontrahent als Repo-Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder Kunden passiviert. Mit Lieferung der Wertpapiere geht die uneingeschränkte Verfügungsbefugnis auf den Pensionsnehmer über.

Tritt der Konzern bei Wertpapierleihegeschäften als Verleiher von Wertpapieren auf, werden die an Kontrahenten verliehenen Wertpapiere weiterhin in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen.

Die Transaktionen werden unter den handelsüblichen und gebräuchlichen Bedingungen für Wertpapierleih- und Pensionsgeschäfte ausgeführt, bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung der erhaltenen Wertpapiere besitzt.

Daneben fallen unter diese Transaktionsarten beispielsweise auch die von der HVB Group durchgeführten True-Sale-Verbriefungstransaktionen Rosenkavalier 2008 und Rosenkavalier 2015 (siehe hierzu Note Eigene Verbriefungstransaktionen), bei denen nicht ausgebuchte verbrieft Kundenforderungen indirekt als Sicherheiten für Pensionsgeschäfte mit der EZB dienen.

In der nachfolgenden Note Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten sind Details zu Repo-Geschäften, Wertpapierleihen und anderen Transaktionen dargestellt, bei denen die als Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten übertragenen finanziellen Vermögenswerte nicht ausgebucht werden.

89 Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Die eigenen Verbindlichkeiten der HVB Group, für die wir Sicherheiten stellen, betreffen unter anderem Sonderkreditmittel der KfW und ähnlicher Institute, die wir zu deren Bedingungen weitergegeben haben. Daneben wurden Sicherheiten für Geldaufnahmen im Rahmen echter Pensionsgeschäfte (Repos) an internationalen Geldmärkten und für Offenmarktgeschäfte mit Zentralbanken sowie für Wertpapierleihegeschäfte gestellt. Als Pensionsgeber von Repos hat die HVB Group Vermögenswerte mit einem Buchwert von 41,6 Mrd € (Vorjahr: 51,5 Mrd €) verpensioniert bzw. in einen Sicherheitenpool bei der Europäischen Zentralbank bzw. GC Pooling übertragen. Im letzteren Fall müssen hierfür nicht immer Verbindlichkeiten bestehen. Die Vermögenswerte sind weiterhin Bestandteil unserer Aktiva, die erhaltenen Gegenwerte weisen wir unter den Verbindlichkeiten aus.

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

Die als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten gestellten Vermögenswerte entfallen auf:

(in Mio €)

	2017	2016
Handelsaktiva	17.832	20.265
aFvTPL-Finanzinstrumente	7.818	16.559
AfS-Finanzinstrumente	3.000	3.640
HtM-Finanzinstrumente	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	—	24
Forderungen an Kunden	11.154	10.855
Sachanlagen	—	—
Nicht bilanzierte weiterverpfändete erhaltene Wertpapiere:		
Verpfändete Wertpapiere aus nicht aktivierten Wertpapierleihgeschäften	9.167	11.645
Verpfändete erhaltene Sicherheiten	13.084	13.053
Insgesamt	62.055	76.041

Die aus Forderungen an Kunden gestellten Sicherheiten betreffen Sonderkredite der KfW und ähnlicher Institute.

Die von der HVB Group als Sicherheit gestellten Vermögenswerte entfallen auf folgende eigene Verbindlichkeiten:

(in Mio €)

	2017	2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36.025	44.131
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.880	11.779
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	36
Handelspassiva	9.242	11.310
Eventualverbindlichkeiten	—	—
Rückgabeverpflichtungen aus nicht passivierten entliehenen Wertpapieren	7.908	8.785
Insgesamt	62.055	76.041

Gemäß IFRS 7.14 geben wir den Buchwert der finanziellen Vermögenswerte an, die wir als Sicherheiten stellen. Zusätzlich wird die Angabe ergänzt, inwieweit die gestellten Sicherheiten vom Sicherungsnehmer weiterverkauft bzw. weiterverpfändet werden dürfen.

(in Mio €)

	2017	2016
Summe des Buchwerts der gestellten Sicherheiten	62.055	76.041
darunter: verpfändbar/weiterveräußerbar	32.325	34.937

90 Erhaltene Sicherheiten, die von der HVB Group weiterveräußert oder weiterverpfändet werden dürfen

Die HVB Group hat als Sicherungsnehmer im Rahmen echter Pensionsgeschäfte (Repos) und Sicherungsvereinbarungen für OTC-Derivate Sicherheiten erhalten, die jederzeit zu marktüblichen Konditionen weiterveräußert oder weiterverpfändet werden können, ohne dass ein Zahlungsverzug des Sicherungsgebers vorliegen muss. Der beizulegende Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten beträgt 27,2 Mrd € (Vorjahr: 29,6 Mrd €).

Davon sind von der HVB Group 13,1 Mrd € (Vorjahr: 13,1 Mrd €) tatsächlich weiterverpfändet/weiterveräußert worden. Hierfür besteht eine Rückübertragungsverpflichtung in gleicher Art, Menge und Güte.

Die Transaktionen, welche die Nutzung dieser Sicherheiten gestatten, wurden unter den handelsüblichen und gebräuchlichen Bedingungen für Wertpapierpensions- und -leihgeschäfte durchgeführt.

91 Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Neben den Beziehungen zu verbundenen und in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen kommt es bedingt durch die Integration der HVB in die UniCredit Gruppe zu einer Vielzahl von Transaktionen mit der UniCredit S.p.A. und weiteren verbundenen, aber nicht einbezogenen Unternehmen der UniCredit Gruppe. Die diesbezüglichen quantitativen Informationen sind den Angaben zur Bilanz und GuV zu entnehmen.

Der HVB kommt innerhalb der UniCredit Gruppe die Rolle des Kompetenzzentrums für Markets und Investment Banking für die gesamte Gruppe zu. In dieser Rolle fungiert die HVB unter anderem als Counterpart für Derivategeschäfte der Konzernunternehmen der UniCredit Gruppe. Hierbei handelt es sich im Regelfall um Hedging Derivate, die über die HVB an den Markt externalisiert werden. Informationen bezüglich des Exposures gegenüber der UniCredit und deren Tochtergesellschaften sind auch im Lagebericht im Risk Report im Kapitel Risikoarten im Einzelnen, Abschnitt Kreditrisiko, dargestellt.

Die HVB hat, ebenso wie weitere verbundene Unternehmen, IT-Aktivitäten an ein mit der Bank verbundenes Unternehmen, die UniCredit Business Integrated Solutions S.C.p.A. (UBIS), Mailand, ausgelagert. Ziel ist dabei die Hebung von Synergien sowie die Möglichkeit der Bank via Service Level Agreement schnelle und qualitativ hochwertige IT-Services bieten zu können. Im Geschäftsjahr 2017 fielen bei der HVB für diese Services Aufwendungen in Höhe von 532,4 Mio € (Vorjahr: 560,7 Mio €) an. Dem standen Erträge aus erbrachten Dienstleistungen und Leistungsverrechnungen in Höhe von 23,3 Mio € (Vorjahr: 16,8 Mio €) gegenüber. Ferner kam es zum Erwerb von Softwareprodukten von der UBIS in Höhe von 1,2 Mio € (Vorjahr: 2,1 Mio €).

Darüber hinaus hat die HVB an die UBIS bestimmte Backoffice-Aktivitäten übertragen. In diesem Zusammenhang stellt die UBIS der HVB und weiteren verbundenen Unternehmen über ein einheitliches Geschäfts- und Betriebsmodell Abwicklungsleistungen bereit. Für diese Services wurden seitens der HVB im Berichtsjahr 115,7 Mio € (Vorjahr: 100,5 Mio €) aufgewendet.

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen werden grundsätzlich zu Marktpreisen durchgeführt.

Die HVB ist infolge der Eintragung des Squeeze-out-Beschlusses in das Handelsregister am 15. September 2008 nicht mehr börsennotiert. Die Bezüge der Vorstandsmitglieder werden daher nicht individualisiert angegeben.

Bezüge an Organmitglieder:

(in T€)

	2017							
	KURZFRISTIG FÄLLIGE LEISTUNGEN		KOMPONENTEN MIT LANGFRISTIGER ANREIZWIRKUNG			LEISTUNGEN AUS ANLASS DER BEENDIGUNG DES ARBEITS-VERHÄLTNISSSES	LEISTUNGEN AUS ANLASS DER BEENDIGUNG DES ARBEITS-VERHÄLTNISSSES	INSGESAMT
	FIXGELT	KURZFRISTIGE ERFOLGS-BEZOGENE BARVERGÜTUNG	LANGFRISTIGE ERFOLGS-BEZOGENE BARVERGÜTUNG	AKTIENBASIERTE VERGÜTUNG	LEISTUNGEN NACH BEENDIGUNG DES ARBEITS-VERHÄLTNISSSES			
Mitglieder des Vorstands								
der UniCredit Bank AG	4.802	506	1.342	1.164	1.479	—	9.293	
Mitglieder des Aufsichtsrats								
der UniCredit Bank AG								
für Aufsichtsratsstätigkeit	790	—	—	—	—	—	790	
Mitglieder des Aufsichtsrats								
der UniCredit Bank AG								
für die Tätigkeit								
als Arbeitnehmervertreter	386	31	—	—	30	—	447	
Frühere Mitglieder des Vorstands								
der UniCredit Bank AG								
und deren Hinterbliebene	159	58	342	383	1.347	—	2.289	

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

(in T€)

	2016							
	KURZFRISTIG FÄLLIGE LEISTUNGEN		KOMPONENTEN MIT LANGFRISTIGER ANREIZWIRKUNG			LEISTUNGEN AUS ANLASS DER BEENDIGUNG DES ARBEITS-VERHÄLTNISSES	LEISTUNGEN AUS ANLASS DER BEENDIGUNG DES ARBEITS-VERHÄLTNISSES	INSGESAMT
	FIXGEHALT	KURZFRISTIGE ERFOLGS-BEZOGENE BARVERGÜTUNG	LANGFRISTIGE ERFOLGS-BEZOGENE BARVERGÜTUNG	AKTIENBASIERTE VERGÜTUNG	LEISTUNGEN NACH BEENDIGUNG DES ARBEITS-VERHÄLTNISSES			
Mitglieder des Vorstands								
der UniCredit Bank AG	5.910	916	998	1.600	1.597	—	11.021	
Mitglieder des Aufsichtsrats								
der UniCredit Bank AG								
für Aufsichtsratsstätigkeit	831	—	—	—	—	—	831	
Mitglieder des Aufsichtsrats								
der UniCredit Bank AG								
für die Tätigkeit								
als Arbeitnehmervertreter	386	27	—	—	25	—	438	
Frühere Mitglieder des Vorstands								
der UniCredit Bank AG								
und deren Hinterbliebene	337	136	307	537	1.382	—	2.699	

Aufgabe des Aufsichtsratsplenums der Bank ist es, über die Festsetzung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder zu beschließen sowie die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme für den Vorstand zu überprüfen. Dabei wird das Aufsichtsratsplenum durch den Vergütungskontrollausschuss unterstützt, der dem Aufsichtsratsplenum entsprechende Vorschläge unterbreitet. Zentrale Kriterien der Ausgestaltung der Vergütung sowie der Vergütungsstruktur für die Vorstandsmitglieder sind dabei die Angemessenheit und Nachhaltigkeit. Die Vergütungsstruktur ergibt sich aus den Anstellungsverträgen mit den Vorstandsmitgliedern und besteht aus zwei Komponenten: einem Festgehalt und einer variablen Vergütung. Grundsätzlich wird die variable Vergütung anteilig über mehrere Jahre zeitversetzt in bar und in Aktien zugesagt, wobei die Auszahlung in den Folgejahren von der Erreichung definierter Unternehmensziele abhängt.

In der Tabelle werden neben der direkten Vergütung Versorgungszusagen für acht Vorstandsmitglieder ausgewiesen. Sechs Vorstandsmitglieder nahmen in 2017 an der arbeitgeberfinanzierten fondsgebundenen Altersversorgung für Leitende Angestellte (AgfA) teil. Als Beitrag werden bzw. wurden von der Bank 35% des Festgehalts aufgewendet (2017: 1.237 T€, Vorjahr: 1.243 T€).

Den Mitgliedern des Vorstands werden im üblichen Rahmen Sachbezüge und sonstige Nebenleistungen gewährt. Diese Werte sind in dem ausgewiesenen Fixum enthalten.

Vergütungen der Vorstandsmitglieder für Aufsichtsratsmandate bei Konzernunternehmen sind an die HVB abzuführen.

Im Rahmen der Versorgungszusagen (Sterbegeld) für die Vorstandsmitglieder wurden im Geschäftsjahr 2017 Pensionsrückstellungen in Höhe von 24 T€ aufgelöst (Vorjahr: Zuführung 187 €).

Für frühere Mitglieder des Vorstands sowie pensionierte Vorstandsmitglieder der HVB und deren Hinterbliebene beträgt der Pensionsrückstellungswert gemäß IFRS (inklusive der ausgelagerten Verpflichtungen der HVB Trust Pensionsfonds AG) 140.119 T€ (Vorjahr: 141.906 T€).

Die Bezüge des pensionierten Vorstands und seiner Hinterbliebenen beliefen sich im Jahr 2017 nach Auslagerung des größten Teils der Pensionsverpflichtungen in die HVB Trust Pensionsfonds AG auf 1.347 T€ (Vorjahr: 1.382 T€).

Dem Vorstand wurden im Berichtsjahr aktienbasierte Vergütungen unter dem Group Incentive System in folgendem Umfang gewährt:

AN MITGLIEDER DES VORSTANDS DER UNICREDIT BANK AG GEWÄHRTE AKTIEN	2017	2016
Anzahl der gewährten Aktien (Stück)	248.064	372.176
Anzahl der zugesagten Aktien (Stück) nach Kapitalmaßnahmen 2017	49.495	
Fair Value je Aktie am Tag der Gewährung (€)	14,030	3,462

Bezüglich der Details zur aktienbasierten Vergütung verweisen wir auf die Angaben in der Note Verwaltungsaufwand, in der wir die zugrunde liegenden Programme der UniCredit Gruppe dargestellt haben.

Forderungen an nahestehende Personen, eingegangene Haftungsverhältnisse für diese sowie Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Personen stellen sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

(in T€)

	31.12.2017			31.12.2016		
	FORDERUNGEN	EINGEGANGENE HAFTUNGS- VERHÄLTNISSE	VERBINDLICH- KEITEN	FORDERUNGEN	EINGEGANGENE HAFTUNGS- VERHÄLTNISSE	VERBINDLICH- KEITEN
Mitglieder des Vorstands der UniCredit Bank AG	2.401	10	8.156	1.416	—	7.896
Mitglieder des Aufsichtsrats der UniCredit Bank AG	299	—	4.296	340	—	4.260
Mitglieder des Executive Management Committee ¹	—	—	—	—	—	1.994

¹ Ohne Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der UniCredit Bank AG.

Der HVB nahestehende Personen sind Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sowie Mitglieder des Executive Management Committees der UniCredit S.p.A. und jeweils deren nahe Familienangehörige.

Kredite an Mitglieder des Vorstands und deren nahestehende Familienangehörige wurden als Kontokorrentkredit mit Zinssatz von 6% und Laufzeit bis 2021 sowie Hypothekendarlehen mit Zinssätzen zwischen 1,36% und 5,13% und Fälligkeiten in den Jahren 2022 bis 2037 ausgereicht.

Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrats und deren nahestehende Familienangehörige wurden als Dispositionskredit mit einem Zinssatz von 10,63% und Laufzeit „bis auf Weiteres“, Überziehung mit Zinssatz von 10,63% sowie Hypothekendarlehen mit Zinssatz von 1,92% und Fälligkeit in 2035 ausgereicht.

Alle mit dem aufgeführten Personenkreis getätigten Bankgeschäfte wurden zu marktüblichen Konditionen und Sicherheiten abgeschlossen.

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

92 Honorar des Abschlussprüfers

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar (exklusive Umsatzsteuer) für den Abschlussprüfer Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, für Tätigkeiten bei der HVB Group setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

(in Mio €)

	2017	2016
Honorar für	11	12
die Abschlussprüfungsleistungen	8	9
andere Bestätigungsleistungen	3	2
Steuerberatungsleistungen	—	—
sonstige Leistungen	—	1

93 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalstand:

	2017	2016
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Auszubildende)	15.265	16.322
Vollzeitbeschäftigte	10.774	11.713
Teilzeitbeschäftigte	4.491	4.609
Auszubildende	352	455

Nach der Betriebszugehörigkeit ergibt sich folgendes Bild:

(in %)

	MITARBEITERINNEN (OHNE AUSZUBILDENDE)	MITARBEITER	2017 INSGESAMT	2016 INSGESAMT
Betriebszugehörigkeit				
ab 31 Jahre	14,1	14,4	14,2	12,5
21 Jahre bis unter 31 Jahre	35,7	25,6	31,0	30,0
11 Jahre bis unter 21 Jahre	27,3	25,5	26,5	26,3
unter 11 Jahre	22,9	34,5	28,3	31,2

94 Geschäftsstellen

Geschäftsstellen nach Regionen

	ZUGÄNGE		ABGÄNGE		VERÄNDERUNGEN DES KONSOLI- DIERUNGSKREISES	31.12.2017
	1.1.2017	NEUERÖFFNUNGEN	SCHLIESSUNGEN	ZUSAMMEN- LEGUNGEN		
Deutschland						
Baden-Württemberg	17	—	1	1	—	15
Bayern	327	4	7	2	—	322
Berlin	10	—	1	—	—	9
Brandenburg	7	—	—	—	—	7
Bremen	7	—	3	—	—	4
Hamburg	20	—	4	—	—	16
Hessen	12	—	1	—	—	11
Mecklenburg-Vorpommern	4	—	—	—	—	4
Niedersachsen	24	—	6	1	—	17
Nordrhein-Westfalen	11	—	2	1	—	8
Rheinland-Pfalz	14	—	—	—	—	14
Saarland	4	—	—	—	—	4
Sachsen	8	—	—	—	—	8
Sachsen-Anhalt	9	—	—	—	—	9
Schleswig-Holstein	35	—	—	—	—	35
Thüringen	5	—	—	—	—	5
Zwischensumme	514	4	25	5	—	488
Übrige Regionen						
Afrika	1	—	—	—	—	1
Amerika	12	—	1	—	—	11
Asien	8	—	1	—	—	7
Europa	44	7	5	—	—	46
Zwischensumme	65	7	7	—	—	65
Insgesamt	579	11	32	5	—	553

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

95 Aufstellung Beteiligungsbesitz

In der Aufstellung unseres Beteiligungsbesitzes gemäß § 313 Absatz 2 HGB sind die verbundenen, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen danach gegliedert, ob sie in den Konzernabschluss einbezogen sind oder nicht. Ferner enthält die Aufstellung den weiteren Beteiligungsbesitz gemäß § 271 Absatz 1 HGB sowie in den Konzernabschluss einbezogene strukturierte Einheiten mit und ohne Beteiligungsbesitz der HVB.

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
1 Beherrschte Unternehmen						
1.1 Kontrolle durch Stimmrechte						
1.1.1 In den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen						
1.1.1.1 Kreditinstitute						
UniCredit Leasing Finance GmbH	Hamburg	100,0	100,0	EUR	160.013	²
UniCredit Luxembourg S.A. ¹¹	Luxemburg	100,0		EUR	1.342.482	69.303
1.1.1.2 Sonstige konsolidierte Tochterunternehmen						
Acis Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Oberbaum City KG ³	Grünwald	100,0	100,0	EUR	33	4.905
Acis Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Parkkolonnaden KG ³	Grünwald	100,0	100,0	EUR	34	– 372
Acis Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Stuttgart Kronprinzstraße KG ³	Grünwald	100,0	100,0	EUR	41	563
AGROB Immobilien AG (Stimmrechtsanteil: 75,0%) ^{4,11}	Ismaning	52,7	52,7	EUR	25.218	1.913
Antus Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH	München	90,0	90,0	EUR	– 16.872	
Argentaurus Immobilien-Vermietungs- und Verwaltungs GmbH ³	München	100,0	100,0	EUR	793	²
ARRONDA Immobilienverwaltungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	– 40.601	975
Atlanterra Immobilienverwaltungs GmbH	München	90,0	90,0	EUR	– 37.312	950
A&T-Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Potsdamer Platz Berlin KG ³	München	100,0	100,0	EUR	– 37.240	
Aufbau Dresden GmbH	München	100,0	100,0	EUR	– 23.944	
Bayerische Wohnungsgesellschaft für Handel und Industrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung	München	100,0	100,0	EUR	294	²
Bertram Projekt Unodecima Technikzentrum GmbH & Co. KG	Hannover	94,0	94,0	EUR	– 2.291	306
B.I. International Limited	George Town	100,0	100,0	EUR	– 254	531
BIL Leasing-Fonds GmbH & Co VELUM KG						
(Stimmrechtsanteil: 66,7%, davon mittelbar 33,3%)	Grünwald	100,0		EUR	– 2	0
BIL Leasing-Fonds Verwaltungs-GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	31	– 1
BV Grundstücksentwicklungs-GmbH ³	München	100,0	100,0	EUR	511	²
BV Grundstücksentwicklungs-GmbH & Co. Verwaltungs-KG ³	München	100,0		EUR	611	– 111
CUMTERRA Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH ³	München	100,0	93,9	EUR	26	²
Delpha Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Großkugel Bauabschnitt Alpha Management KG ³	München	100,0	100,0	EUR	– 22.880	
Delpha Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Großkugel Bauabschnitt Beta Management KG ³	München	100,0	100,0	EUR	– 53.477	
Delpha Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Großkugel Bauabschnitt Gamma Management KG ³	München	100,0	100,0	EUR	– 59.493	
Erste Onshore Windkraft Beteiligungsgesellschaft mbH & Co.						
Windpark Greifath KG (Stimmrechtsanteil: 68,3%)	Oldenburg	68,5	68,5	EUR	24	6
Erste Onshore Windkraft Beteiligungsgesellschaft mbH & Co.						
Windpark Krähenberg KG (Stimmrechtsanteil: 68,3%)	Oldenburg	68,5	68,5	EUR	– 326	– 5
Erste Onshore Windkraft Beteiligungsgesellschaft mbH & Co.						
Windpark Mose KG (Stimmrechtsanteil: 68,3%)	Oldenburg	68,5	68,5	EUR	– 81	– 20
Food & more GmbH ³	München	100,0		EUR	235	^{1.1}
GIMMO Immobilien-Vermietungs- und Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	26	²
Golf- und Country Club Seddiner See Immobilien GmbH	München	100,0	100,0	EUR	– 15.507	
Grundstücksaktiengesellschaft am Potsdamer Platz (Haus Vaterland)	München	98,2	98,2	EUR	4.495	²

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
Grundstücksgesellschaft Simon						
beschränkt haftende Kommanditgesellschaft ³	München	100,0	100,0	EUR	52	1.289
H & B Immobilien GmbH & Co. Objekte KG ³	München	100,0	100,0	EUR	5	– 1
HAWA Grundstücks GmbH & Co. oHG Hotelverwaltung ³	München	100,0	100,0	EUR	276	1.140
HAWA Grundstücks GmbH & Co. OHG Immobilienverwaltung ³	München	100,0	100,0	EUR	54	496
H.F.S. Immobilienfonds GmbH	Ebersberg	100,0	100,0	EUR	26	²
H.F.S. Leasingfonds Deutschland 1 GmbH & Co. KG						
(Immobilienleasing)	München	99,4	99,4	EUR	19.756	3.297
H.F.S. Leasingfonds GmbH	Ebersberg	100,0	100,0	EUR	36	121
HJS 12 Beteiligungsgesellschaft mbH ³	München	100,0		EUR	278	^{1,2}
HVB Capital LLC	Wilmington	100,0		USD	1.128	87
HVB Capital LLC II	Wilmington	100,0		GBP	2	0
HVB Capital LLC III	Wilmington	100,0		USD	1.107	90
HVB Capital Partners AG ³	München	100,0		EUR	12.671	^{1,3}
HVB Export Leasing GmbH	München	100,0		EUR	39	0
HVB Funding Trust II	Wilmington	100,0		GBP	2	
HVB Gesellschaft für Gebäude Beteiligungs GmbH	München	100,0		EUR	29	0
HVB Gesellschaft für Gebäude mbH & Co KG ³	München	100,0		EUR	871.401	26.676
HVB Hong Kong Limited	Hongkong	100,0		USD	4.603	– 15
HVB Immobilien AG ³	München	100,0		EUR	86.644	^{1,4}
HVB Investments (UK) Limited	George Town	100,0		GBP	0	
HVB London Investments (AVON) Limited	London	100,0		GBP	0	
HVB Profil Gesellschaft für Personalmanagement mbH ³	München	100,0		EUR	28	^{1,5}
HVB Projekt GmbH ³	München	100,0	94,0	EUR	72.151	²
HVB Secur GmbH ³	München	100,0		EUR	126	^{1,6}
HVB Tecta GmbH ³	München	100,0	94,0	EUR	1.751	²
HVB Verwa 4 GmbH ³	München	100,0		EUR	10.132	^{1,7}
HVB Verwa 4.4 GmbH ³	München	100,0	100,0	EUR	10.025	²
HVBFF International Greece GmbH	München	100,0	100,0	EUR	280	0
HVBFF Internationale Leasing GmbH	München	100,0	100,0	EUR	7	0
HVBFF Objekt Beteiligungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	33	– 2
HVZ GmbH & Co. Objekt KG ³	München	100,0	100,0	EUR	148.091	4.525
Hypo-Bank Verwaltungszentrum GmbH	München	100,0	100,0	EUR	17	2
Hypo-Bank Verwaltungszentrum GmbH & Co. KG						
Objekt Arabellastraße ³	München	100,0	100,0	EUR	26	– 2.832
HYPO-REAL Haus- und Grundbesitz Gesellschaft mbH & Co.						
Immobilien-Vermietungs KG ³	München	80,0	80,0	EUR	– 850	
Interra Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH ³	München	100,0	93,9	EUR	51	²
Life Management Erste GmbH	München	100,0	100,0	EUR	24	²
Life Management Zweite GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	24	²
MERKURHOF Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung ³	München	100,0		EUR	16.692	^{1,8}
MILLETERRA Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH ³	München	100,0	100,0	EUR	25	²
Mobility Concept GmbH ¹¹	Oberhaching	60,0	60,0	EUR	13.561	5.186
Movie Market Beteiligungs GmbH i. L.	München	100,0	100,0	EUR	15	0
NF Objekt FFM GmbH ³	München	100,0	100,0	EUR	125	²
NF Objekt München GmbH ³	München	100,0	100,0	EUR	75	²
NF Objekte Berlin GmbH ³	München	100,0	100,0	EUR	15.725	²
Ocean Breeze Asset GmbH & Co. KG	Bremen	100,0	100,0	EUR	– 22	– 12
Ocean Breeze Energy GmbH & Co. KG ³	Bremen	100,0	100,0	EUR	– 39.072	19.136
Ocean Breeze GmbH	Bremen	100,0	100,0	EUR	4	– 9

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
Omnia Grundstücks-GmbH & Co.						
Objekt Eggenfeldener Straße KG ³	München	100,0	100,0	EUR	26	– 1
Omnia Grundstücks-GmbH & Co. Objekt Haidenauplatz KG ³	München	100,0	94,0	EUR	26	– 106
Omnia Grundstücks-GmbH & Co. Objekt Perlach KG ³	München	100,0	100,0	EUR	4.014	449
Orestos Immobilien-Verwaltungs GmbH ³	München	100,0	100,0	EUR	56.674	²
Othmarschen Park Hamburg GmbH & Co. Centerpark KG ³	München	100,0	100,0	EUR	– 18.942	
Othmarschen Park Hamburg GmbH & Co. Gewerbepark KG ³	München	100,0	100,0	EUR	– 44.083	
Perikles 20092 Vermögensverwaltung GmbH	Bremen	100,0	100,0	EUR	12	– 9
Portia Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co.						
Objekt KG ³	München	100,0	100,0	EUR	500.014	3.811
„Portia“ Grundstücksverwaltungs-Gesellschaft						
mit beschränkter Haftung	München	100,0	100,0	EUR	31	0
RHOTERRA Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH ³	München	100,0	93,9	EUR	26	²
Rolin Grundstücksplanungs- und -verwaltungsgesellschaft mbH	München	100,0	100,0	EUR	48	5
Roncasa Immobilien-Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	– 36.170	950
Salvatorplatz-Grundstücksgesellschaft mbH & Co.						
oHG Saarland ³	München	100,0	100,0	EUR	1.534	928
Salvatorplatz-Grundstücksgesellschaft mbH & Co.						
OHG Verwaltungszentrum ³	München	100,0	100,0	EUR	2.301	– 5.449
Salvatorplatz-Grundstücksgesellschaft mit						
beschränkter Haftung	München	100,0	100,0	EUR	711	²
Selfoss Beteiligungsgesellschaft mbH ³	Grünwald	100,0	100,0	EUR	25	²
Simon Verwaltungs-Aktiengesellschaft i.L. ⁴	München	<100,0		EUR	3.045	– 24
Sirius Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	– 143.835	²
Solos Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Sirius Beteiligungs KG ³	München	100,0	100,0	EUR	– 31.923	950
Spree Galerie Hotelbetriebsgesellschaft mbH ³	München	100,0	100,0	EUR	249	²
Structured Invest Société Anonyme	Luxemburg	100,0		EUR	7.061	41
T & P Frankfurt Development B.V.	Amsterdam	100,0	100,0	EUR	– 7.024	– 19
T & P Vastgoed Stuttgart B.V.	Amsterdam	87,5	87,5	EUR	– 15.494	– 11
TERRENO Grundstücksverwaltung GmbH & Co.						
Entwicklungs- und Finanzierungsvermittlungs-KG ³	München	75,0	75,0	EUR	– 268.579	
Terronda Development B.V.	Amsterdam	100,0	100,0	EUR	– 360	²
TIVOLI Grundstücks-Aktiengesellschaft ⁴	München	99,7	99,7	EUR	11.791	4.275
Transterra Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH ³	München	100,0	93,9	EUR	26	²
TRICASA Grundbesitz Gesellschaft mbH & Co.						
1. Vermietungs KG ³	München	100,0	100,0	EUR	10.325	791
TRICASA Grundbesitzgesellschaft des bürgerlichen Rechts Nr. 1	München	100,0	100,0	EUR	23.601	1.597
Trinitrade Vermögensverwaltungs-Gesellschaft						
mit beschränkter Haftung	München	100,0		EUR	233	– 583
UniCredit Beteiligungs GmbH	München	100,0		EUR	1.175	^{1.9}
UniCredit Capital Markets LLC	New York	100,0	100,0	USD	127.033	7.977
UniCredit (China) Advisory Limited	Peking	100,0		CNY	210	– 1.067
UniCredit Direct Services GmbH ³	München	100,0		EUR	937	^{1.10}
UniCredit Leasing Aviation GmbH	Hamburg	100,0	100,0	EUR	26.693	– 395
UniCredit Leasing GmbH ^{2.11}	Hamburg	100,0		EUR	452.026	^{1.11}
UniCredit U.S. Finance LLC	Wilmington	100,0		USD	115.432	801
Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt MOC KG ³	München	89,3	89,3	EUR	– 98.514	1.802
Verwaltungsgesellschaft Katharinenhof mbH ³	München	100,0		EUR	708	^{1.12}
V.M.G. Vermietungsgesellschaft mbH	München	100,0	100,0	EUR	26	²
Wealth Management Capital Holding GmbH	München	100,0		EUR	20.548	^{1.13}
WealthCap Aircraft 27 GmbH & Co. KG	Grünwald	100,0	100,0	USD	2	
WealthCap Aircraft 27 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	25	0
WealthCap Entity Service GmbH	München	100,0	100,0	EUR	570	70
WealthCap Equity GmbH	München	100,0	100,0	EUR	3.437	2.937

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN- KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
WealthCap Equity Management GmbH	München	100,0	100,0	EUR	1.255	1.230
WealthCap Fonds GmbH	München	100,0	100,0	EUR	1.042	530
WealthCap Immobilien 1 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0	EUR	– 371	– 373
WealthCap Immobilien 2 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0	EUR	144	98
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 36						
Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	– 309	– 340
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 38						
Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	16	– 72
WealthCap Initiatoren GmbH	München	100,0	100,0	EUR	4.940	3.370
WealthCap Investment Services GmbH	München	100,0	90,0	EUR	5.101	²
WealthCap Investments, Inc.	Wilmington	100,0	100,0	USD	1.849	485
WealthCap Investorenbetreuung GmbH	München	100,0	100,0	EUR	155	²
WealthCap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH	München	100,0	100,0	EUR	7.099	²
WealthCap Leasing GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	– 145	– 170
WealthCap Los Gatos 131 Albright Way L.P.	Wilmington	100,0	100,0	USD	– 1.693	– 677
WealthCap Management Services GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	3.222	3.186
WealthCap Objekte Südwest GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0	EUR	– 1.180	– 385
WealthCap Objekt-Vorrat 20 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0	EUR	772	760
WealthCap Objekt-Vorrat 21 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0	EUR	30	20
WealthCap PEIA Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	57	3
WealthCap PEIA Management GmbH	München	100,0	94,0	EUR	2.381	1.141
WealthCap Portland Park Square, L.P.	Wilmington	100,0	100,0	USD	– 827	– 665
WealthCap Real Estate Management GmbH	München	100,0	100,0	EUR	108	²
WealthCap Stiftungstreuhand GmbH	München	100,0	100,0	EUR	43	2
WealthCap USA Immobilien Verwaltungen GmbH	München	100,0	100,0	EUR	223	173
WealthCap Vorrats-2 GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	25	– 8
1.1.2 Nicht konsolidierte Tochterunternehmen⁵						
Acis Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	25	²
AGRUND Grundstücks-GmbH	München	90,0	90,0			
Alexandersson Real Estate I B.V.	Apeldoorn	100,0	100,0			
„Alte Schmelze“ Projektentwicklungsgesellschaft mbH	München	100,0	100,0			
Altea Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt I KG	München	100,0	100,0			
AMMS Ersatz-Komplementär GmbH	Ebersberg	100,0	100,0			
AMMS Komplementär GmbH i.L.	Ebersberg	98,8	98,8			
ANWA Gesellschaft für Anlagenverwaltung mbH	München	95,0	93,9			
Apir Verwaltungsgesellschaft mbH & Co.						
Immobilien- und Vermietungs KG	München	100,0	100,0	EUR	– 33.657	950
Arena Stadion Beteiligungsverwaltungs-GmbH	München	100,0				
A&T-Projektentwicklungs-Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0			
BIL Aircraftleasing GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
BIL Immobilien Fonds GmbH	München	100,0	100,0			
BIL Leasing GmbH & Co Hotel Rostock KG i.L.	Rostock	58,9	58,9			
Blue Capital Metro Amerika Inc.	Wilmington	100,0	100,0			
BV Grundstücksentwicklungs-GmbH & Co.						
Schloßberg-Projektentwicklungs-KG	München	100,0	100,0			
Deltaterra Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH	München	100,0	93,9	EUR	26	²
GCCS Golfanlagen Errichtungs- und Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	26	²
Großkugel Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	– 3.354	²
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 1 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 3 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 4 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 6 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0				
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 7 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 8 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 9 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 10 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 11 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 12 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 15 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 16 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 18 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 19 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Europa 2 Beteiligungs GmbH	München	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Europa 3 Beteiligungs B.V.	Den Haag	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Europa 3 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds GmbH & Co. Europa 4 KG	München	100,0	100,0			
H.F.S. Leasingfonds Deutschland 1 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Leasingfonds Deutschland 7 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Value Management GmbH	München	100,0	100,0			
H.F.S. Zweitmarktfonds Deutschland 1 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Zweitmarktfonds Deutschland 2 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Zweitmarktfonds Deutschland 3 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
H.F.S. Zweitmarktfonds Deutschland 4 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
Hofgarten Real Estate B.V. (Stimmrechtsanteil: 50,5%)	Amsterdam	47,2	47,2	EUR	– 49.346	– 25
HVB Services South Africa (Proprietary) Limited	Johannesburg	100,0				
HVBFF Kapitalvermittlungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	19	²
HVBFF Leasing & Investition GmbH & Co Erste KG	München	100,0	100,0			
HVBFF Leasing Objekt GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
HVBFF Leasing-Fonds Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0			
HVBFF Produktionshalle GmbH i.L.	München	100,0	100,0			
HVZ GmbH & Co. Objekt Unterföhring KG	München	100,0	100,0			
HYPO-REAL Haus- und Grundbesitz Gesellschaft mbH	München	100,0	100,0	EUR	128	²
Landos Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH	München	100,0	100,0			
Life Britannia GP Limited	Edgware	100,0	100,0			
Life Britannia Management GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
Life Verwaltungs Erste GmbH	München	100,0	100,0			
Life Verwaltungs Zweite GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
Motion Picture Production GmbH	Grünwald	51,2	51,2			
Omnia Grundstücks-GmbH	München	100,0	100,0	EUR	26	²
Omnia Grundstücks-GmbH & Co. Betriebs KG	München	100,0	94,0			
Othmarschen Park Hamburg Wohn- und Gewerbepark GmbH	München	100,0	100,0	EUR	102	²
Perterra Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH	München	100,0	100,0	EUR	26	²
Projekt-GbR Kronstadter Straße München	München	75,0	75,0			
Quinterra Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH	München	100,0	100,0	EUR	26	²
Redstone Mortgages Limited	London	100,0		GBP	52.580	665
Saphira Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Frankfurt City West Office Center und Wohnbau KG	München	100,0	100,0			
Schloßberg-Projektentwicklungs-GmbH & Co 683 KG	München	100,0	100,0			
TERRENO Grundstücksverwaltung GmbH	München	75,0	75,0			
TERRENO Grundstücksverwaltung GmbH & Co.						
Objektgesellschaft Grillparzerstraße KG	München	75,0		EUR	– 3.002	0
Tishman Speyer Berlin Friedrichstraße KG i.L.						
(Stimmrechtsanteil: 96,6%, davon mittelbar 7,1%)	München	97,1	5,9			
UniCredit CAIB Securities UK Ltd.	London	100,0				
VCI Volta Center Immobilienverwaltungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	– 22.047	950
VereinWest Overseas Finance (Jersey) Limited	St. Helier	100,0				
WealthCap Canadian Management Inc.	Toronto	100,0	100,0			
WealthCap Dritte Europa Immobilien Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Equity Sekundär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Erste Kanada Immobilien Verwaltung GmbH	München	100,0	100,0			

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN- KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
WealthCap Europa Erste Immobilien –						
Objekt Niederlande – Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Europa Immobilien Fünfte Objekte						
Österreich Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Europa Immobilien Siebte Objekte						
Österreich Komplementär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Europa Immobilien Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Fondsportfolio Private Equity 21 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Fondsportfolio Private Equity 22 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien Deutschland 39 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien Deutschland 40 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien Deutschland 41 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien Nordamerika 16 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien Nordamerika 17 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien Services GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien und Verwaltung Sekundär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien 40 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien 41 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 36 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 37 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Los Gatos 121 Albright Way GP, Inc.	Wilmington	100,0	100,0			
WealthCap Los Gatos 131 Albright Way GP, Inc.	Wilmington	100,0	100,0	USD	– 2.037	– 793
WealthCap Management, Inc.	Wilmington	100,0	100,0			
WealthCap Mountain View GP, Inc.	Georgia	100,0	100,0			
WealthCap Objekt Bogenhausen GmbH & Co. KG	Grünwald	94,9	94,9	EUR	5.900	– 2.894
WealthCap Objekt-Vorrat 9 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Objekt-Vorrat 13 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Objekt-Vorrat 15 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Objekt-Vorrat 16 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Objekt-Vorrat 17 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Objekt-Vorrat 20 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Objekt-Vorrat 21 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Portfolio 3 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Portland Park Square GP Inc.	Atlanta	100,0	100,0			
WealthCap Private Equity GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Private Equity Sekundär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Private Equity 19 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Private Equity 20 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Private Equity 21 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Private Equity 22 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Real Estate GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Real Estate Komplementär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Real Estate Sekundär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap SachWerte Portfolio 2 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Spezial 3 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Spezial 4 Komplementär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Spezial 5 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Spezial 6 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Spezial-AIF 1 Komplementär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Spezial-AIF 4 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Spezial-AIF 6 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
WealthCap Vorrats-1 GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Zweite Europa Immobilien Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Zweite USA Immobilien Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap ZweitmarktWerte Immobilien 4 Komplementär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap ZweitmarktWerte 5 GP S.à r.l.	Senningerberg	100,0	100,0			
WealthCap 21/22 Equity GmbH & Co. KG (Stimmrechtsanteil: 100%)	Grünwald	—	—			
WealthCap 39 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			

				GEZEICHNETES KAPITAL in Tausend
NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %	WÄHRUNG	
1.2 In den Konzernabschluss einbezogene				
strukturierte Unternehmen				
mit und ohne Anteilsbesitz				
Altus Alpha Plc	Dublin	0	EUR	40
Arabella Finance DAC	Dublin	0	EUR	<1
BARD Engineering GmbH	Emden	0	EUR	100
BARD Holding GmbH	Emden	0	EUR	25
Buitengaats Holding B.V.	Eemshaven	0	EUR	18
Cuxhaven Steel Construction GmbH	Cuxhaven	0	EUR	25
Elektra Purchase No. 28 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 31 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 32 S.A.	Luxemburg	0	EUR	31
Elektra Purchase No. 32 S.A. – Compartment 2	Luxemburg	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 33 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 34 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 35 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 36 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 37 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 38 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 39 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 40 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 41 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 42 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 43 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 44 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 46 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 47 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 48 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 54 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 55 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 57 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 58 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 718 DAC	Dublin	0	EUR	<1
Elektra Purchase No. 911 Ltd.	St. Helier	0	EUR	<1
European-Office-Fonds	München	0	EUR	0
GELDILUX-TS-2013 S.A.	Luxemburg	0	EUR	31
GELDILUX-TS-2015 S.A.	Luxemburg	0	EUR	31
GEMMA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co.				
Vermietungs KG (mittelbar gehalten)	Pullach	6,1	EUR	68.272
H.F.S. Leasingfonds Deutschland 7 GmbH & Co. KG				
(mittelbar gehalten)	München	<0,1	EUR	56.605
HVB Funding Trust	Wilmington	0	USD	0
HVB Funding Trust III	Wilmington	0	USD	0

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %	WÄHRUNG	GEZEICHNETES KAPITAL in Tausend
MOC Verwaltungs GmbH & Co.				
Immobilien KG (mittelbar gehalten) ^{4,6}	München	23,0	EUR	5.113
Ocean Breeze Finance S.A. – Compartment 1	Luxemburg	0	EUR	0
Rosenkavalier 2008 GmbH	Frankfurt am Main	0	EUR	25
Rosenkavalier 2015 UG	Frankfurt am Main	0	EUR	8

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES-ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
2 Gemeinschaftsunternehmen						
Gemeinschaftsunternehmen von untergeordneter Bedeutung⁵						
Heizkraftwerk Cottbus Verwaltungs GmbH i.L.	Cottbus	33,3		EUR	354	245
Heizkraftwerke-Pool Verwaltungs-GmbH	München	33,3		EUR	119	863
MoneyMap GmbH	Berlin	46,4		EUR	825	– 1.380
WealthCap Portfolio Finanzierungs-GmbH & Co. KG (Stimmrechtsanteil: 50,0%)	Grünwald	—		EUR	71.453	2.238
3 Assoziierte Unternehmen						
3.1 At-Equity bewertete assoziierte Unternehmen						
Adler Funding LLC ⁴	Dover	32,8		USD	13.032	2.442
Comtrade Group B.V. ^{4,11}	Rotterdam	21,1	21,1	EUR	48.679	12.808
Nautilus Tankers Limited ⁴	Valletta	45,0	45,0	USD	35.943	7.547
paydirekt Beteiligungsgesellschaft privater Banken mbH	Berlin	24,0		EUR	6.112	3
SwanCap Partners GmbH (Stimmrechtsanteil: 49,0%) ⁴	München	75,3		EUR	6.041	153
3.2 Assoziierte Unternehmen von untergeordneter Bedeutung⁵						
BioM Venture Capital GmbH & Co. Fonds KG (Stimmrechtsanteil: 20,4%)	Planegg	23,5				
MOC Verwaltungs GmbH	München	23,0	23,0			
4 Weitere Beteiligungen im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB⁵						
4.1 Kreditinstitute						
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	15,4		EUR	231.752	22.885
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH	Berlin	4,3		EUR	11.249	450
BGG Bayerische Garantiegesellschaft mbH für mittelständische Beteiligungen	München	10,5		EUR	48.737	2.360
Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH	Potsdam	7,8		EUR	27.601	1.273
Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin	9,1		EUR	16.350	201
Bürgschaftsbank Nordrhein-Westfalen GmbH – Kreditgarantiegemeinschaft –	Düsseldorf	0,6		EUR	34.158	1.114
Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH	Mainz	1,4		EUR	16.525	145
Bürgschaftsbank Saarland Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel, Handwerk und Gewerbe	Saarbrücken	1,3		EUR	4.295	43
Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg	8,9		EUR	15.158	209
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH (Stimmrechtsanteil: 5,4%)	Dresden	4,7		EUR	40.370	2.220
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	Kiel	5,4		EUR	39.211	564
Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt	8,7		EUR	25.304	700
Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH	Hamburg	10,5		EUR	24.499	535
MCB Bank Limited	Lahore	>0,0		PKR	138.105.686	19.138.491

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
Niedersächsische Bürgschaftsbank GmbH	Hannover	3,0		EUR	24.464	1.273
Saarländische Investitionskreditbank AG	Saarbrücken	3,3		EUR	64.680	866
solarisBank AG	Berlin	11,8		EUR	5.675	– 7.588
4.2 Sonstige Unternehmen						
Acton GmbH & Co. Heureka II KG	München	8,9		EUR	53.120	– 895
Amstar Liquidating Trust (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	New York	>0,0	>0,0			
Babcock & Brown Limited	Sydney	3,2				
BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH ⁷	München	22,5		EUR	226.714	12.688
Bayerischer BankenFonds GbR ⁷	München	25,6				
BCV Investment SCA (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Luxemburg	1,1	1,1	EUR	603	230
BGN GmbH & Co. KG	Wiesbaden	6,0	6,0			
BIL Leasing-Fonds GmbH & Co. Altstadtanierung Freiberg KG (Stimmrechtsanteil: 0,3%)	Grünwald	—	—	EUR	459	886
BIL Leasing-Fonds GmbH & Co. Bankgebäude Leipzig KG (Stimmrechtsanteil: 0,3%)	Grünwald	—	—	EUR	– 597	720
BIL Leasing-Fonds GmbH & Co HONOR KG i.L. (Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	—	—			
Bil Leasing-Fonds GmbH & Co Objekt Verwaltungssitz Bankenverband KG (Stimmrechtsanteil: 0,2%)	Grünwald	—	—	EUR	824	1.184
BIL Leasing-Fonds GmbH & Co. Stadtanierung Freiberg KG (Stimmrechtsanteil: 0,2%)	Grünwald	—	—	EUR	2.005	6.829
BIL Leasing GmbH & Co Objekte Freiberg KG	Grünwald	6,0	6,0			
BIL Leasing GmbH & Co Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG (Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	—	—			
BioM Aktiengesellschaft Munich Bio Tech Development	Planegg	8,5		EUR	2.198	– 54
Blue Capital Equity I GmbH & Co.KG i.L.	München	>0,0	>0,0			
Blue Capital Equity II GmbH & Co. KG i.L.	München	>0,0	>0,0	EUR	1.811	– 45
Blue Capital Equity III GmbH & Co. KG (Stimmrechtsanteil: >0,0%)	München	0,8	0,8	EUR	8.800	– 589
Blue Capital Equity IV GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	15.576	275
Blue Capital Equity V GmbH & Co. KG (Stimmrechtsanteil: >0,0%)	München	0,1	0,1	USD	4.135	134
Blue Capital Equity VI GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	USD	23.300	1.997
Blue Capital Equity VII GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	USD	18.831	2.834
Blue Capital Equity VIII GmbH & Co. KG (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	München	0,7	0,7	EUR	20.232	420
Blue Capital Equity IX GmbH & Co. KG (Stimmrechtsanteil: 0,6%)	München	0,7	0,7	EUR	9.515	414
Blue Capital Europa Immobilien GmbH & Co. Fünfte Objekte Österreich KG	München	0,1	0,1	EUR	15.149	343
Blue Capital Europa Immobilien GmbH & Co. Sechste Objekte Großbritannien KG i.L.	München	>0,0	>0,0	EUR	1.500	– 3.506
Blue Capital Europa Immobilien GmbH & Co. Siebte Objekte Österreich KG	München	0,1	0,1	EUR	24.360	2.237
Blue Capital Metro Amerika Fund, L.P.	Wilmington	0,1	0,1	USD	164.923	– 2.524
Blue Capital Metropolitan Amerika GmbH & Co. KG	München	0,1	0,1	USD	120.502	6.755
Boston Capital Partners V, L.L.C.	Wilmington	10,0	10,0			
Boston Capital Ventures V, L.P. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Wilmington	20,0		USD	13.201	6
BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH	Hamburg	13,6		EUR	4.158	584
BV Capital GmbH & Co. Beteiligungs KG Nr. 1	Hamburg	16,8	16,8	EUR	2.094	237
Carlyle Partners V, L.P. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Wilmington	>0,0	>0,0	USD	4.668.584	666.851
Carlyle U.S. Equity Opportunity Fund, L.P. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Wilmington	0,9	0,9	USD	992.567	– 65.725
Charme II (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Mailand	7,7		EUR	8.651	6.866

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN- KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
CHARME INVESTMENTS S.C.A. (Stimmrechtsanteil: 12,1%)	Luxemburg	13,4		EUR	22.770	697
China International Packaging Leasing Co, Ltd.	Peking	17,5		CNY	– 101.056	553
China Investment Incorporations (BVI) Ltd.	Tortola	10,8	10,8	USD	48.485	4.570
Circle 1 Luxembourg Holdings S.C.A.	Luxemburg	0,6	0,6			
CLS Group Holdings AG	Zürich	1,2		GBP	369.636	32.345
CMC-Hertz Partners, L.P. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Wilmington	7,1	7,1			
CME Group Inc.	Wilmington	>0,0		USD	20.340.700	1.534.100
Earlybird GmbH & Co. Beteiligungskommanditgesellschaft III i.L.	München	9,7	9,7	USD	7.385	4.673
Easdaq NV	Leuven	>0,0		EUR	1.867	2.604
East Capital Financials Fund AB (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Stockholm	0,2		EUR	25.225	– 11.047
EDD AG (Stimmrechtsanteil: 3,1%)	Düsseldorf	3,0		EUR	32.245	– 542
Einkaufsgalerie Roter Turm Beteiligungs GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	7.926	310
Einkaufsgalerie Roter Turm Chemnitz GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	54.969	1.116
EURO Kartensysteme GmbH	Frankfurt am Main	6,0		EUR	11.635	173
FBEM Gesellschaft mit beschränkter Haftung i. L.	Berlin	3,0		EUR	271	2.740
Film & Entertainment VIP Medienfonds 4 GmbH & Co. KG	Grünwald	9,3	9,3	EUR	24.939	– 1.426
FinLeap GmbH ⁸	Berlin	3,6		EUR	21.935	– 6.878
Gut Waldhof GmbH & Co. Golfplatz Betriebs KG	Hamburg	0,7				
H.F.S. Immobilienfonds Bahnhofspassagen						
Potsdam GmbH & Co. KG	München	5,9	5,9	EUR	23.183	– 397
H.F.S. Immobilienfonds „Das Schloss“						
Berlin-Steglitz GmbH & Co. KG	München	6,0	6,0	EUR	26.861	776
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 1 GmbH & Co. KG	München	0,6	0,6	EUR	841	184
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 3 GmbH & Co. KG	München	0,2	0,2	EUR	1.903	935
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 4 GmbH & Co. KG	München	0,2	0,2	EUR	– 2.487	– 962
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 6 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	16.291	8.498
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 7 GmbH & Co. KG	München	0,1	0,1	EUR	7.034	1.549
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 8 GmbH & Co. KG	München	0,1	0,1	EUR	11.886	614
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 9 GmbH & Co. KG	München	0,1	0,1	EUR	6.619	410
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 10 GmbH & Co. KG	München	1,4	1,4	EUR	133.077	5.712
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 12 GmbH & Co. KG	München	3,9	3,9	EUR	80.655	11.511
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 15 GmbH & Co. KG	München	0,1	0,1	EUR	18.666	– 36
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 16 GmbH & Co. KG	München	0,1	0,1	EUR	61.584	1.367
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 18 GmbH & Co. KG i. L.	München	6,1	6,1	EUR	10.773	47.377
H.F.S. Immobilienfonds GmbH & Co. Europa 3 KG	München	0,1	0,1	EUR	13.161	– 3.765
H.F.S. Immobilienfonds Köln GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	67.570	359
H.F.S. Immobilienfonds Köln Supplier-Park GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	24.307	2.732
H.F.S. Immobilienfonds Schweinfurt GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	7.246	307
H.F.S. Zweitmarktfonds Deutschland 1 GmbH & Co. KG	Ebersberg	0,1	0,1	EUR	14.831	2.696
H.F.S. Zweitmarktfonds Deutschland 2 GmbH & Co. KG	Ebersberg	>0,0	>0,0	EUR	86.863	11.978
HVBFF Immobilien-Fonds GmbH & Co Wohnungen Leipzig KG i.L.						
(Stimmrechtsanteil: 1,0%)	München	—	—	EUR	557	376
HVBFF Life Britannia GmbH & Co Erste KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	22.139	5.398
HVB Trust Pensionsfonds AG (Stimmrechtsanteil: 0,0%) ⁸	München	100,0				
IGEPA Gewerbepark GmbH & Co Vermietungs KG	Fürstfeldbruck	2,0	2,0	EUR	– 9.704	9.650
Industriepalast in Leipzig Verwaltungs-GmbH & Co. KG i.L.						
(Stimmrechtsanteil: 6,3%)	Berlin	6,2				
Interbanking Systems S.A. (Dias S.A.)	Maroussi	0,9		EUR	26.734	
IPE Tank and Rail Investment 1 S.C.A.	Luxemburg	7,8	7,8			
JBG/BC Investor, L.P.	Chevy Chase	0,5	0,5	USD	85.812	6.172
Kepler Cheuvreux S.A. (Stimmrechtsanteil: 4,6%)	Paris	5,2		EUR	63.061	7.080
Kreditgarantiegemeinschaft der freien Berufe						
Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH	Stuttgart	1,3				

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
Kreditgarantiegemeinschaft der Industrie, des Verkehrsgewerbes und des Gastgewerbes						
Baden-Württemberg Verwaltungen-GmbH	Stuttgart	2,6				
Kreditgarantiegemeinschaft des bayerischen Gartenbaues GmbH	München	8,1				
Kreditgarantiegemeinschaft des bayerischen Handwerks GmbH	München	7,2		EUR	4.846	
Kreditgarantiegemeinschaft des Handels Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH	Stuttgart	2,3		EUR	1.022	
Kreditgarantiegemeinschaft des Handwerks Baden-Württemberg Verwaltungsgesellschaft mbH	Stuttgart	2,5		EUR	1.001	
Kreditgarantiegemeinschaft des Hotel- und Gaststättengewerbes in Bayern GmbH	München	9,7		EUR	4.359	
Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern GmbH	München	2,2		EUR	6.317	
Kreditgarantiegemeinschaft in Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH	Stuttgart	5,1		EUR	1.023	
Life Britannia First LP (Stimmrechtsanteil: 1,0%)	Uxbridge	—	—	GBP	17.699	429
Life Britannia Second LP (Stimmrechtsanteil: 1,0%)	Uxbridge	—	—	GBP	17.699	355
Life GmbH & Co Erste KG	München	>0,0	>0,0	USD	104.623	– 17.436
Life GmbH & Co. Zweite KG (Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	87.882	– 3.738
Lion Capital Fund I, L.P. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	London	0,9		EUR	2.429	– 410
Liquiditäts-Konsortialbank GmbH i.L.	Frankfurt am Main	5,7		EUR	230.536	– 5.996
Martin Schmälzle Grundstücksgesellschaft Objekt Wolfsburg GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	15.692	868
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH	Stuttgart	5,0		EUR	66.948	6.067
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH (Stimmrechtsanteil: 11,1%)	Mainz	9,8		EUR	13.548	1.172
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH	Kiel	3,6		EUR	36.042	2.604
MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungs- gesellschaft mbH & Co Beta KG i.L.	Grünwald	10,6				
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH	Potsdam	11,6		EUR	18.278	1.956
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH	Schwerin	15,4		EUR	14.141	655
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Niedersachsen (MBG) mbH	Hannover	8,2		EUR	13.131	895
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mit beschränkter Haftung	Magdeburg	12,7		EUR	22.870	153
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH	Dresden	11,8		EUR	44.729	2.464
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH	Erfurt	13,4		EUR	23.730	1.214
Motion Picture Production GmbH & Co. Erste KG (Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	– 28.103	1.461
Mühoga Münchner Hochgaragen Gesellschaft mit beschränkter Haftung	München	25,0	25,0	EUR	4.473	2.050
Natural Stone Investments S.A.	Luxemburg	7,4	7,4	EUR	– 175.926	– 14.052
Neumayer Tekfor Verwaltungs GmbH i.L. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Offenburg	4,0	4,0			
Osca Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG i.L.	Grünwald	18,0				
PAI Europe VII-1 Global S.L.P.	Paris	0,5	0,5			
PICIC Insurance Ltd.	Karachi	>0,0		PKR	38.211	– 311.789
PRINCIPIA FUND (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Mailand	10,0				
ProAreal GmbH i. L.	Wiesbaden	10,0		EUR	– 93.513	– 26
REF IV Associates (Caymans) L.P. Acqua CIV S.C.S. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Luxemburg	38,3	38,3			

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
Rocket Internet Capital Partners (Euro) SCS						
(Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Luxemburg	4,4		EUR	37.806	5.002
Roomstore Inc.	Richmond	7,7	7,7			
Saarländische Kapitalbeteiligungsgesellschaft						
mit beschränkter Haftung (Stimmrechtsanteil: 8,8%)	Saarbrücken	8,7		EUR	7.475	35
Social Venture Fund GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,0%)	München	9,6		EUR	3.308	– 264
Social Venture Fund II GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,0%)	München	4,5		EUR	6.179	– 2.362
Stahl Group S.A.	Luxemburg	0,5	0,5	EUR	651.494	914.893
SwanCap FLP II SCSp (Stimmrechtsanteil: 37,5%) ⁹	Senningerberg	—				
SwanCap FLP SCS (Stimmrechtsanteil: 37,5%) ⁹	Senningerberg	—				
SwanCap TB II SCSp (Stimmrechtsanteil: 0,0%) ¹⁰	Senningerberg	>0,0				
SwanCap Blocker GmbH & Co. KG ¹⁰	München	—				
S.W.I.F.T., (Co-operative 'Society for Worldwide						
Interbank Financial Telecommunication')	Brüssel	0,3		EUR	415.332	26.219
Texas Energy Future Holdings L.P. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Fort Worth	1,5	1,5	USD	2.003	– 172
True Sale International GmbH	Frankfurt am Main	7,7		EUR	4.809	46
UniCredit Business Integrated Solutions						
Società Consortile per Azioni	Mailand	>0,0		EUR	332.921	2.572
VISA Inc. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Wilmington	>0,0		USD	32.912.000	5.991.000
VV Immobilien GmbH & Co. United States KG i.L.						
(Stimmrechtsanteil: 9,2%)	München	9,3				
VV Immobilien GmbH & Co. US City KG i.L.	München	0,9				
WealthCap Aircraft 1 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	USD	22.461	344
WealthCap Aircraft 25 GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	45.046	– 835
WealthCap Aircraft 26 GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	57.251	– 576
WealthCap Immobilien Deutschland 38 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	>0,0	>0,0	EUR	89.704	6.513
WealthCap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	>0,0	>0,0	EUR	1.070	– 498
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 30 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	44.276	6.171
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 31 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	München	>0,0	>0,0	EUR	35.062	1.514
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 32 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	München	>0,0	>0,0	EUR	50.741	2.092
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 33 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	59.900	2.516
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 34 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	München	>0,0	>0,0	EUR	39.681	2.545
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 35 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	124.993	7.463
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 37 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	64.359	2.455
WealthCap Immobilienfonds Donauwörth 1 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	21.571	1.592
WealthCap Immobilienfonds Donauwörth 2 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	5.498	595
WealthCap Immobilien Nordamerika 16 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	>0,0	>0,0	USD	36.431	18
WealthCap Immobilien Nordamerika 17 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	>0,0	>0,0	USD	14.639	5.689
WealthCap Infrastructure Fund I GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	4.997	3.386
WealthCap Infrastruktur Amerika GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	4.995	– 52
WealthCap Leasing 1 GmbH & Co. KG	Grünwald	5,5	5,5	EUR	31.529	1.576
WealthCap Leasing 2 GmbH & Co. KG	Grünwald	5,5	5,5	EUR	30.985	1.471
WealthCap Leasing 3 GmbH & Co. KG	Grünwald	5,5	5,5	EUR	30.223	1.453
WealthCap Leasing 4 GmbH & Co. KG	Grünwald	5,5	5,5	EUR	29.153	1.233

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
WealthCap LebensWert 1 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,3%)	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	2.277	844
WealthCap LebensWert 2. GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	8.792	760
WealthCap Life Britannia 2. GmbH & Co KG	München	>0,0	>0,0	EUR	21.433	1.428
WealthCap Life USA 4. GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	76.013	8.495
WealthCap Los Gatos 121 Albright Way L.P.	Wilmington	>0,0	>0,0	USD	63.881	7.471
WealthCap Mountain View I L.P. (Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Georgia	—	—	USD	40.063	5.070
WealthCap Objekt Berg-am-Laim GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	121.259	8.143
WealthCap Objekt Essen GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	30.877	– 376
WealthCap Objekt Frankfurt GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	– 426	– 218
WealthCap Objekt Hackerbrücke GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	33.358	1.253
WealthCap Objekt Hannover Ia GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	17.169	229
WealthCap Objekt Hannover Ib GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	3.885	450
WealthCap Objekt Hannover II GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	17.955	86
WealthCap Objekt Hufelandstraße GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	11.748	851
WealthCap Objekt Riem GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	30.630	1.431
WealthCap Objekt Riem II GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	46.082	– 1.676
WealthCap Objekt Schwabing GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	32.146	761
WealthCap Objekt Sendling GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	– 822	– 813
WealthCap Objekt Stuttgart Ib GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	21.775	– 332
WealthCap Objekt Stuttgart II GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	– 170	– 177
WealthCap Objekt Theresienhöhe GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	67.488	3.155
WealthCap Photovoltaik 1 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	26.021	– 223
WealthCap Portfolio 3 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	>0,0	>0,0			
WealthCap Private Equity 10 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	14.212	3.917
WealthCap Private Equity 11 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	5.471	1.675
WealthCap Private Equity 12 GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	58.879	3.050
WealthCap Private Equity 13 GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	47.661	2.148
WealthCap Private Equity 14 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	28.216	1.349
WealthCap Private Equity 15 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	19.049	554
WealthCap Private Equity 16 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,3%)	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	4.135	134
WealthCap Private Equity 17 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	13.426	1.161
WealthCap Private Equity 18 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	9.683	841
WealthCap Private Equity 19 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	8.940	– 5.899
WealthCap Private Equity 20 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	2.208	– 1.352
WealthCap SachWerte Portfolio 1 GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	42.141	1.955
WealthCap SachWerte Portfolio 2 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	90.090	– 9.701
WealthCap Spezial-AIF 1 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	>0,0	>0,0	EUR	158.188	17.936
WealthCap Spezial-AIF 2 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	5,2	5,2	EUR	63.429	3.481
WealthCap Spezial-AIF 3 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	>0,0	>0,0	EUR	184.410	11.541

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN- KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
WealthCap Spezial-AIF 5 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	5,1	5,1	EUR	– 769	– 779
WealthCap US Life Dritte GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Grünwald	0,1	0,1	USD	26.949	528
WealthCap Zweitmarkt 3 BASIS GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	36.027	1.373
WealthCap Zweitmarkt 3 PLUS GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	13.092	1.220
WealthCap ZweitmarktWerte Immobilien 4 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	8.845	259
WH – Erste Grundstücks GmbH & Co. KG	München	6,0		EUR	82.496	18
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Röthenbach						
a. d. Pegnitz mit beschränkter Haftung	Röthenbach a. d. Pegnitz	5,2		EUR	3.223	80

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

Devisenkurse für 1 € zum 31. Dezember 2017

Währungsschlüssel gemäß International Standardisation Organisation (ISO-Code)

China	1 EUR =	7,8044	CNY
Großbritannien	1 EUR =	0,88723	GBP
Pakistan	1 EUR =	132,483	PKR
USA	1 EUR =	1,1993	USD

Anmerkungen und Erläuterungen

Bei Prozentangaben, die mit einem < oder > versehen sind, ergibt sich der angegebene Zahlenwert durch kaufmännische Rundung auf eine Nachkommastelle. So entsprechen <100,0% beispielsweise 99,99% oder >0,0% beispielsweise 0,01%.

- 1 Mit folgenden Gesellschaften hat die UniCredit Bank AG Ergebnisabführungsverträge abgeschlossen:

	GESELLSCHAFT	ERGEBNISÜBERNAHME in Tausend €
1.1	Food & more GmbH, München	–417
1.2	HJS 12 Beteiligungsgesellschaft mbH, München	2
1.3	HVB Capital Partners AG, München	2.920
1.4	HVB Immobilien AG, München	7.697
1.5	HVB Profil Gesellschaft für Personalmanagement mbH, München	–445
1.6	HVB Secur GmbH, München	1
1.7	HVB Verwa 4 GmbH, München	–361
1.8	MERKURHOF Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, München	2.514
1.9	UniCredit Beteiligungs GmbH, München	–14
1.10	UniCredit Direct Services GmbH, München	–483
1.11	UniCredit Leasing GmbH, Hamburg	20.000
1.12	Verwaltungsgesellschaft Katharinenhof mbH, München	437
1.13	Wealth Management Capital Holding GmbH, München	30.225

- 2 Ergebnisübernahme durch Gesellschafter.

- 3 Auf die Gesellschaft findet Befreiung gemäß § 264b HGB bzw. gemäß § 264 Absatz 3 HGB Anwendung.

- 4 Bei dieser in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaft werden die Jahresabschlusszahlen 2016 ausgewiesen.

- 5 Soweit das Eigenkapital und das Jahresergebnis nicht genannt werden, unterbleibt die Angabe aufgrund untergeordneter Bedeutung nach § 286 Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 HGB.

- 6 Das Eigenkapital beträgt –10 T€ und das Jahresergebnis 50 T€.

- 7 Aufgrund der Gesellschafterstruktur und des bisherigen Abstimmungsverhaltens hat die UniCredit Bank AG trotz eines Anteils von über 20% keinen maßgeblichen Einfluss auf die Gesellschaft.

- 8 Die Gesellschaft wird über einen Treuhänder für die UniCredit Bank AG gehalten.

- 9 Die UniCredit Bank AG hat die gesellschaftsrechtliche Stellung eines Limited Partners und ist am Gewinn der Gesellschaft beteiligt.

- 10 Die UniCredit Bank AG hat die gesellschaftsrechtliche Stellung eines Limited Partners/Kommanditisten, ist aber nicht am Gewinn der Gesellschaft beteiligt.

- 11 Gemäß § 340a Absatz 4 Nr. 2 HGB alle Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, mit Stimmrechtsanteil größer 5 Prozent

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

96 Mitglieder des Aufsichtsrats

Gianni Franco Papa	Vorsitzender
Florian Schwarz	Stellv. Vorsitzende
Dr. Wolfgang Sprißler	
Paolo Cornetta	Mitglieder
Beate Dura-Kempf	
Francesco Giordano	
Klaus Grünewald	
Werner Habich	
bis 30.11.2017	
Prof. Dr. Annette G. Köhler	
Dr. Marita Kraemer	
Klaus-Peter Prinz	
Jens-Uwe Wächter	
bis 30.9.2017	
Oliver Skrbot	
seit 1.12.2017	
Christian Staack	
seit 1.10.2017	

97 Mitglieder des Vorstands

Sandra Betocchi Drwenski	Chief Operating Officer (COO)
seit 1.11.2017	
Peter Buschbeck	Commercial Banking – Privatkunden Bank
Ljiljana Čortan	Chief Risk Officer (CRO)
seit 1.1.2018	
Dr. Michael Diederich	Corporate & Investment Banking Sprecher des Vorstands (seit 1.1.2018) Human Capital/Arbeit und Soziales (seit 1.1.2018)
Heinz Laber	Chief Operating Officer (COO)
bis 31.10.2017	
Robert Schindler	Commercial Banking – Unternehmer Bank
Andrea Umberto Varese	Chief Risk Officer (CRO)
bis 31.12.2017	
Dr. Theodor Weimer	Sprecher des Vorstands Human Capital/Arbeit und Soziales
bis 31.12.2017	
Guglielmo Zadra	Chief Financial Officer (CFO)

München, den 27. Februar 2018

UniCredit Bank AG
Der Vorstand



Betocchi Drwenski



Buschbeck



Čortan



Dr. Diederich



Schindler



Zadra

Erklärung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

München, den 27. Februar 2018

UniCredit Bank AG
Der Vorstand



Betocchi Drwenski



Buschbeck



Čortan



Dr. Diederich



Schindler



Zadra

Bestätigungsvermerk

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die UniCredit Bank AG, München

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der UniCredit Bank AG, München, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzern Bilanz zum 31. Dezember 2017, der Konzern Gewinn- und Verlustrechnung einschließlich der Konzern Gesamtergebnisrechnung, der Entwicklung des Konzern Eigenkapitals, der Konzern Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie den Konzernabschluss-Anhangangaben, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der UniCredit Bank AG, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Konzernlageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Konzernlagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Konzernlageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Risikoversorge im Kundenkreditgeschäft
2. Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte bei Finanzinstrumenten des Handelsbestands
3. Rechnungslegungsbezogene IT-Kontrollen
4. Bewertung bedeutender Rechtsrisiken aus möglichen Verstößen gegen Finanzsanktionen
5. Bewertung der latenten Steuern

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir wie folgt strukturiert:

- Sachverhaltsbeschreibung (einschließlich Verweis auf zugehörige Angaben im Konzernabschluss)
- Prüferisches Vorgehen
- Wichtige Erkenntnisse

1. Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft

- a) Die UniCredit Bank AG ist im Kundenkreditgeschäft tätig. Im Rahmen der Rechnungslegung ist zur Bewertung der Forderungen an Kunden regelmäßig die Nutzung geschätzter Werte erforderlich. Im Konzernabschluss wurden unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ Wertberichtigungen für potenzielle Kreditausfälle abgesetzt. Darüber hinaus wurden Rückstellungen für Kreditrisiken unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen. Ferner ist die Zeit zu schätzen, bis das Verlustereignis erkannt und das Ausfallrisiko im Wege einer Einzelrisikovorsorgeermittlung berücksichtigt wird. Darüber hinaus sind in Einzelfällen noch für Sondersachverhalte Portfoliowertberichtigungen gebildet worden, die auf Basis bestimmter Annahmen und Schätzungen erfolgen. Wesentliches Merkmal der Portfoliowertberichtigung nach IAS 39 ist die Verwendung verschiedener Risikogrößen bezogen auf definierte Portfolien. Wesentliche Bewertungsparameter sind die Ausfallwahrscheinlichkeit eines bestimmten Portfolios, die Außenstände sowie der Verlust bei Ausfall. Da die für die Bemessung der Risikovorsorge verwendeten Bewertungsparameter einen bedeutenden Einfluss auf die Bildung bzw. die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen haben, und diese Wertberichtigungen insofern mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sind, war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung. Die Angaben zur Kreditrisikovorsorge sind in den Abschnitten 39, 51, 52, 54 und 70 der Konzernabschluss-Anhangangaben enthalten.
- b) Im Verlauf der Konzernabschlussprüfung haben wir zunächst die Wirksamkeit der internen Kontrollen zur Erfassung, Verarbeitung, Bewertung von und zur Finanzberichterstattung über Kredite im Rahmen einer Aufbau- und Funktionsprüfung beurteilt. Dabei haben wir die entsprechende Geschäftsorganisation einschließlich der wesentlichen IT-Systeme und Bewertungsmodelle berücksichtigt. Die Prüfung der Bewertung umfasste auch die Beurteilung der eingerichteten Prozesse und Kontrollen zur Identifizierung ausfallgefährdeter Forderungen. Wir haben stichprobenweise die Bonität der Kreditnehmer, die angesetzten Werte für Kreditsicherheiten und Verwertungszeiträume für Kreditsicherheiten anhand von Erfahrungswerten vergleichbarer Sicherheiten in der Vergangenheit geprüft. In unsere Prüfung haben wir Spezialisten aus unserem Bereich Risk Advisory mit Fokus auf Kreditrisikomanagement und IT-Prüfung eingebunden. Bei der Prüfung der Bewertung der Forderungen und den in den Eventualverbindlichkeiten sowie den anderen Verpflichtungen enthaltenen Positionen aus dem Kreditgeschäft haben wir uns auf die bedeutenden wertberichtigten Kredite konzentriert, da dort erhebliche Ermessensspielräume ausgeübt werden und diese einen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung der Forderungen und die Bildung von Rückstellungen für Kreditrisiken haben können. Die Werthaltigkeit der Forderungen haben wir auf Basis konzerninterner Prognosen über die zukünftige Ertrags- und Liquiditätssituation der Kreditnehmer beurteilt und die Angemessenheit der verwendeten Planungsgrundlagen gewürdigt. Dabei haben wir Annahmen der gesetzlichen Vertreter für die den Prognosen zugrunde liegenden erwarteten Cashflows bei den von uns geprüften Krediten bzw. der Verwertung von Kreditsicherheiten kritisch hinterfragt und beurteilt. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die Validierungsberichte und die Prüfungsberichte Dritter verwertet und die Berichte der Internen Revision ausgewertet. Ferner haben wir die Höhe der Portfoliowertberichtigungen der unterschiedlichen Bilanzposten anhand eigener Ermittlung von Erwartungswerten überprüft.
- c) Die Entwicklung der Risikovorsorge war durch das günstige wirtschaftliche Umfeld beeinflusst.

2. Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte bei Finanzinstrumenten des Handelsbestands

- a) Im Konzernabschluss werden unter den Bilanzposten „Handelsaktiva“, „aFVtPL-Finanzinstrumente“, „AFS-Finanzinstrumente“, „Hedging-Derivate“ Vermögenswerte in Finanzinstrumenten und unter dem Bilanzposten „Handelsspassiva“ und „Hedging Derivate“ Finanzinstrumente ausgewiesen, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind. Die Bewertung der Finanzinstrumente wurde von uns als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt bestimmt, da diese komplexen Bilanzierungsgrundsätzen, Bewertungsverfahren und -methoden unterliegen sowie zum Teil auf Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter basieren. Die Angaben der gesetzlichen Vertreter zu der Bewertung dieser Finanzinstrumente sind in Abschnitt 8 der Konzernabschluss-Anhangangaben enthalten.
- b) Wir haben die Aufbau- und Ablauforganisation für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte bei Finanzinstrumenten im Hinblick auf ihre Angemessenheit und die Wirksamkeit der eingerichteten Schlüsselkontrollen geprüft. In unsere Prüfung haben wir Spezialisten aus unserem Bereich Risk Advisory eingebunden. Dies betrifft insbesondere den unabhängigen Verifizierungsprozess für Preise, die Validierung von Bewertungsmethoden und Annahmen, den Genehmigungsprozess für neue Finanzinstrumente sowie Kontrollen zur Erfassung von Geschäfts- und Bewertungsparametern und den Datenfluss von Marktdaten, ferner die Governance, die Berichtsprozesse einschließlich der zugehörigen Kontrollen. Auffälligkeiten aus Auseinandersetzungen mit Kontrahenten sowie außergewöhnlichen Gewinnen oder Verlusten aus dem Verkauf von Finanzinstrumenten wurde nachgegangen. Für die Anpassungen an die berechneten beizulegenden Zeitwerte aufgrund des konzerneigenen Nichterfüllungsrisikos, des Kontrahentenausfallrisikos, der Modellrisiken, der Geld-Brief-Spanne, der Refinanzierungskosten und zu erwartender Aufwendungen im Zusammenhang mit der Liquidation von Handelsbeständen für wenig gehandelte Instrumente haben wir die Annahmen, Verfahren und Modelle der Bank in Bezug auf die Anwendung branchenüblicher Bewertungsverfahren und die korrekte und nachvollziehbare Bewertung geprüft. Wir haben darüber hinaus eine eigene Bewertung von Finanzinstrumenten in Stichproben vorgenommen und diese mit der von der Muttergesellschaft vorgenommenen Bewertung verglichen.
- c) Die von den gesetzlichen Vertretern der Bank im Rahmen der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts bei Finanzinstrumenten verwendeten Bewertungsmethoden sind branchenüblich und liegen nach unserer Einschätzung innerhalb vertretbarer Bandbreiten.

Bestätigungsvermerk (FORTSETZUNG)

3. Rechnungslegungsbezogene IT-Kontrollen

- a) Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses verwendet die Bank eine große Anzahl von IT-Applikationen, die eine Vielzahl von Schnittstellen aufweisen. Zur Wahrung der Integrität der für die Erstellung des Konzernabschlusses genutzten Daten hat die Bank diverse Vorkehrungen getroffen und Kontrollen implementiert. Die Bank hat IT-Dienstleistungen weitestgehend auf den Dienstleister UniCredit Business Integrated Solutions S.C.p.A., Mailand (Italien), (UBIS) ausgelagert, der diese zum Teil wiederum auf andere Dienstleister weiterverlagert hat. Die rechnungslegungsbezogenen IT-Kontrollen wurden als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt ausgewählt, da die Sicherheit von Informationen die gesamte Rechnungslegung und Buchführung betrifft, mit einem hohen Prüfungsaufwand verbunden ist und durch eine hohe Komplexität gekennzeichnet ist. Wir verweisen bezüglich der Auslagerung von IT-Dienstleistungen auf die Angaben der gesetzlichen Vertreter in Abschnitt 4 Operationelles Risiko im Risikobericht des Konzernlageberichts.
- b) Wir haben für die nach unserer Risikobeurteilung wesentlichen rechnungslegungsrelevanten Anwendungen der Bank die Ausgestaltung, Implementierung und die Funktionsfähigkeit der Kontrollen bezogen auf Benutzerrechte und Änderungsmanagement-Prozesse unter Einbeziehung von IT-Prüfungsspezialisten aus dem Bereich Risk Advisory geprüft. Dabei haben wir den ISAE 3402-Prüfungsplan mit dem ISAE 3402-Prüfer der UBIS und dem Konzernabschlussprüfer der UniCredit S.p.A. abgestimmt und die Prüfungstätigkeiten und -ergebnisse des ISAE 3402-Prüfers und des Konzernabschlussprüfers verwertet. Wir haben uns von der beruflichen Kompetenz, der Unabhängigkeit und der regulatorischen Beaufsichtigung dieser Prüfer unterrichten lassen. Im Rahmen der Verwertung haben wir die Berichterstattung über diese Prüfungshandlungen sowie die Prüfungsergebnisse u. a. kritisch gewürdigt.
- c) Die von der Bank eingerichteten rechnungslegungsbezogenen IT-Kontrollen wurden im Laufe der letzten Jahre weiterentwickelt. Sie sind im Hinblick auf die Komplexität und Größe der Bank angemessen ausgestaltet.

4. Bewertung bedeutender Rechtsrisiken aus möglichen Verstößen gegen Finanzsanktionen

- a) Im Konzernabschluss werden unter dem Bilanzposten „Rückstellungen“ Rückstellungen für Rechtsrisiken ausgewiesen. Ein Teil betrifft davon mögliche Verstöße gegen Finanzsanktionen. Von uns wurden diese Sachverhalte als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt bestimmt, da der Ansatz und die Bewertung dieser betragsmäßig bedeutsamen Rechtsrisiken in einem hohen Maße auf Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter basieren. Die Angaben der gesetzlichen Vertreter zu den Rückstellungen in Bezug auf Rechtsrisiken sind in Abschnitt 70 der Konzernabschluss-Anhangangaben enthalten und in Abschnitt 4 Operationelles Risiko im Risikobericht des Konzernlageberichts.
- b) Da bei geschätzten Werten ein erhöhtes Risiko falscher Angaben in der Rechnungslegung besteht und die Bewertungsentscheidungen der gesetzlichen Vertreter eine bedeutende Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, haben wir die Aufbau- und Ablauforganisation zur Erfassung und Bewertung von rechtlichen Risiken geprüft. Zusätzlich haben wir die Angemessenheit der Wertansätze unter anderem mit nach vergleichbaren Vergleichsvereinbarungen mit den zuständigen Behörden ermittelten Werten und anhand der von den Rechtsanwälten des Unternehmens ausgehändigten Berechnungen und Einschätzungen verglichen sowie zusätzlich Rechtsanwaltsbestätigungen eingeholt. Die zugrunde liegenden Annahmen der gesetzlichen Vertreter haben wir unter Einbeziehung eines Spezialisten auf dem Gebiet Finanzsanktionen kritisch hinterfragt. Ferner haben wir konzerninterne Untersuchungsergebnisse einer kritischen Würdigung unterzogen.
- c) Die für Rechtsrisiken aus möglichen Verstößen gegen Finanzsanktionen gebildete Rückstellung der gesetzlichen Vertreter bewegt sich in der Bandbreite der Einschätzungen der Rechtsanwälte des Konzerns. Die von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen sind unseres Erachtens begründet.

5. Bewertung der latenten Steuern

- a) Im Konzernabschluss werden unter dem Bilanzposten „Ertragsteueransprüche“ aktive latente Steuern ausgewiesen. Die aktiven latenten Steuern basieren zum einen auf abzugsfähigen temporären Differenzen zwischen den Steuerbilanzwerten und den Buchwerten gemäß IFRS und zum anderen aus aktivierten latenten Steuern auf steuerliche Verlustvträge, soweit erwartet wird, dass diese in den nächsten fünf Jahren steuermindernd verbraucht werden. Die aktiven latenten Steuern werden zum aktuell gültigen bzw. feststehenden zukünftigen Ertragssteuersatz bewertet. Die Bewertung der aktiven latenten Steuern ist insbesondere hinsichtlich der Annahmen über Höhe und Zeitpunkt der Realisierung von Umkehreffekten aus den temporären Differenzen sowie der Nutzung der steuerlichen Verlustvträge in hohem Maße von der Einschätzung der gesetzlichen Vertreter abhängig. Da die Planungsannahmen, die als Basis der Bewertung von aktiven latenten Steuern auf Verlustvträge dienen (insbesondere steuerwirksame Erträge und Aufwendungen) mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet sind, haben wir diese als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt angesehen. Die Angaben der gesetzlichen Vertreter zu den latenten Steuern sind in Abschnitt 43 der Konzernabschluss-Anhangangaben enthalten.

b) Wir haben Spezialisten aus unseren Bereichen Steuern und Financial Advisory in das Prüfungsteam eingebunden. Die Werthaltigkeit der aktivierten latenten Steuern auf Verlustvträge und temporäre Differenzen haben wir auf Basis bankinterner Prognosen über künftige steuerwirksame Erträge und Aufwendungen und der von den gesetzlichen Vertretern verabschiedeten Fünfjahresplanung für die zukünftige steuerpflichtige Einkommenssituation der Bank beurteilt. Aufgrund der materiellen Bedeutung der aktiven latenten Steuern sowie aufgrund der Tatsache, dass die Bewertung derselben auch von volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängt, die außerhalb der Einflussmöglichkeit des Konzerns liegen, haben wir Sensitivitätsanalysen für die latente Steuerposition durchgeführt, wesentliche Annahmen der Prognosen auf Konsistenz geprüft und auf Basis von Branchenberichten plausibilisiert.

c) Die Steuerplanung ist aus dem vom Vorstand beschlossenen Mehrjahresplan abgeleitet.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen

- die im Abschnitt „Grundlagen der UniCredit Bank AG“ des Konzernlageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote),
- die Versicherung der gesetzlichen Vertreter zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht nach § 297 Abs. 2 Satz 4 bzw. § 315 Abs. 1 Satz 5 HGB und
- alle übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses und Konzernlageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Konzernabschlussprüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum Konzernlagebericht oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht, den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Bestätigungsvermerk (FORTSETZUNG)

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 22. Mai 2017 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 20. Juni 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2013 als Konzernabschlussprüfer der UniCredit Bank AG, München, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben insbesondere folgende Leistungen, die nicht im Konzernabschluss oder im Konzernlagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die Konzernunternehmen erbracht:

- Prüfung und prüferische Durchsichten von Reporting Packages
- Prüfungen nach § 36 des Wertpapierhandelsgesetzes
- Projektbegleitende Prüfung zur Einführung eines neuen Rechnungslegungs Standards
- Nicht-Prüfungsleistungen im Zusammenhang mit einer Nachschauprüfung

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Martin Kopatschek.

München, den 6. März 2018

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Prof. Dr. Leuschner)
Wirtschaftsprüfer

(Kopatschek)
Wirtschaftsprüfer

Gewinn- und Verlustrechnung der UniCredit Bank AG

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

AUFWENDUNGEN

(in Mio €)

	2017	2016
1 Zinsaufwendungen	1.160	1.658
davon: verrechnete positive Zinsen aus Geldaufnahme		
Mio € 230		(153)
2 Provisionsaufwendungen	255	338
3 Nettoaufwand des Handelsbestands	—	—
4 Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter 1.209		1.656
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung 335		392
1.544		2.048
darunter: für Altersversorgung		
Mio € 154		(204)
b) andere Verwaltungsaufwendungen 1.574		1.836
	3.118	3.884
5 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	27	30
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	92	305
7 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	244	480
8 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	—	—
9 Aufwendungen aus Verlustübernahme	2	13
10 Außerordentliche Aufwendungen	130	69
11 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	158	130
12 Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen	2	34
13 Jahresüberschuss	1.300	5
Summe der Aufwendungen	6.488	6.946

ERTRÄGE

(in Mio €)

		2017	2016
1 Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.981		3.559
davon: verrechnete negative Zinsen aus Geldanlage			(99)
Mio € 127			
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	420		473
		3.401	4.032
2 Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	278		339
b) Beteiligungen	3		45
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	221		25
		502	409
3 Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		64	61
4 Provisionserträge		1.449	1.473
5 Nettoertrag des Handelsbestands		652	572
davon: Zuführung nach § 340e Abs. 4 HGB			
Mio € —			(16)
6 Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		—	—
7 Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		116	117
8 Sonstige betriebliche Erträge		304	282
9 Jahresfehlbetrag		—	—
Summe der Erträge		6.488	6.946
1 Jahresüberschuss		1.300	5
2 Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	—		84
b) aus anderen Gewinnrücklagen	2		3.000
		2	3.084
3 Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	2		—
b) in andere Gewinnrücklagen	—		84
		2	84
4 Bilanzgewinn		1.300	3.005

Bilanz der UniCredit Bank AG

zum 31. Dezember 2017

AKTIVSEITE

(in Mio €)

		31.12.2017	31.12.2016
1 Barreserve			
a) Kassenbestand	6.024		4.518
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	2.967		2.445
darunter: bei der Deutschen Bundesbank			
Mio € 700			(745)
		8.991	6.963
2 Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen	4		—
darunter: bei der Deutschen Bundesbank			
refinanzierbar			
Mio € —			(—)
b) Wechsel	—		—
		4	—
3 Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	30.292		6.461
b) andere Forderungen	27.696		29.410
		57.988	35.871
darunter: Hypothekendarlehen			
Mio € —			(—)
Kommunalkredite			
Mio € 31			(50)
gegen Beleihung von Wertpapieren			
Mio € —			(—)
4 Forderungen an Kunden		93.202	94.489
darunter: Hypothekendarlehen			
Mio € 41.383			(40.165)
Kommunalkredite			
Mio € 7.500			(9.618)
gegen Beleihung von Wertpapieren			
Mio € 309			(349)
Übertrag:		160.185	137.323

PASSIVSEITE

(in Mio €)

		31.12.2017	31.12.2016
1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig	6.843		7.591
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	53.406		43.474
		60.249	51.065
darunter: begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			
Mio € 435			(478)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe			
Mio € 229			(189)
zur Sicherstellung aufgenommener			
Darlehen an den Darlehensgeber aus-			
gehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe			
Mio € —			(—)
und öffentliche Namenspfandbriefe			
Mio € —			(—)
2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	13.846		13.724
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist			
von mehr als 3 Monaten	59		56
		13.905	13.780
b) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	4.586		5.021
c) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	2.470		2.338
d) andere Verbindlichkeiten			
da) täglich fällig	73.131		71.180
db) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	37.014		31.830
darunter: zur Sicherstellung aufgenommener			
Darlehen an den Darlehensgeber aus-			
gehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe			
Mio € 1			(3)
und öffentliche Namenspfandbriefe			
Mio € —			(—)
		110.145	103.010
		131.106	124.149
Übertrag:		191.355	175.214

Bilanz der UniCredit Bank AG (FORTSETZUNG)

AKTIVSEITE

(in Mio €)

	31.12.2017	31.12.2016
Übertrag:	160.185	137.323
5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
a) Geldmarktpapiere		
aa) von öffentlichen Emittenten	154	4
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		
Mio € 151		(—)
ab) von anderen Emittenten	442	1.549
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		
Mio € —		(60)
	596	1.553
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten	16.845	21.541
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		
Mio € 16.499		(20.971)
bb) von anderen Emittenten	26.187	27.840
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		
Mio € 17.078		(18.765)
	43.032	49.381
c) eigene Schuldverschreibungen	5.067	2.513
Nennbetrag Mio € 5.000		(2.500)
	48.695	53.447
6 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	791	801
6a Handelsbestand	49.875	54.505
7 Beteiligungen	89	174
darunter: an Kreditinstituten		
Mio € 15		(13)
an Finanzdienstleistungsinstituten		
Mio € 9		(7)
8 Anteile an verbundenen Unternehmen	2.389	2.484
darunter: an Kreditinstituten		
Mio € 795		(878)
an Finanzdienstleistungsinstituten		
Mio € 488		(488)
Übertrag:	262.024	248.734

PASSIVSEITE

(in Mio €)

		31.12.2017	31.12.2016
Übertrag:		191.355	175.214
3 Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen			
aa) Hypothekendarlehen	11.956		9.689
ab) öffentliche Pfandbriefe	1.284		1.417
ac) sonstige Schuldverschreibungen	3.470		2.114
	16.710		13.220
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	3		—
darunter: Geldmarktpapiere			
Mio € —			(—)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf			
Mio € 3			(—)
		16.713	13.220
3a) Handelsbestand		27.258	31.900
4 Treuhandverbindlichkeiten		4	3
darunter: Treuhandkredite			
Mio € 4			(3)
5 Sonstige Verbindlichkeiten		6.517	6.719
6 Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	84		30
b) andere	122		145
		206	175
6a Passive latente Steuern		—	—
7 Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	—		—
b) Steuerrückstellungen	630		662
c) andere Rückstellungen	2.569		2.939
		3.199	3.601
8 Nachrangige Verbindlichkeiten		678	500
9 Genussrechtskapital		—	—
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig			
Mio € —			(—)
10 Fonds für allgemeine Bankrisiken		638	638
davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB			
Mio € 347			(347)
Übertrag:		246.568	231.970

Bilanz der UniCredit Bank AG (FORTSETZUNG)

AKTIVSEITE

(in Mio €)

	31.12.2017	31.12.2016
Übertrag:	262.024	248.734
9 Treuhandvermögen	4	3
darunter: Treuhandkredite		
Mio € 4		(3)
10 Immaterielle Anlagewerte		
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	—	—
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	9	13
c) Geschäfts- oder Firmenwert	—	—
d) geleistete Anzahlungen	1	3
	10	16
11 Sachanlagen	144	160
12 Sonstige Vermögensgegenstände	613	771
13 Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	37	32
b) andere	101	84
	138	116
14 Aktive latente Steuern	—	—
15 Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	288	528
Summe der Aktiva	263.221	250.328

PASSIVSEITE

(in Mio €)

		31.12.2017	31.12.2016
Übertrag:		246.568	231.970
11 Eigenkapital			
a) Eingefordertes Kapital			
Gezeichnetes Kapital	2.407		2.407
eingeteilt in:			
Stück 802.383.672 auf den Inhaber lautende Stammaktien			
b) Kapitalrücklage	9.791		9.791
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	—		—
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	10		8
cc) satzungsmäßige Rücklagen	—		—
cd) andere Gewinnrücklagen	3.145		3.147
	3.155		3.155
d) Bilanzgewinn	1.300		3.005
		16.653	18.358
Summe der Passiva		263.221	250.328
1 Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	—		—
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	36.458		36.018
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	—		—
		36.458	36.018
2 Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	—		—
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	—		—
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	41.774		40.966
		41.774	40.966

Anhang zum Geschäftsbericht

Rechtsgrundlagen

Die UniCredit Bank AG (HVB) ist eine Universalbank mit Sitz in München, Arabellastraße 12, und im Handelsregister B des Amtsgerichts München unter der Nummer HRB 42148 eingetragen. Die UniCredit Bank AG ist ein verbundenes Unternehmen der UniCredit S.p.A., Mailand, Italien (oberstes Mutterunternehmen).

Der Jahresabschluss der UniCredit Bank AG für das Geschäftsjahr 2017 ist nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt worden.

Die Bank ist in allen wesentlichen Sparten einer Geschäftsbank und Pfandbriefbank tätig.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden

Bei nachfolgenden in den Tabellen und im Text aufgeführten Beträgen handelt es sich bei Angaben zu Beständen um Stichtagswerte zum 31. Dezember bzw. bei Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung um Entwicklungen vom 1. Januar bis 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

1 Darstellungsstetigkeit

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich unverändert gegenüber dem Vorjahr angewendet. Auf Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie auf Ausweisänderungen weisen wir bei den jeweiligen Posten hin.

2 Barreserve

Die Barreserve (Aktivposten 1) ist zu Nennbeträgen bilanziert.

3 Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel

Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel (Aktivposten 2) sind mit ihrem Barwert, also um Abzinsungsbeträge gekürzt, ausgewiesen.

4 Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden (Aktivposten 3 und 4) sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag zuzüglich abgegrenzter Zinsen angesetzt. Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Nennbetrag (Agien/Disagien), denen Zinscharakter zukommt, werden in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit periodisch erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Erforderliche Wertberichtigungen sowie Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB werden gekürzt.

Die Bewertung unserer Forderungen erfolgt grundsätzlich nach dem Niederstwertprinzip des § 253 Absatz 4 Satz 1 HGB. Für alle erkennbaren akuten Adressausfallrisiken im Kreditgeschäft haben wir Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Bei der Ermittlung der Höhe der Wertberichtigungen gemäß § 253 HGB werden die mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz diskontierten erwarteten Rückflüsse herangezogen. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst wenn die Forderung als uneinbringlich eingestuft und ausgebucht wird. Rückstellungen werden aufgelöst, soweit das Ausfallrisiko entfallen oder verbraucht ist.

Das Länderrisiko wird im Rahmen der Einzelwertberichtigung für ausfallgefährdete Kredite miterfasst, eine Unterscheidung zwischen dem Ausfall des Kreditnehmers selbst bzw. einem Transferrisiko vom Kreditnehmer zur Bank wird nicht vorgenommen.

Latenten Kreditrisiken tragen wir durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen Rechnung. Bei der Bewertung der inländischen latenten Kreditrisiken wenden wir die Grundsätze der deutschen Finanzverwaltung zur steuerlichen Anerkennung von Pauschalwertberichtigungen bei Kreditinstituten an. Bei der Bewertung der ausländischen latenten Kreditrisiken wenden wir ebenfalls die Grundsätze der deutschen Finanzverwaltung zur steuerlichen Anerkennung von Pauschalwertberichtigungen bei Kreditinstituten an. Ausnahme ist die Berechnung der latenten Kreditrisiken für die Niederlassung Athen, bei der die Bildung der pauschalen Wertberichtigung auf Basis des griechischen Rechts (1 % auf das durchschnittliche Kundenforderungsvolumen) erfolgt.

Wie die übrigen Forderungen setzen wir auch die Hypothekendarlehen mit ihrem Nennbetrag an. Unterschiede zwischen Nenn- und Auszahlungsbeträgen werden in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig erfolgswirksam aufgelöst.

Für die Zuordnung von Forderungen und Wertpapieren zu den Handelsbeständen, zur Liquiditätsreserve oder zu wie Anlagevermögen bewertete Vermögensgegenstände ist jeweils die Zweckbestimmung zum Erwerbszeitpunkt maßgebend (§ 247 Absatz 1 und 2 HGB).

Die Bank nimmt das Wahlrecht nach § 340f Absatz 3 HGB in Anspruch und bezieht die Veränderung von Vorsorgereserven nach § 340f HGB in die Verrechnung von Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft mit den Erträgen aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft ein.

5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Bilanzposten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6) enthalten die Wertpapiere des Anlage- oder Liquiditätsvorsorgebestands (Wertpapiere, die weder Teil des Handelsbestands sind noch wie Anlagevermögen behandelt werden).

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere bewerten wir nach dem gemilderten Niederstwertprinzip gemäß § 253 Absatz 3 Satz 5 HGB, entsprechend den Abschreibungen von den Anschaffungskosten die nur bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorzunehmen sind. Während wir bei Eigenkapitalinstrumenten eine außerplanmäßige Abschreibung vornehmen, wenn der Zeitwert zum Bilanzstichtag signifikant unter dem Buchwert liegt oder wenn der Zeitwert länger anhaltend den Buchwert unterschritten hat, liegt bei Fremdkapitalinstrumenten eine voraussichtlich dauernde Wertminderung vor, wenn es zum Ausfall des Emittenten der Wertpapiere kommt. Bei einem marktpreisbedingten Wertverlust unterstellen wir eine nur vorübergehende Wertminderung, da sich diese Verluste spätestens bis zur Fälligkeit wieder ausgleichen. Dagegen werden Wertpapiere des Liquiditätsvorsorgebestands als Umlaufvermögen grundsätzlich nach dem Niederstwertprinzip (§ 253 Absatz 4 Satz 1 HGB) mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Zeitwerten bewertet. Dabei werden angemessene Wertanpassungskorrekturen, die auch die Bonität des Emittenten und die Liquidität des Finanzinstruments berücksichtigen, vorgenommen. Sofern die Gründe für eine vorgenommene Niederstwertabschreibung entfallen sind, wird diese gemäß § 253 Absatz 5 HGB rückgängig gemacht.

Anhang zum Geschäftsbericht (FORTSETZUNG)

Die Bank bildet für bestimmte verzinsliche Wertpapierbestände bzw. Schuldscheindarlehen (Buchwert 31.255 Mio € (2016: 34.115 Mio €)) bzw. für bestimmte Zinsderivate, die durch gegenläufige Sicherungsderivate (insbesondere Zinsswaps) bezüglich des Zinsänderungsrisikos abgesichert sind, ex ante dokumentierte Portfolio-Bewertungseinheiten. Die Dauer der Absicherung des dynamischen Portfolios im Rahmen der Bewertungseinheit ist unbestimmt, die Absicherungsdauer der einzelnen Sicherungsderivate bezieht sich grundsätzlich auf die Restlaufzeit der jeweiligen Grundgeschäfte im Portfolio. Für die Portfolios, deren Grundgeschäfte Wertpapierbestände bzw. Schuldscheindarlehen umfassen, betragen die ausgeglichenen Wertänderungen der verzinslichen Wertpapiere 195 Mio € (2016: 344 Mio €). Die Voraussetzungen des § 254 HGB für Bewertungseinheiten sind erfüllt. Der Nachweis der prospektiven Hedgeeffizienz wird unter Verwendung der Zinsrisikosensitivitätsanalyse auf Basis von Basis Point Values (BPV) vorgenommen. Innerhalb der einzelnen Bewertungseinheit werden aus dem abgesicherten Risiko induzierte Wertänderungen aus den Grund- und Sicherungsgeschäften einander gegenübergestellt und verrechnet. Ein sich insgesamt ergebender Bewertungsgewinn im Rahmen der Einfrierungsmethode wird bei der Ergebnisermittlung nicht berücksichtigt, für einen Verlustsaldo aus dem ineffektiven Teil der Wertänderungen des abgesicherten Risikos werden dagegen Rückstellungen gebildet. Ein Bewertungsverlust aus dem nicht abgesicherten Risiko wird imparitatisch bei den jeweiligen Grundgeschäften bzw. Sicherungsderivaten berücksichtigt.

Die Bank nimmt das Wahlrecht nach § 340f Absatz 3 HGB in Anspruch und verrechnet die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft mit den Erträgen aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft.

6 Aktivischer und passivischer Handelsbestand

Finanzinstrumente des Handelsbestands von Kreditinstituten werden gemäß § 340e Absatz 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlages bewertet und in der Bilanz angesetzt. Alle sich hieraus ergebenden Bewertungsänderungen sowie die im Zusammenhang mit Handelsgeschäftstransaktionen stehenden Provisionen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Nettoertrag des Handelsbestands erfasst. Darüber hinaus erfolgt eine Zuführung entsprechend § 340e Absatz 4 HGB zum bilanziellen Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ gemäß § 340g HGB, der dort gesondert ausgewiesen wird. Die HVB hat dem Handelsbestand alle Finanzinstrumente (Schuldverschreibungen, Aktien, Derivate, Forderungen und Verbindlichkeiten einschließlich Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen) zugeordnet, die mit der Absicht einer kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolgs erworben und veräußert werden, um bestehende oder erwartete Unterschiede zwischen den Kauf- und Verkaufspreisen oder Schwankungen von Marktkursen, -preisen, -werten oder -zinssätzen zu nutzen, damit ein Eigenhandelserfolg bzw. eine Marge erzielt wird. In Bezug auf die Kriterien der Zuordnung zum Handelsbestand (Definition der Handelsabsicht) haben sich gegenüber dem Vorjahr keine Änderungen ergeben. Umwidmungen von Finanzinstrumenten in und aus dem Handelsbestand wurden nicht vorgenommen. Die aktiven und passiven Handelsbestände werden separat in der Bilanz ausgewiesen (Aktivposten 6a und Passivposten 3a).

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes der Finanzinstrumente des Handelsbestands haben wir entsprechend der Bewertungshierarchie des § 255 Absatz 4 HGB vorgenommen. Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ist grundsätzlich definiert als der Betrag, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern ein Finanzinstrument zum jetzigen Zeitpunkt (Bilanzstichtag) ausgetauscht werden könnte. Dabei wurde bei Finanzinstrumenten, für die ein aktiver Markt besteht, der Marktpreis verwendet. Soweit kein aktiver Markt besteht, anhand dessen sich der Marktpreis ermitteln lässt, wurde der beizulegende Zeitwert mit Hilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden (insbesondere Barwert- und Optionspreismodelle) bestimmt.

Die beizulegenden Zeitwerte für Wertpapiere und Derivate werden entweder auf Basis von externen Kursquellen übernommen (zum Beispiel Börsenkurse oder andere Kurslieferanten wie Reuters) oder auf Basis von internen Bewertungsmodellen berechnet. Für Wertpapiere werden überwiegend Kurse von externen Kursquellen für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts verwendet. Bei Verbindlichkeiten des Handelsbestands wird das eigene Kreditrisiko im beizulegenden Zeitwert berücksichtigt. Derivate werden zum größten Teil auf Basis von Bewertungsmodellen bewertet. Die Parameter für unsere internen Bewertungsmodelle (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) werden aus externen Quellen entnommen und durch das Risikocontrolling auf ihre Plausibilität und Korrektheit hin geprüft.

Auf die so ermittelten Zeitwerte werden angemessene Korrekturen vorgenommen, um weiteren Einflussgrößen auf den Zeitwert (wie zum Beispiel die Liquidität des Finanzinstruments, Gattstellungskosten oder Modellrisiken bei der Zeitwert-Ermittlung mittels eines Bewertungsmodells) Rechnung zu tragen (sogenannte Fair Value Adjustments). Bei Derivaten des Handelsbuchs werden die bonitätsbedingten Ausfallrisiken durch entsprechende Wertanpassungen (CVA und DVA) berücksichtigt. Weiterhin werden erfolgswirksame Bewertungsanpassungen, sogenannte Funding Value Adjustments (FVA) bei der Fair-Value-Bewertung von nicht vollständig besicherten Derivaten gebildet. Betroffen hiervon sind neben unbesicherten Derivaten auch Derivate, für die lediglich eine Besicherung zugunsten des Kontrahenten vereinbart ist.

Bei den wesentlichen Bedingungen, die die Höhe, den Zeitpunkt und die Sicherheit künftiger Zahlungsströme aus Derivaten beeinflussen können, handelt es sich im Wesentlichen um folgende Gestaltungsmerkmale von Derivaten:

- Sofern die Zahlungen der Derivate von aktuellen Marktkursen bzw. -sätzen abhängen, bestimmt die Höhe des jeweiligen Marktkurses bzw. -satzes am Zahlungsstichtag die Höhe der Zahlung (zum Beispiel bei Zinsswaps hängt die Zahlung des variablen Zinssatzes am Zahlungstermin von dem zu diesem Stichtag fixierten Zinssatz, wie zum Beispiel dem Euribor, ab).
- Sofern die Derivate ein Barausgleich zum Zeitwert am Fälligkeitstermin vorsehen, ergibt sich die Höhe der Zahlung aus der Differenz zwischen dem fixierten Kurs bei Abschluss des Derivates und dem aktuellen Marktpreis (zum Beispiel bei einem Devisentermingeschäft wird beim Barausgleich (Cash-Settlement) die Differenz aus vereinbartem Terminkurs und aktuellen Kurs gezahlt).
- Bei amerikanischen Optionen hat der Optionskäufer im Gegensatz zu europäischen Optionen jederzeit das Recht, die Option während der Laufzeit der Option auszuüben.
- Sofern bei Derivaten ein Closing des Derivates vor Endfälligkeit möglich ist (wie zum Beispiel bei allen börsennotierten Derivaten), kann durch Zahlung des aktuellen beizulegenden Zeitwerts das Derivat beendet werden.
- Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die Bonität bzw. Zahlungsfähigkeit des Kontrahenten: falls dieser zahlungsunfähig würde, ist mit einer Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Derivat nicht mehr zu rechnen.

Die oben beschriebenen Gestaltungsmöglichkeiten bei den Vereinbarungen der Vertragsbedingungen für ein Derivat können grundsätzlich bei allen Typen von Derivaten vorkommen. So können zum Beispiel Fremdwährungs-, Zins-, Aktienoptionen jederzeit ausübbar sein (amerikanische Option) oder erst bei Endfälligkeit (europäische Option). Der Umfang der eingegangenen Derivatepositionen lässt sich im Regelfall aus den jeweiligen Nominalvolumina ableiten.

Um den endgültigen Bilanzansatz der Handelsbestände zu erhalten, wird von den so ermittelten beizulegenden Zeitwerten der Finanzinstrumente des Handelsbestands noch der nach § 340e Absatz 3 Satz 1 HGB erforderliche Risikoabschlag vorgenommen. Mit der Erfassung des Risikoabschlags im Handelsergebnis wird dem Risiko möglicher Kursverluste bis zu einem schnellstmöglichen Realisierungszeitpunkt von noch nicht realisierten Bewertungsergebnissen Rechnung getragen. Die Ermittlung des Risikoabschlags wird auf Basis der internen Risikosteuerung gemäß bankaufsichtsrechtlicher Vorgaben mittels eines finanzmathematischen Value-at-Risk-Verfahrens (Haltedauer zehn Tage; Konfidenzniveau 99%; Beobachtungszeitraum zwei Jahre) vorgenommen. Den für den gesamten Handelsbestand ermittelten Risikoabschlag haben wir in der Bilanz beim aktivischen Handelsbestand (Aktivposten 6a) abgesetzt und im Nettoertrag des Handelsbestands erfasst.

Anhang zum Geschäftsbericht (FORTSETZUNG)

Derivative Finanzinstrumente werden in der HVB sowohl für Handelszwecke als auch zur Risikoabsicherung von Bilanzposten eingesetzt. Der überwiegende Teil sind Handelsderivate, die mit ihrem beizulegenden Zeitwert in den Posten Handelsaktiva und -passiva bilanziert und erfolgswirksam bewertet werden.

Bei Zinsswaps werden die beiden gegenläufigen Zinszahlungsströme je Swapvertrag zusammengefasst und saldiert als Zinsertrag bzw. Zinsaufwand ausgewiesen. Bei reinen Derivate-Handelsportfolien weisen wir die saldierten Zinszahlungen im Handelsergebnis aus.

Außerhalb des Handelsbestands gilt für Derivate weiterhin der Grundsatz der Nichtbilanzierung schwebender Geschäfte. Lediglich anfänglich geflossene Zahlungen, wie Optionsprämien und abzugrenzende Upfront Payments unbewerteter Bankbuch-Derivate, werden unter den sonstigen Vermögensgegenständen (Aktivposten 12), sonstigen Verbindlichkeiten (Passivposten 5) bzw. den Rechnungsabgrenzungsposten (Aktivposten 13 und Passivposten 6) bilanziert. Ergibt sich im Rahmen gebildeter Bewertungseinheiten aus der Verrechnung (Kompensation) der Wertänderung von Grundgeschäft und Sicherungsderivat, die sich auf das abgesicherte Risiko beziehen, ein Verlustüberhang, ist dieser – unabhängig davon, ob er aus dem Grundgeschäft oder dem Sicherungsderivat resultiert – aufwandswirksam als Rückstellung für Bewertungseinheiten zu erfassen. Die Zeitwertänderung, die sich sowohl beim Grundgeschäft als auch beim Sicherungsinstrument jeweils aus dem nicht abgesicherten Risiko ergibt, wird unsaldiert nach den allgemeinen Bilanzierungsvorschriften jeweils unter Beachtung des Grundsatzes der imparitätischen Einzelbewertung abgebildet.

Kreditderivate im Nichthandelsbestand schließt die Bank ausschließlich als Sicherungsnehmer ab. Die Kreditderivate dienen dabei der Besicherung des Ausfallrisikos von anderen Geschäften der Bank. Die Bilanzierung der Kreditderivate im Nichthandelsbestand richtet sich demnach nach den Grundsätzen für Kreditsicherheiten.

Die bei der Aktiv-/Passivsteuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos der Forderungen und Verbindlichkeiten im Bankbuch eingesetzten Zinsderivate werden als Bestandteil der Gesamtzinsposition bewertet. Zur Darstellung der Steuerung der Gesamtzinsposition verweisen wir auf den Risikobericht.

Die nur in geringem Umfang verbleibenden, alleinstehenden Derivate außerhalb des Handelsbuchs werden imparitätisch bewertet. Für unrealisierte Bewertungslustverluste wird eine Drohverlustrückstellung gebildet; unrealisierte Bewertungsgewinne werden nicht angesetzt.

Derivate des Handelsbestands je Kontrahent, die unter Rahmenverträgen zusammen mit einem Credit Support Annex mit täglichem Austausch der Sicherheitsleistung abgeschlossen wurden, werden in der Bilanz verrechnet. Die Verrechnung umfasst je Kontrahent sowohl den Buchwert der Derivate als auch die Sicherheitsleistung.

Ausführliche Angaben zu unseren derivativen Finanzinstrumenten mit detaillierten Aufgliederungen nach Produkt- und Risikoarten und mit Angabe von Nominalvolumen, Zeitwerten und der Kontrahentenstruktur haben wir in der Anhangangabe zu „Derivative Finanzinstrumente“ angegeben.

Einen detaillierten Überblick über das Derivategeschäft der Bank enthält der Risikobericht.

7 Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (Aktivposten 7 und 8) werden zu Anschaffungskosten oder – bei dauerhafter Wertminderung – zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag angesetzt.

Gewinne und Verluste bei Personengesellschaften sowie Gewinnausschüttungen von Kapitalgesellschaften erfassen wir bei Mehrheitsbeteiligungen grundsätzlich periodengleich im Jahr des Entstehens, sofern die gesetzlichen Grundlagen dafür vorliegen.

Die HVB verrechnet die Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere mit den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf diese Finanzanlagen im Einklang mit § 340c Absatz 2 Satz 1 HGB. Darüber hinaus werden die entsprechenden Aufwendungen und Erträge, die Erfolge aus der Veräußerung von Finanzanlagen darstellen, unter Inanspruchnahme des Wahlrechts gemäß § 340c Absatz 2 Satz 2 HGB in die obige Verrechnung einbezogen.

8 Immaterielle Anlagewerte

Unter den immateriellen Anlagewerten (Aktivposten 10) werden Geschäfts- oder Firmenwerte sowie Software ausgewiesen.

Der entgeltlich erworbene Geschäfts- oder Firmenwert ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Anschaffungskosten und dem Wert der einzelnen Vermögensgegenstände des Unternehmens, abzüglich der Schulden im Zeitpunkt der Übernahme, und wird grundsätzlich planmäßig innerhalb der erwarteten Regelnutzungsdauer abgeschrieben. Im Fall einer voraussichtlich dauernden Wertminderung ist eine außerplanmäßige Abschreibung vorzunehmen. Bestehen die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung nicht mehr, ist der niedrigere Wertansatz eines derivativen Geschäfts- oder Firmenwertes beizubehalten.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig über ihre erwartete Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren (Software) oder ihre längere vertragliche Nutzungsdauer von bis zu zehn Jahren abgeschrieben (sonstige immaterielle Vermögenswerte). Sofern erforderlich, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Für selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wird das Aktivierungswahlrecht von der HVB nicht in Anspruch genommen.

9 Sachanlagevermögen

Unser Sachanlagevermögen (Aktivposten 11) bewerten wir zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, die wir – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer mindern. Dabei lehnen wir uns eng an die Abschreibungsvorschriften des § 7 EStG in Verbindung mit den amtlichen Abschreibungstabellen für Mobilien an. Zugänge bei Vermögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung schreiben wir im Jahr der Anschaffung zeitanteilig ab.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150,– € werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Zu- und Abgang gezeigt. Für alle Sachanlagen mit Anschaffungskosten von 150,– € bis 1.000,– € bilden wir einen Sammelposten (Poolabschreibung gemäß § 6 Absatz 2a EStG), den wir im Geschäftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Jahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd auflösen.

10 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten (Passivposten 1 bis 3 sowie 8 und 9) passivieren wir mit ihrem Erfüllungsbetrag zuzüglich abgegrenzter Zinsen. Unterschiedsbeträge zwischen Erfüllungs- und Zahlungsbetrag (Agien/Disagien), denen Zinscharakter zukommt, werden als Rechnungsabgrenzungsposten erfasst und periodisch im Zinsergebnis aufgelöst. Verbindlichkeiten ohne laufende Zinszahlungen (Zerobonds) werden mit dem Barwert angesetzt, der sich aus einer konstanten Verzinsung über die Laufzeit errechnet.

Anhang zum Geschäftsbericht (FORTSETZUNG)

11 Rückstellungen

Rückstellungen für Steuern, ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (Passivposten 7) bemessen wir entsprechend den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Erfüllungsbetrags unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Preis- und Kostensteigerungen. Grundsätzlich werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem laufzeitadäquaten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank ermittelt und bekannt gegeben wird, abgezinst.

Die HVB gewährt ihren Mitarbeitern verschiedene Formen der betrieblichen Altersvorsorge. Zur Finanzierung der betrieblichen Altersvorsorge hat die HVB ihre Pensionsverpflichtungen weitgehend durch Vermögen in externen, zugriffsbeschränkten Treuhandvermögen abgedeckt. Dieses Deckungsvermögen wird mit den korrespondierenden Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen saldiert. Soweit das jeweilige Vermögen des Pensionsfonds bzw. der Pensions- oder Unterstützungskasse nicht den Erfüllungsbetrag der jeweiligen Pensionszusagen deckt, bilanziert die HVB in Höhe der Unterdeckung eine Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Übersteigt der beizulegende Zeitwert des Vermögens die Verpflichtungen, erfolgt der Ausweis als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung.

Leistungsverpflichtungen aus Pensionszusagen bewerten wir unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten mit dem anhand des versicherungsmathematischen Anwartschaftsbarwertverfahrens (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelten Erfüllungsbetrag. Zukünftig erwartete Gehalts- und Rentensteigerungen werden bei der Bewertung der Pensionsverpflichtung berücksichtigt. Soweit sich die Höhe von Altersversorgungsverpflichtungen ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert von Wertpapieren bestimmt, setzen wir Rückstellungen hierfür zum beizulegenden Zeitwert dieser Wertpapiere an, soweit er einen garantierten Mindestbetrag übersteigt. Die HVB hat von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, als Abzinsungssatz den von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz heranzuziehen, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Mit dem in 2016 verabschiedeten „Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften“ wurde die Vorgabe für den Abzinsungssatz, der für die Diskontierung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen maßgeblich ist, von einem 7-jährigen Durchschnitt auf einen 10-jährigen Durchschnitt geändert. Der in jedem Geschäftsjahr entstehende Unterschiedsbetrag zwischen der Bewertung der Rückstellung nach Maßgabe des entsprechenden Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren unterliegt einer Ausschüttungssperre.

	(in %)	
	2017	2016
Abzinsungssatz (10-Jahresdurchschnitt)	3,68%	4,01%
Abzinsungssatz (7-Jahresdurchschnitt)	2,80%	3,24%
Rententrend	1,60%	1,50%
Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen	1,50%	1,50%
Karrieretrend	0,50%	0,50%
Absenkung der auf den modifizierten Heubeck'schen		
Richttafeln 2005 G basierenden Wahrscheinlichkeiten auf		
Sterblichkeit		
Männer	75%	75%
Frauen	90%	90%
Invalidität		
Männer	80%	80%
Frauen	80%	80%

Aufwendungen und Erträge aus der Auf- bzw. Abzinsung sind im Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen enthalten. Demgegenüber werden der in der Periode anfallende Dienstzeitaufwand und die Effekte aus geänderten Annahmen zum Lohn-, Gehalts- und Rententrend sowie zu den biometrischen Wahrscheinlichkeiten als Personalaufwand erfasst. Gleiches gilt für Erfolgsauswirkungen aus der Änderung des Bestandes an Versorgungsberechtigten oder der Veränderung von Pensionsrückstellungen im Zusammenhang mit Unternehmensumstrukturierungen. Ebenso werden Ergebnisauswirkungen aus der Änderung des Diskontierungzinssatzes den Personalaufwendungen zugeordnet.

Da sich die passivierte Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aufgrund der geänderten Bewertung im Rahmen der BilMoG-Umstellung erhöht hat, ist insgesamt eine Zuführung in Höhe von 332 Mio € erforderlich. Die HVB macht von dem Wahlrecht gemäß Artikel 67 Absatz 1 Satz 1 EGHGB Gebrauch, den Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen bis spätestens 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünftel anzusammeln. Der noch ausstehende Betrag der unterlassenen Übergangszuführung in Höhe von 130 Mio € wurde im Geschäftsjahr 2017 voll aufwandwirksam zu Lasten des außerordentlichen Ergebnisses aufgeholt.

Darüber hinaus besteht gemäß IDW RS BFA 3 die Verpflichtung, zu prüfen, ob der Bank aus der Gesamtheit der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuches ein Verlust entsteht. Unter Anwendung der barwertigen Betrachtungsweise prüft die Bank, ob über die Einzelbewertung hinausgehende Sachverhalte gegeben sind, die am Abschlussstichtag bereits wirtschaftlich verursacht sind und zu Verlusten in der Zukunft führen. In diesem Falle wäre hierfür eine Drohverlustrückstellung zu bilden, um eine verlustfreie Bewertung im Bankbuch sicherzustellen. Hierzu werden entsprechend der sogenannten Barwertmethode die Zahlungsströme der zinsbezogenen Geschäfte im Bankbuch auf Basis der Marktzinssätze zum Abschlussstichtag diskontiert und ihren Buchwerten gegenüber gestellt. Berücksichtigt werden hierbei alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestandes. Im Rahmen der Diskontierung werden alle im Zusammenhang mit den zinstragenden Geschäften noch anfallenden Kosten wie zum Beispiel Risikokosten, Verwaltungskosten zur Abwicklung der Geschäfte bis zu deren Endfälligkeit, Refinanzierungskosten usw. berücksichtigt. Grundsätzlich werden hier die vertraglichen Zahlungsströme zugrunde gelegt; nur für Finanzinstrumente mit unbestimmter Fälligkeit (zum Beispiel Sicht- und Spareinlagen) werden im Einklang mit dem internen Risikomanagement geeignete Annahmen zum erwarteten Abruf getroffen und damit eine wirtschaftliche Fälligkeit verwendet. Die so ermittelten Barwerte werden den Buchwerten gegenüber gestellt; Derivate, die zur Absicherung von Zinsrisiken im Bankbuch abgeschlossen worden sind, werden mit ihrem beizulegenden Zeitwert erfasst und im Regelfall einem Buchwert von Null gegenüber gestellt, da diese als allgemeine Sicherungsderivate im Bankbuch nicht einzeln bewertet werden. Sofern sich aus der Differenz des so ermittelten Barwertes und des Buchwertes eine Unterdeckung ergibt, ist eine Drohverlustrückstellung zu bilden. Hierbei dürfen positive Differenzen von zinsbezogenen Geschäften mit negativen Differenzen nur dann verrechnet werden, wenn die betreffenden Geschäfte in der internen Zinsrisikosteuerung gemeinsam gesteuert werden.

12 Deckungsvermögen

Vermögensgegenstände, die ausschließlich der Erfüllung von Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind (Deckungsvermögen), werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet und mit der jeweils zugrunde liegenden Verpflichtung verrechnet.

Resultiert aus der Saldierung des Deckungsvermögens mit den Schulden ein Verpflichtungsüberhang, passivieren wir in dieser Höhe eine Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (Passivposten 7). Übersteigt der Wert der Vermögensgegenstände die Verpflichtungen, erfolgt der Ausweis als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung (Aktivposten 15).

Das Deckungsvermögen besteht überwiegend aus Investmentfondsanteilen, die zum aktuellen Rücknahmepreis (beizulegender Zeitwert) angesetzt werden.

Anhang zum Geschäftsbericht (FORTSETZUNG)

Aufwendungen und Erträge aus dem zu verrechnenden Deckungsvermögen werden im Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen ausgewiesen.

Wertguthaben der Mitarbeiter für Altersteilzeit wurden nach § 8a Altersteilzeitgesetz durch Einbringung oder Verpfändung von Wertpapieren an den Treuhänder gesichert.

13 Latente Steuern

Für temporäre Differenzen zwischen dem handelsbilanziellen Buchwert eines Vermögensgegenstandes, einer Schuld oder eines Rechnungsabgrenzungspostens und dem korrespondierenden steuerlichen Wert werden latente Steuern gemäß § 274 HGB ebenso ermittelt wie für steuerliche Verlustvorträge und Steuergutschriften. Grundsätzlich werden deutsche Kapitalgesellschaften mit einem von der Ausschüttung unabhängigen Körperschaftsteuersatz von 15% belastet. Die Bemessung der latenten Steuern erfolgt mit dem einheitlichen Körperschaftsteuersatz einschließlich Solidaritätszuschlag von 15,8% und dem vom jeweiligen Hebesatz abhängigen Gewerbesteuersatz. Insgesamt ergibt sich daraus für den inländischen Anteil ein Gesamtbewertungssatz für latente Steuern von 31,4%. Bei den ausländischen Betriebsstätten wird analog der für die jeweilige ausländische Betriebsstätte gültige lokale Steuersatz zugrunde gelegt. Aufgrund einer sich insgesamt ergebenden künftigen Steuerentlastung, die insbesondere aus steuerlichen Bewertungsvorbehalten im Bereich von Rückstellungen und Handelsbeständen sowie aus steuerlichen Verlustvorträgen resultiert, wird auf den Ansatz von aktiven latenten Steuern gemäß § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB verzichtet.

14 Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den in § 340h HGB und § 256a HGB vorgegebenen Grundsätzen. Danach werden auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Kassageschäfte grundsätzlich marktgerecht zu den Kassa-Mittelkursen am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Die je Währung geschlossenen Fremdwährungspositionen im Nicht-Handelsbestand werden grundsätzlich im Rahmen eines einheitlichen Gesamtbank-Währungsrisikomanagements täglich in den Handelsbestand transferiert. Die Währungsumrechnungserfolge der insgesamt im Handelsbestand geführten Währungspositionen werden nach den für den Handelsbestand geltenden Bewertungsregeln (§ 340e Absatz 3 Satz 1 HGB) erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Das gesamte Devisenhandelsergebnis wird dementsprechend in der Gewinn- und Verlustrechnung im Nettoertrag des Handelsbestands ausgewiesen. Wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände in Fremdwährung, die nicht in derselben Währung besonders gedeckt sind und auch nicht im Rahmen des Gesamtbank-Währungsrisikomanagements in den Handelsbestand transferiert werden, werden demgegenüber mit ihrem historischen Anschaffungskurs angesetzt. Nicht abgewickelte Termingeschäfte werden zum Terminkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Eine Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform haben wir in den Lagebericht aufgenommen.

15 Geographische Aufteilung der Erträge

Die

- Zinserträge,
- laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen,
- Provisionserträge,
- das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften und
- sonstigen betrieblichen Erträge

verteilen sich regional wie folgt:

	2017	2016
Erträge	6.308	6.768
Deutschland	4.945	5.491
Italien	509	434
Großbritannien	502	446
Übriges Europa	52	54
Amerika	247	259
Asien	53	84

16 Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss setzt sich wie folgt zusammen:

	2017	2016
Zinsüberschuss	2.807	2.844
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.981	3.559
festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	420	473
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren,		
Beteiligungen sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen	502	409
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	64	61
Zinsaufwendungen	1.160	1.658

Negativzinsen, die die Bank für Vermögenswerte (zum Beispiel Zinsen für die das Mindestreserve-Soll übersteigende durchschnittliche Reserveguthaben sowie für sonstige Einlagen bei der EZB) zahlen muss, sind unter den Zinserträgen mit negativen Vorzeichen erfasst (127 Mio €, Vorjahr: 99 Mio €); bei erhaltenen Negativzinsen auf der Passivseite werden diese analog als Zinsaufwand mit positiven Vorzeichen vereinnahmt (230 Mio €, Vorjahr: 153 Mio €). Es handelt sich hierbei weit überwiegend um Wertpapierpensions- sowie Tages- und Termingeschäfte mit Banken und institutionellen Anlegern.

Der Zinsaufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen beträgt 3 Mio € (2016: 3 Mio €).

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (FORTSETZUNG)

17 Dienstleistungsgeschäfte gegenüber Dritten

Wesentliche Dienstleistungen gegenüber Dritten erbrachten wir in der Depot-, Vermögens- und Treuhandverwaltung, in der Vermittlung von Versicherungen, Bausparverträgen und Fondsanteilen, im Investment- und Wertpapierkommissionsgeschäft sowie in der Abwicklung des Zahlungsverkehrs.

18 Nettoergebnis des Handelsbestands

Im Nettoergebnis des Handelsbestands (Handelsergebnis) in Höhe von 652 Mio € (2016: 572 Mio €) sind die saldierten Erträge und Aufwendungen aus Geschäften mit Finanzinstrumenten des Handelsbestands, einschließlich des gesamten Devisenergebnisses, enthalten. Weiterhin sind bestimmte Provisionen im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Eigenhandelsbestands und dem Handel mit Edelmetallen ausgewiesen. Die mit den Handelsbeständen zusammenhängenden laufenden Zinserträge/-aufwendungen (sogenannte handelsinduzierte Zinsen) und Dividendenerträge weisen wir entsprechend unserer internen Steuerung nicht im Handelsergebnis, sondern im Zinsergebnis bzw. in den laufenden Erträgen aus.

19 Aufgliederung der Sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen

In den Sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, die nicht das Kredit- und Wertpapiergeschäft betreffen (177 Mio € (2016: 142 Mio €)), weiterberechnete Personal- und Sachkosten (65 Mio € (2016: 65 Mio €)) sowie die Vereinnahmung von Erträgen aus Dienstleistungen früherer Jahre enthalten (11 Mio € (2016: 7 Mio €)).

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten unter anderem

- Schadensersatz- und Kulanzzahlungen (13 Mio € (2016: 32 Mio €)),
- Zuführungen zu Rückstellungen, die nicht das Kredit- und Wertpapiergeschäft betreffen (44 Mio € (2016: 200 Mio €)),
- Aufwendungen aus der Auf- und Abzinsung von sonstigen Rückstellungen im Nichtkreditgeschäft in Höhe von 19 Mio € (2016: 24 Mio €) sowie
- periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 4 Mio € (2016: 1 Mio €).

20 Aufwendungen aus Verlustübernahmen

Im Geschäftsjahr 2017 wie auch im Vorjahr, ist kein periodenfremder Aufwand aus Verlustübernahmen entstanden.

21 Außerordentliches Ergebnis

Im Rahmen der BilMoG-Umstellung in 2010 hat die HVB von dem Wahlrecht gemäß Artikel 67 Absatz 1 Satz 1 EGHGB Gebrauch gemacht, den Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen bis spätestens zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel anzusammeln. Der noch ausstehende Betrag der unterlassenen Übergangszuführung in Höhe von 130 Mio € wurde im Geschäftsjahr 2017 voll aufwandwirksam zu Lasten des außerordentlichen Ergebnisses aufgeholt.

22 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie Jahresüberschuss

In den laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von 158 Mio € ist per Saldo ein Steuerertrag aus früheren Jahren in Höhe von 134 Mio € enthalten.

Der für die Gewinnverwendung maßgebende Bilanzgewinn beläuft sich auf 1.300 Mio €. Der Hauptversammlung schlagen wir vor zu beschließen, insgesamt eine Dividende in Höhe von 1.300 Mio € an die UniCredit S.p.A. (UniCredit), Mailand, Italien, auszuschütten. Dies entspricht einer Dividende von rund 1,62 € pro Aktie nach rund 3,75 € für das Geschäftsjahr 2016. Der im Vorjahr ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 3.005 Mio € (bestehend aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 5 Mio € und einer Entnahme aus den Anderen Gewinnrücklagen in Höhe von 3.000 Mio €) wurde gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 22. Mai 2017 an die UniCredit ausgeschüttet.

Angaben zur Bilanz

23 Laufzeitgliederung bestimmter Aktivposten

Die Laufzeitgliederung bestimmter Aktivposten stellt sich wie folgt dar:

(in Mio €)

	2017	2016
A 3 b) Andere Forderungen an Kreditinstitute		
mit Restlaufzeit bis 3 Monate	9.452	12.030
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	11.530	10.495
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	5.977	6.153
mehr als 5 Jahre	737	732
A 4 Forderungen an Kunden		
mit Restlaufzeit bis 3 Monate	9.704	10.157
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	7.415	7.111
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	28.965	30.014
mehr als 5 Jahre	38.539	38.002
mit unbestimmter Laufzeit	8.579	9.205
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, im Folgejahr fällig werdende Beträge	10.452	12.073

24 Laufzeitgliederung bestimmter Passivposten

Die Laufzeitgliederung bestimmter Passivposten stellt sich wie folgt dar:

(in Mio €)

	2017	2016
P 1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
P 1 b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
mit Restlaufzeit bis 3 Monate	23.793	21.614
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5.948	6.350
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	17.956	10.309
mehr als 5 Jahre	5.709	5.201
P 2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
P 2 ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten		
mit Restlaufzeit bis 3 Monate	6	11
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	13	16
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	40	28
mehr als 5 Jahre	—	1
P 2 b) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe,		
P 2 c) begebene öffentliche Namenspfandbriefe,		
P 2 db) andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
mit Restlaufzeit bis 3 Monate	18.119	16.349
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	10.398	9.529
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	7.395	4.721
mehr als 5 Jahre	8.158	8.590
P 3 Verbriefte Verbindlichkeiten		
P 3 a) Begebene Schuldverschreibungen, im Folgejahr fällig werdende Beträge	2.718	3.549
P 3 b) Andere verbrieft Verbindlichkeiten		
mit Restlaufzeit bis 3 Monate	3	—
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	—	—
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	—	—
mehr als 5 Jahre	—	—

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

25 Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und zu Teiligungsunternehmen

(in Mio €)

	2017		2016	
	AN/GEENÜBER VERBUNDENE(N) UNTERNEHMEN	AN/GEENÜBER UNTERNEHMEN MIT BETEILIGUNGS- VERHÄLTNIS	AN/GEENÜBER VERBUNDENE(N) UNTERNEHMEN	AN/GEENÜBER UNTERNEHMEN MIT BETEILIGUNGS- VERHÄLTNIS
Forderungen an Kreditinstitute	14.021	184	14.903	169
davon: UniCredit S.p.A.	3.217	—	1.777	—
Forderungen an Kunden	2.039	508	3.438	599
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3	5.703	3	5.669
davon: UniCredit S.p.A.	—	—	—	—
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.456	109	5.089	138
davon: UniCredit S.p.A.	5.749	—	929	—
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	638	447	938	583
Verbriefte Verbindlichkeiten	125	—	321	—
davon: UniCredit S.p.A.	—	—	—	—
Nachrangige Verbindlichkeiten	463	—	264	—

Seit der Integration der HVB in die UniCredit Gruppe kommt es zu einer Vielzahl von Transaktionen mit der UniCredit S.p.A. bzw. Konzernunternehmen der UniCredit Gruppe.

Als Kompetenzzentrum für Markets- und Investment Banking für die gesamte UniCredit Gruppe fungiert die HVB unter anderem als Kontrahent für Derivate-geschäfte der Konzernunternehmen der UniCredit Gruppe. Hierbei handelt es sich im Regelfall um Hedge-Derivate der Unternehmen der UniCredit Gruppe, die über die HVB an den Markt externalisiert werden.

26 Treuhandgeschäfte

Die Gesamtbeträge des Treuhandvermögens und der Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in folgende Aktiv- und Passivposten:

(in Mio €)

	2017	2016
Treuhandvermögen	4	3
Forderungen an Kreditinstitute	—	—
Forderungen an Kunden	4	3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	—
Beteiligungen	—	—
Sonstige Vermögensgegenstände	—	—
Treuhandverbindlichkeiten	4	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	—	—
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	—
Sonstige Verbindlichkeiten	—	—

Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich im Treuhandgeschäft keine wesentlichen Veränderungen.

27 Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung

(in Mio €)

	2017	2016
Vermögensgegenstände	39.923	44.609
Barreserve	2.266	1.700
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	4	—
Forderungen an Kreditinstitute	3.550	3.152
Forderungen an Kunden	14.386	16.030
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.190	3.386
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	—
Handelsbestand (Handelsaktiva)	16.350	20.150
Beteiligungen	8	8
Anteile an verbundenen Unternehmen	76	85
Treuhandvermögen	—	—
Immaterielle Anlagewerte	—	—
Sachanlagen	4	5
Sonstige Vermögensgegenstände	83	88
Rechnungsabgrenzungsposten	6	5
Schulden	34.512	41.342
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.257	13.504
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.202	7.634
Verbriefte Verbindlichkeiten	2	12
Handelsbestand (Handelspassiva)	12.319	19.362
Treuhandverbindlichkeiten	—	—
Sonstige Verbindlichkeiten	129	177
Rechnungsabgrenzungsposten	43	57
Rückstellungen	410	428
Nachrangige Verbindlichkeiten	150	168

Dargestellt sind die Euro-Gegenwerte aller Währungen.

28 Nachrangige Vermögensgegenstände

Die nachrangigen Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

(in Mio €)

	2017	2016
Nachrangige Vermögensgegenstände	2.398	2.568
Forderungen an Kreditinstitute	320	321
Forderungen an Kunden	36	39
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.856	2.007
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	—
Handelsbestand	186	201

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

29 Wertpapiere und Finanzanlagen

Die in den entsprechenden Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere teilen sich nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren wie folgt auf:

(in Mio €)

	2017			2016		
	BÖRSENFÄHIGE WERTPAPIERE	DAVON: BÖRSENNOTIERT	DAVON: NICHT BÖRSENNOTIERT	BÖRSENFÄHIGE WERTPAPIERE	DAVON: BÖRSENNOTIERT	DAVON: NICHT BÖRSENNOTIERT
Schuldverschreibungen und andere						
festverzinsliche Wertpapiere	48.695	39.497	9.198	53.447	43.089	10.358
Aktien und andere nicht festverzinsliche						
Wertpapiere	76	—	76	76	—	76
Handelsbestand	30.734	26.143	4.591	27.132	20.587	6.545
Beteiligungen	—	—	—	2	—	2
Anteile an verbundenen Unternehmen	—	—	—	—	—	—

Die wie Anlagevermögen behandelten börsenfähigen Wertpapiere enthalten Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden:

(in Mio €)

	2017		2016	
	BUCHWERT	BEIZULEGENDER ZEITWERT	BUCHWERT	BEIZULEGENDER ZEITWERT
Im Anlagevermögen enthaltene Wertpapiere	2.888	2.857	2.472	2.365
Schuldverschreibungen und andere				
festverzinsliche Wertpapiere	2.888	2.857	2.472	2.365
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	—	—	—

Aufgrund der Entwicklung der Zins- und Bonitätsrisiken gehen wir bei diesen Wertpapieren nicht von einer dauerhaften Wertminderung aus.

30 Handelsbestand

Der aktivische Handelsbestand (Aktivposten 6a) gliedert sich in folgende Finanzinstrumente auf:

(in Mio €)

	2017	2016
Aktivischer Handelsbestand	49.875	54.505
Derivative Finanzinstrumente (positive Zeitwerte)	11.198	14.245
Forderungen	4.357	10.788
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	16.163	14.891
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	16.129	13.845
Sonstige Vermögensgegenstände	2.052	764
abzüglich Risikoabschlag (für gesamten Handelsbestand)	– 24	– 28

Der passivische Handelsbestand (Passivposten 3a) gliedert sich in folgende Finanzinstrumente auf:

(in Mio €)

	2017	2016
Passivischer Handelsbestand	27.258	31.900
Derivative Finanzinstrumente (negative Zeitwerte)	7.590	10.799
Verbindlichkeiten (einschließlich Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen)	19.668	21.101

Derivate des Handelsbestands je Kontrahent, die unter Rahmenverträgen zusammen mit einem Credit Support Annex mit täglichem Austausch der Sicherheitsleistung abgeschlossen wurden, werden in der Bilanz verrechnet. Die Verrechnung umfasst je Kontrahent sowohl den Buchwert der Derivate als auch die Sicherheitsleistung. Dabei wurden positive Zeitwerte in Höhe von 32,6 Mrd € (2016: 44,6 Mrd €) mit negativen Zeitwerten in Höhe von 33,7 Mrd € (2016: 46,1 Mrd €) von Derivaten des Handelsbestands mit den zugehörigen Forderungen (7,9 Mrd €, 2016: 9,2 Mrd €) bzw. Verbindlichkeiten (6,9 Mrd €, 2016: 7,7 Mrd €) aus Sicherheitsleistung verrechnet.

31 Investmentvermögen

Die folgende Tabelle enthält Angaben zu Anteilen an Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB, bei denen der Anteil der Bank an der Gesamtzahl der Anteile 10% übersteigt.

(in Mio €)

	2017				2016			
	BUCHWERT	BEIZULEGENDER ZEITWERT	DIFFERENZ BUCHWERT/ ZEITWERT	ERTRAGS- AUSSCHÜTTUNG	BUCHWERT	BEIZULEGENDER ZEITWERT	DIFFERENZ BUCHWERT/ ZEITWERT	ERTRAGS- AUSSCHÜTTUNG
Investmentvermögen	1.194	1.199	5	4,1	934	938	4	1,7
Aktienfonds	214	214	—	—	156	156	—	0,1
Geldmarktfonds und geldmarktnahe Fonds	20	20	—	—	20	20	—	0,1
Gemischte Fonds	455	460	5	0,8	308	312	4	0,5
Indexfonds	189	189	—	0,1	163	163	—	—
Rentenfonds	173	173	—	1,0	130	130	—	0,2
Dachfonds	143	143	—	2,2	157	157	—	0,8

Darüber hinaus hält die Bank sämtliche Anteile an dem Immobilien-Sondervermögen „European-Office-Fonds“, welcher im Konzernabschluss der Bank gemäß IFRS10 vollkonsolidiert wird.

Nach § 246 Absatz 2 HGB sind Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, mit diesen Schulden zu verrechnen. Sofern diese Vermögensgegenstände Anteile an Investmentvermögen darstellen, sind diese in dieser Tabelle nicht mit aufgeführt.

Die hier aufgeführten Anteile werden entweder im Handelsbestand oder im Liquiditätsvorsorgebestand der Bank gehalten. Sofern notwendig, findet für Anteile im Liquiditätsvorsorgebestand eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert statt.

Bei den Angaben zu den Ertragsausschüttungen ist zu beachten, dass es sich bei den in der Tabelle berücksichtigten Positionen häufig um thesaurierende Investmentvermögen handelt. Die hier angegebenen Ertragsausschüttungen sind daher lediglich ein eingeschränkter Indikator für die Performance der Investmentvermögen.

Bei den hier aufgeführten Anteilen handelt es sich um solche, bei denen es keine Anzeichen für eine Beschränkung der täglichen Rückgabe gibt.

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

32 Entwicklung des Anlagevermögens

(in Mio €)

	IMMATERIELLE ANLAGEWERTE				SACHANLAGEN			ANDERE VERMÖGENS- GEGENSTÄNDE DES ANLAGE- VERMÖGENS
	SOFTWARE	GELEISTETE ANZAHLUNGEN	SONSTIGE IMMATERIELLE VERMÖGEN- WERTE	SUMME	IM RAHMEN DER EIGENEN TÄTIGKEIT GENUTZTE GRUNDSTÜCKE UND GEBÄUDE	BETRIEBS- UND GESCHÄFTS- AUSSTATTUNG	SUMME	
Anschaffungs-/Herstellungskosten								
Bestand 1.1.	506	3	—	509	200	224	424	21
Zugänge	2	1	—	3	—	4	4	—
Abgänge	3	—	—	3	9	4	13	—
Umbuchungen¹	3	-3	—	—	-3	-6	-9	—
Nachaktivierungen	—	—	—	—	—	—	—	—
Bestand 31.12.	508	1	—	509	188	218	406	21
Abschreibungen								
Bestand 1.1.	493	—	—	493	109	155	264	—
Zugänge	9	—	—	9	7	11	18	—
davon außerplanmäßig	—	—	—	—	1	—	1	—
Abgänge	3	—	—	3	5	4	9	—
Umbuchungen¹	—	—	—	—	-3	-5	-8	—
Zuschreibungen	—	—	—	—	3	—	3	—
Bestand 31.12.	499	—	—	499	105	157	262	—
Restbuchwert								
Bestand 1.1.	13	3	—	16	91	69	160	21
Bestand 31.12.	9	1	—	10	83	61	144	21

1 inklusive Wertveränderungen aus der Währungsumrechnung.

(in Mio €)

	ANSCHAFFUNGS- KOSTEN	VERÄNDERUNGEN +/- ¹	RESTBUCHWERT 31.12.2017	RESTBUCHWERT 31.12.2016
Beteiligungen	190	- 101	89	174
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.557	- 168	2.389	2.484
Wertpapiere des Anlagevermögens	10.769	- 1.071	9.698	10.769

1 Von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV wurde Gebrauch gemacht.

33 Sonstige Vermögensgegenstände

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind folgende wesentliche Posten enthalten:

(in Mio €)

	2017	2016
Gewinnansprüche an verbundene Unternehmen	160	84
Ansprüche auf Steuererstattungen	135	414
davon:		
Ansprüche aus Ertragssteuer	109	332
Forderungen aus Nichtertragssteuern	26	82
Anteilige Erträge aus noch nicht erhaltenen Provisionen/Zinsen	76	64
Anteilige Erträge aus Depotgebühren	29	29
Kapitalanlagen bei Lebensversicherungsgesellschaften	25	27
Kunstgegenstände	21	21
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	20	34

34 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft enthält:

(in Mio €)

	2017	2016
Disagio aus Verbindlichkeiten	36	31
Agio aus Forderungen	1	1

35 Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Einem Erfüllungsbetrag von 1.357 Mio € aus Schulden aus Altersversorgungs- und ähnlichen Verpflichtungen steht ein zu verrechnendes Vermögen mit einem beizulegenden Zeitwert von 1.645 Mio € gegenüber. Im Rahmen der Erstanwendungsvorschriften des BilMoG wurde von dem Wahlrecht gemäß Artikel 67 Absatz 1 Satz 1 EGHGB Gebrauch gemacht, den Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen bis spätestens zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel anzusammeln. Im Geschäftsjahr 2016 wurde den Pensionsrückstellungen 69 Mio € zugeführt. Darin enthalten ist auch die Aufholung des auf den im Zusammenhang mit der Übertragung weiterer Vermögensgegenstände und Schulden an die HVB Trust Pensionsfonds AG, München, entfallenden Teil der Übergangszuführung. Im Geschäftsjahr 2017 wurde der noch ausstehende Zuführungsbetrag vollständig in Höhe von 130 Mio € aufgeholt. Der Überschuss des Vermögens über die Verpflichtungen wird in der Bilanz als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen (288 Mio €). Die Anschaffungskosten des zu verrechnenden Vermögens betragen 1.444 Mio €. Bei den Vermögensgegenständen handelt es sich im Wesentlichen um Fondsanteile, Nachrangdarlehen, Beteiligungen und Barvermögen.

(in Mio €)

	2017	2016
Erfüllungsbetrag der verrechneten Altersversorgungs- und ähnlichen Verpflichtungen (Durchschnittszinssatz 7 Jahre)	1.588	1.374
Erfüllungsbetrag der verrechneten Altersversorgungs- und ähnlichen Verpflichtungen (Durchschnittszinssatz 10 Jahre)	1.357	1.201
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	1.645	1.599
Unterlassene Übergangszuführung	—	130
Überschuss des Vermögens über die Verpflichtungen unter Berücksichtigung des Fehlbetrags (Aktiver Unterschiedsbetrag)	288	528
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	1.444	1.420

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

Der in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthaltene Überschuss aus Versorgungsverpflichtungen setzt sich wie folgt zusammen: (in Mio €)

	2017	2016
Überschuss aus Versorgungsverpflichtungen	– 5	– 11
Erträge aus mit Altersversorgungs- und ähnlichen Verpflichtungen zu verrechnenden Vermögensgegenständen	40	94
Aufwand in der Veränderung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	45	56
Aufwendungen aus mit Altersversorgungs- und ähnlichen Verpflichtungen zu verrechnenden Vermögensgegenständen	—	49

36 Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Für nachstehende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen. (in Mio €)

	2017	2016
Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten	40.216	43.044
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	27.177	28.041
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.039	15.003

Daneben werden Sicherheiten gegenüber der EZB verpfändet, unabhängig davon, ob diese auch tatsächlich zur Geldaufnahme verwendet werden. Zum 31. Dezember 2017 betrug das Volumen der verpfändeten Sicherheiten 16,3 Mrd € (2016: 23,0 Mrd €).

Die eigenen Verbindlichkeiten, für die wir Sicherheiten stellen, betreffen unter anderem Sonderkreditmittel der KfW und ähnlicher Institute, die wir zu deren Bedingungen weitergegeben haben.

Als Pensionsgeber echter Pensionsgeschäfte haben wir Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von 29,9 Mrd € (2016: 33,4 Mrd €) auf unsere Refinanzierungspartner übertragen. Hiervon entfallen 7,2 Mrd € (2016: 6,4 Mrd €) auf eigene Wertpapierbestände. Die Vermögensgegenstände sind weiterhin Bestandteil unserer Aktiva. Die erhaltenen Gegenwerte weisen wir unter den Verbindlichkeiten aus. Es handelt sich überwiegend um Geschäfte an internationalen Geldmärkten.

Daneben wurden weitere Sicherheiten für Wertpapierleihegeschäfte sowie börsennotierte Derivate in Höhe von 12,6 Mrd € (2016: 13,6 Mrd €) verpfändet.

Im Rahmen eines Contractual Trust Arrangement (CTA) haben wir Vermögenswerte und Sicherheiten an den Treuhänder zur Absicherung von Pensions- und Altersteilzeitverpflichtungen gegeben. Gemäß § 8a AltTZG müssen Wertguthaben, die das Dreifache des Regelarbeitsentgelts, einschließlich des darauf entfallenen Arbeitgeberanteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag, übersteigen, durch den Arbeitgeber gegen das Risiko der Zahlungsunfähigkeit abgesichert werden. Bilanzielle Rückstellungen sowie zwischen Konzernunternehmen begründete Einstandspflichten gelten nicht als geeignete Sicherungsmittel.

37 Sonstige Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Posten enthalten:

(in Mio €)

	2017	2016
Verbindlichkeiten gegenüber Zweckgesellschaften	5.657	5.657
Verpflichtungen aus Schuldübernahmen	339	332
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Arbeitnehmern	90	100
Abzuführende Steuern	45	110
Bewertungsreserven Handelsbuch	12	11
Noch zu verteilende Beträge aus Aktienplatzierungen und Ähnliches	7	3
Verbindlichkeiten aus Verlustübernahmen von Tochtergesellschaften	2	13

Die im Posten Verbindlichkeiten gegenüber Zweckgesellschaften enthaltenen True-Sale-Transaktionen wurden abgeschlossen, um die so generierten Wertpapiere als Sicherheit für Pensionsgeschäfte mit der EZB einsetzen zu können. Die zugrunde liegenden Forderungen werden weiterhin bei der HVB bilanziert. Sämtliche Tranchen werden von der Bank zurückbehalten, das heißt, es ergibt sich keine Entlastung bei den gewichteten Risikoaktiva.

Die Verpflichtungen aus Schuldübernahmen enthalten im Wesentlichen Verpflichtungen aus der Abwicklung von Medienfonds.

Die abzuführenden Steuern enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Nichtertragsteuern in Höhe von 42 Mio € (2016: 110 Mio €).

38 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Forderungen betragen 13 Mio € (2016: 12 Mio €). Ferner sind in den anderen Rechnungsabgrenzungsposten abgegrenzte Provisionen in Höhe von 13 Mio € (2016: 24 Mio €), Bearbeitungsgebühren in Höhe von 64 Mio € (2016: 66 Mio €) und bereits im Voraus vereinnahmte Zinsen in Höhe von 42 Mio € (2016: 53 Mio €) enthalten.

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

39 Rückstellungen

In den anderen Rückstellungen sind die nachfolgend aufgeführten Posten enthalten:

(in Mio €)

	2017	2016
Andere Rückstellungen insgesamt	2.569	2.939
Rückstellungen im Kreditgeschäft	228	218
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	—	—
Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	2.341	2.721
davon:		
Rechtsrisiken	603	676
Bewertungseinheiten	372	418
Restrukturierungen	356	574
Zahlungen an Mitarbeiter	334	279
Zahlungen für Vorruhestand, Altersteilzeit und Ähnliches	173	102
Jubiläumszahlungen	34	38
Prämienzahlungen für Sparverträge	11	18
Sonstige	458	616

Die unter den Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten ausgewiesenen Rückstellungen für Rechtsrisiken enthalten auch Rückstellungen für Prozesskosten und Schadensersatzleistungen. Die Sonstigen Rückstellungen beinhalten unter anderem Rückstellungen für Andienungsrechte und Rückbauverpflichtungen.

40 Nachrangige Verbindlichkeiten

In dieser Position sind anteilige Zinsen in Höhe von 3 Mio € (2016: 3 Mio €) enthalten. Die Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten belaufen sich zum 31. Dezember 2017 auf 25 Mio € (2016: 27 Mio €).

Bei allen nachrangigen Verbindlichkeiten kann eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung nicht entstehen. Im Falle der Insolvenz oder der Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Bei bankaufsichtsrechtlichen Eigenmitteln werden diese nachrangigen Verbindlichkeiten als Ergänzungskapital angerechnet.

Am 25. Januar 2001 hat die HVB einen nachrangigen Schuldschein im Volumen von 96 Mio € ausgegeben. Dieser nachrangige Schuldschein hat eine Laufzeit bis zum 27. Januar 2031 und ist mit dem 6-Monats-EURIBOR unter Berücksichtigung eines für die gesamte Laufzeit geltenden Aufschlages von 0,65% p.a. zu verzinsen.

Eigenkapital

41 Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals

(in Mio €)

a) Eingefordertes Kapital		
Gezeichnetes Kapital		
Stand 1.1.2017	2.407	
Stand 31.12.2017		2.407
b) Kapitalrücklage		
Stand 1.1.2017	9.791	
Stand 31.12.2017		9.791
c) Gewinnrücklagen		
ca) gesetzliche Rücklage		
Stand 1.1.2017	—	
Stand 31.12.2017		—
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		
Stand 1.1.2017	8	
Einstellung in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	2	
Stand 31.12.2017		10
cc) satzungsmäßige Rücklage		
Stand 1.1.2017	—	
Stand 31.12.2017		—
cd) andere Gewinnrücklagen		
Stand 1.1.2017	3.147	
Entnahme für die Einstellung der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	– 2	
Entnahme aus den Gewinnrücklagen	—	
Stand 31.12.2017		3.145
d) Bilanzgewinn		
Stand 1.1.2017	3.005	
Ausschüttung der HVB für 2016	– 3.005	
Entnahme aus den anderen Gewinnrücklagen	—	
Jahresüberschuss 2017	1.300	
Stand 31.12.2017		1.300
Eigenkapital		
Stand 31.12.2017		16.653

Eigenkapital (FORTSETZUNG)

42 Anteile am Grundkapital der HVB über 5%

(in %)

	2017	2016
UniCredit S.p.A.	100,0	100,0

Die HVB ist gemäß § 271 Absatz 2 HGB ein mit der UniCredit S.p.A., Mailand, Italien, verbundenes Unternehmen und wird in den Konzernabschluss der UniCredit einbezogen. Dieser ist beim Handelsregister (Trade and Companies Register) in Mailand, Italien erhältlich.

43 Ausschüttungsgesperrte Beträge

Aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert von zu verrechnendem Vermögen im Zusammenhang mit Pensionszusagen und Altersteilzeitvereinbarungen ergibt sich ein nicht zur Ausschüttung verfügbarer Betrag in Höhe von 200 Mio € (2016: 179 Mio €). Die in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen der Bewertung der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und deren Bewertung nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren entstandene Ausschüttungssperre beträgt 231 Mio € zum Jahresende 2017. Zur Deckung der ausschüttungsgesperrten Beträge sind frei verfügbare Rücklagen vorhanden.

44 Aufstellung Beteiligungsbesitz gemäß § 285 Nr. 11, 11a HGB, § 340a Absatz 4 HGB

Die vollständige Aufstellung des Beteiligungsbesitzes als Bestandteil des Anhangs ist im Kapitel „Beteiligungsbesitz“ dieses Geschäftsberichts veröffentlicht.

Sonstige Angaben

45 Nachtragsbericht (Ereignisse nach der Berichtsperiode)

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 16. Februar 2018 Jan Kupfer und Dr. Emanuele Buttà mit Wirkung ab 1. März 2018 zu Mitgliedern des Vorstands bestellt. Herr Kupfer wird den Geschäftsbereich Corporate & Investmentbanking verantworten und folgt auf Dr. Michael Diederich, der zum 1. Januar 2018 zum Sprecher des Vorstands der UniCredit Bank AG ernannt worden war. Dr. Emanuele Buttà übernimmt von Peter Buschbeck das Geschäftsfeld Privatkunden Bank, das zusammen mit der Unternehmer Bank den Geschäftsbereich Commercial Banking der Bank bildet.

46 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen in Höhe von 36.458 Mio € setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

	2017	2016
Erfüllungsgarantien und Gewährleistungen	16.751	17.526
Kreditbürgschaften	16.300	15.290
Außenhandelsbezogene Bürgschaften (Akkreditive)	3.407	3.202
Insgesamt	36.458	36.018
davon gegenüber:		
verbundenen Unternehmen	16.925	16.713
assoziierten Unternehmen	1	—

Die unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 41.774 Mio € beziehen sich im Einzelnen auf:

	2017	2016
Buchkredite	35.918	34.889
Hypotheken- und Kommunaldarlehen	3.023	2.866
Avalkredite	2.833	3.211
Wechselkredite	—	—
Insgesamt	41.774	40.966
davon gegenüber:		
verbundenen Unternehmen	568	673
assoziierten Unternehmen	—	—

Mit einer Inanspruchnahme der Bank aufgrund der eingegangenen Eventualverbindlichkeiten bzw. anderen Verpflichtungen ist im Rahmen des Bankgeschäfts zu rechnen. So erfolgt grundsätzlich jede Kreditgewährung unter Inanspruchnahme einer zuvor eingeräumten und als andere Verpflichtung gezeigten Kreditzusage. Eine Inanspruchnahme der Bank unter den Eventualverbindlichkeiten ist zwar im Falle von herausgegebenen Garantien nicht sehr wahrscheinlich, aber auch nicht auszuschließen. In Bezug auf die hier ebenfalls ausgewiesenen Akkreditive ist eine Inanspruchnahme wiederum der Regelfall, da diese im Rahmen der Abwicklung von Außenhandelszahlungen eingesetzt werden.

Entscheidend ist diesbezüglich, dass eine Inanspruchnahme der Bank unter ihren Eventualverbindlichkeiten bzw. anderen Verpflichtungen in der Regel nicht zu einem Verlust führt, sondern wie im Falle der Inanspruchnahme einer Kreditzusage zu einer Einbuchung des ausgereichten Kredites. Notwendige Drohverlustrückstellungen, die sich aus Verpflichtungen zur Auszahlung an ausgefallene Kreditnehmer ergeben, werden gebildet und die ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten bzw. andere Verpflichtungen sind um die gebildeten Drohverlustrückstellungen gekürzt.

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

Die HVB hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht bis zu 15% (2016: 15%) des Jahresbeitrags zum Restrukturierungsfonds in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen (sogenannte unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen) gemäß § 12 RStruktFG zu erbringen. Die hierfür gestellten Barsicherheiten belaufen sich zum Jahresende 2017 auf 48 Mio € (2016: 34 Mio €).

Die HVB hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht bis zu 30% des Jahresbeitrags zur Entschädigungseinrichtung deutscher Banken in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen (sogenannte unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen) gemäß § 19 EntschFinV zu erbringen. Die hierfür gestellten Finanzsicherheiten belaufen sich zum Jahresende 2017 auf 8 Mio € (2016: 7 Mio €).

Aus Rechtsrisiken können der HVB Verluste entstehen, deren Eintritt größer als unwahrscheinlich, aber kleiner als wahrscheinlich ist und für die keine Rückstellungen gebildet wurden. Derartige Rechtsrisiken können aus negativen Entwicklungen zivilrechtlicher Verfahren resultieren sowie der Tendenz, im Interesse der Verbraucher bzw. der Kunden zu entscheiden. Je nach Ausgang der Verfahren kann sich die Einschätzung des Verlustrisikos als zu niedrig oder zu hoch erweisen. Wir gehen davon aus, dass für den weit überwiegenden Teil der Eventualverbindlichkeiten aus Rechtsrisiken keine Inanspruchnahme erfolgen wird und die Beträge damit auch nicht repräsentativ für tatsächliche künftige Verluste sind. Zum Jahresresultimo 2017 belaufen sich diese Eventualverbindlichkeiten aus signifikanten Rechtsrisiken, bei denen eine Schätzung möglich ist, auf 112 Mio € nach 162 Mio € zum Jahresende 2016.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen insbesondere im Immobilien- und IT-Bereich. Sie belaufen sich auf 759 Mio € (2016: 808 Mio €). Ein wesentlicher Teilbereich davon entfällt auf Verträge mit Tochtergesellschaften (648 Mio € (2016: 687 Mio €)). Die Vertragslaufzeiten sind marktüblich, Belastungsverschiebungen in künftige Geschäftsjahre erfolgten nicht. Während im Vorjahr die Verpflichtungen für ein Jahr angegeben wurden, zeigen wir in diesem Jahr die Verpflichtungen, die sich aus den erwarteten Restlaufzeiten der Verträge ergeben. Die Vorjahreszahl wurde entsprechend angepasst.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 haben wir Wertpapiere im Wert von 1.531 Mio € (2016: 1.590 Mio €) als Sicherheit für Geschäfte an der Terminbörse Eurex Frankfurt AG, Frankfurt am Main, verpfändet.

Im Rahmen der Grundstücksfinanzierung und -entwicklung wurden zur Förderung der Vermarktbarkeit von Fondskonstruktionen – insbesondere sogenannte Leasingfonds und (geschlossene) KG-Immobilienfonds – Mieteintrittsverpflichtungen oder Mietgarantien sowie Andienungsverpflichtungen übernommen. Erkennbare Risiken aus diesen Garantien sind durch die Bildung von Rückstellungen berücksichtigt worden.

Einzahlungsverpflichtungen auf nicht voll eingezahlte Aktien und Anteile beliefen sich Ende 2017 auf 33 Mio € (2016: 50 Mio €), die Haftsummen für Genossenschaftsanteile auf 1 T € (2016: 1 T €). Nachhaftungen gemäß § 22 Absatz 3 und 24 GmbHG bestanden nicht.

Sofern Mitarbeiter im Rahmen ihrer variablen Vergütung einen Bonus gewährt bekommen, der zeitverzögert über mehrere Jahre ausbezahlt wird, ist der Aufwand entsprechend anteilig über die Jahre zu erfassen. Im Berichtsjahr fällt daher Aufwand für die Bonuszusagen für die Jahre 2013 bis 2017 an. Insbesondere bei der Gruppe der Mitarbeiter, die als sogenannte „Risk Taker“ identifiziert sind, ist der Bonus eines Geschäftsjahres gemäß der Instituts-Vergütungsverordnung zeitverzögert über mehrere Jahre auszuzahlen. Die Bonusgewährung steht unter dem Vorbehalt, dass die begünstigten Mitarbeiter (im Falle von Bonusgewährungen in Form von Aktien, Aktienoptionen oder Deferred-Cash-Zahlungen) bestimmte Kriterien erfüllen, die sowohl den regulatorischen Anforderungen als auch den bankeigenen Kriterien entsprechen. Die Bonusgewährung ist zusätzlich an weitere Bedingungen geknüpft, wie zum Beispiel eine Malus-Regelung, die sicherstellt, dass negative Erfolgsbeiträge und eventuelle Compliance-Verstöße bei der Festlegung der aufgeschobenen variablen Vergütungsbestandteile bzw. der Festlegung des Bonus berücksichtigt werden. Im Rahmen der Bonuszusagen wurden bis 31. Dezember 2017 insgesamt 144 Mio € Rückstellungen aufwandswirksam gebildet. Der finale Auszahlungsbetrag kann bei Einhaltung der Plan-Bedingungen höher ausfallen.

Zum Bilanzstichtag bestand eine unbeschränkte Haftung als persönlich haftender Gesellschafter aus der Beteiligung an der Personengesellschaft Bayerischer BankenFonds GbR (2016: Bayerischer BankenFonds GbR; Gesellschaft des bürgerlichen Rechts Industrie- und Handelskammer/Rheinisch-Westfälische Börse).

Mit Patronatserklärung vom 21. Dezember 1993 hat die HVB gegenüber dem Land Baden-Württemberg (Finanzministerium) eine Erklärung zur Übernahme einer Liquiditätsausstattungsverpflichtung bei Verkauf, Auflösung oder Konkurs der HVB Projekt GmbH abgegeben.

47 Patronatserklärungen

Die HVB trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, bis zu der Höhe ihrer jeweiligen Anteilsbesitzquote dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können:

1. Kreditinstitute
UniCredit Luxembourg S.A., Luxemburg
2. Finanzdienstleistungsinstitute
UniCredit Leasing GmbH, Hamburg

In dem Umfang, in dem sich unsere Anteilsbesitzquote an der jeweiligen Gesellschaft reduziert, ermäßigt sich auch unsere Verpflichtung aus der vorstehenden Patronatserklärung hinsichtlich solcher vertraglichen Verpflichtungen der entsprechenden Gesellschaft, die erst nach dem Absinken unserer Anteilsbesitzquote begründet werden. Ist die HVB nicht mehr Gesellschafterin einer der vorgenannten Gesellschaften, endet mit dem Zeitpunkt der Beendigung unserer Beteiligung unsere Verpflichtung aus der vorstehenden Patronatserklärung hinsichtlich solcher vertraglichen Verbindlichkeiten der betreffenden Gesellschaft, die erst nach dem Zeitpunkt der Beendigung unserer Beteiligung begründet werden.

Für Gesellschaften, zu deren Gunsten in früheren Geschäftsberichten der HVB Patronatserklärungen abgegeben worden waren, die aber in der vorstehenden Liste nicht mehr aufgeführt sind, wird seitens der HVB keine neue Patronatserklärung mehr abgegeben. Verbindlichkeiten dieser Gesellschaften, die vor der Reduzierung bzw. Beendigung des Anteilsbesitzes begründet wurden, werden nur nach Maßgabe der jeweils vor Reduzierung bzw. Beendigung der Beteiligung abgegebenen Patronate von solchen früheren Erklärungen erfasst.

48 Honorar des Abschlussprüfers

Wir haben vom Wahlrecht gemäß § 285 Nr. 17 HGB Gebrauch gemacht und verweisen auf die Angaben zum Honorar des Abschlussprüfers im Kapitel Sonstige Angaben im Konzernabschluss der HVB Group zum 31. Dezember 2017.

49 Außerbilanzielle Geschäfte

Zweckgesellschaften

Die HVB unterhält Geschäftsbeziehungen zu verschiedenen Zweckgesellschaften, die unterschiedliche Geschäftsmodelle verfolgen und verschiedene Arten von Vermögenswerten halten. Die Geschäftsbeziehungen der HVB mit den Zweckgesellschaften sind alle bilanziell bzw. unter dem Bilanzstrich im Abschluss verarbeitet.

Zweckgesellschaften werden von der Bank sowohl zur Verbriefung von bankeigenen Forderungen als auch zur Verbriefung von Kundenforderungen genutzt. Letztere werden über Commercial Paper Conduits realisiert, gegenüber denen die Bank Garantien und Liquiditätsfazilitäten stellt.

Im Falle bankeigener Forderungen dienen die Zweckgesellschaften im Wesentlichen der Liquiditätsbeschaffung. Diese führen jedoch nicht zu einer Ausbuchung der verbrieften Forderungen, da es sich um Verbriefungen mit vollständigem Rückbehalt aller Risiken zur Schaffung von bei Zentralbanken beleihbaren Wertpapieren handelt. Die Verbriefung von Kundenforderungen geht für den Kunden im Regelfall mit einer Verbesserung der Liquiditätssituation sowie der Verbreiterung der Refinanzierungsbasis einher, wobei die Bank Erträge aus der Strukturierungsdienstleistung sowie aus den gestellten Linien erzielt. Wirtschaftliche Nachteile können sich für die HVB insbesondere ergeben, wenn es zur Inanspruchnahme von gestellten Linien kommt.

Darüber hinaus existieren Zweckgesellschaften, gegenüber denen die HVB als reiner Investor agiert, beispielsweise über den Kauf von Wertpapieren oder die Gewährung von Krediten. Hieraus entstehende Risiken können zu Wertberichtigungen der entsprechenden Positionen führen.

In einigen Fällen beherrscht die HVB eine Zweckgesellschaft aus wirtschaftlicher Sicht, was eine Vollkonsolidierung der Zweckgesellschaft im HVB-Konzernabschluss nach sich zieht.

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

Widerrufliche Kreditzusagen

Die HVB hat ihren Kunden Kredit- und Liquiditätslinien eingeräumt, die jederzeit kündbar sind und weder in der Bilanz noch unter dem Bilanzstrich ausgewiesen werden. Die Vorteile für die HVB liegen bei diesem marktüblichen und standardisierten Produkt in der Möglichkeit, zusätzliche Zins- und Provisionserträge zu erzielen. Dem steht das Risiko gegenüber, dass sich die finanzielle Situation jener Kunden verschlechtert, gegenüber denen diese Kreditzusagen herausgelegt wurden.

Auslagerungen von Tätigkeiten

Die HVB hat – ebenso wie weitere verbundene Unternehmen – IT-Aktivitäten und Aktivitäten, die der Abwicklung von Geschäften dienen, an ein mit der Bank verbundenes Unternehmen, die UniCredit Business Integration Solutions S.C.p.A., Mailand, ausgelagert. Ziel ist dabei die Hebung von Synergien, die Möglichkeit schnelle und qualitativ hochwertige IT-Services bieten zu können sowie Abwicklungsleistungen über ein einheitliches Geschäfts- und Betriebsmodell bereitzustellen.

Aktivitäten im Bereich Zahlungsverkehr, Dokumentenmanagement und Archivierung im Inland als auch die Abwicklung von Wertpapiergeschäften im Inland und in der Niederlassung Mailand wurden von der HVB an konzernfremde Dienstleister ausgelagert. Zielsetzung für die HVB ist dabei eine nachhaltige Kosteneinsparung im operativen Bereich.

50 Aufsichtsrechtliche Offenlegungspflichten (Offenlegungsbericht)

Die HVB gilt als bedeutendes Tochterunternehmen der UniCredit im Sinne des Artikels 13 Absatz 1 CRR und unterliegt damit im Anwendungsbereich der CRR (Artikel 13 Absatz 1 und Teil 8 CRR) sowie nach § 26a KWG bestimmten erweiterten aufsichtsrechtlichen Offenlegungspflichten (sogenannte Offenlegung nach Säule III).

Die Offenlegung dieser Informationen nimmt die HVB in Form eines eigenständigen Offenlegungsberichts auf Einzelbasis vor. Dieser wird jährlich zum 31. Dezember sowie darüber hinaus unterjährig zum jeweiligen Quartalsultimo erstellt und auf der Internetseite der Bank unter „ÜBER UNS“ > „Investor Relations“ > „Berichte“ veröffentlicht. Die Veröffentlichung für den Stichtag 31. Dezember soll zeitnah nach Veröffentlichung des Geschäftsberichts erfolgen. Die Veröffentlichung der unterjährigen Berichte soll zeitnah nach Abgabe der aufsichtsrechtlichen COREP-Meldung an die zuständigen Aufsichtsbehörden erfolgen.

Die gemäß Artikel 450 CRR i.V.m. § 16 Absatz 1 Institutsvergütungsverordnung erforderliche Offenlegung zur Vergütungspolitik und -praxis für Mitarbeiterkategorien, deren Tätigkeit sich wesentlich auf das Gesamtrisikoprofil der Bank auswirkt (sogenannte Risk Taker), erfolgt in Form eines eigenständigen Berichts für die HVB. Dieser wird einmal jährlich zum 31. Dezember erstellt und im zweiten Quartal des Folgejahres auf der Internetseite der Bank unter „ÜBER UNS“ > „Investor Relations“ > „Corporate Governance“ veröffentlicht.

51 Bankaufsichtsrechtliche Eigenmittel

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel bestehen gemäß Artikel 72 CRR aus Kern- und Ergänzungskapital und betragen zum Jahresende 2017 nach festgestelltem Jahresabschluss 16.398 Mio € (2016: 16.073 Mio €). Dem Ergänzungskapital haben wir keine nicht realisierten Reserven nach § 10 Absatz 2 b KWG in der bis zum 31. Dezember 2013 geltenden Fassung zugerechnet.

Die nach Artikel 4 Absatz 1 Nr. 71 b i. V. m. Artikel 494 CRR ermittelten anrechenbaren Eigenmittel werden hauptsächlich zum Zwecke der Ermittlung der Obergrenzen für Groß- und Organkredite sowie für Beteiligungsbeschränkungen genutzt und belaufen sich zum Jahresende 2017 nach festgestelltem Jahresabschluss auf 16.398 Mio € (2016: 16.073 Mio €).

52 Derivative Finanzinstrumente

Die nachfolgende Tabelle liefert insbesondere detaillierte Informationen zu den Nominalen und Zeitwerten des gesamten Derivategeschäftes bzw. Kreditderivategeschäftes der HVB.

(in Mio €)

	NOMINALVOLUMEN					ZEITWERTE			
	RESTLAUFZEIT			SUMME		POSITIV		NEGATIV	
	BIS ZU 1 JAHR	ÜBER 1 BIS 5 JAHRE	ÜBER 5 JAHRE	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Zinsbezogene Geschäfte	633.326	850.343	784.086	2.267.755	2.066.289	48.244	60.988	44.136	57.880
OTC-Produkte									
Forward Rate Agreements	42.402	—	—	42.402	67.869	2	5	2	2
Zinsswaps	491.432	765.582	684.252	1.941.266	1.705.298	44.089	57.257	39.234	50.012
Zinsoptionen									
– Käufe	7.212	36.319	52.845	96.376	106.788	3.467	3.507	383	195
– Verkäufe	10.369	38.845	46.989	96.203	99.813	435	153	4.254	5.736
Sonstige Zinskontrakte	22	29	—	51	310	—	65	1	68
Börsengehandelte Produkte									
Zinsfutures	33.299	9.568	—	42.867	47.641	—	—	—	1.867
Zinsoptionen	48.590	—	—	48.590	38.570	251	1	262	—
Währungsbezogene Geschäfte	269.246	34.208	6.215	309.669	327.049	3.511	5.424	3.832	6.011
OTC-Produkte									
Devisentermingeschäfte	223.975	22.635	1.003	247.613	263.711	3.027	4.667	3.211	5.211
Devisenoptionen									
– Käufe	22.206	5.823	2.678	30.707	31.780	343	597	175	161
– Verkäufe	22.801	5.750	2.534	31.085	31.554	132	160	446	639
Sonstige Devisenkontrakte	262	—	—	262	—	9	—	—	—
Börsengehandelte Produkte									
Devisenfutures	2	—	—	2	4	—	—	—	—
Devisenoptionen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zins-/Währungsswaps	43.662	93.174	44.867	181.703	191.581	4.405	6.545	3.948	6.801
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	43.515	33.272	10.655	87.442	78.942	2.111	2.251	2.914	3.186
OTC-Produkte									
Aktien-/Indexswaps	6.211	5.920	636	12.767	9.994	160	204	163	302
Aktien-/Indexoptionen									
– Käufe	3.399	1.778	838	6.015	5.338	251	377	190	152
– Verkäufe	13.716	7.934	4.458	26.108	26.930	70	58	593	641
Sonstige Aktien-/									
Indexkontrakte	440	259	505	1.204	194	34	17	1	—
Börsengehandelte Produkte									
Aktien-/Indexfutures	6.079	1.242	273	7.594	5.667	9	5	9	5
Aktien-/Indexoptionen	13.670	16.139	3.945	33.754	30.819	1.587	1.590	1.958	2.086
Kreditderivate	11.438	27.687	1.606	40.731	56.205	385	671	443	556
Sonstige Geschäfte	8.215	3.901	422	12.538	13.389	375	438	530	624
HVB	1.009.402	1.042.585	847.851	2.899.838	2.733.455	59.031	76.317	55.803	75.058

Die Derivate dienen überwiegend Handelszwecken.

Auf das Bankbuch entfallen Derivate mit positiven Zeitwerten in Höhe von 1,5 Mrd € (2016: 1,7 Mrd €) und Derivate mit negativen Zeitwerten in Höhe von 0,7 Mrd € (2016: 0,9 Mrd €).

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

53 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Der durchschnittliche Personalstand beträgt:

	2017	2016
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Auszubildende)	13.264	13.745
davon:		
Vollzeitbeschäftigte	9.739	10.231
Teilzeitbeschäftigte	3.525	3.514
Auszubildende	337	425

Nach der Betriebszugehörigkeit ergibt sich folgendes Bild:

(in %)

BETRIEBSZUGEHÖRIGKEIT	MITARBEITERINNEN	MITARBEITER	2017	2016
	(OHNE AUSZUBILDENDE)		INSGESAMT	
25 Jahre und darüber	30,2	24,0	27,3	24,3
15 bis unter 25 Jahre	26,6	20,3	23,6	26,4
10 bis unter 15 Jahre	19,3	20,1	19,7	18,0
5 bis unter 10 Jahre	11,3	16,1	13,5	16,4
unter 5 Jahre	12,6	19,5	15,9	14,9

54 Organbezüge

(in T€)

	2017						
	KURZFRISTIG FÄLLIGE LEISTUNGEN		KOMponenten MIT LANGFRISTIGER ANREIZWIRKUNG		LEISTUNGEN NACH BEENDIGUNG DES ARBEITS-VERHÄLTNISSES	LEISTUNGEN AUS ANLASS DER BEENDIGUNG DES ARBEITS-VERHÄLTNISSES	INSGESAMT
	FIXGEHALT	KURZFRISTIGE ERFOLGS-BEZOGENE BARVERGÜTUNG	LANGFRISTIGE ERFOLGS-BEZOGENE BARVERGÜTUNG	AKTIEN-BASIERTE VERGÜTUNG			
Mitglieder des Vorstands							
der UniCredit Bank AG	4.802	506	1.342	1.164	1.479	—	9.293
Mitglieder des Aufsichtsrats							
der UniCredit Bank AG							
für Aufsichtsrats­tätigkeit	790	—	—	—	—	—	790
Mitglieder des Aufsichtsrats							
der UniCredit Bank AG							
für die Tätigkeit							
als Arbeitnehmervertreter	386	31	—	—	30	—	447
Frühere Mitglieder							
des Vorstands							
der UniCredit Bank AG							
und deren Hinterbliebene	159	58	342	383	1.347	—	2.289

(in T€)

	2016						
	KURZFRISTIG FÄLLIGE LEISTUNGEN		KOMPONENTEN MIT LANGFRISTIGER ANREIZWIRKUNG		LEISTUNGEN NACH BEENDIGUNG DES ARBEITS- VERHÄLTNISSES	LEISTUNGEN AUS ANLASS DER BEENDIGUNG DES ARBEITS- VERHÄLTNISSES	INSGESAMT
	FIXGEHALT	KURZFRISTIGE ERFOLGS- BEZOGENE BARVERGÜTUNG	LANGFRISTIGE ERFOLGS- BEZOGENE BARVERGÜTUNG	AKTIEN- BASIERTE VERGÜTUNG			
Mitglieder des Vorstands							
der UniCredit Bank AG	5.910	916	998	1.600	1.597	—	11.021
Mitglieder des Aufsichtsrats							
der UniCredit Bank AG							
für Aufsichtsrats­tätigkeit	831	—	—	—	—	—	831
Mitglieder des Aufsichtsrats							
der UniCredit Bank AG							
für die Tätigkeit							
als Arbeitnehmervertreter	386	27	—	—	25	—	438
Frühere Mitglieder							
des Vorstands							
der UniCredit Bank AG							
und deren Hinterbliebene	337	136	307	537	1.382	—	2.699

Aufgabe des Aufsichtsratsplenums der Bank ist es, über die Festsetzung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder zu beschließen sowie die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme für den Vorstand zu überprüfen. Dabei wird das Aufsichtsratsplenum durch den Vergütungskontrollausschuss unterstützt, der dem Aufsichtsratsplenum entsprechende Vorschläge unterbreitet. Zentrale Kriterien der Ausgestaltung der Vergütung sowie der Vergütungsstruktur für die Vorstandsmitglieder sind die Angemessenheit und Nachhaltigkeit. Die Vergütungsstruktur ergibt sich aus den Anstellungsverträgen mit den Vorstandsmitgliedern und besteht aus zwei Komponenten: einem Festgehalt und einer variablen Vergütung. Grundsätzlich wird die variable Vergütung anteilig über mehrere Jahre zeitversetzt in bar und in Aktien zugesagt, wobei die Auszahlung in den Folgejahren von der Erreichung definierter Unternehmensziele abhängt.

In der Tabelle werden neben der direkten Vergütung Versorgungszusagen für acht Vorstandsmitglieder ausgewiesen. Sechs Vorstandsmitglieder nahmen in 2017 an der arbeitgeberfinanzierten fondsgebundenen Altersversorgung für Leitende Angestellte (AgfA) teil. Als Beitrag werden bzw. wurden von der Bank 35% des Festgehalts aufgewendet (2017: 1.237 T€; 2016: 1.243 T€).

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

Den Mitgliedern des Vorstands werden im üblichen Rahmen Sachbezüge und sonstige Nebenleistungen gewährt. Diese Werte sind in dem ausgewiesenen Fixum enthalten.

Vergütungen der Vorstandsmitglieder für Aufsichtsratsmandate bei Konzernunternehmen sind an die HVB abzuführen.

Für frühere Mitglieder des Vorstands sowie pensionierte Vorstandsmitglieder der HVB und deren Hinterbliebene bestanden per 31. Dezember 2017 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen anhand des Anwartschaftsbarwertverfahrens (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelten Erfüllungsbetrags unter Berücksichtigung künftig erwarteter Rentensteigerungen von 25,2 Mio € (2016: 17,8 Mio €).

Dem Vorstand wurden im Berichtsjahr aktienbasierte Vergütungen unter dem Group Incentive System in folgendem Umfang gewährt:

AN MITGLIEDER DES VORSTANDS DER UNICREDIT BANK AG GEWÄHRTE AKTIEN	2017	2016
Anzahl der gewährten Aktien (Stück)	248.064	372.176
Anzahl der zugesagten Aktien (Stück) nach Kapitalmaßnahmen 2017	49.495	
Fair Value je Aktie am Tag der Gewährung (€)	14,030	3,462

55 Organkredite

Forderungen an nahestehende Personen, eingegangene Haftungsverhältnisse für diese sowie Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Personen stellen sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

(in T€)

	2017			2016		
	FORDERUNGEN	HAFTUNGS- VERHÄLTNISSE	VERBINDLICH- KEITEN	FORDERUNGEN	HAFTUNGS- VERHÄLTNISSE	VERBINDLICH- KEITEN
Mitglieder des Vorstands						
sowie deren nahestehende Personen	2.401	10	8.156	1.416	—	7.896
Mitglieder des Aufsichtsrats						
sowie deren nahestehende Personen	299	—	4.296	340	—	4.260

Der HVB nahestehende Personen sind Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder und jeweils deren nahe Familienangehörige.

Kredite an Mitglieder des Vorstands und deren nahestehende Familienangehörige wurden als Kontokorrentkredit mit einem Zinssatz von 6% und Laufzeit bis 2021 sowie Hypothekendarlehen mit Zinssätzen zwischen 1,36% und 5,13% und Fälligkeiten in den Jahren 2022 bis 2037 ausgereicht.

Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrats und deren nahestehende Familienangehörige wurden als Dispositionskredit mit einem Zinssatz von 10,63% und Laufzeit „bis auf Weiteres“, Überziehung mit Zinssatz von 10,63% sowie Hypothekendarlehen mit Zinssatz von 1,92% und Fälligkeit in 2035 ausgereicht.

Alle mit dem aufgeführten Personenkreis getätigten Bankgeschäfte wurden zu marktüblichen Konditionen und Sicherheiten abgeschlossen.

56 Mitglieder des Aufsichtsrats

Gianni Franco Papa	Vorsitzender
Florian Schwarz Dr. Wolfgang Spießler	Stellv. Vorsitzende
Paolo Cornetta Beate Dura-Kempf Francesco Giordano Klaus Grünewald Werner Habich bis 30.11.2017 Prof. Dr. Annette G. Köhler Dr. Marita Kraemer Klaus-Peter Prinz Jens-Uwe Wächter bis 30.9.2017 Oliver Skrbot seit 1.12.2017 Christian Staack seit 1.10.2017	Mitglieder

57 Mitglieder des Vorstands

Sandra Betocchi Drwenski seit 1.11.2017	Chief Operating Officer (COO)
Peter Buschbeck	Commercial Banking – Privatkunden Bank
Ljiljana Čortan seit 1.1.2018	Chief Risk Officer (CRO)
Dr. Michael Diederich	Corporate & Investment Banking Sprecher des Vorstands (seit 1.1.2018) Human Capital/Arbeit und Soziales (seit 1.1.2018)
Heinz Laber bis 31.10.2017	Chief Operating Officer (COO)
Robert Schindler	Commercial Banking – Unternehmer Bank
Andrea Umberto Varese bis 31.12.2017	Chief Risk Officer (CRO)
Dr. Theodor Weimer bis 31.12.2017	Sprecher des Vorstands Human Capital/Arbeit und Soziales
Guglielmo Zadra	Chief Financial Officer (CFO)

Verzeichnis der Organmitglieder und deren Mandate

58 Aufsichtsrat

NAME, BERUF, WOHNORT	MANDATE IN ANDEREN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSRÄTEN VON INLÄNDISCHEN GESELLSCHAFTEN ¹	MITGLIEDSCHAFTEN IN VERGLEICHBAREN IN- UND AUSLÄNDISCHEN KONTROLLGREMIIEN VON WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN ¹
Gianni Franco Papa General Manager der UniCredit S.p.A., Wien Vorsitzender		UniCredit Bank Austria AG, Wien, Bank Polska Kasa Opieki Spółka Akcyjna (BANK PEKAO SA), Warschau, bis 7.6.2017
Florian Schwarz Mitarbeiter der UniCredit Bank AG, München stellv. Vorsitzender		
Dr. Wolfgang Sprißler ehemaliger Sprecher des Vorstands der UniCredit Bank AG, Sauerlach stellv. Vorsitzender		Dr. R. Pfleger Chemische Fabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bamberg (stellv. Vorsitzender)
Paolo Cornetta Head of Group Human Capital der UniCredit S.p.A., Mailand		ES Shared Service Center S.p.A, Cernusco sul Naviglio/Mailand, UniCredit Bank Austria AG, Wien, seit 19.4.2017
Beate Dura-Kempf Mitarbeiterin der UniCredit Bank AG, Litzendorf		
Francesco Giordano Co-Chief Operating Officer der UniCredit S.p.A., Mailand		UniCredit Business Integrated Solutions S.C.p.A., Mailand, Pioneer Asset Global Management S.p.A., Mailand, bis 3.7.2017
Klaus Grünwald Fachbereichsleiter FB1, Landesbezirk Bayern der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, Gröbenzell	Fiducia & GAD IT AG, Frankfurt am Main, bis 29.6.2017	
Werner Habich bis 30.11.2017 Mitarbeiter der UniCredit Bank AG, Mindelheim		

¹ Stand 31.12.2017

NAME, BERUF, WOHNORT	MANDATE IN ANDEREN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSRÄTEN VON INLÄNDISCHEN GESELLSCHAFTEN ¹	MITGLIEDSCHAFTEN IN VERGLEICHBAREN IN- UND AUSLÄNDISCHEN KONTROLLGREMIE N VON WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN ¹
Prof. Dr. Annette G. Köhler Universitätsprofessorin und Inhaberin des Lehrstuhls für Rechnungswesen, Wirtschaftsprüfung und Controlling, Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Betriebswirt- schaftslehre – Mercator School of Management, Düsseldorf	Value-Holdings Capital Partners AG, Gersthofen, bis 26.4.2017, DMG MORI AKTIENGESELLSCHAFT, Bielefeld, seit 5.5.2017	
Dr. Marita Kraemer ehemaliges Mitglied des Vorstands der Zurich GI Management Aktiengesellschaft (Deutschland), und ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung der Zurich Service GmbH, Frankfurt am Main		EULER HERMES GROUP S.A., Paris, Allianz France S.A., Paris
Klaus-Peter Prinz Mitarbeiter der UniCredit Luxembourg S.A., Trier		
Oliver Skrbot seit 1.12.2017 Mitarbeiter der UniCredit Bank AG, Buttenwiesen		
Christian Staack seit 1.10.2017 Mitarbeiter der UniCredit Bank AG, Hamburg		
Jens-Uwe Wächter bis 30.9.2017 Mitarbeiter der UniCredit Bank AG, Himmelpforten		

¹ Stand 31.12.2017

Verzeichnis der Organmitglieder und deren Mandate (FORTSETZUNG)

59 Vorstand

NAME	MANDATE ¹ IN ANDEREN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSRÄTEN VON INLÄNDISCHEN GESELLSCHAFTEN	MITGLIEDSCHAFTEN ¹ IN VERGLEICHBAREN IN- UND AUSLÄNDISCHEN KONTROLLGREMIIEN VON WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN
Sandra Betocchi Drwenski Jahrgang 1958 seit 1.11.2017 Chief Operating Officer (COO)	HVB Immobilien AG, München (Vorsitzende) ² , seit 1.11.2017	UniCredit Business Integrated Solutions S.C.p.A., Mailand
Peter Buschbeck Jahrgang 1961 Commercial Banking – Privatkunden Bank	Bankhaus Neelmeyer Aktiengesellschaft, Bremen (Vorsitzender) ² , bis 31.3.2017, WealthCap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH, München (stellv. Vorsitzender) ² , Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Wealth Management Capital Holding GmbH, München (stellv. Vorsitzender) ²
Dr. Michael Diederich Jahrgang 1965 Corporate & Investment Banking	Bayerische Börse Aktiengesellschaft, München (stellv. Vorsitzender)	PORR AG, Wien, ESMT European School of Management and Technology GmbH, Berlin
Heinz Laber Jahrgang 1953 bis 31.10.2017 Chief Operating Officer (COO)	HVB Immobilien AG, München (Vorsitzender) ² , bis 31.10.2017, HVB Trust Pensionsfonds AG, München (Vorsitzender)	BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin (Vorsitzender), BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin (Vorsitzender), UniCredit Business Integrated Solutions S.C.p.A., Mailand, stellv. Vorsitzender, bis 10.4.2017
Robert Schindler Jahrgang 1964 Commercial Banking – Unternehmer Bank		UniCredit Leasing GmbH, Hamburg (Vorsitzender) ² , UniCredit Leasing Finance GmbH, Hamburg (Vorsitzender) ²
Andrea Umberto Varese Jahrgang 1964 bis 31.12.2017 Chief Risk Officer (CRO)	HVB Immobilien AG, München ² , WealthCap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH, München ²	UniCredit Luxembourg S.A., Luxemburg (Vorsitzender) ² , Wealth Management Capital Holding GmbH, München ² , UniCredit Bank Austria AG, Wien, seit 27.11.2017
Dr. Theodor Weimer Jahrgang 1959 bis 31.12.2017 Sprecher des Vorstands Human Capital/Arbeit und Soziales	FC Bayern München AG, München, Thyssen'sche Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Mülheim an der Ruhr, seit 1.1.2017	
Guglielmo Zadra Jahrgang 1972 Chief Financial Officer (CFO)		

¹ Stand 31.12.2017

² Konzernmandat

60 Zusammenstellung der Mandate von Mitarbeitern

NAME	MANDATE ¹ IN ANDEREN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSGREMIEN VON GROSSEN KAPITALGESELLSCHAFTEN
Matthias Biebl	Wacker Chemie AG, München
Thomas Breiner	AGROB Immobilien AG, Ismaning ²
Dr. Bernhard Brinker	UniCredit Luxembourg S.A., Luxemburg ²
Matthias Brückl	M&M Militzer & Münch International Holding GmbH, St. Gallen
Joachim Dobrikat	VALOVIS BANK AG, Essen
Matthias Glückert	OECHSLER AG, Ansbach
Stephanie Kraus-Nijboer	UniCredit Luxembourg S.A., Luxemburg ²
Dr. Andreas Mayer	UniCredit Luxembourg S.A., Luxemburg ²
Gabriele Rauer	UniCredit Direct Services GmbH, München ²
Dr. Richard Wegener	UniCredit Direct Services GmbH, München ²
Peter Weidenhöfer	AGROB Immobilien AG, Ismaning ²

¹ Stand 31.12.2017

² Konzernmandat

Beteiligungsbesitz

61 Aufstellung Beteiligungsbesitz

Gemäß § 313 Absatz 2 HGB zum Konzernabschluss sowie gemäß § 285 Nr. 11, 11a HGB und § 340a Absatz 4 HGB zum Jahresabschluss der UniCredit Bank AG.

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
1 Beherrschte Unternehmen						
1.1 Kontrolle durch Stimmrechte						
1.1.1 In den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen						
1.1.1.1 Kreditinstitute						
UniCredit Leasing Finance GmbH	Hamburg	100,0	100,0	EUR	160.013	²
UniCredit Luxembourg S.A. ¹¹	Luxemburg	100,0		EUR	1.342.482	69.303
1.1.1.2 Sonstige konsolidierte Tochterunternehmen						
Acis Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Oberbaum City KG ³	Grünwald	100,0	100,0	EUR	33	4.905
Acis Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Parkkolonnaden KG ³	Grünwald	100,0	100,0	EUR	34	– 372
Acis Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Stuttgart Kronprinzstraße KG ³	Grünwald	100,0	100,0	EUR	41	563
AGROB Immobilien AG (Stimmrechtsanteil: 75,0%) ^{4,11}	Ismaning	52,7	52,7	EUR	25.218	1.913
Antus Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH	München	90,0	90,0	EUR	– 16.872	
Argentaurus Immobilien-Vermietungs- und Verwaltungs GmbH ³	München	100,0	100,0	EUR	793	²
ARRONDA Immobilienverwaltungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	– 40.601	975
Atlanterra Immobilienverwaltungs GmbH	München	90,0	90,0	EUR	– 37.312	950
A&T-Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Potsdamer Platz Berlin KG ³	München	100,0	100,0	EUR	– 37.240	
Aufbau Dresden GmbH	München	100,0	100,0	EUR	– 23.944	
Bayerische Wohnungsgesellschaft für Handel und Industrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung	München	100,0	100,0	EUR	294	²
Bertram Projekt Unodecima Technikzentrum GmbH & Co. KG	Hannover	94,0	94,0	EUR	– 2.291	306
B.I. International Limited	George Town	100,0	100,0	EUR	– 254	531
BIL Leasing-Fonds GmbH & Co VELUM KG (Stimmrechtsanteil: 66,7%, davon mittelbar 33,3%)	Grünwald	100,0		EUR	– 2	0
BIL Leasing-Fonds Verwaltungs-GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	31	– 1
BV Grundstücksentwicklungs-GmbH ³	München	100,0	100,0	EUR	511	²
BV Grundstücksentwicklungs-GmbH & Co. Verwaltungs-KG ³	München	100,0		EUR	611	– 111
CUMTERRA Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH ³	München	100,0	93,9	EUR	26	²
Delpha Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Großkugel Bauabschnitt Alpha Management KG ³	München	100,0	100,0	EUR	– 22.880	
Delpha Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Großkugel Bauabschnitt Beta Management KG ³	München	100,0	100,0	EUR	– 53.477	
Delpha Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Großkugel Bauabschnitt Gamma Management KG ³	München	100,0	100,0	EUR	– 59.493	
Erste Onshore Windkraft Beteiligungsgesellschaft mbH & Co.						
Windpark Greifath KG (Stimmrechtsanteil: 68,3%)	Oldenburg	68,5	68,5	EUR	24	6
Erste Onshore Windkraft Beteiligungsgesellschaft mbH & Co.						
Windpark Krähenberg KG (Stimmrechtsanteil: 68,3%)	Oldenburg	68,5	68,5	EUR	– 326	– 5
Erste Onshore Windkraft Beteiligungsgesellschaft mbH & Co.						
Windpark Mose KG (Stimmrechtsanteil: 68,3%)	Oldenburg	68,5	68,5	EUR	– 81	– 20
Food & more GmbH ³	München	100,0		EUR	235	^{1.1}
GIMMO Immobilien-Vermietungs- und Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	26	²
Golf- und Country Club Seddiner See Immobilien GmbH	München	100,0	100,0	EUR	– 15.507	
Grundstücksaktiengesellschaft am Potsdamer Platz (Haus Vaterland)	München	98,2	98,2	EUR	4.495	²

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
Grundstücksgesellschaft Simon						
beschränkt haftende Kommanditgesellschaft ³	München	100,0	100,0	EUR	52	1.289
H & B Immobilien GmbH & Co. Objekte KG ³	München	100,0	100,0	EUR	5	– 1
HAWA Grundstücks GmbH & Co. oHG Hotelverwaltung ³	München	100,0	100,0	EUR	276	1.140
HAWA Grundstücks GmbH & Co. OHG Immobilienverwaltung ³	München	100,0	100,0	EUR	54	496
H.F.S. Immobilienfonds GmbH	Ebersberg	100,0	100,0	EUR	26	²
H.F.S. Leasingfonds Deutschland 1 GmbH & Co. KG						
(Immobilienleasing)	München	99,4	99,4	EUR	19.756	3.297
H.F.S. Leasingfonds GmbH	Ebersberg	100,0	100,0	EUR	36	121
HJS 12 Beteiligungsgesellschaft mbH ³	München	100,0		EUR	278	^{1,2}
HVB Capital LLC	Wilmington	100,0		USD	1.128	87
HVB Capital LLC II	Wilmington	100,0		GBP	2	0
HVB Capital LLC III	Wilmington	100,0		USD	1.107	90
HVB Capital Partners AG ³	München	100,0		EUR	12.671	^{1,3}
HVB Export Leasing GmbH	München	100,0		EUR	39	0
HVB Funding Trust II	Wilmington	100,0		GBP	2	
HVB Gesellschaft für Gebäude Beteiligungs GmbH	München	100,0		EUR	29	0
HVB Gesellschaft für Gebäude mbH & Co KG ³	München	100,0		EUR	871.401	26.676
HVB Hong Kong Limited	Hongkong	100,0		USD	4.603	– 15
HVB Immobilien AG ³	München	100,0		EUR	86.644	^{1,4}
HVB Investments (UK) Limited	George Town	100,0		GBP	0	
HVB London Investments (AVON) Limited	London	100,0		GBP	0	
HVB Profil Gesellschaft für Personalmanagement mbH ³	München	100,0		EUR	28	^{1,5}
HVB Projekt GmbH ³	München	100,0	94,0	EUR	72.151	²
HVB Secur GmbH ³	München	100,0		EUR	126	^{1,6}
HVB Tecta GmbH ³	München	100,0	94,0	EUR	1.751	²
HVB Verwa 4 GmbH ³	München	100,0		EUR	10.132	^{1,7}
HVB Verwa 4.4 GmbH ³	München	100,0	100,0	EUR	10.025	²
HVBFF International Greece GmbH	München	100,0	100,0	EUR	280	0
HVBFF Internationale Leasing GmbH	München	100,0	100,0	EUR	7	0
HVBFF Objekt Beteiligungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	33	– 2
HVZ GmbH & Co. Objekt KG ³	München	100,0	100,0	EUR	148.091	4.525
Hypo-Bank Verwaltungszentrum GmbH	München	100,0	100,0	EUR	17	2
Hypo-Bank Verwaltungszentrum GmbH & Co. KG						
Objekt Arabellastraße ³	München	100,0	100,0	EUR	26	– 2.832
HYPO-REAL Haus- und Grundbesitz Gesellschaft mbH & Co.						
Immobilien-Vermietungs KG ³	München	80,0	80,0	EUR	– 850	
Interra Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH ³	München	100,0	93,9	EUR	51	²
Life Management Erste GmbH	München	100,0	100,0	EUR	24	²
Life Management Zweite GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	24	²
MERKURHOF Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung ³	München	100,0		EUR	16.692	^{1,8}
MILLETERRA Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH ³	München	100,0	100,0	EUR	25	²
Mobility Concept GmbH ¹¹	Oberhaching	60,0	60,0	EUR	13.561	5.186
Movie Market Beteiligungs GmbH i. L.	München	100,0	100,0	EUR	15	0
NF Objekt FFM GmbH ³	München	100,0	100,0	EUR	125	²
NF Objekt München GmbH ³	München	100,0	100,0	EUR	75	²
NF Objekte Berlin GmbH ³	München	100,0	100,0	EUR	15.725	²
Ocean Breeze Asset GmbH & Co. KG	Bremen	100,0	100,0	EUR	– 22	– 12
Ocean Breeze Energy GmbH & Co. KG ³	Bremen	100,0	100,0	EUR	– 39.072	19.136
Ocean Breeze GmbH	Bremen	100,0	100,0	EUR	4	– 9

Beteiligungsbesitz (FORTSETZUNG)

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
Omnia Grundstücks-GmbH & Co.						
Objekt Eggenfeldener Straße KG ³	München	100,0	100,0	EUR	26	– 1
Omnia Grundstücks-GmbH & Co. Objekt Haidenauplatz KG ³	München	100,0	94,0	EUR	26	– 106
Omnia Grundstücks-GmbH & Co. Objekt Perlach KG ³	München	100,0	100,0	EUR	4.014	449
Orestos Immobilien-Verwaltungs GmbH ³	München	100,0	100,0	EUR	56.674	²
Othmarschen Park Hamburg GmbH & Co. Centerpark KG ³	München	100,0	100,0	EUR	– 18.942	
Othmarschen Park Hamburg GmbH & Co. Gewerbepark KG ³	München	100,0	100,0	EUR	– 44.083	
Perikles 20092 Vermögensverwaltung GmbH	Bremen	100,0	100,0	EUR	12	– 9
Portia Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co.						
Objekt KG ³	München	100,0	100,0	EUR	500.014	3.811
„Portia“ Grundstücksverwaltungs-Gesellschaft						
mit beschränkter Haftung	München	100,0	100,0	EUR	31	0
RHOTERRA Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH ³	München	100,0	93,9	EUR	26	²
Rolin Grundstücksplanungs- und -verwaltungsgesellschaft mbH	München	100,0	100,0	EUR	48	5
Roncasa Immobilien-Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	– 36.170	950
Salvatorplatz-Grundstücksgesellschaft mbH & Co.						
oHG Saarland ³	München	100,0	100,0	EUR	1.534	928
Salvatorplatz-Grundstücksgesellschaft mbH & Co.						
OHG Verwaltungszentrum ³	München	100,0	100,0	EUR	2.301	– 5.449
Salvatorplatz-Grundstücksgesellschaft mit						
beschränkter Haftung	München	100,0	100,0	EUR	711	²
Selfoss Beteiligungsgesellschaft mbH ³	Grünwald	100,0	100,0	EUR	25	²
Simon Verwaltungs-Aktiengesellschaft i.L. ⁴	München	<100,0		EUR	3.045	– 24
Sirius Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	– 143.835	²
Solos Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Sirius Beteiligungs KG ³	München	100,0	100,0	EUR	– 31.923	950
Spree Galerie Hotelbetriebsgesellschaft mbH ³	München	100,0	100,0	EUR	249	²
Structured Invest Société Anonyme	Luxemburg	100,0		EUR	7.061	41
T & P Frankfurt Development B.V.	Amsterdam	100,0	100,0	EUR	– 7.024	– 19
T & P Vastgoed Stuttgart B.V.	Amsterdam	87,5	87,5	EUR	– 15.494	– 11
TERRENO Grundstücksverwaltung GmbH & Co.						
Entwicklungs- und Finanzierungsvermittlungs-KG ³	München	75,0	75,0	EUR	– 268.579	
Terronda Development B.V.	Amsterdam	100,0	100,0	EUR	– 360	²
TIVOLI Grundstücks-Aktiengesellschaft ⁴	München	99,7	99,7	EUR	11.791	4.275
Transterra Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH ³	München	100,0	93,9	EUR	26	²
TRICASA Grundbesitz Gesellschaft mbH & Co.						
1. Vermietungs KG ³	München	100,0	100,0	EUR	10.325	791
TRICASA Grundbesitzgesellschaft des bürgerlichen Rechts Nr. 1	München	100,0	100,0	EUR	23.601	1.597
Trinitrade Vermögensverwaltungs-Gesellschaft						
mit beschränkter Haftung	München	100,0		EUR	233	– 583
UniCredit Beteiligungs GmbH	München	100,0		EUR	1.175	^{1.9}
UniCredit Capital Markets LLC	New York	100,0	100,0	USD	127.033	7.977
UniCredit (China) Advisory Limited	Peking	100,0		CNY	210	– 1.067
UniCredit Direct Services GmbH ³	München	100,0		EUR	937	^{1.10}
UniCredit Leasing Aviation GmbH	Hamburg	100,0	100,0	EUR	26.693	– 395
UniCredit Leasing GmbH ^{2.11}	Hamburg	100,0		EUR	452.026	^{1.11}
UniCredit U.S. Finance LLC	Wilmington	100,0		USD	115.432	801
Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt MOC KG ³	München	89,3	89,3	EUR	– 98.514	1.802
Verwaltungsgesellschaft Katharinenhof mbH ³	München	100,0		EUR	708	^{1.12}
V.M.G. Vermietungsgesellschaft mbH	München	100,0	100,0	EUR	26	²
Wealth Management Capital Holding GmbH	München	100,0		EUR	20.548	^{1.13}
WealthCap Aircraft 27 GmbH & Co. KG	Grünwald	100,0	100,0	USD	2	
WealthCap Aircraft 27 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	25	0
WealthCap Entity Service GmbH	München	100,0	100,0	EUR	570	70
WealthCap Equity GmbH	München	100,0	100,0	EUR	3.437	2.937

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN- KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
WealthCap Equity Management GmbH	München	100,0	100,0	EUR	1.255	1.230
WealthCap Fonds GmbH	München	100,0	100,0	EUR	1.042	530
WealthCap Immobilien 1 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0	EUR	– 371	– 373
WealthCap Immobilien 2 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0	EUR	144	98
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 36						
Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	– 309	– 340
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 38						
Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	16	– 72
WealthCap Initiatoren GmbH	München	100,0	100,0	EUR	4.940	3.370
WealthCap Investment Services GmbH	München	100,0	90,0	EUR	5.101	²
WealthCap Investments, Inc.	Wilmington	100,0	100,0	USD	1.849	485
WealthCap Investorenbetreuung GmbH	München	100,0	100,0	EUR	155	²
WealthCap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH	München	100,0	100,0	EUR	7.099	²
WealthCap Leasing GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	– 145	– 170
WealthCap Los Gatos 131 Albright Way L.P.	Wilmington	100,0	100,0	USD	– 1.693	– 677
WealthCap Management Services GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	3.222	3.186
WealthCap Objekte Südwest GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0	EUR	– 1.180	– 385
WealthCap Objekt-Vorrat 20 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0	EUR	772	760
WealthCap Objekt-Vorrat 21 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0	EUR	30	20
WealthCap PEIA Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	57	3
WealthCap PEIA Management GmbH	München	100,0	94,0	EUR	2.381	1.141
WealthCap Portland Park Square, L.P.	Wilmington	100,0	100,0	USD	– 827	– 665
WealthCap Real Estate Management GmbH	München	100,0	100,0	EUR	108	²
WealthCap Stiftungstreuhand GmbH	München	100,0	100,0	EUR	43	2
WealthCap USA Immobilien Verwaltungen GmbH	München	100,0	100,0	EUR	223	173
WealthCap Vorrats-2 GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	25	– 8
1.1.2 Nicht konsolidierte Tochterunternehmen⁵						
Acis Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH	Grünwald	100,0	100,0	EUR	25	²
AGRUND Grundstücks-GmbH	München	90,0	90,0			
Alexandersson Real Estate I B.V.	Apeldoorn	100,0	100,0			
„Alte Schmelze“ Projektentwicklungsgesellschaft mbH	München	100,0	100,0			
Altea Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt I KG	München	100,0	100,0			
AMMS Ersatz-Komplementär GmbH	Ebersberg	100,0	100,0			
AMMS Komplementär GmbH i.L.	Ebersberg	98,8	98,8			
ANWA Gesellschaft für Anlagenverwaltung mbH	München	95,0	93,9			
Apir Verwaltungsgesellschaft mbH & Co.						
Immobilien- und Vermietungs KG	München	100,0	100,0	EUR	– 33.657	950
Arena Stadion Beteiligungsverwaltungs-GmbH	München	100,0				
A&T-Projektentwicklungs-Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0			
BIL Aircraftleasing GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
BIL Immobilien Fonds GmbH	München	100,0	100,0			
BIL Leasing GmbH & Co Hotel Rostock KG i.L.	Rostock	58,9	58,9			
Blue Capital Metro Amerika Inc.	Wilmington	100,0	100,0			
BV Grundstücksentwicklungs-GmbH & Co.						
Schloßberg-Projektentwicklungs-KG	München	100,0	100,0			
Deltaterra Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH	München	100,0	93,9	EUR	26	²
GCCS Golfanlagen Errichtungs- und Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	26	²
Großkugel Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	– 3.354	²
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 1 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 3 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 4 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 6 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0				
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 7 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 8 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 9 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			

Beteiligungsbesitz (FORTSETZUNG)

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 10 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 11 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 12 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 15 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 16 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 18 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 19 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Europa 2 Beteiligungs GmbH	München	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Europa 3 Beteiligungs B.V.	Den Haag	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds Europa 3 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Immobilienfonds GmbH & Co. Europa 4 KG	München	100,0	100,0			
H.F.S. Leasingfonds Deutschland 1 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Leasingfonds Deutschland 7 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Value Management GmbH	München	100,0	100,0			
H.F.S. Zweitmarktfonds Deutschland 1 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Zweitmarktfonds Deutschland 2 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
H.F.S. Zweitmarktfonds Deutschland 3 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
H.F.S. Zweitmarktfonds Deutschland 4 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
Hofgarten Real Estate B.V. (Stimmrechtsanteil: 50,5%)	Amsterdam	47,2	47,2	EUR	– 49.346	– 25
HVB Services South Africa (Proprietary) Limited	Johannesburg	100,0				
HVBFF Kapitalvermittlungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	19	²
HVBFF Leasing & Investition GmbH & Co Erste KG	München	100,0	100,0			
HVBFF Leasing Objekt GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
HVBFF Leasing-Fonds Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0			
HVBFF Produktionshalle GmbH i.L.	München	100,0	100,0			
HVZ GmbH & Co. Objekt Unterföhring KG	München	100,0	100,0			
HYPO-REAL Haus- und Grundbesitz Gesellschaft mbH	München	100,0	100,0	EUR	128	²
Landos Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH	München	100,0	100,0			
Life Britannia GP Limited	Edgware	100,0	100,0			
Life Britannia Management GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
Life Verwaltungs Erste GmbH	München	100,0	100,0			
Life Verwaltungs Zweite GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
Motion Picture Production GmbH	Grünwald	51,2	51,2			
Omnia Grundstücks-GmbH	München	100,0	100,0	EUR	26	²
Omnia Grundstücks-GmbH & Co. Betriebs KG	München	100,0	94,0			
Othmarschen Park Hamburg Wohn- und Gewerbepark GmbH	München	100,0	100,0	EUR	102	²
Perterra Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH	München	100,0	100,0	EUR	26	²
Projekt-GbR Kronstadter Straße München	München	75,0	75,0			
Quinterra Gesellschaft für Immobilienverwaltung mbH	München	100,0	100,0	EUR	26	²
Redstone Mortgages Limited	London	100,0		GBP	52.580	665
Saphira Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH & Co.						
Frankfurt City West Office Center und Wohnbau KG	München	100,0	100,0			
Schloßberg-Projektentwicklungs-GmbH & Co 683 KG	München	100,0	100,0			
TERRENO Grundstücksverwaltung GmbH	München	75,0	75,0			
TERRENO Grundstücksverwaltung GmbH & Co.						
Objektgesellschaft Grillparzerstraße KG	München	75,0		EUR	– 3.002	0
Tishman Speyer Berlin Friedrichstraße KG i.L.						
(Stimmrechtsanteil: 96,6%, davon mittelbar 7,1%)	München	97,1	5,9			
UniCredit CAIB Securities UK Ltd.	London	100,0				
VCI Volta Center Immobilienverwaltungs GmbH	München	100,0	100,0	EUR	– 22.047	950
VereinWest Overseas Finance (Jersey) Limited	St. Helier	100,0				
WealthCap Canadian Management Inc.	Toronto	100,0	100,0			
WealthCap Dritte Europa Immobilien Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Equity Sekundär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Erste Kanada Immobilien Verwaltung GmbH	München	100,0	100,0			

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN- KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
WealthCap Europa Erste Immobilien –						
Objekt Niederlande – Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Europa Immobilien Fünfte Objekte						
Österreich Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Europa Immobilien Siebte Objekte						
Österreich Komplementär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Europa Immobilien Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Fondsportfolio Private Equity 21 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Fondsportfolio Private Equity 22 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien Deutschland 39 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien Deutschland 40 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien Deutschland 41 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien Nordamerika 16 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien Nordamerika 17 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien Services GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien und Verwaltung Sekundär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien 40 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Immobilien 41 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 36 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 37 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Los Gatos 121 Albright Way GP, Inc.	Wilmington	100,0	100,0			
WealthCap Los Gatos 131 Albright Way GP, Inc.	Wilmington	100,0	100,0	USD	– 2.037	– 793
WealthCap Management, Inc.	Wilmington	100,0	100,0			
WealthCap Mountain View GP, Inc.	Georgia	100,0	100,0			
WealthCap Objekt Bogenhausen GmbH & Co. KG	Grünwald	94,9	94,9	EUR	5.900	– 2.894
WealthCap Objekt-Vorrat 9 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Objekt-Vorrat 13 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Objekt-Vorrat 15 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Objekt-Vorrat 16 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Objekt-Vorrat 17 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Objekt-Vorrat 20 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Objekt-Vorrat 21 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Portfolio 3 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Portland Park Square GP Inc.	Atlanta	100,0	100,0			
WealthCap Private Equity GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Private Equity Sekundär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Private Equity 19 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Private Equity 20 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Private Equity 21 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Private Equity 22 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Real Estate GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Real Estate Komplementär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Real Estate Sekundär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap SachWerte Portfolio 2 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Spezial 3 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Spezial 4 Komplementär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Spezial 5 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Spezial 6 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Spezial-AIF 1 Komplementär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Spezial-AIF 4 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	100,0	100,0			
WealthCap Spezial-AIF 6 GmbH & Co. KG	München	100,0	100,0			

Beteiligungsbesitz (FORTSETZUNG)

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
WealthCap Vorrats-1 GmbH	Grünwald	100,0	100,0			
WealthCap Zweite Europa Immobilien Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap Zweite USA Immobilien Verwaltungs GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap ZweitmarktWerte Immobilien 4 Komplementär GmbH	München	100,0	100,0			
WealthCap ZweitmarktWerte 5 GP S.à r.l.	Senningerberg	100,0	100,0			
WealthCap 21/22 Equity GmbH & Co. KG (Stimmrechtsanteil: 100%)	Grünwald	—	—			
WealthCap 39 Komplementär GmbH	Grünwald	100,0	100,0			

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %	WÄHRUNG	GEZEICHNETES KAPITAL in Tausend	
1.2 In den Konzernabschluss einbezogene strukturierte Unternehmen mit und ohne Anteilsbesitz					
Altus Alpha Plc	Dublin	0	EUR	40	
Arabella Finance DAC	Dublin	0	EUR	<1	
BARD Engineering GmbH	Emden	0	EUR	100	
BARD Holding GmbH	Emden	0	EUR	25	
Buitengaats Holding B.V.	Eemshaven	0	EUR	18	
Cuxhaven Steel Construction GmbH	Cuxhaven	0	EUR	25	
Elektra Purchase No. 28 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 31 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 32 S.A.	Luxemburg	0	EUR	31	
Elektra Purchase No. 32 S.A. – Compartment 2	Luxemburg	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 33 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 34 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 35 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 36 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 37 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 38 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 39 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 40 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 41 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 42 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 43 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 44 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 46 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 47 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 48 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 54 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 55 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 57 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 58 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 718 DAC	Dublin	0	EUR	<1	
Elektra Purchase No. 911 Ltd.	St. Helier	0	EUR	<1	
European-Office-Fonds	München	0	EUR	0	
GELDILUX-TS-2013 S.A.	Luxemburg	0	EUR	31	
GELDILUX-TS-2015 S.A.	Luxemburg	0	EUR	31	
GEMMA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG (mittelbar gehalten)	Pullach	6,1	EUR	68.272	
H.F.S. Leasingfonds Deutschland 7 GmbH & Co. KG (mittelbar gehalten)	München	<0,1	EUR	56.605	
HVB Funding Trust	Wilmington	0	USD	0	
HVB Funding Trust III	Wilmington	0	USD	0	

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %	WÄHRUNG	GEZEICHNETES KAPITAL in Tausend
MOC Verwaltungs GmbH & Co.				
Immobilien KG (mittelbar gehalten) ^{4,6}	München	23,0	EUR	5.113
Ocean Breeze Finance S.A. – Compartment 1	Luxemburg	0	EUR	0
Rosenkavalier 2008 GmbH	Frankfurt am Main	0	EUR	25
Rosenkavalier 2015 UG	Frankfurt am Main	0	EUR	8

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES-ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
2 Gemeinschaftsunternehmen						
Gemeinschaftsunternehmen von untergeordneter Bedeutung⁵						
Heizkraftwerk Cottbus Verwaltungs GmbH i.L.	Cottbus	33,3		EUR	354	245
Heizkraftwerke-Pool Verwaltungs-GmbH	München	33,3		EUR	119	863
MoneyMap GmbH	Berlin	46,4		EUR	825	– 1.380
WealthCap Portfolio Finanzierungs-GmbH & Co. KG (Stimmrechtsanteil: 50,0%)	Grünwald	—		EUR	71.453	2.238
3 Assoziierte Unternehmen						
3.1 At-Equity bewertete assoziierte Unternehmen						
Adler Funding LLC ⁴	Dover	32,8		USD	13.032	2.442
Comtrade Group B.V. ^{4,11}	Rotterdam	21,1	21,1	EUR	48.679	12.808
Nautilus Tankers Limited ⁴	Valletta	45,0	45,0	USD	35.943	7.547
paydirekt Beteiligungsgesellschaft privater Banken mbH	Berlin	24,0		EUR	6.112	3
SwanCap Partners GmbH (Stimmrechtsanteil: 49,0%) ⁴	München	75,3		EUR	6.041	153
3.2 Assoziierte Unternehmen von untergeordneter Bedeutung⁵						
BioM Venture Capital GmbH & Co. Fonds KG (Stimmrechtsanteil: 20,4%)	Planegg	23,5				
MOC Verwaltungs GmbH	München	23,0	23,0			
4 Weitere Beteiligungen im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB⁵						
4.1 Kreditinstitute						
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	15,4		EUR	231.752	22.885
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH	Berlin	4,3		EUR	11.249	450
BGG Bayerische Garantiegesellschaft mbH für mittelständische Beteiligungen	München	10,5		EUR	48.737	2.360
Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH	Potsdam	7,8		EUR	27.601	1.273
Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin	9,1		EUR	16.350	201
Bürgschaftsbank Nordrhein-Westfalen GmbH – Kreditgarantiegemeinschaft –	Düsseldorf	0,6		EUR	34.158	1.114
Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH	Mainz	1,4		EUR	16.525	145
Bürgschaftsbank Saarland Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel, Handwerk und Gewerbe	Saarbrücken	1,3		EUR	4.295	43
Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg	8,9		EUR	15.158	209
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH (Stimmrechtsanteil: 5,4%)	Dresden	4,7		EUR	40.370	2.220
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	Kiel	5,4		EUR	39.211	564
Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt	8,7		EUR	25.304	700
Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH	Hamburg	10,5		EUR	24.499	535
MCB Bank Limited	Lahore	>0,0		PKR	138.105.686	19.138.491

Beteiligungsbesitz (FORTSETZUNG)

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
Niedersächsische Bürgschaftsbank GmbH	Hannover	3,0		EUR	24.464	1.273
Saarländische Investitionskreditbank AG	Saarbrücken	3,3		EUR	64.680	866
solarisBank AG	Berlin	11,8		EUR	5.675	– 7.588
4.2 Sonstige Unternehmen						
Acton GmbH & Co. Heureka II KG	München	8,9		EUR	53.120	– 895
Amstar Liquidating Trust (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	New York	>0,0	>0,0			
Babcock & Brown Limited	Sydney	3,2				
BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH ⁷	München	22,5		EUR	226.714	12.688
Bayerischer BankenFonds GbR ⁷	München	25,6				
BCV Investment SCA (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Luxemburg	1,1	1,1	EUR	603	230
BGN GmbH & Co. KG	Wiesbaden	6,0	6,0			
BIL Leasing-Fonds GmbH & Co. Altstadtanierung Freiberg KG (Stimmrechtsanteil: 0,3%)	Grünwald	—	—	EUR	459	886
BIL Leasing-Fonds GmbH & Co. Bankgebäude Leipzig KG (Stimmrechtsanteil: 0,3%)	Grünwald	—	—	EUR	– 597	720
BIL Leasing-Fonds GmbH & Co HONOR KG i.L. (Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	—	—			
Bil Leasing-Fonds GmbH & Co Objekt Verwaltungssitz Bankenverband KG (Stimmrechtsanteil: 0,2%)	Grünwald	—	—	EUR	824	1.184
BIL Leasing-Fonds GmbH & Co. Stadtanierung Freiberg KG (Stimmrechtsanteil: 0,2%)	Grünwald	—	—	EUR	2.005	6.829
BIL Leasing GmbH & Co Objekte Freiberg KG	Grünwald	6,0	6,0			
BIL Leasing GmbH & Co Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG (Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	—	—			
BioM Aktiengesellschaft Munich Bio Tech Development	Planegg	8,5		EUR	2.198	– 54
Blue Capital Equity I GmbH & Co.KG i.L.	München	>0,0	>0,0			
Blue Capital Equity II GmbH & Co. KG i.L.	München	>0,0	>0,0	EUR	1.811	– 45
Blue Capital Equity III GmbH & Co. KG (Stimmrechtsanteil: >0,0%)	München	0,8	0,8	EUR	8.800	– 589
Blue Capital Equity IV GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	15.576	275
Blue Capital Equity V GmbH & Co. KG (Stimmrechtsanteil: >0,0%)	München	0,1	0,1	USD	4.135	134
Blue Capital Equity VI GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	USD	23.300	1.997
Blue Capital Equity VII GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	USD	18.831	2.834
Blue Capital Equity VIII GmbH & Co. KG (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	München	0,7	0,7	EUR	20.232	420
Blue Capital Equity IX GmbH & Co. KG (Stimmrechtsanteil: 0,6%)	München	0,7	0,7	EUR	9.515	414
Blue Capital Europa Immobilien GmbH & Co. Fünfte Objekte Österreich KG	München	0,1	0,1	EUR	15.149	343
Blue Capital Europa Immobilien GmbH & Co. Sechste Objekte Großbritannien KG i.L.	München	>0,0	>0,0	EUR	1.500	– 3.506
Blue Capital Europa Immobilien GmbH & Co. Siebte Objekte Österreich KG	München	0,1	0,1	EUR	24.360	2.237
Blue Capital Metro Amerika Fund, L.P.	Wilmington	0,1	0,1	USD	164.923	– 2.524
Blue Capital Metropolitan Amerika GmbH & Co. KG	München	0,1	0,1	USD	120.502	6.755
Boston Capital Partners V, L.L.C.	Wilmington	10,0	10,0			
Boston Capital Ventures V, L.P. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Wilmington	20,0		USD	13.201	6
BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH	Hamburg	13,6		EUR	4.158	584
BV Capital GmbH & Co. Beteiligungs KG Nr. 1	Hamburg	16,8	16,8	EUR	2.094	237
Carlyle Partners V, L.P. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Wilmington	>0,0	>0,0	USD	4.668.584	666.851
Carlyle U.S. Equity Opportunity Fund, L.P. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Wilmington	0,9	0,9	USD	992.567	– 65.725
Charme II (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Mailand	7,7		EUR	8.651	6.866

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN- KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
CHARME INVESTMENTS S.C.A. (Stimmrechtsanteil: 12,1%)	Luxemburg	13,4		EUR	22.770	697
China International Packaging Leasing Co, Ltd.	Peking	17,5		CNY	– 101.056	553
China Investment Incorporations (BVI) Ltd.	Tortola	10,8	10,8	USD	48.485	4.570
Circle 1 Luxembourg Holdings S.C.A.	Luxemburg	0,6	0,6			
CLS Group Holdings AG	Zürich	1,2		GBP	369.636	32.345
CMC-Hertz Partners, L.P. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Wilmington	7,1	7,1			
CME Group Inc.	Wilmington	>0,0		USD	20.340.700	1.534.100
Earlybird GmbH & Co. Beteiligungskommanditgesellschaft III i.L.	München	9,7	9,7	USD	7.385	4.673
Easdaq NV	Leuven	>0,0		EUR	1.867	2.604
East Capital Financials Fund AB (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Stockholm	0,2		EUR	25.225	– 11.047
EDD AG (Stimmrechtsanteil: 3,1%)	Düsseldorf	3,0		EUR	32.245	– 542
Einkaufsgalerie Roter Turm Beteiligungs GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	7.926	310
Einkaufsgalerie Roter Turm Chemnitz GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	54.969	1.116
EURO Kartensysteme GmbH	Frankfurt am Main	6,0		EUR	11.635	173
FBEM Gesellschaft mit beschränkter Haftung i. L.	Berlin	3,0		EUR	271	2.740
Film & Entertainment VIP Medienfonds 4 GmbH & Co. KG	Grünwald	9,3	9,3	EUR	24.939	– 1.426
FinLeap GmbH ⁸	Berlin	3,6		EUR	21.935	– 6.878
Gut Waldhof GmbH & Co. Golfplatz Betriebs KG	Hamburg	0,7				
H.F.S. Immobilienfonds Bahnhofspassagen						
Potsdam GmbH & Co. KG	München	5,9	5,9	EUR	23.183	– 397
H.F.S. Immobilienfonds „Das Schloss“						
Berlin-Steglitz GmbH & Co. KG	München	6,0	6,0	EUR	26.861	776
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 1 GmbH & Co. KG	München	0,6	0,6	EUR	841	184
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 3 GmbH & Co. KG	München	0,2	0,2	EUR	1.903	935
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 4 GmbH & Co. KG	München	0,2	0,2	EUR	– 2.487	– 962
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 6 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	16.291	8.498
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 7 GmbH & Co. KG	München	0,1	0,1	EUR	7.034	1.549
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 8 GmbH & Co. KG	München	0,1	0,1	EUR	11.886	614
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 9 GmbH & Co. KG	München	0,1	0,1	EUR	6.619	410
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 10 GmbH & Co. KG	München	1,4	1,4	EUR	133.077	5.712
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 12 GmbH & Co. KG	München	3,9	3,9	EUR	80.655	11.511
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 15 GmbH & Co. KG	München	0,1	0,1	EUR	18.666	– 36
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 16 GmbH & Co. KG	München	0,1	0,1	EUR	61.584	1.367
H.F.S. Immobilienfonds Deutschland 18 GmbH & Co. KG i. L.	München	6,1	6,1	EUR	10.773	47.377
H.F.S. Immobilienfonds GmbH & Co. Europa 3 KG	München	0,1	0,1	EUR	13.161	– 3.765
H.F.S. Immobilienfonds Köln GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	67.570	359
H.F.S. Immobilienfonds Köln Supplier-Park GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	24.307	2.732
H.F.S. Immobilienfonds Schweinfurt GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	7.246	307
H.F.S. Zweitmarktfonds Deutschland 1 GmbH & Co. KG	Ebersberg	0,1	0,1	EUR	14.831	2.696
H.F.S. Zweitmarktfonds Deutschland 2 GmbH & Co. KG	Ebersberg	>0,0	>0,0	EUR	86.863	11.978
HVBFF Immobilien-Fonds GmbH & Co Wohnungen Leipzig KG i.L.						
(Stimmrechtsanteil: 1,0%)	München	—	—	EUR	557	376
HVBFF Life Britannia GmbH & Co Erste KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	22.139	5.398
HVB Trust Pensionsfonds AG (Stimmrechtsanteil: 0,0%) ⁸	München	100,0				
IGEPA Gewerbepark GmbH & Co Vermietungs KG	Fürstfeldbruck	2,0	2,0	EUR	– 9.704	9.650
Industriepalast in Leipzig Verwaltungs-GmbH & Co. KG i.L.						
(Stimmrechtsanteil: 6,3%)	Berlin	6,2				
Interbanking Systems S.A. (Dias S.A.)	Maroussi	0,9		EUR	26.734	
IPE Tank and Rail Investment 1 S.C.A.	Luxemburg	7,8	7,8			
JBG/BC Investor, L.P.	Chevy Chase	0,5	0,5	USD	85.812	6.172
Kepler Cheuvreux S.A. (Stimmrechtsanteil: 4,6%)	Paris	5,2		EUR	63.061	7.080
Kreditgarantiegemeinschaft der freien Berufe						
Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH	Stuttgart	1,3				

Beteiligungsbesitz (FORTSETZUNG)

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN- KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
Kreditgarantiegemeinschaft der Industrie, des Verkehrsgewerbes und des Gastgewerbes						
Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH	Stuttgart	2,6				
Kreditgarantiegemeinschaft des bayerischen Gartenbaues GmbH	München	8,1				
Kreditgarantiegemeinschaft des bayerischen Handwerks GmbH	München	7,2		EUR	4.846	
Kreditgarantiegemeinschaft des Handels Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH	Stuttgart	2,3		EUR	1.022	
Kreditgarantiegemeinschaft des Handwerks Baden-Württemberg Verwaltungsgesellschaft mbH	Stuttgart	2,5		EUR	1.001	
Kreditgarantiegemeinschaft des Hotel- und Gaststättengewerbes in Bayern GmbH	München	9,7		EUR	4.359	
Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern GmbH	München	2,2		EUR	6.317	
Kreditgarantiegemeinschaft in Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH	Stuttgart	5,1		EUR	1.023	
Life Britannia First LP (Stimmrechtsanteil: 1,0%)	Uxbridge	—	—	GBP	17.699	429
Life Britannia Second LP (Stimmrechtsanteil: 1,0%)	Uxbridge	—	—	GBP	17.699	355
Life GmbH & Co Erste KG	München	>0,0	>0,0	USD	104.623	– 17.436
Life GmbH & Co. Zweite KG (Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	87.882	– 3.738
Lion Capital Fund I, L.P. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	London	0,9		EUR	2.429	– 410
Liquiditäts-Konsortialbank GmbH i.L.	Frankfurt am Main	5,7		EUR	230.536	– 5.996
Martin Schmälzle Grundstücksgesellschaft Objekt Wolfsburg GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	15.692	868
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH	Stuttgart	5,0		EUR	66.948	6.067
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH (Stimmrechtsanteil: 11,1%)	Mainz	9,8		EUR	13.548	1.172
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH	Kiel	3,6		EUR	36.042	2.604
MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungs- gesellschaft mbH & Co Beta KG i.L.	Grünwald	10,6				
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH	Potsdam	11,6		EUR	18.278	1.956
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH	Schwerin	15,4		EUR	14.141	655
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Niedersachsen (MBG) mbH	Hannover	8,2		EUR	13.131	895
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mit beschränkter Haftung	Magdeburg	12,7		EUR	22.870	153
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH	Dresden	11,8		EUR	44.729	2.464
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH	Erfurt	13,4		EUR	23.730	1.214
Motion Picture Production GmbH & Co. Erste KG (Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	– 28.103	1.461
Mühoga Münchner Hochgaragen Gesellschaft mit beschränkter Haftung	München	25,0	25,0	EUR	4.473	2.050
Natural Stone Investments S.A.	Luxemburg	7,4	7,4	EUR	– 175.926	– 14.052
Neumayer Tekfor Verwaltungs GmbH i.L. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Offenburg	4,0	4,0			
Osca Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG i.L.	Grünwald	18,0				
PAI Europe VII-1 Global S.L.P.	Paris	0,5	0,5			
PICIC Insurance Ltd.	Karachi	>0,0		PKR	38.211	– 311.789
PRINCIPIA FUND (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Mailand	10,0				
ProAreal GmbH i. I.	Wiesbaden	10,0		EUR	– 93.513	– 26
REF IV Associates (Caymans) L.P. Acqua CIV S.C.S. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Luxemburg	38,3	38,3			

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN- KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
Rocket Internet Capital Partners (Euro) SCS						
(Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Luxemburg	4,4		EUR	37.806	5.002
Roomstore Inc.	Richmond	7,7	7,7			
Saarländische Kapitalbeteiligungsgesellschaft						
mit beschränkter Haftung (Stimmrechtsanteil: 8,8%)	Saarbrücken	8,7		EUR	7.475	35
Social Venture Fund GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,0%)	München	9,6		EUR	3.308	– 264
Social Venture Fund II GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,0%)	München	4,5		EUR	6.179	– 2.362
Stahl Group S.A.	Luxemburg	0,5	0,5	EUR	651.494	914.893
SwanCap FLP II SCS (Stimmrechtsanteil: 37,5%) ⁹	Senningerberg	—				
SwanCap FLP SCS (Stimmrechtsanteil: 37,5%) ⁹	Senningerberg	—				
SwanCap TB II SCS (Stimmrechtsanteil: 0,0%) ¹⁰	Senningerberg	>0,0				
SwanCap Blocker GmbH & Co. KG ¹⁰	München	—				
S.W.I.F.T., (Co-operative 'Society for Worldwide						
Interbank Financial Telecommunication')	Brüssel	0,3		EUR	415.332	26.219
Texas Energy Future Holdings L.P. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Fort Worth	1,5	1,5	USD	2.003	– 172
True Sale International GmbH	Frankfurt am Main	7,7		EUR	4.809	46
UniCredit Business Integrated Solutions						
Società Consortile per Azioni	Mailand	>0,0		EUR	332.921	2.572
VISA Inc. (Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Wilmington	>0,0		USD	32.912.000	5.991.000
VV Immobilien GmbH & Co. United States KG i.L.						
(Stimmrechtsanteil: 9,2%)	München	9,3				
VV Immobilien GmbH & Co. US City KG i.L.	München	0,9				
WealthCap Aircraft 1 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	USD	22.461	344
WealthCap Aircraft 25 GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	45.046	– 835
WealthCap Aircraft 26 GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	57.251	– 576
WealthCap Immobilien Deutschland 38 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	>0,0	>0,0	EUR	89.704	6.513
WealthCap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	>0,0	>0,0	EUR	1.070	– 498
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 30 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	44.276	6.171
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 31 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	München	>0,0	>0,0	EUR	35.062	1.514
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 32 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	München	>0,0	>0,0	EUR	50.741	2.092
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 33 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	59.900	2.516
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 34 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	München	>0,0	>0,0	EUR	39.681	2.545
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 35 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	124.993	7.463
WealthCap Immobilienfonds Deutschland 37 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	64.359	2.455
WealthCap Immobilienfonds Donauwörth 1 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	21.571	1.592
WealthCap Immobilienfonds Donauwörth 2 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	5.498	595
WealthCap Immobilien Nordamerika 16 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	>0,0	>0,0	USD	36.431	18
WealthCap Immobilien Nordamerika 17 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	>0,0	>0,0	USD	14.639	5.689
WealthCap Infrastructure Fund I GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	4.997	3.386
WealthCap Infrastruktur Amerika GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	4.995	– 52
WealthCap Leasing 1 GmbH & Co. KG	Grünwald	5,5	5,5	EUR	31.529	1.576
WealthCap Leasing 2 GmbH & Co. KG	Grünwald	5,5	5,5	EUR	30.985	1.471
WealthCap Leasing 3 GmbH & Co. KG	Grünwald	5,5	5,5	EUR	30.223	1.453
WealthCap Leasing 4 GmbH & Co. KG	Grünwald	5,5	5,5	EUR	29.153	1.233

Beteiligungsbesitz (FORTSETZUNG)

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN-KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
WealthCap LebensWert 1 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,3%)	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	2.277	844
WealthCap LebensWert 2. GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	8.792	760
WealthCap Life Britannia 2. GmbH & Co KG	München	>0,0	>0,0	EUR	21.433	1.428
WealthCap Life USA 4. GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	76.013	8.495
WealthCap Los Gatos 121 Albright Way L.P.	Wilmington	>0,0	>0,0	USD	63.881	7.471
WealthCap Mountain View I L.P. (Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Georgia	—	—	USD	40.063	5.070
WealthCap Objekt Berg-am-Laim GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	121.259	8.143
WealthCap Objekt Essen GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	30.877	– 376
WealthCap Objekt Frankfurt GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	– 426	– 218
WealthCap Objekt Hackerbrücke GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	33.358	1.253
WealthCap Objekt Hannover Ia GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	17.169	229
WealthCap Objekt Hannover Ib GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	3.885	450
WealthCap Objekt Hannover II GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	17.955	86
WealthCap Objekt Hufelandstraße GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	11.748	851
WealthCap Objekt Riem GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	30.630	1.431
WealthCap Objekt Riem II GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	46.082	– 1.676
WealthCap Objekt Schwabing GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	32.146	761
WealthCap Objekt Sendling GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	– 822	– 813
WealthCap Objekt Stuttgart Ib GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	21.775	– 332
WealthCap Objekt Stuttgart II GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	– 170	– 177
WealthCap Objekt Theresienhöhe GmbH & Co. KG	München	5,2	5,2	EUR	67.488	3.155
WealthCap Photovoltaik 1 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	26.021	– 223
WealthCap Portfolio 3 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	>0,0	>0,0			
WealthCap Private Equity 10 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	14.212	3.917
WealthCap Private Equity 11 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	5.471	1.675
WealthCap Private Equity 12 GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	58.879	3.050
WealthCap Private Equity 13 GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	47.661	2.148
WealthCap Private Equity 14 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	28.216	1.349
WealthCap Private Equity 15 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,1%)	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	19.049	554
WealthCap Private Equity 16 GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,3%)	Grünwald	>0,0	>0,0	USD	4.135	134
WealthCap Private Equity 17 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	13.426	1.161
WealthCap Private Equity 18 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	9.683	841
WealthCap Private Equity 19 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	8.940	– 5.899
WealthCap Private Equity 20 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	2.208	– 1.352
WealthCap SachWerte Portfolio 1 GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	42.141	1.955
WealthCap SachWerte Portfolio 2 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	90.090	– 9.701
WealthCap Spezial-AIF 1 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	>0,0	>0,0	EUR	158.188	17.936
WealthCap Spezial-AIF 2 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	5,2	5,2	EUR	63.429	3.481
WealthCap Spezial-AIF 3 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	>0,0	>0,0	EUR	184.410	11.541

NAME	SITZ	KAPITALANTEIL in %		WÄHRUNG	EIGEN- KAPITAL in Tausend	JAHRES- ERGEBNIS in Tausend
		INSGESAMT	DAVON MITTELBAR			
WealthCap Spezial-AIF 5 GmbH & Co.						
geschlossene Investment KG	München	5,1	5,1	EUR	– 769	– 779
WealthCap US Life Dritte GmbH & Co. KG						
(Stimmrechtsanteil: 0,0%)	Grünwald	0,1	0,1	USD	26.949	528
WealthCap Zweitmarkt 3 BASIS GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	36.027	1.373
WealthCap Zweitmarkt 3 PLUS GmbH & Co. KG	Grünwald	>0,0	>0,0	EUR	13.092	1.220
WealthCap ZweitmarktWerte Immobilien 4 GmbH & Co. KG	München	>0,0	>0,0	EUR	8.845	259
WH – Erste Grundstücks GmbH & Co. KG	München	6,0		EUR	82.496	18
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Röthenbach						
a. d. Pegnitz mit beschränkter Haftung	Röthenbach a. d. Pegnitz	5,2		EUR	3.223	80

Beteiligungsbesitz (FORTSETZUNG)

Devisenkurse für 1 € zum 31. Dezember 2017

Währungsschlüssel gemäß International Standardisation Organisation (ISO-Code)

China	1 EUR =	7,8044	CNY
Großbritannien	1 EUR =	0,88723	GBP
Pakistan	1 EUR =	132,483	PKR
USA	1 EUR =	1,1993	USD

Anmerkungen und Erläuterungen

Bei Prozentangaben, die mit einem < oder > versehen sind, ergibt sich der angegebene Zahlenwert durch kaufmännische Rundung auf eine Nachkommastelle. So entsprechen <100,0% beispielsweise 99,99% oder >0,0% beispielsweise 0,01%.

- 1 Mit folgenden Gesellschaften hat die UniCredit Bank AG Ergebnisabführungsverträge abgeschlossen:

	GESELLSCHAFT	ERGEBNISÜBERNAHME in Tausend €
1.1	Food & more GmbH, München	–417
1.2	HJS 12 Beteiligungsgesellschaft mbH, München	2
1.3	HVB Capital Partners AG, München	2.920
1.4	HVB Immobilien AG, München	7.697
1.5	HVB Profil Gesellschaft für Personalmanagement mbH, München	–445
1.6	HVB Secur GmbH, München	1
1.7	HVB Verwa 4 GmbH, München	–361
1.8	MERKURHOF Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, München	2.514
1.9	UniCredit Beteiligungs GmbH, München	–14
1.10	UniCredit Direct Services GmbH, München	–483
1.11	UniCredit Leasing GmbH, Hamburg	20.000
1.12	Verwaltungsgesellschaft Katharinenhof mbH, München	437
1.13	Wealth Management Capital Holding GmbH, München	30.225

- 2 Ergebnisübernahme durch Gesellschafter.

- 3 Auf die Gesellschaft findet Befreiung gemäß § 264b HGB bzw. gemäß § 264 Absatz 3 HGB Anwendung.

- 4 Bei dieser in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaft werden die Jahresabschlusszahlen 2016 ausgewiesen.

- 5 Soweit das Eigenkapital und das Jahresergebnis nicht genannt werden, unterbleibt die Angabe aufgrund untergeordneter Bedeutung nach § 286 Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 HGB.

- 6 Das Eigenkapital beträgt –10 T€ und das Jahresergebnis 50 T€.

- 7 Aufgrund der Gesellschafterstruktur und des bisherigen Abstimmungsverhaltens hat die UniCredit Bank AG trotz eines Anteils von über 20% keinen maßgeblichen Einfluss auf die Gesellschaft.

- 8 Die Gesellschaft wird über einen Treuhänder für die UniCredit Bank AG gehalten.

- 9 Die UniCredit Bank AG hat die gesellschaftsrechtliche Stellung eines Limited Partners und ist am Gewinn der Gesellschaft beteiligt.

- 10 Die UniCredit Bank AG hat die gesellschaftsrechtliche Stellung eines Limited Partners/Kommanditisten, ist aber nicht am Gewinn der Gesellschaft beteiligt.

- 11 Gemäß § 340a Absatz 4 Nr. 2 HGB alle Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, mit Stimmrechtsanteil größer 5 Prozent

Angaben zum Hypothekenbankgeschäft

62 Deckungsrechnung

Die Deckungsrechnung für Hypothekenpfandbriefe und Öffentliche Pfandbriefe ergibt sich wie folgt:

(in Mio €)

	2017	2016
A. Hypothekenpfandbriefe		
Ordentliche Deckung		
1. Forderungen an Kreditinstitute	—	—
Hypothekendarlehen	—	—
2. Forderungen an Kunden	25.930	24.545
Hypothekendarlehen	25.930	24.545
Weitere Deckungswerte ¹		
1. Andere Forderungen an Kreditinstitute	—	—
2. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	460	760
3. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	—	—
Zwischensumme	26.390	25.305
Summe der deckungspflichtigen Hypothekenpfandbriefe	16.868	15.057
Überdeckung	9.522	10.248
B. Öffentliche Pfandbriefe		
Ordentliche Deckung		
1. Forderungen an Kreditinstitute	17	34
Hypothekendarlehen	—	—
Kommunalkredite	17	34
2. Forderungen an Kunden	5.243	5.834
Hypothekendarlehen	4	4
Kommunalkredite	5.239	5.830
3. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	269	269
Weitere Deckungswerte ²		
Andere Forderungen an Kreditinstitute	—	—
Zwischensumme	5.529	6.137
Summe der deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefe	3.936	3.887
Überdeckung	1.593	2.250

1 Gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG.

2 Gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG.

63 Im Umlauf befindliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte

Die sich im Umlauf befindlichen Pfandbriefe und die dafür verwendeten Deckungswerte teilen sich in Hypothekendarfandbriefe und Öffentliche Pfandbriefe wie folgt:

(in Mio €)

	2017			2016		
	NOMINAL	BARWERT	RISIKOBARWERT ¹	NOMINAL	BARWERT	RISIKOBARWERT ¹
1. Hypothekendarfandbriefe						
Hypothekendarfandbriefe	16.868	17.978	17.205	15.057	16.441	15.523
davon Derivate	—	—	—	—	—	—
Deckungswerte ²	26.390	28.493	27.196	25.305	27.718	26.208
davon Derivate	—	—	—	—	—	—
Überdeckung	9.522	10.515	9.991	10.248	11.277	10.685
2. Öffentliche Pfandbriefe						
Öffentliche Pfandbriefe	3.936	4.382	4.154	3.887	4.456	4.214
davon Derivate	—	—	—	—	—	—
Deckungswerte ³	5.529	6.234	5.910	6.137	7.045	6.600
davon Derivate	—	—	—	—	—	—
Überdeckung	1.593	1.852	1.756	2.250	2.589	2.386

1 Dynamisches Verfahren gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 PfandBarwertV.

2 Einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG in Höhe von Nominal 460 Mio € per 31. Dezember 2017 und 760 Mio € per 31. Dezember 2016.

3 Einschließlich keiner weiteren Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG per 31. Dezember 2017 und per 31. Dezember 2016.

64 Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der entsprechenden Deckungswerte

Die Laufzeitstruktur für die im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der Deckungswerte ergibt sich für Hypothekendarfandbriefe und Öffentliche Pfandbriefe wie folgt:

(in Mio €)

	2017		2016	
	PFANDBRIEFE	DECKUNGSWERTE	PFANDBRIEFE	DECKUNGSWERTE
1. Hypothekendarfandbriefe¹	16.868	26.390	15.057	25.305
bis zu 0,5 Jahre	437	1.920	1.508	2.309
mehr als 0,5 Jahre bis 1 Jahr	589	1.225	1.154	1.591
mehr als 1 Jahr bis 1,5 Jahre	477	1.408	429	1.522
mehr als 1,5 Jahre bis 2 Jahre	2.032	1.180	1.089	1.133
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.390	2.495	1.609	2.505
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.804	2.578	1.350	2.569
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.977	2.295	1.154	2.394
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	5.423	9.593	4.844	8.507
mehr als 10 Jahre	1.739	3.696	1.920	2.775
2. Öffentliche Pfandbriefe²	3.936	5.529	3.887	6.137
bis zu 0,5 Jahre	101	405	341	440
mehr als 0,5 Jahre bis 1 Jahr	136	264	118	516
mehr als 1 Jahr bis 1,5 Jahre	593	286	635	454
mehr als 1,5 Jahre bis 2 Jahre	123	431	81	238
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	745	911	451	667
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	136	477	774	849
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	689	418	106	428
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	747	1.328	866	1.366
mehr als 10 Jahre	666	1.009	515	1.179

1 Einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG; nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Pfandbriefen.

2 Einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG; nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Pfandbriefen.

Angaben zum Hypothekenbankgeschäft (FORTSETZUNG)

65 Zur Deckung von Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Größengruppen

Die zur Deckung von Pfandbriefen verwendeten Forderungen nach Größengruppen teilen sich wie folgt auf:

(in Mio €)

	2017	2016
Hypothekendeckungswerte	25.930	24.545
bis einschließlich 300 000 €	10.576	10.613
mehr als 300 000 € bis einschließlich 1 Million €	3.990	3.713
mehr als 1 Million € bis einschließlich 10 Millionen €	6.090	5.690
mehr als 10 Millionen €	5.274	4.529
Öffentliche Pfandbriefe¹	5.529	6.137
bis einschließlich 10 Millionen €	1.511	1.588
mehr als 10 Millionen € bis einschließlich 100 Millionen €	1.742	2.004
mehr als 100 Millionen €	2.276	2.545

¹ Zur Deckung verwendete Forderungen nach Größengruppen, jeweils bezogen auf einen Schuldner bzw. eine gewährleistende Stelle.

66 Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen sowie nach Nutzungsart

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen sowie nach deren Nutzungsart, ergeben sich wie folgt:

(in Mio €)

	2017		2016	
	WOHNZWECKEN DIENEND	GEWERBLICH GENUTZTE GRUNDSTÜCKE	WOHNZWECKEN DIENEND	GEWERBLICH GENUTZTE GRUNDSTÜCKE
1. Deutschland	17.680	8.249	16.568	7.976
Eigentumswohnungen	4.289	—	4.167	—
Ein- und Zweifamilienhäuser	6.992	—	6.614	—
Mehrfamilienhäuser	6.261	—	5.639	—
Bürogebäude	—	4.183	—	3.806
Handelsgebäude	—	2.543	—	2.609
Industriegebäude	—	481	—	478
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	—	804	—	815
Unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten	109	166	128	200
Bauplätze	29	72	20	68
2. Frankreich	1	—	1	—
Ein- und Zweifamilienhäuser	1	—	1	—
3. Italien	—	—	—	—
Ein- und Zweifamilienhäuser	—	—	—	—
Insgesamt	17.681	8.249	16.569	7.976

67 Zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitzland

Zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitzland sowie danach, ob eine Gewährleistung aus Gründen der Exportförderung gewährt wurde:

(in Mio €)

	2017	2016
1. Deutschland		
Zentralstaat	355	458
davon geschuldet	—	—
davon gewährleistet	355	458
Regionale Gebietskörperschaften	2.020	2.155
davon geschuldet	1.474	1.585
davon gewährleistet	546	570
Örtliche Gebietskörperschaften	2.889	3.192
davon geschuldet	2.338	2.484
davon gewährleistet	551	708
Sonstige	45	82
davon geschuldet	28	48
davon gewährleistet	17	34
Insgesamt Deutschland	5.309	5.887
davon geschuldet	3.840	4.117
davon gewährleistet	1.469	1.770
davon enthaltene Gewährleistungen aus Gründen der Exportförderung	355	458
2. Österreich	220	250
Zentralstaat	220	250
davon geschuldet	200	250
davon gewährleistet	20	—
Insgesamt	5.529	6.137
davon geschuldet	4.040	4.367
davon gewährleistet	1.489	1.770
davon enthaltene Gewährleistungen aus Gründen der Exportförderung	355	458

68 Weitere Deckungswerte

Die weiteren Deckungswerte für Hypothekendarlehen sowie Öffentliche Darlehen teilen sich wie folgt auf:

(in Mio €)

	2017	2016
1. Hypothekendarlehen	460	760
Ausgleichsforderungen nach § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	—	—
alle Staaten	—	—
Geldforderungen nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG ¹	—	—
Deutschland	—	—
davon gedeckte Schuldverschreibungen im Sinne des Artikels 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	—	—
andere Staaten	—	—
Schuldverschreibungen nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG ²	460	760
Deutschland	460	760
andere Staaten	—	—
2. Öffentliche Darlehen	—	—
Ausgleichsforderungen nach § 20 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG	—	—
alle Staaten	—	—
Geldforderungen nach § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	—	—
alle Staaten	—	—
davon gedeckte Schuldverschreibungen im Sinne des Artikels 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	—	—

¹ Ohne Deckungswerte im Sinne des § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 2 PfandBG.

² Zuzüglich der Deckungswerte nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 2 PfandBG.

Angaben zum Hypothekendarbankgeschäft (FORTSETZUNG)

69 Kennzahlen zu umlaufenden Pfandbriefen und dafür verwendeten Deckungswerten

Die Kennzahlen zu umlaufenden Hypothekendarpfandbriefen und öffentlichen Pfandbriefen teilen sich auf wie folgt:

		2017	2016
1. Hypothekendarpfandbriefe			
Umlaufende Hypothekendarpfandbriefe	in Mio €	16.868	15.057
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	%	82,11	84,76
Deckungswerte ¹	in Mio €	26.390	25.305
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach			
§ 13 Abs. 1 PfandBG überschreiten (§ 28 Abs. 1 Nr. 7 PfandBG)	in Mio €	—	—
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen des			
§ 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG übersteigen (§ 28 Abs. 1 Nr. 8 PfandBG)	in Mio €	—	—
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen des			
§ 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG übersteigen (§ 28 Abs. 1 Nr. 8 PfandBG)	in Mio €	—	—
davon Anteil festverzinslicher Deckungswerte (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	%	77,99	76,80
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung in Euro			
(§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG – Saldo aus Aktiv-/ Passivseite)	in Mio €	—	—
volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen			
(verstrichene Laufzeit seit Kreditvergabe – seasoning) (§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG)	Jahre	7,6	8,1
durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf (§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG)	%	41,20	40,45
2. Öffentliche Pfandbriefe			
Umlaufende Öffentliche Pfandbriefe	in Mio €	3.936	3.887
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	%	96,19	78,26
Deckungswerte ²	in Mio €	5.529	6.137
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen des			
§ 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG übersteigen (§ 28 Abs. 1 Nr. 8 PfandBG)	in Mio €	—	—
davon Anteil festverzinslicher Deckungswerte (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	%	82,41	82,82
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung in Euro			
(§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG – Saldo aus Aktiv-/Passivseite)	in Mio €	—	—

1 Einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG.

2 Einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG.

70 Rückständige Leistungen

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf zur Deckung von Pfandbriefen verwendeten Forderungen und deren Verteilung nach Staaten:

(in Mio €)

	2017	2016
1. Hypothekendarpfandbriefe		
mindestens 90 Tage rückständige Leistungen	—	– 1
Deutschland	—	– 1
mindestens 90 Tage rückständige Leistungen, Rückstand beträgt mindestens 5% der Forderung	—	—
Deutschland	—	—
2. Öffentliche Pfandbriefe		
mindestens 90 Tage rückständige Leistungen	—	—
alle Staaten	—	—
mindestens 90 Tage rückständige Leistungen, Rückstand beträgt mindestens 5% der Forderung	—	—
alle Staaten	—	—

71 Zwangsmaßnahmen

Die in 2017 durchgeführten Zwangsmaßnahmen für Hypothekendeckungswerte setzen sich wie folgt zusammen:

	ANZAHL DER FÄLLE	HIERAUF ENTFALLEN IN 2017	
		GEWERBLICH GENUTZT	WOHNZWECKEN DIENEND
1. Zwangsmaßnahmen			
a) am 31.12.2017 anhängige			
Zwangsversteigerungsverfahren	295	47	248
Zwangsverwaltungsverfahren	13	3	10
Zwangsversteigerungsverfahren und Zwangsverwaltungsverfahren	246	49	197
	554	99	455
(Vergleichswerte 2016)	558	103	455)
b) in 2017 durchgeführte Zwangsversteigerungen	16	2	14
(Vergleichswerte 2016)	39	2	37)
2. Übernommene Objekte			
Wie auch im Vorjahr hat die Pfandbriefbank im Berichtsjahr keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken übernehmen müssen.			

72 Zinsrückstände

Die rückständigen Zinsen auf Hypothekendeckungswerte aus Fälligkeiten vom 1. Oktober 2016 bis 30. September 2017 verteilen sich auf: (in Mio €)

	2017	2016
Zinsrückstände	—	—
Gewerblich genutzte Grundstücke	—	—
Wohnzwecken dienende Grundstücke	—	—

Der vorliegende Jahresabschluss wurde am 27. Februar 2018 aufgestellt.

UniCredit Bank AG
Der Vorstand



Betocchi Drwenski



Buschbeck



Čortan



Dr. Diederich



Schindler



Zadra

Erklärung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

München, den 27. Februar 2018

UniCredit Bank AG
Der Vorstand



Betocchi Drwenski



Buschbeck



Čortan



Dr. Diederich



Schindler



Zadra

Bestätigungsvermerk

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die UniCredit Bank AG, München

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der UniCredit Bank AG, München, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017, der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der UniCredit Bank AG, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Risikoversorge im Kundenkreditgeschäft
2. Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte bei Finanzinstrumenten des Handelsbestands
3. Rechnungslegungsbezogene IT-Kontrollen
4. Bewertung bedeutender Rechtsrisiken aus möglichen Verstößen gegen Finanzsanktionen

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir wie folgt strukturiert:

- Sachverhaltsbeschreibung (einschließlich Verweis auf zugehörige Angaben im Jahresabschluss)
- Prüferisches Vorgehen
- Wichtige Erkenntnisse

Bestätigungsvermerk (FORTSETZUNG)

1. Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft

- a) Die UniCredit Bank AG ist im Kundenkreditgeschäft tätig. Im Rahmen der Rechnungslegung ist zur Bewertung der Forderungen an Kunden regelmäßig die Nutzung geschätzter Werte erforderlich. Im Jahresabschluss wurden unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ Wertberichtigungen für potenzielle Kreditausfälle abgesetzt. Darüber hinaus wurden Rückstellungen für Kreditrisiken unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen. Da die für die Bemessung der Risikovorsorge verwendeten Bewertungsparameter einen bedeutenden Einfluss auf die Bildung bzw. die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen haben, und diese Wertberichtigungen insofern mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sind, war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung. Die Angaben zur Bewertung von Forderungen an Kunden sind im Anhang unter Nr. 4 enthalten.
- b) Im Verlauf der Jahresabschlussprüfung haben wir zunächst die Wirksamkeit der internen Kontrollen zur Erfassung, Verarbeitung, Bewertung von und zur Finanzberichterstattung über Kredite im Rahmen einer Aufbau- und Funktionsprüfung beurteilt. Dabei haben wir die entsprechende Geschäftsorganisation einschließlich der wesentlichen IT-Systeme und Bewertungsmodelle berücksichtigt. Die Prüfung der Bewertung umfasste auch die Beurteilung der eingerichteten Prozesse und Kontrollen zur Identifizierung ausfallgefährdeter Forderungen. Wir haben stichprobenweise die Bonität der Kreditnehmer, die angesetzten Sicherheitenwerte und Verwertungszeiträume für Kreditsicherheiten anhand von Erfahrungswerten vergleichbarer Sicherheiten in der Vergangenheit geprüft. In unsere Prüfung haben wir Spezialisten aus unserem Bereich Risk Advisory mit Fokus auf Kreditrisikomanagement und IT-Prüfung eingebunden. Bei der Prüfung der Bewertung der Forderungen und den in den Eventualverbindlichkeiten sowie den anderen Verpflichtungen enthaltenen Positionen aus dem Kreditgeschäft haben wir uns auf die bedeutenden wertberichtigten Kredite konzentriert, da dort erhebliche Ermessensspielräume ausgeübt werden und diese einen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung der Forderungen und die Bildung von Rückstellungen für Kreditrisiken haben können. Die Werthaltigkeit der Forderungen haben wir auf Basis bankinterner Prognosen über die zukünftige Ertrags- und Liquiditätssituation der Kreditnehmer beurteilt und die Angemessenheit der verwendeten Planungsgrundlagen gewürdigt. Dabei haben wir Annahmen der gesetzlichen Vertreter für die den Prognosen zugrunde liegenden erwarteten Cashflows bei den von uns geprüften Krediten bzw. der Verwertung von Kreditsicherheiten kritisch hinterfragt und beurteilt.
- c) Die Entwicklung der Risikovorsorge war durch das günstige wirtschaftliche Umfeld beeinflusst.

2. Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte bei Finanzinstrumenten des Handelsbestands

- a) Im Jahresabschluss werden auf der Aktivseite unter dem Bilanzposten „Handelsbestand“ Vermögenswerte in Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert abzüglich Risikoabschlag entsprechend § 340e Absatz 3 HGB und auf der Passivseite unter dem Bilanzposten „Handelsbestand“ Finanzinstrumente ausgewiesen. Die Bewertung der Finanzinstrumente des Handelsbestands wurde von uns als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt bestimmt, da diese komplexen Bilanzierungsgrundsätzen, Bewertungsverfahren und -methoden unterliegen sowie zum Teil auf Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter basieren. Die Angaben der gesetzlichen Vertreter zu der Bewertung dieser Finanzinstrumente sind in den Abschnitten 6 und 30 des Anhangs enthalten.
- b) Wir haben die Aufbau- und Ablauforganisation für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte bei Finanzinstrumenten im Hinblick auf ihre Angemessenheit und die Wirksamkeit der eingerichteten Schlüsselkontrollen geprüft. In unsere Prüfung haben wir Spezialisten aus unserem Bereich Risk Advisory eingebunden. Dies betrifft insbesondere den unabhängigen Verifizierungsprozess für Preise, die Validierung von Bewertungsmethoden und Annahmen, den Genehmigungsprozess für neue Finanzinstrumente sowie Kontrollen zur Erfassung von Geschäfts- und Bewertungsparametern und den Datenfluss von Marktdaten, ferner die Governance, die Berichtsprozesse einschließlich der zugehörigen Kontrollen. Auffälligkeiten aus Auseinandersetzungen mit Kontrahenten sowie außergewöhnlichen Gewinnen oder Verlusten aus dem Verkauf von Finanzinstrumenten wurde nachgegangen. Für die Anpassungen an die berechneten beizulegenden Zeitwerte aufgrund des bankeigenen Nichterfüllungsrisikos, des Kontrahentenausfallrisikos, der Modellrisiken, der Geld-Brief-Spanne, der Refinanzierungskosten und zu erwartender Aufwendungen im Zusammenhang mit der Liquidation von Handelsbeständen für wenig gehandelte Instrumente haben wir die Annahmen, Verfahren und Modelle der Bank in Bezug auf die Anwendung branchenüblicher Bewertungsverfahren und die korrekte und nachvollziehbare Bewertung geprüft. Wir haben darüber hinaus eine eigene Bewertung von Finanzinstrumenten in Stichproben vorgenommen und diese mit der von der Bank vorgenommenen Bewertung verglichen.
- c) Die von den gesetzlichen Vertretern der Bank im Rahmen der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts bei Finanzinstrumenten verwendeten Bewertungsmethoden sind branchenüblich und liegen nach unserer Einschätzung innerhalb vertretbarer Bandbreiten.

3. Rechnungslegungsbezogene IT-Kontrollen

- a) Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses verwendet die Bank eine große Anzahl von IT-Applikationen, die eine Vielzahl von Schnittstellen aufweisen. Zur Wahrung der Integrität der für die Erstellung des Jahresabschlusses genutzten Daten hat die Bank diverse Vorkehrungen getroffen und Kontrollen implementiert. Die Bank hat IT-Dienstleistungen weitestgehend auf den Dienstleister UniCredit Business Integrated Solutions S.C.p.A., Mailand (Italien), (UBIS) ausgelagert, der diese zum Teil wiederum auf andere Dienstleister weiterverlagert hat. Die rechnungslegungsbezogenen IT-Kontrollen wurden als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt ausgewählt, da die Sicherheit von Informationen die gesamte Rechnungslegung und Buchführung betrifft, mit einem hohen Prüfungsaufwand verbunden ist und durch eine hohe Komplexität gekennzeichnet ist. Wir verweisen bezüglich der Auslagerung von IT-Dienstleistungen auf die Angaben der gesetzlichen Vertreter in Abschnitt 4 Operationelles Risiko im Risikobericht des Lageberichts.
- b) Wir haben für die nach unserer Risikobeurteilung wesentlichen rechnungslegungsrelevanten Anwendungen der Bank die Ausgestaltung, Implementierung und die Funktionsfähigkeit der Kontrollen bezogen auf Benutzerrechte und Änderungsmanagement-Prozesse unter Einbeziehung von IT-Prüfungsspezialisten aus dem Bereich Risk Advisory geprüft. Dabei haben wir den ISAE 3402-Prüfungsplan mit dem ISAE 3402-Prüfer der UBIS und dem Konzernabschlussprüfer der UniCredit S.p.A. abgestimmt und die Prüfungstätigkeiten und -ergebnisse des ISAE 3402-Prüfers und des Konzernabschlussprüfers verwertet. Wir haben uns von der beruflichen Kompetenz, der Unabhängigkeit und der regulatorischen Beaufsichtigung dieser Prüfer unterrichten lassen. Im Rahmen der Verwertung haben wir die Berichterstattung über diese Prüfungshandlungen sowie die Prüfungsergebnisse u. a. kritisch gewürdigt.
- c) Die von der Bank eingerichteten rechnungslegungsbezogenen IT-Kontrollen wurden im Laufe der letzten Jahre weiterentwickelt. Sie sind im Hinblick auf die Komplexität und Größe der Bank angemessen ausgestaltet.

4. Bewertung bedeutender Rechtsrisiken aus möglichen Verstößen gegen Finanzsanktionen

- a) Im Jahresabschluss werden unter dem Bilanzposten „andere Rückstellungen“ Rückstellungen für Rechtsrisiken ausgewiesen. Ein Teil betrifft davon mögliche Verstöße gegen Finanzsanktionen. Von uns wurden diese Sachverhalte als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt bestimmt, da der Ansatz und die Bewertung dieser betragsmäßig bedeutsamen Rechtsrisiken in einem hohen Maße auf Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter basieren. Die Angaben der gesetzlichen Vertreter zu den Rückstellungen in Bezug auf Rechtsrisiken sind in Abschnitt 39 des Anhangs enthalten und in Abschnitt 4 Operationelles Risiko im Risikobericht des Lageberichts.
- b) Da bei geschätzten Werten ein erhöhtes Risiko falscher Angaben in der Rechnungslegung besteht und die Bewertungsentscheidungen der gesetzlichen Vertreter eine bedeutende Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, haben wir die Aufbau- und Ablauforganisation zur Erfassung und Bewertung von rechtlichen Risiken geprüft. Zusätzlich haben wir die Angemessenheit der Wertansätze unter anderem mit nach vergleichbaren Vergleichsvereinbarungen mit den zuständigen Behörden ermittelten Werten und anhand der von den Rechtsanwälten des Unternehmens ausgehändigten Berechnungen und Einschätzungen verglichen sowie zusätzlich Rechtsanwaltsbestätigungen eingeholt. Die zugrunde liegenden Annahmen der gesetzlichen Vertreter haben wir unter Einbeziehung eines Spezialisten auf dem Gebiet Finanzsanktionen kritisch hinterfragt. Ferner haben wir bankinterne Untersuchungsergebnisse einer kritischen Würdigung unterzogen.
- c) Die für Rechtsrisiken aus möglichen Verstößen gegen Finanzsanktionen gebildete Rückstellung der gesetzlichen Vertreter bewegt sich in der Bandbreite der Einschätzungen der Rechtsanwälte des Unternehmens. Die von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen sind unseres Erachtens begründet.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen

- die im Abschnitt „Grundlagen der UniCredit Bank AG“ des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote),
- die Versicherung der gesetzlichen Vertreter zum Jahresabschluss und zum Lagebericht nach § 264 Abs. 2 Satz 3 bzw. § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB und
- alle übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Bestätigungsvermerk (FORTSETZUNG)

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Abschlussprüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Bestätigungsvermerk (FORTSETZUNG)

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 22. Mai 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 20. Juni 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2013 als Abschlussprüfer der UniCredit Bank AG, München, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben insbesondere folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht des geprüften Unternehmens angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

- Prüfung und prüferische Durchsichten von Reporting Packages
- Prüfungen nach § 36 des Wertpapierhandelsgesetzes
- Projektbegleitende Prüfung zur Einführung eines neuen Rechnungslegungs Standards
- Nicht-Prüfungsleistungen im Zusammenhang mit einer Nachschauprüfung

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Martin Kopatschek.

München, den 6. März 2018

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Prof. Dr. Leuschner)
Wirtschaftsprüfer

(Kopatschek)
Wirtschaftsprüfer